



Geroldsecker Land

Jahrbuch einer Landschaft

62/2020

Geroldsecker Land

Jahrbuch einer Landschaft

Heft 62

2020 Herausgeber Stadt Lahr

Redaktion: Gabriele Bohnert, Martin Frenk, Thorsten Mietzner,
Hans Schmider, Ines Schwendemann, Daniel Senger und Elise Voerkel
Gestaltung: Yvonne Berndt

OZA 1104, 62.2020 LS

0150

*Menschen, für die die Gegenwart nur noch
eine kleine Episode zwischen Vergangenheit
und Zukunft geworden ist, werden schnell
zu Fanatikern.*

Amos Oz, (1939-2018), jüdisch-israelischer Schriftsteller



Herstellung: Druckhaus Kaufmann, Lahr
Entwurf: Stefanie Reeb
Copyright: Stadt Lahr
ISSN 1614-1407

Foto auf dem Umschlag: Rhein bei Wittenweier
Foto: Peter Kees

Inhalt

Zum Geleit	5
<i>Von Oberbürgermeister Dr. Wolfgang G. Müller</i>	
Der Münzschatz aus Oberschopfheim	7
Gefunden, vergessen und wiederentdeckt	
<i>Von Ekkehard Klem</i>	
Das Bürgerbuch von Lahr und die Klosterbibliothek von Schuttern	16
Untersuchungen zur Einbandmakulatur	
<i>Von Wolfgang Achnitz</i>	
Die Pfarrkirche St. Michael in Oberweier	33
<i>Von Reinhard Krauß</i>	
1888 - Lahrs Beitritt zur Städteordnung	43
<i>Von Walter Caroli</i>	
Das Fachwerkhaus im Ried	60
<i>Von Martin Frenk</i>	
Das ehemalige Ottenheimer Forst-Jägerhaus	68
Das älteste Fachwerkhaus im Dorf	
<i>Von Martin Frenk</i>	
Hat Joseph von Haubert auch ein Bild von Ettenheim gemalt?	80
<i>Von Dieter Weis</i>	
Die Geschichte der Kunstmühle in Seelbach - Teil 1	84
<i>Von Carola Joos und Werner Weber</i>	
Mühlenradweg, Skulpturenradweg und Bure-Radweg	98
Die drei thematischen Radwege der Gemeinde Neuried	
<i>Von Hagen Späth</i>	
Lahr als Atomwaffenstandort	106
Gerüchte und Wahrheiten über einen alten Verdacht	
<i>Von Werner Schönleber</i>	

Das Lahrer Ramsch und Jugendclubs heute	124
<i>Von Ines Schwendemann</i>	
Die Entscheidung	141
Zur Lahrer Flugplatzgeschichte der Jahre 1990 bis 1993	
<i>Von Thorsten Mietzner</i>	
De Burgermeischer hat e Wurscht spendiert	192
<i>Von Ulrike Derndinger</i>	
Ankündigungen und Besprechungen	196
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	201

Zum Geleit

Von Oberbürgermeister Dr. Wolfgang G. Müller

Das Wort des grossen und vor erst einem Jahr verstorbenen jüdisch-israelischen Schriftstellers Amos Oz, das diesem Jahrbuch beigegeben wurde, erschliesst sich nicht gleich. Sind wir denn nicht alle in der Vergangenheit verwurzelt? Und dies notwendig? Dient das „Gerooldsecker Land“ nicht gerade dieser Vergangenheitspflege und will es nicht Heimat durch Tradition stiften? Und zielt unser Handeln nicht auf die Zukunft? Bezieht es daher nicht seine Motivation und seinen tieferen Sinn?

Aber Oz war ein kluger Mann, der in einer Welt lebte, in der er täglich beobachten konnte, wie schnell Vergangenheitspolitik zu Unversöhnlichkeit und Zukunftsorientierung zu Ideologie werden kann. Der Massstab unseres Lebens - so verstehe ich ihn - muss die Gegenwart sein. Schon zu häufig wurden grosse Opfer verlangt und gebracht, weil damit ein hehres Ziel gerechtfertigt oder ein vergangenes Unrecht gesühnt werden sollte.

Freilich können wir Vergangenheit und Zukunft deshalb nicht einfach ausblenden. Denn durch tausend Fäden bleiben wir mit beidem verbunden. Aber das sollten keine Fäden wie bei einer Marionette sein, die kein eigenes Leben hat. Sondern Fäden, die uns Halt und Stütze sein können - aber auch nicht mehr. Gehen müssen wir schon selber. Und so verstehe ich auch die Aufsätze im diesjährigen Gerooldsecker Land. Grosse Gelehrsamkeit wie bei Wolfgang Achnitz und seinen Überlegungen zum Lahrer Bürgerbuch von 1356 trifft hier auf die teilnehmende Beobachtungen der jungen Autorin Ines Schwendemann zu den „Jugendclubs“ der vergangenen Jahre. Und auch Carola Joos und Werner Weber zeigen am Beispiel der Seelbacher „Kunstmühle“, wie schnell grosse Pläne zu Geschichte werden und doch Dauerhaftes begründen können. Nicht alle Aufsätze, die vom Mittelalter bis in die Gegenwart reichen, kann ich hier aufzählen. Aber alle Autorinnen und Autoren, die wieder Themen aus dem gesamten Gebiet des alten Landkreises Lahr zusammengetragen haben, eint der Wunsch zu zeigen, dass wir in der Vergangenheit wurzeln, der Zukunft zugewandt sind, aber in der Gegenwart leben.

Das darf ich auch persönlich als ein Motto meiner Arbeit der letzten zwei Jahrzehnte betrachten. In diesem Heft, das ich als Oberbürgermeister der Stadt Lahr, aber mit Unterstützung meiner Amtskollegen aus dem Umland, herausgebe, darf ich mich mit meinem letzten Geleitwort auch von Ihnen, den Leserinnen und Lesern, verabschieden. Meine Amtszeit wird nun ebenfalls Geschichte werden, ich lege das Geroldsecker Land mit einem guten Gefühl in die Hände meines Nachfolgers. Von nun an werde ich, wie Sie auch, jedes Jahr kurz vor Weihnachten das neue Jahrbuch zu Hand nehmen, um zu schauen, was war und darüber nachdenken, was sein soll. Und ganz im Sinne von Amos Oz: Ohne Fatalismus, aber auch ohne Fanatismus.

Fünf Heilmittel gegen Schmerzen und Traurigkeit

Tränen,
das Mitleid der Freunde,
der Wahrheit ins Auge sehn,
schlafen,
baden.

Thomas von Aquin (1224 - 1274)

Der Münzschatz aus Oberschopfheim

Gefunden, vergessen und wiederentdeckt

Von Ekkehard Klem

Bei Grabarbeiten anlässlich des Neubaues der katholischen Pfarrkirche in Oberschopfheim wurde im Jahr 1955 am Pfarrberg ein Keramikgefäß mit alten Münzen entdeckt. Der Münzschatz wurde im Pfarrarchiv Oberschopfheim verwahrt und geriet dort in Vergessenheit. Die Wiederentdeckung im Archiv erfolgte nach nahezu 60 Jahren im April 2012. Heute ist der Münzschatz wissenschaftlich ausgewertet und dokumentiert. Im Februar 2019 wurde das Klostermuseum in Schuttern eröffnet, dort ist heute der Münzschatz ausgestellt.

Der Fundort in Oberschopfheim

Die Entscheidung, die barocke Kirche abzubauen, war den Oberschopfheimern im Jahre 1955 nicht leicht gefallen. Der damalige Pfarrer Paul Gröner konnte jedoch seinen Stiftungsrat und die Gemeindeglieder zu einem Kirchenneubau bewegen. Die Denkmalpfleger versuchten vergeblich, wenigstens den Kirchturm mit dem



LEUT-KIRCHE

OBERSCHOPFHEIM

Blick auf die Ortschaft Oberschopfheim der Gemeinde Friesenheim aus dem Jahre 1930. Die Ortsmitte wird noch von der barocken Dorfkirche und rechts davon vom Pfarrhaus geprägt. Die Kirche wurde 1955/56 durch einen Neubau ersetzt. Dabei wurde auf der Kirchenbaustelle ein Münzschatz entdeckt.

Foto: Archiv E. Klem



Die Bauarbeiten, der Abbruch der Kirche und die Schaffung des Baugrundes wurden durch Eigenarbeit der Kirchenmitglieder erledigt. 4000 cbm Löß wurden abgetragen. Der bei den Erdarbeiten gefundene Tonkrug mit historischen Münzen wurde dem Bauherrn Pfarrer Paul Gröner ausgehändigt. Foto: Pfarrarchiv Oberschopfheim

Zwiebeldach zu erhalten. Die Kirche, die im Jahre 1715 errichtet wurde, musste einem Neubau weichen¹. Die Abbrucharbeiten wurden von der Bevölkerung geleistet. Die frei werdende Baufläche reichte jedoch nicht aus, der um die Kirche vorhandene alte Friedhof wurde daher abgeräumt und der auf der westlichen Seite vorhandene Pfarrberg per Hand abgegraben. Aus statischen Gründen musste auf das oberhalb liegende Pfarrhaus aus dem Jahre 1758 Rücksicht genommen werden.

Bei den Fronarbeiten war das ganze Dorf auf den Beinen, bis zu 100 Personen, teilweise auch Frauen, waren im Einsatz.² Pfarrgemeinderatsmitglied Landwirt Xaver Gißler koordinierte die Einsätze der Erdarbeiten, er konnte dann auch im Januar 1955 seinem Pfarrer Paul Gröner den Keramiktopf mit dem Münzschatz übergeben.³

Die gefundenen Münzen sind inzwischen in das frühe 16. Jahrhundert datiert. Beim Vergraben des Münzschatzes gab es in der Nähe des Fundortes noch keine Kirche und somit auch noch kein Pfarrhaus. In dieser Zeit gab es jedoch bereits bemerkenswerte Fron- und Herrenhöfe in Oberschopfheim. Der Fronhof, der dem Kloster Schuttern gehörte, lag am westlichen Dorfeingang der heutigen Ortschaft.

Der dem Kloster Gengenbach gehörende Oberhof mit einer Kapelle, erstmals bereits 1139 erwähnt, lag oberhalb der Fundstelle. Die

¹ Max Wingeroth, Die Kunstdenkmäler des Großherzogtums Baden, Siebenter Band Kreis Offenburg, Verlag von J.C.B. Mohr, Tübingen, 1908, S. 98

² Ekkehard Klem, Eine Kirche verschwindet, Heimatbeilage „Der Altvater“, 1991, 49. Jahrgang, Nr. 10, S.34

³ Hubert Röderer, Oberschopfheim – Dorf zwischen Wald und Reben, Lahr 2014, S.197

Kapelle stand im Bereich des heutigen Friedhofes am „Kappelberg“. Das Bestehen eines Pfarrhofes östlich der heutigen Pfarrkirche wird bereits 1587 bezeugt⁴. Als in Oberschopfheim anno 1715 eine Kirche gebaut wurde, nahte das Ende der Kapelle. Die vergangenen Kriegsjahre hatten hart an ihrem Bestand gezehrt, vorhandenes Baumaterial wurde beim Kirchenneubau verwendet.⁵

Es kann daher angenommen werden, dass es Bewohner des Oberhofes oder des Pfarrhofes waren, die aus Sicherheitsgründen und wegen des Ausbruchs des Bauernkrieges (1525) ihr Geld auf ihrem Grundstück vergraben haben.

⁴Johannes Röderer in Freiburg, Ortsgeschichte von Oberschopfheim, 1956, Eigenverlag, S. 15

⁵Emil Ell, Gengenbacher Kapelle u.a., Lahrer Zeitung, Heimatbeilage „Der Altvater“, 40. Jahrgang 1982, Nr. 19, S. 75



Bei einer Recherche im Pfarrarchiv Oberschopfheim im Jahre 2012 wurde der Krug mit den historischen Münzen neu entdeckt.
Foto: E. Klem

Münzen für den Grundstein der Pfarrkirche St. Leodegar

Der Fund des Münzschatzes kam für Pfarrer Paul Gröner gerade zur rechten Zeit. Die Abbruch- und Planierungsarbeiten für den Kirchenneubau waren erledigt. Die Grundsteinlegung war bereits für den 22. Mai 1955 terminiert. In die Grundsteinkassette wurde eine Urkunde mit der Geschichte des neuen Kirchenbaus eingelegt, hinzu kamen Scheine und Münzen der damaligen Währung sowie einige der gefundenen alten Silbermünzen.

So der Eintrag im Chronikbuch von Pfarrer Paul Gröner⁶. Wieviel Münzen und welche Münzen aus dem gefundenen Silberschatz im Grundstein verwahrt wurden, hat Pfarrer Gröner leider nicht vermerkt. Mit gesundem Menschenverstand kann man sich jedoch vorstellen, dass es bestimmt die schönsten Fundstücke waren. Ein Teil des Silberschatzes ist daher für viele



Ein Blick in den mit Münzen gefüllten Krug. Es ist schwer vorstellbar, dass insgesamt 605 Münzen in dem kleinen Behältnis Platz hatten.

Foto: E. Klem

⁶ Pfarrarchiv Oberschopfheim, Paul Gröner, Chronik Pfarrei Oberschopfheim 1950 – 1974



Mit einem kleinen Zettel in der Vase informiert Pfarrer Paul Gröner wie der Münzschatz in das Pfarrarchiv gelangte. In seiner Pfarrchronik berichtet er auch, dass einige Münzen aus dem Schatz in den Grundstein der neuen Pfarrkirche eingelegt wurden.

Foto: E. Klem

Jahre und für künftige Generationen sicher und unzugänglich im Grundstein der Oberschopfheimer Kirche verwahrt.

Dem Münzfund wurde 1955 keine große Bedeutung beigemessen. Die Münzen wurden wieder in das Keramikgefäß eingelegt. Und im Pfarrarchiv auf einem Regal abgestellt. Auf einem kleinen Zettel gibt es nähere Informationen über den Fund:

*Vase mit alten Münzen.
1955 bei Grabarbeiten
beim Kirchbau am Pfarr-
berg gefunden.*

*Erz. Pfarramt Oberschopfheim
Siegel und Unterschrift : Paul Gröner*

Danach dauerte es noch 57 Jahre, bis sich jemand für die kleine Vase mit dem kaputten Rand im Pfarrarchiv Oberschopfheim interessierte.

Die Wiederentdeckung des Münzschatzes

Als Autor des Buches „Bildband Friesenheim, Band 2“ besuchte ich im April 2012 das Pfarrarchiv Oberschopfheim. Die Suche galt dem Bildmaterial und den Unterlagen über den in den Jahren 1955/56 errichteten Bau der neuen Pfarrkirche.⁷ Der Dank für die Mithilfe bei der Recherche geht an die damalige Oberschopfheimer Pfarrsekretärin Frau Margrit Arbter. Für unsere gemeinsame Suche wurden wir mit wunderbarem Bild- und Textmaterial belohnt⁸, ein Höhepunkt bei der Suche war jedoch der Fund eines Bechers in einem Rollschrank des Archivs. Ein Hinweiszettel von Pfarrer Paul Gröner klärte uns auf, dass wir einen Münzschatz in unseren Händen hatten.⁹ Die Münzen waren kleine dünne Plättchen, die sehr stark oxydiert und teilweise mit Grünspan überzogen waren. Einige Münzen, die lose im Topf lagen, wurden entnommen und fotografiert. Der Münzklumpen selbst blieb in Originallage im Becher. Die beiden Geistlichen der katholischen Kirchengemeinde, Pfarrer Steffen Jelic und Pfarrer Felix Baumann, wurden über unsere Entdeckung informiert und waren damit einverstanden, dass der Fund der staatlichen Denkmalpflege angezeigt werden konnte.

⁷ Wie Anmerkung 3, S. 181

⁸ Ekkehard Klem, Friesenheim eine Dokumentation, Band 2, Lahr 2012, S. 123 -125

⁹ Ekkehard Klem, Die Pfarrhäuser in der Gemeinde Friesenheim, Geroldsecker Land 55/2018, S. 166

Die ersten Vermutungen und Ergebnisse

Die Fundmeldung und die erstellten Fotos gingen per Mail an das Regierungspräsidium Freiburg. Es folgen Auszüge aus dem Schriftverkehr:

Am 12.05.2012, schrieb Klem, Ekkehard :

In Abstimmung mit dem katholischen Pfarramt Friesenheim gebe ich Ihnen Nachricht über einen im Pfarrarchiv aufbewahrten Schatz von Silbermünzen. Der Krug mit den Silbermünzen wurde bereits 1955 anlässlich des Baues der Pfarrkirche in Oberschopfheim entdeckt. Beim Bau der Kirche wurde der Bauplatz in östlicher Richtung zum Pfarrhaus hin erweitert. Das Tongefäß mit den Münzen wurde anlässlich der Erdarbeiten frei gelegt. Nachdem Herr Pfarrer Steffen Jelic mich ermächtigte, ihnen die Fundmeldung zu übermitteln, habe ich die als Anlage gemachten Bilder gefertigt. Bei dem Münzschatz handelt es sich um mehr als hundert flach geschlagene Silberplättchen mit unterschiedlicher Prägung. Einige obere Münzen habe ich zur Anfertigung von Fotos aus dem Krug entnommen. Die übrigen Münzen liegen noch unberührt im Gefäß. Bei den dünnen, einseitig geprägten silbernen Münzen handelt es sich nach meiner Meinung um Brakteaten¹⁰. Das Alter der Münzen konnte ich wegen fehlender Vergleichsmöglichkeit nicht selbst bestimmen. Der Besitzer des Münzschatzes war bestimmt ein reicher Oberschopfheimer, der auf dem Hügel, dem heutigen Standort des Pfarrhauses, wohnte.

Am 14.05.2012, schrieb Jenisch, Dr. Betram (RPF):

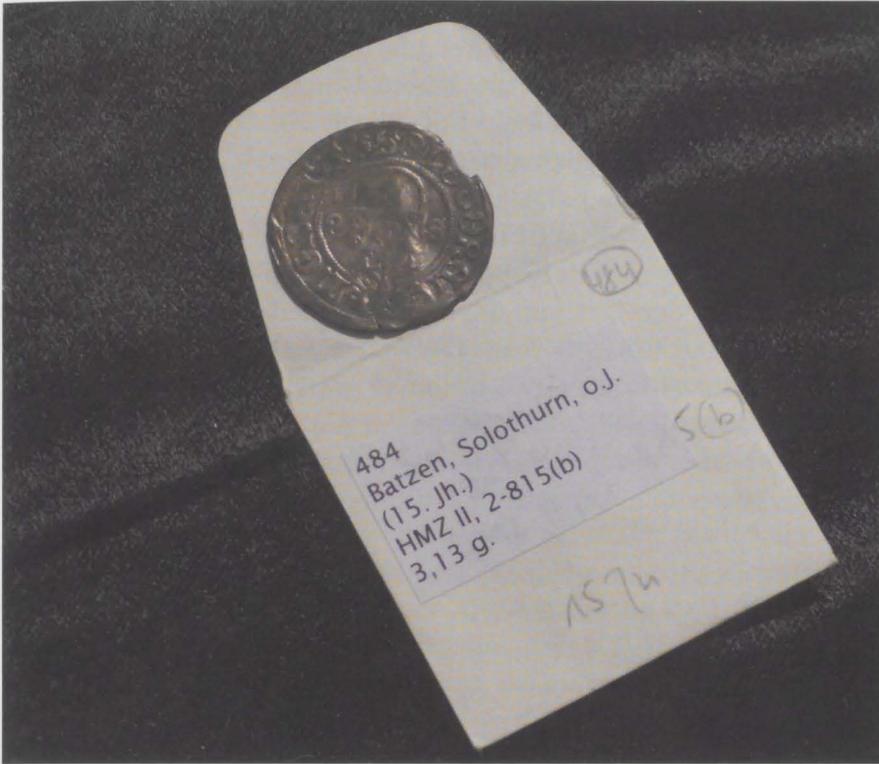
Vielen Dank für die hochinteressante Fundmeldung. Das Ensemble ist nicht nur wegen der Münzen, sondern auch wegen des dadurch eng datierten Keramikgefäßes von hohem wissenschaftlichen Wert. Ich werde bei uns im Hause klären, wer die Münzen exakt numismatisch bestimmen kann.

Am 18.05.2012, schrieb Haasis-Berner, Dr. Andreas (RPF):

Es ist ganz toll, dass die Münzen (seit 1955?!) nicht entnommen wurden. Vor einer Bestimmung müssen wir sie trotzdem entnehmen, das aber dokumentieren. Danach müssen die Münzen restauriert und beidseitig fotografiert werden. Erst dann erfolgt eine Bestimmung. Nach meiner Kenntnis tippe ich auf Straßburger Münzen des 14. Jhs.. Eine spätere Datierung dürfte aufgrund des Perlrandes und des Münzschatzgefäßes wenig wahrscheinlich sein.

Wegen der Bedeutung des Fundes nahm sich die Archäologische Denkmalpflege in Freiburg der Sache an. Der Schatzfund, Münzen und Keramikgefäß, wurde am 18.07.2012 von Herrn Dr. Andreas

¹⁰ Brakteaten (lat. bractea – dünnes Metallblech) sind Münzen, die meistens aus dünnem Silberblech einseitig und auf einer weichen Unterlage durch einen Stempel geprägt wurden.



Im Auftrag der Römisch-Germanischen Kommission in Frankfurt wurde Dr. Robert Fecher beauftragt, den Münzschatz zu dokumentieren. Jedes Geldstück wurde aufgenommen, katalogisiert und eingetütet. Das Vergraben der Münzen wird um 1525 datiert.
Foto: E. Klem

Haasis-Berner auf dem Oberschopfheimer Pfarramt abgeholt, die Schatzübergabe erfolgte durch Pfarrgemeinderatsvorsitzenden Karl Hermann Beiser. Am 30.07.2018 konnte die Denkmalpflege bereits erste Ergebnisse ihrer Untersuchung mitteilen. In dem kleinen Keramikbecher befanden sich 605 Münzen. Dabei entfielen gut 500 Münzen auf einfache Straßburger Lilienpfennige (14. Jh.), die anderen Münzen verteilten sich auf fünf weitere jüngere Prägungen, die um 1500 geschlagen wurden. Weiter wurde festgestellt, dass das nicht glasierte Keramikgefäß und die Münzen etwa aus der gleichen Zeit stammen. Da eine eingehende Bestimmung der Münzen nicht möglich war, wurden sie zur Untersuchung nach Frankfurt zur Römisch-Germanischen Kommission geschickt.¹¹

Mit der Aufbereitung des Münzschatzes wurde von dort aus der selbständig arbeitende Archäologe Dr. phil. Robert Fecher¹² beauftragt. Sein Fachgebiet ist provinzialrömische Geschichte; in seiner Masterarbeit spielte die Numismatik jedoch eine große Rolle. Die Münzen wurden von ihm gereinigt, gewogen, bestimmt, aufgelistet, katalogisiert und einzeln eingetütet.

¹¹ Andreas Haasis-Berner, Landesamt für Denkmalpflege im Regierungspräsidium Stuttgart, Nach 60 Jahren wiederentdeckt. Ein Münzschatz aus Oberschopfheim, Denkmalpflege in Baden-Württemberg, Nachrichtenblatt der Landesdenkmalpflege, 44. Jahrgang, Heft 1/2015, S. 54

¹² Scripta Historica – Dr. phil. Robert Fecher, 63801 Kleinostheim

In der von ihm erstellten Bestandsliste findet sich für jede Münze eine Einzelbeschreibung. Bei den ersten 482 Beschreibungen handelt es sich um Straßburger Pfennige aus Silber mit einem Durchschnittsgewicht von +/- 0,3 Gramm. Aus Colmar findet sich ein Vierer und aus Solothurn ein Batzen. Es folgen dann Kreuzer (ca. ab 1480), Vierer und Halbgroschen (ca. ab 1397), alle aus Straßburg. Ein Doppelvierer aus Basel kann dem 15. Jahrhundert zugeordnet werden. Das Vorhandensein der enger datierbaren lothringischen Gepräge von Herzog René II. aus der Zeit von 1496 – 1508 und die tirolischen Prägungen von Maximilian I. von 1493 – 1519 lassen den Verbergungszeitraum des Münzschatzes, mit sehr großer Wahrscheinlichkeit, in der 1. Hälfte des 16. Jahrhunderts vermuten. Archäologe Robert Fecher geht daher davon aus, dass der Schatz vor Beginn der Bauernkriege des Jahres 1525 versteckt wurde.

¹³ Münzkunde und -forschung

Nach dem Abschluss der wissenschaftlichen Auswertung des Münzschatzes wurde der Fund am 21.03.2014 wieder dem Katholischen Pfarramt zurückgegeben.

Bedeutung und Wert des Schatzes

Münzschatze werden im Allgemeinen äußerst selten entdeckt. Der Oberschopfheimer Münzschatz stellt daher für die Numismatik¹³ einen Glücksfall dar. Die Zusammensetzung des Münzfundes gibt auf jeden Fall Zeugnis über den Münzumsatz in der Region Straß-

Der komplette Münzschatz ist heute im Klostermuseum Schuttern ausgestellt und während der normalen Öffnungszeiten zu bestaunen. Insgesamt 605 Münzen fließen aus dem kleinen Krug in die Vitrine.
Foto: E. Klem



burg und der Ortenau. Das Kloster Schuttern gehörte politisch zu Vorderösterreich, hierdurch könnten die Tiroler Münzen in unsere Raumschaft gelangt sein. Das Kloster Schuttern war mit dem Kloster St. Gallen verbrüderet, vielleicht ist das auch ein Grund, dass sich auch Münzen aus der Schweiz im Schatz befinden.

Bei dem gefundenen Münzen handelt es sich immerhin um 253,68 Gramm Silber. Hierfür müsste man heute jedoch nur 147,25 € bezahlen.¹⁴

Wie viel die Münzen im Mittelalter wert waren, wissen die Forscher exakt nicht, es gibt jedoch einen interessanten Hinweis. Für eine Pilgerfahrt, die etwa 30 Tage dauern sollte, mussten die Pilger 120 Pfennige vorweisen. Eine Person konnte damals von vier Pfennigen pro Tag leben.¹⁵

Viele Pfennige spielen auch in der Geschichte der Stadt Lahr eine große Rolle. Am 18. Juni 1377 bestätigt Heinrich von Geroldseck, Herr von Lahr, den Freiheitsbrief. In Artikel 18 der Urkunde beschwört der Geroldsecker von den Bürgern 700 Pfund Pfennig erhalten zu haben. Wenn man bedenkt, dass ein Straßburger Pfennig nur ein Gewicht von +/- 0,3 Gramm hatte, mussten die Lahrer Bürgerschaft eine Menge Pfennige für ihre Freiheit zusammentragen.¹⁶

Die Präsentation des Schatzes

Im ehemaligen katholischen Pfarrhaus Schuttern konnte der Historische Verein Schuttern 603 e.V. im Jahr 2010, unter seinem damaligen Vorsitzenden Martin Buttenmüller, ein Infozentrum über die Geschichte der Benediktinerabtei Schuttern einrichten. Manches wertvolle Ausstellungsstück aus der Klostersgeschichte wurde hierfür zusammengetragen. Auf der Grundlage eines Konzeptes der Universität Heidelberg konnte das Infozentrum jetzt zu einem Klostermuseum umgewandelt werden. Ein Höhepunkt bei der Museumseröffnung am 22.02.2019 war die Präsentation des Oberschopfheimer Münzschatzes. Dank der Zustimmung des Friesenheimer katholischen Pfarrers Steffen Jelic können die Münzen nunmehr während der Museumsöffnungszeiten betrachtet werden.

¹⁴ Tageskurs Silber am 26.08.2019, 509,16 €/kg

¹⁵ www.numismatikforum.de

Hinweis von munde, 14.05.04 aus: Julius Cahn, Münz- und Geldgeschichte der Stadt Straßburg, 1895

¹⁶ Christoph Bühler, 700 Pfund für die bürgerliche Freiheit, Heidelberg (Eigenverlag) 1985, S. 62

Das Bürgerbuch von Lahr und die Klosterbibliothek von Schuttern

Untersuchungen zur Einbandmakulatur

Von Wolfgang Achnitz

Mit dem Bürgerbuch von 1356 bewahrt das Stadtmuseum in der ehemaligen Tonofenfabrik in Lahr ein wertvolles Zeugnis der Stadt- und Sozialgeschichte. Das Buch verzeichnet in mittelhochdeutscher Sprache 376 Namen von Bewohnern der Stadt ab dem Jahr 1356 (*Dis sint die Burgere in der stat zuo Lare*). Dazu listet es in Nachträgen bis um 1410 noch einmal mehr als 230 Namen weiterer Neubürger und sogenannter „Ausbürger“ auf: Das sind Personen, die das Bürgerrecht besaßen, ohne im städtischen Rechtsbezirk ansässig zu sein. Sie lebten Mitte des 14. Jahrhunderts in der Region rund um Lahr, etwa in Offenburg, Friesenheim, Schopfheim, Ettenheim, Rheinau, Dinglingen, Hugsweier, Burgheim, Kippenheim, Schuttern, Sulz, Ichenheim, Kürzell, Schutterzell, Ottenheim, Allmannsweier, Nonnenweier, Meißenheim, Altenheim und Müllen.¹ Den Stand der Erforschung von Herkunft, Inhalt und Zweck des Bürgerbuchs hat zuletzt der ehemalige Stadthistoriker Thorsten Mietzner zusammengefasst.²

Der 1356 angefertigte Grundstock des Bürgerbuchs stammt von der Hand eines einzigen Schreibers, der den Abschluss seiner Tätigkeit am 9. August am Ende der Listen festhält: *Scriptus est iste liber anno domini M^oCCC^oL^oVI^o et completus In vigilia beati Laurentij Martyris* (fol. 24vb). Später wurden von weiteren Schreibern Einträge gestrichen sowie Ergänzungen und Nachträge hinzugefügt.

Der mittelalterliche Codex besteht aus 24 Pergamentblättern im Kleinfolioformat (280 x 220 mm). Sie sind in zwei Lagen zu je sechs Doppelblättern angeordnet und werden von zwei Holzdeckeln mit Halbledereinband zusammengehalten. *Ausgekleidet sind sie mit einem lateinischen Pergamentmanuskript, das bislang nicht erforscht ist und ebenfalls aus dem 14. Jahrhundert stammt*, schreibt Mietzner im Jahr 2015.³ Mit den im Einband verleimten Blättern aus Pergament beschäftigt

sich dieser Beitrag. Er geht der Frage nach, was der Bucheinband und die in ihm verwendeten Pergamentreste über Entstehung und Herkunft des Bürgerbuchs von 1356 verraten.

Die beiden Eichenholzbretter, die die 24 Blätter der Archivalie zusammenhalten, sind durch vier Doppelbünde mit dem Buchblock verbunden, wie es bei Codices im Folioformat im Mittelalter üblich gewesen ist.⁴ Dazu sind die Enden der Bünde aus Hanfschnüren durch ausgebohrte Löcher von außen in die Holzbretter hineingeführt und von innen befestigt worden. Allerdings hat sich die Verbindung altersbedingt stark gelockert und der Einband ist aus diesem Grund insgesamt restaurierungsbedürftig. Holz und Leder sind mäßig von alten Wurmlöchern durchzogen.

An den drei Außenseiten sind die etwa einen Zentimeter starken Holzbretter abgeschragt. Von einer Langschließe, die zusammen mit den schweren Deckeln die häufig welligen Pergamentblätter bändigen sollte, ist nur noch ein quadratischer Messingbeschlag mittig am Rand der Außenseite des vorderen Deckels vorhanden. Er ist mit zwei Nägelchen auf dem Holz befestigt. Der schließende Langriemen aus Leder ist abgerissen, der Metallstift (Dorn) als Verschlussmöglichkeit auf der Mitte der Rückseite so gekürzt, dass er nicht mehr aus dem Holzdeckel ragt. Als der Codex Mitte des 14. Jahrhunderts angefertigt wurde, hat man Bücher vor allem liegend aufbewahrt. Um sie im ausgehenden Mittelalter, das heißt ab dem späten 15. Jahrhundert, nebeneinander ins Regal stellen zu können, wurden Schließen und andere Metallbeschläge häufig entfernt, da durch sie die benachbarten Bücher beschädigt werden konnten.

Beide Buchdeckel sind jeweils außen und über den Rücken hinweg zu gut einem Drittel mit hellbraun gefärbtem Kalbsleder bezogen und liegen ansonsten blank. In der Kodikologie bezeichnet man dies als Halbledereinband. Das Holz ist außen glattgerieben von häufiger Benutzung, ebenso das übergezogene Leder. Um die Befestigungen der Bünde in den Innendeckeln und die um die Deckelränder geklebten Kanten des Lederbezugs zu verdecken, hat man die Innenseiten der Einbanddeckel mit Spiegelblättern überklebt. Dazu dienten häufig entweder die eigens dafür leergelassenen ersten und letzten Blätter des Buchblocks. Auch verwendete man gern ausgemusterte Archivalien oder, wie im Fall des Lahrer Bürgerbuchs, ausgerissene Blätter aus alten Codices als sogenannte Einbandmakulatur.



Als Makulatur (von lateinisch *macula*, Fleck, Fehler) bezeichnet man wiederverwendetes Pergament (oder auch Papier und Pappe) aus unbrauchbar gewordenen oder als veraltet geltenden Büchern. Die Buchbinder benutzten solches Material gern zur Verstärkung besonders beanspruchter Stellen im Einband eines Buches. Für repräsentative Bände diente zu diesem Zweck neues, unbeschriebenes Material, doch im Allgemeinen griff man dafür auf das in Buchwerkstätten und Bibliotheken reichlich vorhandene, bereits beschriebene Pergament zurück. *Besonders in der Zeit um 1500 wurden unvorstellbar viele als überflüssig eingeschätzte ältere Handschriften, die bis dahin erhalten geblieben waren, aus Bibliotheken ausgesondert und der Schere des Buchbinders überantwortet.*⁵ Aber auch schon im 14. Jahrhundert, noch vor der Verbreitung des modernen Buchdrucks, der Handgeschriebenes als antiquiert erscheinen lassen musste, wurde von dieser Form des Recyclings eines kostbaren Rohstoffs Gebrauch gemacht. Mit ein bis zwei Zentimeter breiten Pergamentstreifen verstärkte man vor dem Einbinden die einzelnen Lagen in den Falzen, damit die Heftfäden diese nicht durchschneiden konnten. In den Rücken eines Bandes wurden häufig breitere Streifen eingeklebt, um ihm mehr Stabilität zu verleihen, und aus ästhetischen Gründen bildeten zugeschnittene Blätter oder auch Doppelblätter makulierter Handschriften nicht selten den Innenspiegel von Büchern. Bei sogenannten Koperteinbänden besteht häufig sogar der gesamte Einband eines dann meist weniger umfangreichen Heftes aus makuliertem Pergament.

Zwischen dem 14. und dem 17. Jahrhundert sind wesentlich mehr lateinische als deutschsprachige Bücher zu Makulatur verarbeitet worden – allerdings hat es im Mittelalter natürlich ohnehin weitaus mehr lateinisches als deutschsprachiges Schrifttum gegeben. Makuliert wurden vor allem obsolet gewordene Liturgica und Urkunden. Bis in das 15. Jahrhundert hinein ist wohl davon auszugehen, dass Buchbindewerkstätten dafür vornehmlich Material aus dem eigenen Umkreis verwendet haben. Die Pergamentfragmente liefern daher für die frühere Zeit häufig zusätzliche Indizien für die Herkunft (Provenienz) eines Buches. In späterer Zeit haben die Werkstätten dann auch auf einen in Gang gekommenen Handel mit altem Pergament zurückgreifen können. Für die Überlieferung deutschsprachiger Texte sind solche Makulaturfragmente sogar von besonderer Relevanz: *Mehr als die Hälfte der gesamten handschriftlichen Überlieferung deutschen Schrifttums bis zum Ende des 14. Jahrhunderts ist nur in fragmentarischer Form erhalten geblieben. Einzelne Werke und auch ganze literarische*

Bild links:
Lateinisches Fragment im vorderen Innenspiegel (links) und erste Seite des Lahrer Bürgerbuchs von 1365, mit weiterer lateinischer Makulatur im beschädigten Buchrücken.
Foto: Wolfgang Achnitz

Gattungen lassen an ihrer stärkeren fragmentarischen Überlieferung erkennen, dass man im späteren 15. Jahrhundert kaum mehr Wert auf ihre Erhaltung legte.⁶ So gelingen Buch- und Literaturwissenschaftlern auch heute noch immer wieder spektakuläre Neufunde zu nur bruchstückhaft erhaltenen Werken.⁷

Makulatur im Lahrer Bürgerbuch

Auch im Lahrer Bürgerbuch dienten in der Mitte des 14. Jahrhunderts Pergamentstreifen zur Verstärkung des Buchrückens. Diese Streifen sind zwischen den Deckeln und dem Buchblock vor allem am Fußende des Bandes gut zu sehen, weil dort die Bindung stark gelockert und der Einband defekt ist. Die verwendete Schrift, eine Übergangsform von der karolingischen zur gotischen Minuskel, verweist für die Entstehung dieser lateinischen Bruchstücke in das frühe Mittelalter. Deren Inhalt kann einstweilen nicht bestimmt werden, solange die Streifen nicht bei einer Restaurierung des Bandes ausgelöst worden sind.

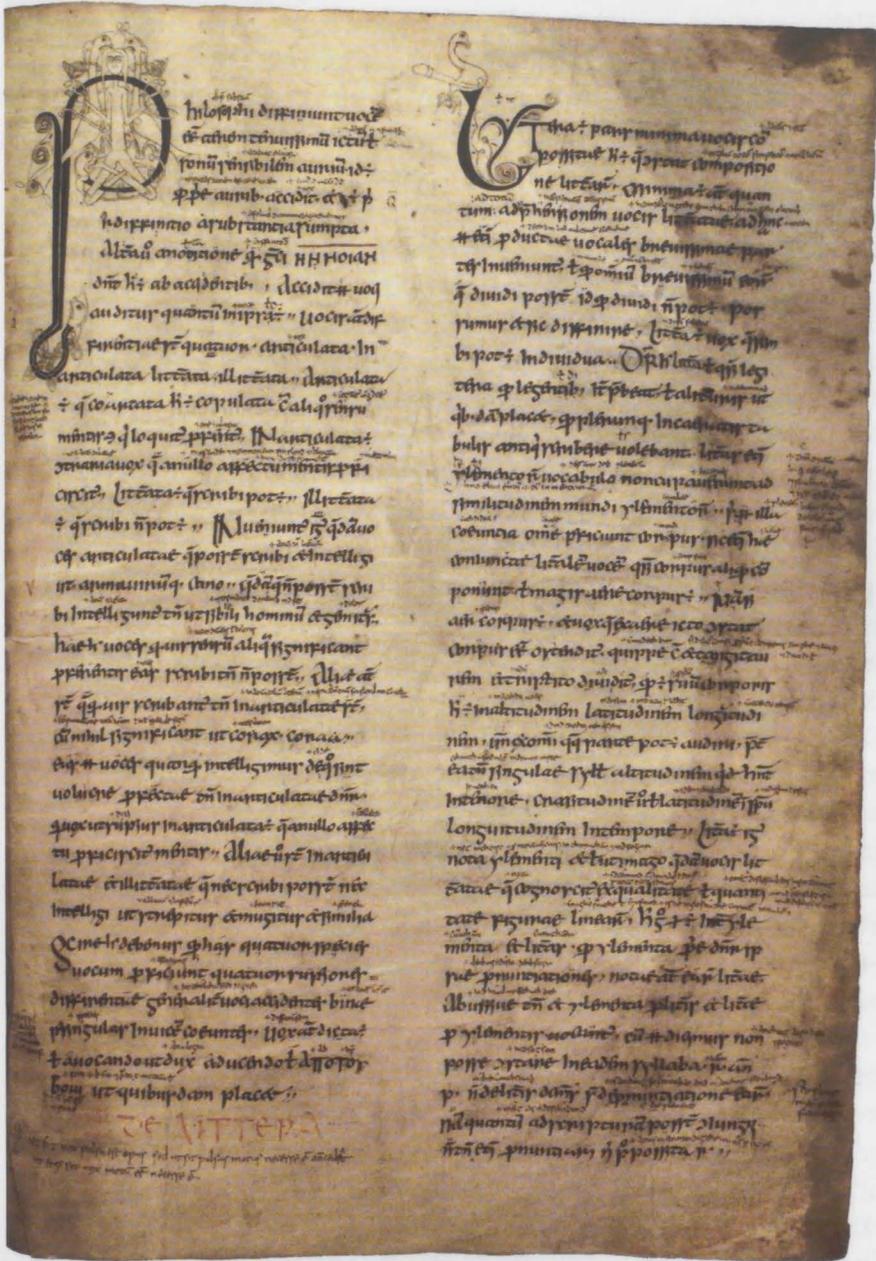
Mit Sicherheit stammen diese Fragmente nicht aus derselben Handschrift wie die zwei Pergamentblätter, die in die Innenspiegel des Vorder- und Rückendeckels eingeklebt sind. Bei ihnen handelt es sich um zwei exakt auf die Größe der Holzdeckel (279 x 220 mm) zugeschnittene Doppelblätter, insgesamt also acht Seiten. Auf diesen Seiten finden sich jeweils zwei 70-72 mm breite Kolumnen mit bis zu 59 Zeilen. Diese enthalten fortlaufend geschriebenen Text in lateinischer Prosa. Dem Beschnitt ist auf vier Seiten jeweils eine halbe Kolumne zum Opfer gefallen; auch fehlen am unteren (vorderer Deckel) beziehungsweise oberen Rand (hinterer Deckel) jeweils einige Zeilen. Die ursprüngliche Größe der Pergamentseiten dürfte etwa 220 x 168 mm betragen haben.

Zum Zeitpunkt ihrer Makulierung sind diese Fragmente bereits mehr als zweihundert Jahre alt gewesen. Der verwendeten Schrift zufolge stammt die Handschrift, der die Blätter entnommen wurden, aus dem späten 12. oder frühen 13. Jahrhundert. Vermutlich ist sie in Frankreich oder im deutsch-französischen Grenzgebiet entstanden (siehe unten). Dazu passt ihr Inhalt: Die in den Spiegel eingeklebten Blätter enthalten auf den sichtbaren Seiten Ausschnitte aus einem Werk, das als bearbeitete Fassung der um 1146 entstandenen *Summa super Priscianum* des Petrus Helias identifiziert werden kann.⁸

Petrus Helias (auch Helie) war ein mittelalterlicher Sprachwissenschaftler, Sprachphilosoph und Rhetoriker. Er dürfte um 1100, vielleicht im heutigen Frankreich, geboren und gegen 1166 gestorben sein. Sein Wirkungsort war wohl überwiegend Paris, wo er an der Kathedrale von Poitiers nachzuweisen ist. Zu seinen Dozenten zählten unter anderem die Gelehrten Thierry von Chartres (1085-1155) und Wilhelm von Conches (ca. 1080-1154).⁹ Als Hauptvertreter der sogenannten Schule von Chartres zeigten diese beiden Platoniker Interesse an naturkundlichen und naturphilosophischen Fragen und setzten sich auch mit Problemen der Kosmologie auseinander. Thierry schrieb ein Buch über die *Artes Liberales*, für das er 45 antike und mittelalterliche Schriften auswertete. Die gesamte Materie sortierte er nach den einzelnen Fächern der Sieben Freien Künste im *Trivium* (Grundstudium) und *Quadrivium* (Aufbaustudium). Für den Abschnitt über die Dialektik hat er große Teile des *Organon* des Aristoteles in das Lateinische übertragen. Damit wurde erstmals ein größerer Kreis mittelalterlicher Gelehrter mit der aristotelischen Logik bekannt. Wilhelm von Conches verfasste mit seiner *Glose super Priscianum* einen Kommentar zu den *Institutiones grammaticae*, einer systematischen Darstellung der lateinischen Grammatik durch den spätantiken Grammatiker Priscian (um 500 nach Christus). Das Schaffen Priscians stellte gleichzeitig den Höhepunkt und das Ende der römisch-lateinischen Sprachwissenschaft dar. Sein Hauptwerk *Institutiones grammaticae* versammelte und systematisierte in 18 Büchern die jahrhundertlange grammatische Forschung der gelehrten römischen Welt und wurde so für das Mittelalter zu einem der einflussreichsten Grammatiklehrbücher überhaupt.

Die „Summa super Priscianum“ des Petrus Helias

Das pädagogisch ausgerichtete Lehrbuch *Summa super Priscianum* des Petrus Helias entstand mehr als ein halbes Jahrtausend später, irgendwann zwischen 1140 und 1150. Es setzt sich wie die Werke seiner Pariser Lehrer mit der Grammatiklehre des Priscian auseinander und postuliert anders als diese, dass die Grammatik unabhängig von den Belangen der Logik sei. Petrus Helias untersucht in seinem Werk daher vor allem Wörter (*verba*) in Bezug auf Dinge der Realität (*res*). Zur Erklärung und Fundierung der lateinischen Grammatik zieht er wie Thierry von Chartres unter anderem die logischen Schriften des Aristoteles heran. Selbstverständlich benutzte Petrus Helias für seine Studien auch den Kommentar seines Lehrers zu Priscians Gramma-



Priscian Cod. San. 904: Der Beginn von Priscians „Institutiones grammaticae“ in einer 850/51 geschriebenen Handschrift in der Klosterbibliothek St. Gallen. Cod. San. 904, Abb. gemeinfrei

tiklehre.¹⁰ Petrus gehörte damit neben Eberhard von Béthune und Alexander de Villa Dei zu den wichtigsten Grammatikern des 12. Jahrhunderts. Sein um 1146 verfasster Kommentar zu den *Institutiones Grammaticae* transportiert das sprachtheoretische Wissen der Spätantike in die hoch- und spätmittelalterliche Philosophie.¹¹

Aufbau und Struktur der Abhandlung

Der Traktat gliedert sich in die zwei Teile *De Arte grammatica* und den *De constructione*, wobei der zweite Teil, der *Liber Constructionum* nur etwa ein Fünftel des ganzen ausmacht und auch separat überliefert ist. Er beschäftigt sich mit der Satz- und Formenlehre. Der sehr viel längere erste Abschnitt, *De Arte grammatica*, ist auf mehreren Ebenen fein untergliedert. Nach einer kurzen Einleitung geht es um die Stimme (*De Voce*), die Schreibweise (*De Orthographia*), die Aussprache und die Vortragsweise (*De Dictione*). Der umfangreiche Hauptteil beschäftigt sich mit den einzelnen Wortarten, den Substantiven (*De Nomine*), den Verben (*De Verba*), den Partizipien (*De Participio*) und den Pronomen (*De Pronomine*). Abschließend folgen Ausführungen über nicht deklinierbare Wortarten (*De Indeclinabilibus*) wie Präpositionen, Adverbien oder Konjunktionen. Jedem noch so kleinen Abschnitt ist im Werk eine eigene Überschrift vorangestellt.

Die Aktualisierung und Kommentierung der Priscian-Grammatik aus dem 6. Jahrhunderts setzte einen hohen Standard für das Genre. Die *Summa super Priscianum* behandelt auf systematische Weise die grammatikalischen Elemente vor dem Hintergrund der stoischen Theorie: Für die Stoiker waren alle Wörter von Natur aus mehrdeutig. Der mehrdeutige Anfangseindruck (*phantasia*) konnte deren Ansicht nach erst in einem zweiten, bestätigenden Eindruck (*phantasia kataleptike*) bestimmt werden. Petrus Helias nimmt diese Vorstellung zum einen dadurch auf, dass ein Substantiv allumfassend (*complexivum*) für alle seine Anwendungen sein soll, und zweitens durch den Gedanken, dass die spezifische Bedeutung nur in einem je größeren Kontext definiert werden könne. Der Autor behandelt das Substantiv somit als eine Art grammatikalisches Universal, welches seine Instanzen einschließt und umfasst. Diese Position weicht von der Ansicht jener Logiker ab, die darauf bestanden, dass das Universelle seine Instanzen ausschliesse. Petrus Helias widersetzt sich also nicht nur dem Eindringen der Logik in die Grammatik, sondern versucht auch, die Priorität der Grammatik in Sachen Beschreibung wiederherzustellen. Sein Widerpart war in dieser Frage sein älterer Zeitgenosse Abaelard, der die Grammatik geringschätzte.

Die *Summa super Priscianum* galt der Nachwelt nicht zuletzt deshalb als die Grundlegung einer philosophischen Grammatik (*grammatica speculativa*), weil ihr Verfasser die logischen Schriften des Aristoteles

und deren Begrifflichkeiten zur Erklärung und Fundierung einer lateinischen Grammatik heranzieht. Im Mittelpunkt stehen der *modus significandi* (die Art und Weise des Bezeichnens) und die *proprietas significationis* (die Eigenschaft der Bezeichnung). Aus der silbischen und lautlichen Struktur der Wörter sollte das Wesen der durch sie bezeichneten Dinge erschlossen werden können.

Die *Summa* und vergleichbare Werke der Zeit waren also weniger für das Erlernen der lateinischen Sprache gedacht als für das theoretische Nachdenken über Sprache. So betrachtet Petrus Helias die Grammatik erstmals nicht mehr nur als die Kunst des richtigen Schreibens und Sprechens, sondern auch als philosophische Wissenschaft, und beschäftigt sich vor allem damit, seine grammatische Kategorienbildung theoretisch zu begründen. Die von Petrus Helias mitbegründete spekulative Philosophie wird von seinen Nachfolgern (den sogenannten Modisten) aufgegriffen und ab Ende des 12. Jahrhunderts an der Fakultät der Künste in Paris auf philosophisch-logischer Basis gelehrt.¹²



Ein Mönch in einer mittelalterlichen Schreibwerkstatt (Holzschnitt 15. Jhd.), aus: Paul Lacroix, *Les arts au moyen age et a la epoque de la Renaissance*, Paris 1874, S.447

Die Abhandlung war demnach nicht für den Lateinunterricht in einer Schule gedacht, sondern für das sprachphilosophische Studium. Der grammatikwissenschaftliche Text des Petrus Helias ist nicht Teil einer Elementarbildung (mit Latein, Rechnen und Gesang), wie sie zwischen dem 10. und dem 14. Jahrhundert vor allem in größeren Klöstern und später auch in städtischen Schulen praktiziert wurde. Manche Klosterschulen hatten zwar neben den Schulen für die Novizen (*schola interna*) auch eine Schule für Laien (*schola externa*), jedoch kamen insgesamt nur wenige männliche Schüler, die nicht in ein Kloster eintreten wollten, in den Genuss einer Schulbildung.

Die Grammatiktheorie gehörte neben der Rhetorik und der Dialektik zum sogenannten Trivium, dem Grundstudium einer mittelalterlichen wissenschaftlichen Ausbildung im Rahmen der Sieben Freien Künste (*septem artes liberales*), die man an der Artistenfakultät absolvierte. Im *Quadrivium* bauten darauf die Fächer Arithmetik, Geometrie, Astronomie und Musik auf.¹³ Auf der Basis dieses Kanons konnte man dann an einer der Hohen Schulen, wie es sie seit dem 12. Jahrhundert im europäischen Raum gab, Theologie, Recht oder Medizin studieren. Zu nennen sind, in chronologischer Reihung, beispielsweise die Zusammenschlüsse von Lernenden und Lehrenden zu einer *universitas* in Bologna (seit 1088), Paris, Oxford und Montpellier (seit Anfang des 13. Jahrhunderts) oder Cambridge (seit 1209).¹⁴ Aus ihnen sollten im Laufe der Zeit die späteren Universitäten mit ihren besonderen Privilegien hervorgehen.¹⁵

Die Überlieferung der „Summa super Priscianum“

Überliefert ist die grammatikwissenschaftliche Abhandlung des Petrus Helias in rund 30 Textzeugen aus dem 12. bis 16. Jahrhundert. Sie werden heute verstreut in Bibliotheken der Universitätsstädte Europas aufbewahrt, unter anderem in Breslau, Brügge, Cambridge, Krakau, London, Metz, München, Orleans, Oxford, Paris, Prag, Rom, Venedig oder Wien. Die wissenschaftliche Textausgabe aus dem Jahr 1993 basiert auf sechs der ältesten Überlieferungsträger. Insbesondere die Version dreier Handschriften komme dem nicht erhaltenen Originaltext des Petrus Helias sehr nahe, fasst der Herausgeber Leo Reilly seine textkritischen Studien zusammen.¹⁶ Es handelt sich um den *Codex latinus monaciensis 3515* der Bayerischen Staatsbibliothek in München (aus dem 12. Jahrhundert), die Handschrift Chigi L. VI. 208 der Biblioteca Apostolica Vaticana in Rom (aus dem 12./13. Jahrhun-

dert) und die Handschrift 711 der Bibliothèque de l’Arsenal in Paris (von 1230). Die bislang älteste bekannte Überlieferung der *Summa super Priscianum* ist der Clm 3515 in München. Der Codex stammt aus der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts, umfasst 167 Pergamentblätter (265 x 160 mm) und wurde vermutlich in Frankreich angefertigt. Im 15. Jahrhundert befand sich das Buch im Besitz des Kaufmanns, Humanisten und Augsburger Bürgermeisters Sigismund Gossembrot dem Älteren (1417-1493), der ab 1461 in Straßburg lebte und dort auch starb.¹⁷

Die „Summa super Priscianum“ im Bürgerbuch

Der Text, den die Fragmente aus Lahr überliefern, weicht erheblich von dem ab, der in der kritischen Textausgabe nachzulesen ist. Es finden sich zahlreiche Auslassungen, aber auch Zusätze (Interpolationen) und Umstellungen. Es lässt sich so nur grob angeben, welche Abschnitte aus der Summa in den Neufunden überliefert sind. Ein Beispiel soll dies illustrieren: Das Pergament-Doppelblatt im hinteren Holzdeckel überliefert auf der sichtbaren rechten Seite den Schluss des Kapitels *De Patronymico* (etwa ab 237,48)¹⁸ und den Beginn von *De Possessivis*. In der linken Spalte dieser Seite ist der Beginn des neuen Kapitels mit einer roten P-Initiale markiert und im Anschluss ist dort *POSSESIVUM* in Großbuchstaben zu lesen. Damit beginnt *De Possesivis* (238,77). Direkt nach den ersten beiden Worten *possesivum merito* weicht der Wortlaut jedoch vom edierten Text ab. Anschließend lassen sich lediglich immer wieder einzelne Wörter oder Passagen noch als übereinstimmend identifizieren (*post patronomicum ... speciem possessionis significare videtur, scilicet, filios vel nepotes ... postea ostendit originem, deinde formas et formationes*). Dazwischen sind etwa zehn Zeilen Text ausgelassen und stattdessen einige extrem abgekürzte Worte mit anderem Text eingefügt. Zusätzlich wurden einzelne Passagen nach der Niederschrift durchgestrichen. In der rechten Spalte des Blattes findet sich bereits Text aus dem anschließenden Abschnitt *Significationes Dictionum*. Zum Beispiel ist in der Mitte der Spalte das Wort *Cardian* ausgerückt (zu grch. *kardia*, Herz) und es schließt an: *Inde cardia dicitur infirmitas que in vulgari usu dicitur cordis pulsus inde dicitur cardia[us], qui talem patitur infirmitatem* (entspricht 249,94f.). Danach weicht der Text zum Stichwort *Artes mechanicae* wieder von dem der kritischen Ausgabe ab, ist umgestellt, bearbeitet und interpoliert durch Ausführungen über die *Artes liberales* und die *Artes magica*. Erst nach 28 Zeilen geht es weiter mit

Mulio vel custos muli et inde dicitur mulionicus ca cum, quasi possessio mulionis (entspricht 249,98f.). Diese Art der Bearbeitung ist wohl typisch für die Fassung der *Summa*, die die Fragmente aus Lahr überliefern.

Die linke Seite dieses Doppelblatts enthält Text aus dem weiter hinten stehen Kapitel *De Denominativo* (entspricht ungefähr 291,63-298,31). Auch dort ist der Text stark abweichend von dem edierten und es sind sogar Zeilen nachträglich vertikal neben die Textspalte geschrieben. Im unteren Viertel der rechten Spalte findet sich der Passus: *Secundum hanc ergo Flandria debuisse facere flandriensis ut hispania hispaniensis. Facit tamen flandrensis irregulariter ... Secundum hanc regulam remis remiensis ergo tamen facere andegavis andegauensis ... pictavo quibus usi sunt antiqui* (entspricht 297,5-12). Die beiden sichtbaren Seiten bilden somit die Außenseiten des in den hinteren Deckel eingeklebten Doppelblatts.

Auf dem Doppelblatt im vorderen Innendeckel ist ebenfalls nachträglich Text vertikal neben die Spalten geschrieben worden. Neben einer späteren Federprobe (S. Maria) finden sich dort unter anderem die Wörter *eleuamenta, alimenta, ilimenta* und *primordialis materia*, die zur Stelle 120,2ff. recht weit vorn in der kritischen Textausgabe passen. Die Passage gehört zum Abschnitt *Parcium Compositiones* im Kapitel *De Accidentibus*. Dieses wiederum ist Teil des ersten Buchs der „*Summa*“, das mit *De Orthographia* überschrieben ist. Inhalte aus diesem ersten Buch bestimmen wohl auch den Rest des Doppelblattes, soweit der Text sichtbar ist (etwa von 65,1 bis 120,5), auch wenn sich dort bis auf *Mute idest nomina* (81,15f.) in der ersten Spalte oder *Littera est uox* (74,45) in der dritten Spalte kaum längere Passagen finden, die mit dem Wortlaut der kritischen Textausgabe übereinstimmen.¹⁹ Eine derart freie Bearbeitung ist für das Fachschrifttum des hohen Mittelalters nicht ungewöhnlich, denn ein Autor war kein Urheber im rechtlichen Sinn und so konnte jedermann den abzuschreibenden Text nach seinen Kenntnissen und Bedürfnissen verändern. Besonders häufig wurden während der Abschrift weitere Quellen herangezogen und eingearbeitet.²⁰ Eine genauere überlieferungsgeschichtliche Einordnung der Lahrer Fragmente bleibt den Spezialisten für die Zeit vorbehalten, wenn die Doppelblätter aus den Deckeln des Bürgerbuchs ausgelöst worden sind.

Der verwendeten Buchschrift nach ist die Pergamenthandschrift, der diese Doppelblätter entnommen worden sind, möglicherweise be-

reits um 1200 entstanden. Die Verwendung des insularen, das heißt von der Schrift irischer Mönche übernommenen Abkürzungszeichens für *est* (ein Doppelpunkt mit einem waagerechten Strich in der Mitte) könnte für eine Entstehung der Handschrift in Nordfrankreich oder den Beneluxstaaten sprechen. Denkbar ist aber auch, dass sie erst etwas später, zu Anfang des 13. Jahrhunderts, und dafür etwas weiter östlich, im deutsch-französischen Grenzgebiet oder im Westen des deutschsprachigen Raums, angefertigt wurde. Eine Entstehung im Oberrheingebiet ist daher durchaus nicht auszuschließen. Wenn die Niederschrift tatsächlich im Elsass oder in Baden erfolgt wäre, dürfte sie wohl etwas jüngeren Datums sein. Als Schreiborte kämen dann beispielsweise der Bischofssitz in Straßburg oder eben auch die Benediktinerabtei in Schuttern in Frage.

Das in der Gemeinde Friesenheim bei Lahr gelegene Reichskloster gilt als eine der bedeutendsten Abteien des Früh- und Hochmittelalters im Südwesten Deutschlands. Leider konnten die mittelalterlichen Buchschätze des Klosters überwiegend nicht erhalten werden, denn Schuttern wurde durch Fehden und kriegerische Auseinandersetzungen immer wieder in Mitleidenschaft gezogen.

Deshalb sind auch die Handschriften des Skriptoriums und der mittelalterlichen Bibliothek zum größten Teil verloren. *Die Abtei verfügte in der Frühen Neuzeit über eine eigene Buchbinderwerkstatt, in der vor allem liturgische Handschriften als Einbandmaterial für Bücher zweitverwendet worden sind. Aus den Buchdeckeln der Schutternen Inkunabeln und Frühdrucke konnten in jüngster Zeit Pergamentfragmente ausgelöst werden, die mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit aus Handschriften der Klosterbibliothek stammen. Sie werden heute in der Universitätsbibliothek Heidelberg²¹ aufbewahrt, heißt es auf den Seiten der Universität*

Halbrelief mit Priscianus Caesariensis (Priscian) auf einem Relief am Florenzer Dom mit Schülern. (15. Jhd.), Museo dell' Opera del duomo, Florenz



Heidelberg. Am dortigen Center for Cultural Heritage (HCCH) gibt es ein Forschungsprojekt, das gemeinsam mit der Universitätsbibliothek versucht, die Bestände der vermutlich großen Schutterner Bibliothek virtuell zu rekonstruieren. Die Pergamenthandschriften und -fragmente sollen digitalisiert verfügbar gemacht werden. Ziel ist es, die Reste der alten Klosterbibliothek zusammenzuführen, um die Forschung zu Schutterner Beständen zu fördern und diese der interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.²²

Dabei zeichnet sich schon jetzt eine nicht nur kunsthistorisch außerordentlich bedeutsame Sammlung von Handschriften und Drucken aus allen mittelalterlichen Jahrhunderten ab – von frühem und wissenschaftlichem Buchbesitz zeugen schon Aufzeichnungen aus der Mitte des 9. Jahrhunderts. Das Kloster dürfte bis zu seiner Zerstörung eine seiner reichs- und kirchengeschichtlichen Bedeutung entsprechende, europaweit bekannte und auch bestens vernetzte Bibliothek besessen haben, und spätestens für die Zeit um 1500 lässt sich auch eine Buchbindewerkstatt nachweisen: *Schuttern gehört damit zu den klösterlichen Institutionen, in denen die Bibliothek um die Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert – letztlich Folge der Erfindung der Buchdruckerkunst – enorme Zugewinne aufweisen konnte.*²³ Heute sind die bislang ermittelten Bestände – nahezu 150 Bücher – in den Bibliotheken Europas verstreut, vor allem in Heidelberg und Karlsruhe, aber auch in Bratislava, Colmar, London, Lyon (mit dem Besitzvermerk *Iste liber monasterii schutteranii*) oder Wien.²⁴

Weltliche Schreibstuben und Buchwerkstätten etablierten sich erst im späteren Mittelalter, dann zunächst vor allem in den Städten. Da sich für die Stadt Lahr in der Mitte des 14. Jahrhunderts aber weder eine Schreibstube noch eine Bibliothek oder gar eine Buchbindewerkstatt nachweisen lassen, ist es vorstellbar, dass das dort aufbewahrte Bürgerbuch von 1365 mit Unterstützung des Schreib- und Buchbetriebs in der Abtei Schuttern angefertigt und dort auch gebunden worden ist. Um dieser These nachzugehen, müsste man in großem Umfang die Handschriften der Schreiber aus der Mitte des 14. Jahrhunderts mit dem überlieferten Material abgleichen und dazu auch die Bestände vom Bischofssitz in Straßburg einbeziehen.

Auf die Entstehung des Bürgerbuchs in der Schreibstube einer bedeutenden Bibliothek verwies nicht zuletzt der Inhalt der als Makulatur verwendeten Pergamentblätter mit der grammatikwissenschaftlichen Abhandlung des Pariser Gelehrten Petrus Helias. *Die*

*deutschen Klöster sind im 12. (und bereits im 11.) Jahrhundert ziemlich gut informiert, was an den nordfranzösischen Schulen gelesen und geschrieben wird, zum Teil vielleicht durch Mönche, die dort studiert haben. Von daher wäre es höchst interessant, aber nicht überraschend, dass wir Petrus Helias in einem deutschen Kloster antreffen. Aber es ist wahrscheinlicher, dass die Handschrift entweder aus einer Kathedralschule ins Kloster gebracht oder sogar dort für die eigene Lektüre gebraucht wurde.*²⁵

Der Einband des Bürgerbuchs ist nach Auskunft von Tino Licht, der in Heidelberg mit der virtuellen Rekonstruktion der Schutterner Bibliotheksbestände befasst ist, bislang „leider kaum seriös mit Schuttern in Verbindung zu bringen, denn wegen des starken Abriebs sind die dafür aussagekräftigen Einbandstempel nicht mehr sichtbar.“²⁶ Vergleichbare Einbände sind also derzeit nicht nachzuweisen – allerdings konnte bislang auch nur ein Bruchteil der ehemals europaweit bekannten Bibliothek des Klosters rekonstruiert werden und gebundene Bände mit Gebrauchsschrifttum, wie es das Bürgerverzeichnis darstellt, sind einstweilen nicht darunter. Es ist also im Moment nicht zu beweisen, aber auch keineswegs auszuschließen, dass das Lahrer Bürgerbuch von 1365 im Kloster Schuttern zumindest gebunden worden ist. Dann wäre dort zu diesem Anlass in der Mitte des 14. Jahrhunderts mit den Blättern aus der „Summa super Priscianum“ des Petrus Helias ein nach Inhalt und Schrift veraltetes grammatikwissenschaftliches Werk einem Upcycling zugeführt worden.

¹ Verzeichnet sind auch die beiden inzwischen abgegangenen Orte Vastolzwilre (bei Kürzell) und Hotenwilre (bei Ichenheim).

² Thorsten Mietzner, Das Bürgerbuch von 1356. Überlegungen zu einer Lahrer Quelle (Teil 1), in: Geroldsecker Land 57 (2015), S. 125-143.

³ Mietzner (wie Anm. 2), S. 127 ¹ Verzeichnet sind auch die beiden inzwischen abgegangenen Orte Vastolzwilre (bei Kürzell) und Hotenwilre (bei Ichenheim).

² Thorsten Mietzner, Das Bürgerbuch von 1356. Überlegungen zu einer Lahrer Quelle (Teil 1), in: Geroldsecker Land 57 (2015), S. 125-143.

³ Mietzner (wie Anm. 2), S. 127

⁴ Allgemein dazu Karin Schneider, Paläographie und Handschriftenkunde für Germanisten. Eine Einführung. Tübingen 1999 (Sammlung kurzer Grammatiken Germanischer Dialekte. Ergänzungsreihe 8), S. 164-185; vgl. auch Christine Jakobi-Mirwald, Buchmalerei. Terminologie in der Kunstgeschichte 4. Ausgabe. Berlin 2014

⁵ Schneider (wie Anm. 4), S. 178

⁶ Schneider (wie Anm. 4). S. 182

⁷ Vgl. beispielsweise Wolfgang Achnitz, Verlorene Erzählwelten. Zum poetologischen Ort fragmentarischer Artusromane am Beispiel der Neufunde zu ‚Manuel und Amande‘, in: Mittelhochdeutsch. Überlieferung, Sprache, Literatur. Festschrift für Kurt Gärtner zum 75. Geb., hg. von Michael Embach, Ralf Plate, Martin Przybilski u. Martin Schubert. Berlin, New York 2011, S. 132-164

⁸ Zu Petrus Helias vgl. Max Manitius, Geschichte der lateinischen Literatur des Mittelalters, Bd. 3: Vom Ausbruch des Kirchenstreites bis zum Ende des 12. Jahrhunderts. Nachdruck der 1931 erschienenen ersten Auflage. München 2005 (Handbuch der Altertumswissenschaft Bd. 9), S. 184-187; Estrella Pérez Rodríguez, Art. Petrus Helie (Helias), in: Lexikon des Mittelalters Bd. 6, München 1993, Sp. 1975

⁹ Vgl. dazu Karin Margareta Fredborg, The Dependence of Petrus Helias' "Summa super Priscianum" on William of Conches' "Glose super Priscianum", in: Cahiers de l'Institut du Moyen-Âge Grec et Latin Bd. 11 (1973), S. 1-57

¹⁰ Aus der Feder des Petrus Helias stammt auch ein Kommentar zu Ciceros Werk „De inventione“, für den sich Petrus auf die Rhetoriktheorie des Thierry von Chartres stützte; vgl. dazu Karin Margareta Fredborg, Petrus Helias's Summa on Cicero's „De inventione“, in: Traditio Bd. 64 (2009), S. 140-182. Margaret Templeton Gibson, The „Summa“ of Petrus Helias on „Priscianus Minor“, in: „Artes“ and Bible in the medieval West, hg. von Margaret Templeton Gibson. Aldershot 1993 (Variorum collected studies series. Bd. 399), S. 159-166

¹¹ Vgl. dazu Rita Copeland / Ineke Sluiter, Medieval Grammar and Rhetoric: Language Arts and Literary Theory, AD 300-1475. Oxford 2009

¹² Vgl. dazu Angela Beuerle, Sprachdenken im Mittelalter. Ein Vergleich mit der Moderne. Berlin, New York 2010, S. 160-194

¹³ Von den wissenschaftlichen Artes abgesetzt wurden die Artes mechanicae, die sich mit allen technischen Fragen nicht theoretisch, sondern vorwiegend praktisch beschäftigten. Aus diesem Bereich finden sich im spätmittelalterlichen Schrifttum etwa Vokabularien und Wörterbücher, Grammatiken für den Unterricht, Rhetorik- und Poetiklehren, Musiktraktate, astronomische und astrologische Schriften, Kalender, Medizin-, Koch- oder Pflanzenbücher, Rechnungsbücher, Reiseführer, alchemistische Schriften und vieles weiteres. Abgerundet wurde das System durch die Artes magicae, zu denen die Chiromantie und andere (nichtchristliche) Weissagepraktiken gehörten.

¹⁴ Im deutschsprachigen Raum wurde zuerst die Universität in Prag gegründet (seit 1348), dann Wien (seit 1365) und Erfurt (seit 1379). Viele dieser Einrichtungen bestanden jedoch nur vorübergehend und wurden erst im späteren

Mittelalter reformiert oder wiederbegründet; auch konnte man neben den Artes zumeist nur eines der drei höheren Fächer studieren; vgl. dazu Walter Rüegg (Hg.), *Geschichte der Universität in Europa*. Bd. 1 Mittelalter. München 1993

¹⁵ Vgl. grundlegend dazu Herbert Grundmann, *Vom Ursprung der Universität im Mittelalter*. 2., mit einem Nachtrag vermehrte Aufl. Darmstadt 1960; Ders., *Litteratus – illiteratus. Der Wandel einer Bildungsnorm vom Altertum bis zum Mittelalter*, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 40 (1958), S. 1-65; Alfred Wendorst, *Wer konnte im Mittelalter lesen und schreiben?* In: *Schulen und Studium im sozialen Wandel des hohen und späten Mittelalters*, hg. von Johannes Fried. Sigmaringen 1986 (Vorträge und Forschungen 30), S. 9-33

¹⁶ *Petrus Helias, Summa super Priscianum*. 2 Bände, hg. von Leo Reilly. Pontifical Institute of Mediaeval Studies, Toronto 1993 (Studies and Texts. Bd. 113)

¹⁷ Zu diesen wichtigen Textzeugen vgl. Erwin Rauner, *Katalog der lateinischen Handschriften der Bayerischen Staatsbibliothek München. Die Handschriften aus Augsburger Bibliotheken*, Bd. 1: Stadtbibliothek, Clm 3501-3661 (Catalogus codicum manu scriptorum Bibliothecae Monacensis III,3,1), Wiesbaden 2007, S. 57-60

¹⁸ Bei Stellenangaben sind jeweils Seiten- und Zeilenzahl der kritischen Ausgabe angegeben.

¹⁹ In der ersten Zeile der zweiten Spalte wird Plato als Autorität erwähnt.

²⁰ Im Vorwort der kritischen Textausgabe beschreibt der Herausgeber einige der Veränderungen und Überarbeitungen, die sie „Summa“ im Überlieferungsprozess erfahren hat. Vgl. Reilly (wie Anm. 16), S. 5-9 und S. 15-41

²¹ Vgl. www.uni-heidelberg.de/hcch/forschung/schuttern.html (zuletzt aufgerufen am 17. September 2019)

²² Alles bislang Zusammengetragene findet sich hier: www.ub.uni-heidelberg.de/helios/digi/schuttern.html

²³ Vgl. zusammenfassend: *Die Handschriften der Badischen Landesbibliothek in Karlsruhe*. Bd. 13: Die kleineren Provenienzen, beschrieben von Armin Schlechter und Gerhard Stamm. Wiesbaden 2000, S. 98-108, Zitat S. 100

²⁴ Unter der Signatur Cod. Heid. N.F. 22 befinden sich in der Universitätsbibliothek Heidelberg auch Schutterner Fragmente eines Anniversariums aus der 2. Hälfte des 14. Jahrhunderts, das wie das Lahrer Bürgerbuch von 1365 Personen- und Ortsnamen aus der Ortenau überliefert: Haselach, Meroltswiler, Holtzwiler, Vastolzwiler (siehe Anm. 1), Kürzelle, Hugeswiler und viele andere mehr. Die Pergamentfragmente wurden 1997 aus dem Band Q 1040-A Folio RES der Universitätsbibliothek Heidelberg ausgelöst.

²⁵ Schriftliche Mitteilung von Carmen Cardelle de Hartmann (Zürich) vom 12. September 2019

²⁶ Schriftliche Mitteilung von Tino Licht (Heidelberg) am 19. August 2019. Sowohl bei ihm als auch bei Karin Zimmermann (Heidelberg), Thomas Städler (Heidelberg) und insbesondere bei Carmen Cardelle de Hartmann (Zürich) bedanke ich mich für Auskünfte und einen anregenden Austausch per E-Mail.

Die Pfarrkirche St. Michael in Oberweier

Von Reinhard Krauß

Die katholische Pfarrkirche St. Michael im Friesenheimer Ortsteil Oberweier wäre von ihrer Entstehungszeit her gesehen ein relativ junges sakrales Bauwerk, wäre da nicht der Kirchturm. Das Kirchenschiff wurde im Jahr 1877 erbaut. Über dem Turmportal ist jedoch unmissverständlich die Jahreszahl 1514 und die Meistermarke eines Steinmetzes eingeschlagen. Dieser Eintrag weist darauf hin, dass die heutige Kirche einen Vorgängerbau hatte, dessen Turm erhalten blieb. Die Meistermarke findet sich auch am Straßburger Münster, so dass angenommen werden kann, dass der Steinmetz ein Meister der Straßburger Münsterbauhütte war. Ein baugleiches Portal, wie das in Oberweier befindet sich übrigens auch an der Stiftskirche in Lahr als rechtes Seitenportal.

Das Jahr 1514 wurde lange als das Erbauungsjahr der Kirche angenommen, bis im Jahr 1938 im Kirchenschiff eine Heizungsanlage eingebaut wurde. Dabei kam bei Schachtarbeiten ein Steinquader von 1,30 m x 0,45 m zutage, der ein Wappen und eine Inschrift trug. Das quer geteilte Wappen zeigt unten eine glatte Fläche und oben einen gekrönten nach links wachsenden Löwen. Die Inschrift lautet: „Anno 1420 – fridrich v. Tygesheim“. Der Pfarrer Johann Ulrich Rohr (Pfarrer in Oberweier von 1699-1733) berichtet, dass das „Fundationszeichen (also der Grundstein, R.K.) in dem Chor oben an der Sakristeitür ausgehauen war.

Während des Dreißigjährigen Krieges, am 18.8.1638, fand in Friesenheim ein Gefecht zwischen den kaiserlichen und den schwedischen Truppen statt. Es sollen in Oberweier danach nur 5 unversehrte Häuser gestanden haben. Auch von der Kirche war nur der Turm unversehrt. Im Jahr 1666 erwähnt ein Visitationsprotokoll des Dekans von Straßburg, dass die Kirche verwüstet, ohne Fenster und Türen sei. Erst im Jahr 1699 wird die Kirche unter Pfarrer Ulrich Rohr wieder aufgebaut.

In einem Schreiben des erzbischöflichen Bauamts an die Gemeinde Oberweier von 1875 heißt es, dass die Bausubstanz der Kirche von ei-



ner „Unzulänglichkeit und aller kirchlichen Würde widersprechenden armseligen Beschaffenheit“ sei. Die Kirche war schon alt und zu klein geworden. In frühen Zeiten war es so, dass die politische Gemeinde die Kosten für den Turm und das Langhaus, die Pfarrei die Kosten für die Sakristei und der Patronatsherr die Kosten für den Chor und den Altar zu tragen hatten. Für die arme Gemeinde ein kostspieliges Vorhaben.

Der damalige Pfarrer Ludwig Kästle (im Amt 1864-1878) konnte den Holzhändler Josef Himmelsbach (1816-1889) zu einem großzügigen finanziellen Beitrag bewegen. Der seit 1844 in Oberweier wohnhafte Himmelsbach übernahm schließlich zwei Drittel der Baukosten für die Kirche.

Am 18.9.1876 wurde die alte Kirche „exsekriert“ (entweiht) und dann abgerissen. In den nächsten zwei Jahren fanden die Gottesdienste im Rathaus gegenüber statt (heutiges Museum), das zur Notkirche erklärt wurde, in der auch Taufen, Hochzeiten und Begräbnisgottesdienste gehalten wurden.

Als Architekt für die neue Kirche wurde der badische Kirchenbaumeister Adolf Williard (1832-1923) verpflichtet. Die Bauleitung übernahm mit Zustimmung des erzbischöflichen Bauamtes der Holzhändler Josef Himmelsbach. Als Baumaterial diente der heimische rote Sandstein, der in den Wäldern von Oberweier, Heiligenzell und Friesenheim gebrochen wurde.

Die Benediktion erhielt die neue Kirche allerdings erst am St. Michaelsfest 1882 durch den Stadtpfarrer und Dekan in Lahr, Albert Förderer. Seit 1878 galt die Kirche lediglich als Notkirche, da die Bistumsverwaltung einer Weihe erst zustimmen wollte „wenn alles vorhanden ist, was zu einem vollständigen Gottesdienst notwendig ist“. Zwar war der steinerne Altar 1877 von der Fa. A. Büller & Co. in Mannheim geliefert worden, jedoch fehlten die Seitenaltäre. Erst nachdem der Josefsaltar als Fresko auf die Wand gemalt war und der Marienaltar in Form einer Immakulata aus Gips aufgestellt waren, erfolgte die Benediktion. Als im Jahr 1895 die Firma Himmelsbach, jetzt unter der Leitung von Benjamin Himmelsbach (*1843, +1914), das 50jährige Jubiläum des Holzgeschäfts und gleichzeitig das 25jährige Jubiläum der Zigarrenfabrik Himmelsbach feierte, entschloss sich die Firma, den Turm auf 45 Meter aufzustocken und mit den heute noch vorhandenen farbig glasierten Ziegeln, welche die Dampfziegelei Graumann aus Heiligenzell lieferte, einzudecken. Noch im selben Jahr wurde das pyramidenförmige Dach des alten

Bild links:

Die Kirche St. Michael in Oberweier.
Foto: Albrecht Stuber, Friesenheim

Turms abgerissen. Die Gemeinde finanzierte die farbige Eindeckung des Dachs über dem Kirchenschiff.

Im Jahr 1909 kam ein tatkräftiger Pfarrer namens Ernst Henninger (*1879 in Ettenheim, + 1915 in Oberweier) nach Oberweier. Er hat sehr viel für die künstlerische Ausgestaltung der Kirche getan. Unter seiner Führung wurde das Chorbogengemälde gefertigt, die ornamentale Ausmalung der Decke durch die Gebrüder Franz aus Lahr gestaltet und der Hochaltar und die Seitenaltäre in Auftrag gegeben. Diese kostspieligen Unternehmungen waren nur möglich, weil Pfarrer Henninger großzügige Spender fand. Dies war zum einen der Oberweierer Zigarrenfabrikant Franz Sales Geiger (1864-1940), der das Gemälde um den Chorbogen, den Hochaltar und den Josefsaltar finanzierte. Den Marienaltar stiftete Sophie Curtaz, geb. Wetterer *1836, die 1912 im Jahr der Stiftung verstarb.

Das heutige Kirchenschiff, das 142 Jahre alt ist, weist einige Ausstattungs- und Gestaltungsweisen auf, die interessant und bemerkenswert sind. Begeben wir uns also, nach einem Blick auf die Entstehungsgeschichte des Gotteshauses, auf einen Rundgang durch die Kirche.

Das Bild um den Chorbogen

Betritt man die Kirche durch das Hauptportal, so fällt zunächst der Blick auf das monumentale Gemälde um den Chorbogen auf. Es wurde von dem Kirchen- und Kunstmaler Franz Schilling aus Freiburg im Stil der mittelalterlichen italienischen Maler gemalt. Franz Schilling war zu seiner Zeit ein angesehener Kirchenmaler im südwestdeutschen Raum.

Das Gemälde zeigt uns Christus als Weltenrichter, der umgeben ist von einer Engelsschar. Rechts und links vom Chorbogen befinden sich die zwölf Jünger sowie Maria und Johannes der Täufer. Über der Spitze des Chorbogens ist Christus in einem mandelförmigen Heiligenschein dargestellt. Er sitzt auf einem doppelten Regenbogen. Die Engel darum herum begleiten das Ganze mit Posaunenmusik. Einige der Engel tragen Symbole für die Hinrichtung von Jesus wie die Geißel-Säule, das Kreuz, die Dornenkrone, die Lanze und die Nägel sowie das Schweiß Tuch der Veronika; dies ist ein Tuch, auf dem sich nach der Legende das Bild des Gesichts von Jesus auf das Tuch übertragen hat.

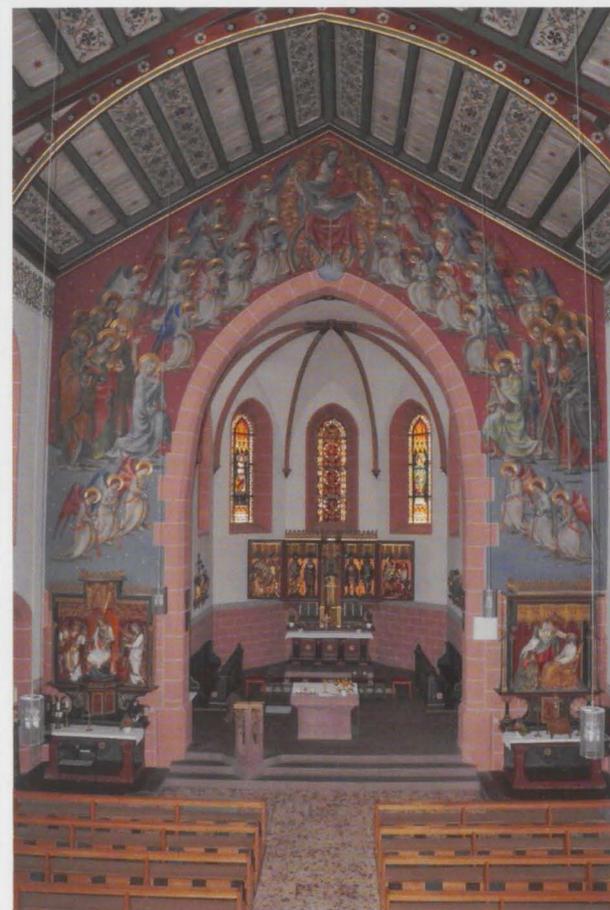
Die Darstellung links des Chorbogens (vom Betrachter aus gesehen) umfasst sieben Personen. Die einzige Frau auf dem Bild zeigt uns Maria, die Gottesmutter. Links von Maria erkennen wir eine männliche Person mit Bart, die ein Buch in Händen hält. Das Buch wird häufig als Symbol verwandt, für jemanden, der ein Evangelium niedergeschrieben hat.

Links neben dem Mann mit Buch steht ein jüngerer Mann mit einem Kelch in dem sich eine symbolisierte Schlange befindet. Es handelt sich um den Jünger Johannes. Sein Attribut ist der Kelch mit der Otter, als Zeichen für eine versuchte Vergiftung durch Kaiser Domitian. Links von Johannes steht der heilige Petrus. Er ist zu erkennen zum einen an der typischen Stirnlocke, zum andern aber auch an einem oder, wie in unserer Darstellung zu sehen, an zwei Schlüsseln. In der zweiten Reihe stehen drei weitere Männer, deren Attribute nicht zu sehen sind. Wir können davon ausgehen, dass es sich um Apostel handelt, da neben Maria und Johannes dem Täufer insgesamt

zwölf Männer dargestellt sind.

Der Kirchenchor mit seinem prächtigen Figureschmuck. Foto: Albrecht Stuber, Friesenheim

Auf der rechten Chorbogenseite erkennen wir eine Gruppe von sieben männlichen Personen. Vier davon können wir zuordnen aufgrund der Darstellung ihrer Attribute. Bei vier Personen in der zweiten Reihe können wir keine Kennzeichen finden. Gehen wir davon aus, dass es sich, wie vorgehend schon beschrieben, um Apostel handelt. Bei den Dargestellten mit Kennzei-



chen handelt es sich zunächst um Johannes den Täufer. Die Fahne und ein Gewand aus Kamelhaar unter dem Mantel oder ein Fellkleid sind seine Symbole. Johannes zählt zu den Propheten. Neben Johannes dem Täufer sehen wir einen Mann mit einer Säge, das Symbol für Simon (Zelotes= der Eiferer). Evangelien und Apostelgeschichte überliefern über ihn kaum mehr als seinen Namen. Nach der Legende wurde er aufgrund seines Glaubens zu Tode gebracht durch Zersägen. Rechts von Simon ist ein Mann dargestellt, der ein schräg gestelltes Kreuz hält. Es handelt sich um den Apostel Andreas. Sein Attribut ist das Andreas-Kreuz, das nach ihm benannt ist. Er wurde an einem Kreuz mit schräg gestellten Balken zu Tode gebracht. Rechts außen steht Paulus. Sein Attribut ist das Schwert. Das Schwert ist das Instrument seiner Marter.

Der Hochaltar

Der Hochaltar ist ein Flügelaltar im neogotischen Stil. Er wurde 1912 von der „Eberle'schen Kunstwerkstätte der Gebrüder Mezger“, wie die offizielle Firmenbezeichnung war, gefertigt. Die Firma hatte ihren Sitz in Überlingen. Später gründeten die Brüder Mezger noch einen Filialbetrieb in Karlsruhe. Die Werkstatt hatte viele Mitarbeiter und war bekannt für ihre solide künstlerische und handwerkliche Arbeit.

Im Hochaltar sind vier vollplastisch geschnitzte und farblich gefasste Heiligenfiguren vor goldenem Grund jeweils unter einem Baldachin aufgestellt. Von links nach rechts sind dies: die heilige Elisabeth von Thüringen (1207-1231). Die Rosen in ihrer Schürze deuten auf das Rosenwunder hin. Daneben in Ordenstracht steht die heilige Klara von Assisi (1194-1253). Sie gründete mit Franz von Assisi den Klarissenorden und errichtete das Kloster S. Damiano. In Händen trägt sie ihr Attribut, eine Monstranz. Rechts daneben in ritterlicher Kleidung Felix und Nabor. Beide waren bis 1666 Kirchenpatrone in Oberweier. Sie waren christliche Soldaten, die im vierten Jahrhundert den Kriegsdienst verweigerten und deshalb enthauptet wurden. Der linke Altarflügel trägt laut Auftragsbuch den Titel: „St. Michael führt die Seelen in den Himmel“. St. Michael ist nach einer Urkunde von 1699 seit dieser Zeit Hauptpatron der Kirche. Er ist einer der zwölf Erzengel und Fürst der himmlischen Heerscharen.

Der rechte Altarflügel ist titulierte: „St. Michael streitet gegen die bösen Engel“. Dargestellt ist St. Michael, der den obersten Engel Luzifer, der sich gegen Gott erhoben hat, in die Hölle stößt.

Der Hauptaltar stammt aus dem Jahr 1912. Foto: Albrecht Stuber, Friesenheim

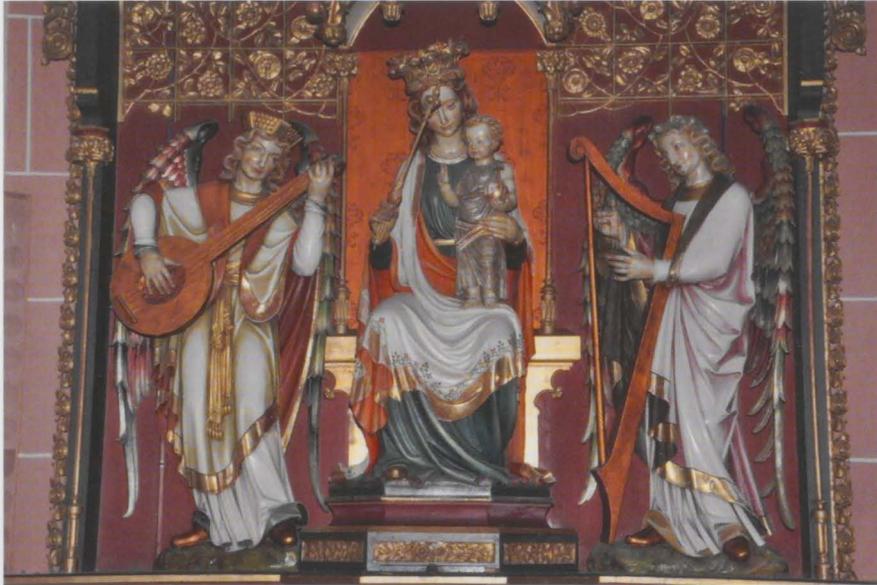


Während der Fastenzeit und in der Vorweihnachtszeit sind die Altarflügel geschlossen. Beide Flügel sind auf der Rückseite predellaähnlich untergliedert und bemalt. Die Altarbilder wurden nach dem Vertrag zwischen Pfarrer Henninger und dem Kunstmaler Anton Niessing (1861-1939) aus Baden Lichtental von diesem gefertigt. Anton Niessing war hauptsächlich als Kirchenkunstmaler tätig. Der linke Flügel ist laut Vertrag titulierte: „Erlösungsplan (Jesus Christus verlässt den Himmel und steigt zur Erde nieder)“. Christus legt die Königskrone ab und nimmt die Dornenkrone auf.“ Darunter ist die Verkündigung Mariens dargestellt.

Der rechte Flügel ist titulierte: „Erlösungsvollendung (Jesus Christus im Schoß des Vaters von Engeln betrauert)“. Eine solche Darstellung wird auch „Gnadenstuhl“ genannt. Gottvater präsentiert Christus als Erlöser der Welt. Über beiden der Heilige Geist in Form einer Taube, der zwischen beiden vermittelt. Darunter sehen wir eine Darstellung von Maria Magdalena, Maria und Johannes am Grab. Der rechte Flügel ist signiert mit „A.N.1913“.

Kirchenschiff und Seitenaltäre

Der Marienaltar enthält eine Statue der Gottesmutter mit dem Jesuskind. Maria ist bekrönt. Sie trägt in der rechten Hand ein Zepter als Zeichen ihrer Regentschaft. Auf ihrer linken Seite befindet sich ein Harfe spielender Engel. Zu ihrer rechten steht ein Engel als Lautenspieler. Beide Engel sind als Halbreiefs gearbeitet.



Der Marienaltar.
Foto Albrecht
Stuber, Friesenheim

Der Josefsaltar beinhaltet eine Gruppe, die den Tod des Heiligen Josefs in Hochreliefdarstellung zeigt. Josef wird im Stuhl sitzend dargestellt. Maria und Jesus sind bei ihm. Josef ist der Patron der Handwerker, der Familie und der Ehepaare sowie der Sterbenden. Beide Seitenaltäre stammen, wie der Hochaltar, aus der Werkstatt der Gebrüder Mezger.

An den Wänden im Kirchenschiff hängen drei vollplastisch geschnitzte Statuen. Zum einen ist dies der Kirchenpatron St. Michael. Zum anderen hängt gegenüber ein mächtiges, farblich gefasstes Wandkruzifix aus Lindenholz, das nach Aussage von Professor Hermann Brommer, Waldkirch, eine beachtliche Arbeit ist. Sie stammt vom bekannten akademischen Bildhauer Emil Sutor (1888-1974). Schließlich finden wir neben der Sakristeitür eine geschnitzte und gefasste Pietà im neugotischen Stil.

Chorraum

Werfen wir noch einen Blick in den Chor. Auf der linken Seite hängt eine Kreuzigungsgruppe mit Christus am Kreuz, Maria und Johannes. Die elegant gestalteten, geschnitzten und gefassten Figuren werden auf die Mitte des 18. Jahrhunderts datiert und stammen von einem barocken Meister. Vermutlich aus der selben Werkstatt stammen die Statuen an der Wand gegenüber. Diese zeigen den heiligen Petrus mit Schlüssel und den heiligen Paulus mit dem Schwert als Attribut. Zwischen den beiden Aposteln steht auf einem Sockel eine geschnitzte und gefasste Statue des heiligen Sebastian. Seine Attribute sind Pfeile, die ihn durchbohren (nur noch einer ist vorhanden) und auf sein Martyrium hinweisen. Der heilige Sebastian galt im Mittelalter als „Pestheiliger“, der vor der Pest Schutz bieten sollte (bei uns am Oberrhein herrschte 1348-49 die Pest). Der Figur wird eine Entstehung in dieser Zeit zugeschrieben. Der Meister ist unbekannt.

Den Chor zieren sieben, in kräftigen Farben gestaltete, sehr schöne

Kirchenfenster. Sie stellen von links nach rechts die heilige Maria Magdalena, den heiligen Michael sowie den seligen Bernhard von Baden (1428-1458) dar, von dem die Kirchengemeinde eine Reliquie besitzt. Das Fenster stammt aus der Kunstglaserei Börner, Offenburg. Das Mittelfenster hat eine teppichartige ornamentale Zier. Das Fenster wurde von der ehemaligen Schlüsselwirtin aus Oberweier Ottilie Roth, geb. Kalt

Der Hauptpatron der Kirche, St. Michael, im Kirchenfenster. Foto: Albrecht Stuber, Friesenheim



(1804-1882), gestiftet und 1877 vom Glasmaler Beiler aus Heidelberg gefertigt. Rechts schließen sich an ein Fenster mit dem Bild des heiligen Konrad von Konstanz (ab 934 Bischof von Konstanz) aus der Kunstglaserei Börner in Offenburg, dem heiligen Sebastian und ein Bild mit dem auferstandenen Christus, das aus der Werkstatt H. Beiler, Heidelberg stammt und mit 1877 datiert ist.

Es sei an dieser Stelle ausdrücklich darauf hingewiesen, dass mit Pfarrer Ernst Henninger ein kunstsinniger Pfarrer nach Oberweier kam (der selbst mit der Geige musizierte). Er gab sich nicht mit halbherzigen Gestaltern ab, sondern er suchte und verpflichtete mit den studierten Kunstmalern Anton Niessing und Franz Schilling zumindest im damaligen Land Baden renommierte Maler. Gleiches gilt für den in Karlsruhe examinierten, studierten Bildhauer Emil Sutor. Ob Eugen und Victor Mezger, die beide in München studiert hatten, selbst an den Altären Hand angelegt haben, wissen wir nicht. Sie bürgten jedenfalls als Bildhauer für die Qualität der in ihrer Werkstatt gefertigten Werke.

Zum Schluss sei noch auf einen Schlussstein im Kreuzgewölbe des Turms hingewiesen. Es zeigt das Opferlamm mit Nimbus und der Kreuzfahne. Am Kreuzgewölbe des alten Turms gab es keine Umbauten. Deswegen stammt dieser Schlussstein noch aus dem Jahr 1514. Das Symbol des Lamms mit der Kreuzfahne ist ebenfalls im Ortswappen von Oberweier zu finden.

Wenn St. Michael Oberweier, verglichen mit anderen Gotteshäusern, mit 142 Jahren noch ein verhältnismäßig junger Kirchenbau ist, so muss doch gesagt werden, dass das Kirchenschiff und der Chor für eine Dorfkirche prächtig und reich ausgestattet wurden, von zu ihrer Zeit angesehenen Künstlern. Mit dem Turm und seinem schönen Portal und dem Abschlussstein, dem Tygesheimschen Wappenstein sowie den Heiligenstatuen aus der alten Kirche bleibt ein Andenken an die Vorgängerkirche, deren Bauzeit im Spätmittelalter liegt.

1888 - Lahrs Beitritt zur Städteordnung

Von Walter Caroli

Im Großherzogtum Baden war es üblich, dass eine Sitzungsperiode des Landtags, Badische Ständeversammlung genannt, feierlich beendet wurde. So geschah es am 26. Juni 1874 für den Zeitraum 1873/74. Um 11.30 Uhr versammelten sich die Mitglieder der beiden Häuser im Sitzungssaal der Zweiten Kammer.



Das von Friedrich Weinbrenner 1822 geschaffene Karlsruher Ständehaus

Am Portal des Ständehauses empfingen Deputationen der beiden Kammern Großherzog Friedrich I. (1826-1907) in Begleitung der Prinzen des Großherzoglichen Hauses und Allerhöchst Ihrer Flügeladjutanten. Mit mehrfachem Hoch wurden die „königlichen Hoheiten“ beim Eintritt in den Saal begrüßt.

In seiner Rede führte der Großherzog unter anderem aus: *Dankbar erkenne ich das Zustandekommen einer Städteordnung, welche der in den größeren Städten des Landes tatsächlich schon bestehenden Einwohnergemeinde eine rechtliche Organisation gibt, die allen vorhandenen bürgerlichen Kräften freie Bewegung gestattet, zugleich die nöthigen Garantien für die Wahrung der verschiedenen gesellschaftlichen Interessen bietet und geeignet ist, den von so*



zahlreichen und wichtigen Aufgaben in Anspruch genommenen städtischen Behörden eine erhöhte Leistungsfähigkeit zu sichern. Nach der Rede wurde der Landtag für geschlossen erklärt. Als der Großherzog den Saal verließ, ertönte ein dreimaliges begeistertes Hoch.¹

Großherzog Friedrich I. und Ehefrau Luise von Baden (1838–1923) beim Besuch in Lahr 1884: Auszug aus einem Glasbild im Alten Rathaus in Lahr, Foto Endrik Baublies

Die vom Großherzog erwähnte neu eingeführte Badische Städteordnung führte 15 Jahre später zu einem epochalen Umbruch in der Lahrer Kommunalpolitik. Bevor der Weg dahin

¹ Vgl. Protokoll über den feierlichen Schluss des Landtags 1873/74, 26. Juni 1874, Digitalisat, Badische Landesbibliothek Karlsruhe

beschrieben wird, sollen die wesentlichen Neuerungen des Gesetzes dargestellt werden:

Die badische Städteordnung vom 24. Juni 1874 war ein Gesetz, das zunächst nur für die sieben größeren Städte Badens, also Baden-Baden, Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Pforzheim und Mannheim, wesentliche Änderungen der kommunalen Verfassung herbeiführte. Die wichtigste Neuerung war die Einführung der Einwohnergemeinde. Von da an waren nicht mehr nur die Einwohner mit Bürgerrecht wahlberechtigt, sondern alle Männer ab dem 25. Lebensjahr, die mindestens zwei Jahre in der Gemeinde wohnhaft gewesen waren. Die Gemeinde sollte von einem hauptamtlichen Gemeindevorstand, der den Titel „Oberbürgermeister“ trug, geführt werden. Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern konnten der Städteordnung beitreten. In den betroffenen Gemeinden führten die Veränderungen zu einer verstärkten kommunalpolitischen Einflussnahme nahezu der gesamten männlichen Einwohnerschaft und zu zunehmender Differenzierung und Professionalisierung der Verwaltung. Das Gesetz schuf allerdings zwei Klassen von Gemeinden, da die Städteordnung nur für die sieben größten badischen Städte verpflichtend war. Die Gleichstellung von Mann und Frau war noch in weiter Ferne und gleiche Wahlen gab es auch nicht, da ein Zwölftel der Wahlberechtigten (die Höchstbesteuerten) ein Drittel der Stadtverordneten wählte.

² LZ, 29. September
1888

Die wichtigsten Bestimmungen der Badische Städteordnung²

§ 7a Stadtbürger sind alle im Vollbesitze der Rechtsfähigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte befindlichen männlichen, nicht im aktiven Militärdienste stehenden Angehörige des Deutschen Reiches, welche seit zwei Jahren a) Einwohner des Stadtbezirks sind, b) das 24. Lebensjahr zurückgelegt und eine selbstständige Lebensstellung haben, c) keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen haben, d) die ihnen obliegenden Abgaben an die Gemeinde entrichtet haben, e) im Großherzogtum eine direkte ordentliche Staatssteuer bezahlen.

Als selbstständig im Sinne des Gesetzes werden diejenigen Personen betrachtet, welche entweder einen eigenen Hausstand haben oder ein Gewerbe auf eigene Rechnung betreiben oder an direkten ordentlichen jährlichen Staatssteuern mindestens 20 Mark bezahlen.

§ 10 Der Stadtrat besteht aus dem Oberbürgermeister, einen oder mehreren besoldeten Bürgermeistern und mehreren Stadträten. ...

§ 11 Der Oberbürgermeister, die Bürgermeister und die Stadträte werden durch den Bürgerausschuß gewählt.

§ 17 Der Oberbürgermeister und die Bürgermeister werden auf 9 Jahre gewählt. ...

§ 18 Die Stadträte werden auf 6 Jahre gewählt; alle drei Jahre scheidet die Hälfte aus und wird durch neue Wahlen ersetzt. ...

§ 33 Der städtische Bürgerausschuß besteht: a) aus den Mitgliedern des Stadtrats, b) aus den gewählten Stadtverordneten. ... Die Zahl der Stadtverordneten beträgt in Städten ... mit mehr als 2000 Bürgern 96.

§ 35 Für die Wahl der Stadtverordneten werden die Wahlberechtigten nach der Höhe der von ihnen zu entrichtenden Gemeindeumlagen in drei Klassen geteilt. Es besteht die 1. Klasse aus den Höchstbesteuerten und umfaßt das erste Zwölftel, die 2. Klasse aus den Mittelbesteuerten und umfaßt die beiden folgenden Zwölftel, die 3. Klasse aus den Niederbesteuerten und umfaßt die übrigen neun Zwölftel.

§ 36 Jede der drei Klassen wählt für sich besonders den dritten Teil der Stadtverordneten.

Dass eine Stadt wie Lahr sich entschließen konnte, der badischen Städteordnung beizutreten, war keineswegs selbstverständlich, zumal ein solcher Beitritt die bisherigen kommunalpolitischen Strukturen völlig veränderte. Eine Rolle spielte die anstehende Bürgermeisterwahl, weil sie die Gelegenheit bot, entsprechend der Städteordnung einen Verwaltungsfachmann als Oberbürgermeister zu platzieren. Amtsinhaber Wilhelm Flüge dürfte dem Ansinnen distanziert gegenübergestanden haben.

Wilhelm Flüge (1823-1912)

Wilhelm Flüge war Metzgermeister, Wirt, Händler, Gemeinderat, Bürgermeister, Landtagsabgeordneter und Kirchenmann, sowie von 1877 bis 1888 Mitglied des Aufsichtsrats der Lahrer Gewerbebank.

Als Sohn des Metzgermeisters Georg Flüge erlernte er das väterliche Handwerk und ging 1844 für zwei Jahre als Geselle auf Wanderschaft. Er arbeitete danach in der väterlichen Metzgerei.

1848 heiratete er Mina Schopfer, die Tochter eines Zieglers. Mit seiner Frau betrieb er sechs Jahre lang das Gasthaus Zur Linde in Lahr und parallel dazu eine Metzgerei und einen Weinhandel. Eine Lungenkrankheit macht ihn vorübergehend arbeitslos. Wieder genesen erwarb er das Gasthaus Zur Krone in der Marktstraße, wirtete und führte gleichzeitig eine Metzgerei. 1868 wurde er in den Gemeinderat gewählt, stieß aber dort mit einigen Vorstellungen auf Kritik, sodass er wieder ausschied.

1873 übergab er das Gasthaus seinem Sohn Wilhelm und betrieb einen Wein-, Tabak- und Hopfenhandel. Der betriebsame Lahrer wurde ein Jahr später zum Bürgermeister gewählt und schaffte acht Jahre später seine Wiederwahl. Von 1881 bis 1885 vertrat Wilhelm Flüge für die Nationalliberale Partei den Wahlbezirk 22 Lahr-Land im badischen Landtag, und 1896 zog er in hohem Alter noch einmal als Sammelkandidat der Liberalen und Konservativen in das Landesparlament ein.³



Wilhelm Flüge
II C-45, Stadtarchiv
Lahr

³ Vgl. Walter Caroli, 150 Jahre Volksbank Lahr. Vom Vorschussverein zur Bank der Region, Lahr 2015, S. 256-258

Ferdinand Sander (1840-1920)

Ferdinand Sander wurde am 10. Oktober 1840 in Rastatt als Sohn des Hofgerichtsadvokaten und Landtagsabgeordneten Georg Adolf Sander (1801-1845) und seiner Frau Emilie geb. Zimmermann geboren. 1865 heiratete er Sofie von Boeckh (1845-1923), eine Tochter des Generalmajors Friedrich Michael von Boeckh, des Bundesmilitärbevollmächtigten in Frankfurt am Main und Direktors im großherzoglichen Kriegsministerium, und dessen Ehefrau Sophie Fritz. Sander nahm 1866 am Feldzug gegen Preußen auf österreichischer Seite teil und war auch Kriegsteilnehmer am Deutsch-Französischen Krieg 1870/71. Anfang der 1870er-Jahre trat er in die Firma „Lotzbeck Gebrüder“ in Lahr ein, avancierte 1875 zum Prokuristen der Schnupftabakfabrik und wurde 1883 Chef des Hauses als Nachfolger des ohne Nachkommen gebliebenen Ferdinand Freiherr von Lotzbeck.



Ferdinand Sander
II C-59, Stadtarchiv
Lahr

In der Lahrer Kommunalpolitik entwickelte er als Mitglied des Lahrer Gemeinderats (1876-1889) und des Lahrer Bürgerausschusses (1889-1913) umfangreiche Aktivitäten. Darüber hinaus gehörte er eine Zeitlang dem Reichstag und der ersten Kammer (1883-1912) des badischen Landtags an. Am Tag der 125-Jahr-Feier der Firma Lotzbeck Gebrüder, am 10. Oktober 1899, wurde er auf Veranlassung von Oberbürgermeister Dr. Gustav Schlusser, des Stadtrats und der Stadtverordneten, zum Ehrenbürger der Stadt Lahr ernannt. Die Urkunde ist nicht überliefert, aber die „Diplomkapsel für die Ehrenbürgerurkunde des Geheimen Kommerzienrates Ferdinand Sander“ befindet sich heute im Stadtmuseum Tonofenfabrik in Lahr. Ferdinand Sander starb am 14. Mai 1920 in Freiburg. Sein Grab befindet sich auf dem alten Lahrer Friedhof neben der Stiftskirche.

Treibende Kraft der Befürworter war der spätere Lahrer Ehrenbürger, Kommerzienrat Ferdinand Sander, den man zu Recht als „Hauptmann der badischen Städteordnung“ bezeichnete. Er bezog seine Informationen aus den Beratungen der Ersten Kammer des badischen Landtags.

⁴ LZ, 2. Oktober 1888

⁵ LZ, 4. Oktober 1888

⁶ LZ, 3. Oktober 1888

Es gab auch andere Stimmen. So wurde in Lahr gestreut, es sei nicht liberal, für die Städteordnung einzutreten, weil sie die kleineren Städte benachteilige.⁴ Einige Lahrer Bürger sahen ihre Einflussnahme gefährdet, wenn auf einen Schlag auch Nichtbürgerliche Rechte besäßen.

Im Spätjahr 1888 sprachen sich Mehrheiten im Gemeinderat und im Bürgerausschuss für die Einführung der neuen Ordnung aus. Es wurden Broschüren bestellt und verteilt, die die Städteordnung nebst Wahl- und Geschäftsordnung enthielten.

Der Lahrer Gemeinderat im Jahr 1888

Ferdinand Brauer (Fabrikant), Johann Fortwängler (Maler), Emil Frank (Fabrikant), Otto Maurer (Fabrikant), Karl Morstadt (Müller), Ferdinand Sander (Fabrikant), August Schneider (Bierbrauer), Karl Sommerlatt (Kaufmann), Hermann Weiß (Zimmermeister), Otto Wolf (Fabrikant), Friedrich Diestein (Weber), Wilhelm Flüge (Bürgermeister), Gustav Kaufmann (Fabrikant), Christian Heinrich Liermann (Ofenfabrikant), Karl Müller (Waisenrichter), Christian Wagenmann (Stabhalter in Burgheim)⁵

Drei Jahre zuvor hatte es eine Bewegung im Land gegeben, die zum Ziel hatte, nichtbürgerlichen Steuerzahlern *Rechte an der Gemeindeverwaltung* zu verschaffen. 31 Städte, darunter Lahr, hatten Eingaben an die Ständekammer verschickt. Damals war für Lahr festgehalten worden, dass die Stadt einschließlich Burgheim 736 bürgerliche und 1215 nichtbürgerliche umlagepflichtige Einwohner hatte, wobei die letzteren mit 43,2 Prozent an den Gesamtumlagen beteiligt waren. Die Lahrer Zeitung kommentierte: *Die Vertreter dieser ansehnlichen Steuerlast sind als „Hergelaufene“ mundtot bei allen Fragen, zu deren Lösung sie nicht minder den Beutel ziehen müssen als die Bürger.*⁶ Ganz im Sinne der Nationalliberalen machte das Blatt Stimmung für die neue Städteordnung: Einem Zustand schreiender Ungerechtigkeit gegenüber

⁷ Ebd⁸ LZ, 4. Oktober
1888

der hohen Zahl der Nichtbürgerlichen würde ein Ende gemacht und dies mit Recht und nicht zum Nachteil der Gemeindeverwaltung. Denn unter ihnen gebe es viele gebildete und erfahrene Männer, deren Mitwirkung bei der Erledigung städtischer Fragen nur von Nutzen sein könne. Man appellierte an die noch zögernden Mitglieder im Gemeinderat und Bürgerausschuss, sie mögen doch dazu beitragen, *dass in Friede und Eintracht der wichtige Schritt zur gedeihlichen Fortentwicklung unseres Gemeinwesens gemacht würde, andernfalls würde der Vorwurf auf ihnen lasten bleiben, daß sie der zeitgemäßen Fortentwicklung ihrer Vaterstadt hindernd entgegengetreten sind.*⁷

Am Tag vor der Abstimmung über die Annahme der badischen Städ-

Die Mitglieder des Lahrer Bürgerausschusses im Jahr 1888

Karl Bader (Bankier), Jakob Bucherer (Bäcker), Albert Julius Bühler (Rentner), Karl Dorner (Bierbrauer), August Dreutler (Bäcker), Ebbecke (Kaminfeger), Wilhelm Erb (Bierbrauer), Karl Flüge d. Ä. (Metzger), Friedrich Frank (Rentner), Karl Frank (Fabrikant), Wilhelm Gäßler (Landwirt), Friedrich Geßler (Bankier), Karl Haßler (Kaufmann), Max Heidlauff (Fabrikant), Karl Ludwig Huber d. J. (Kaufmann), Ludwig Junghäne (Fabrikant), Gustav Jungmann (Fabrikant), Julius Kaufmann (Fabrikant), Karl Koch (Buchbinder), Jakob Kopp (Kaufmann), Carl August Kramer (Fabrikant), Emil Kräutler (Kaufmann), Christian Lukas Lang (Kaufmann), Ludwig Lichtenberg (Konditor), Karl Liermann (Metzger), Karl Liermann (Notar), August Link (Bierbrauer), Ernst Maurer (Fabrikant), Ferdinand Maurer (Seiler), Camill Meister (Weinhändler), Wilhelm Meurer (Säckler), Karl August Meyer (Mechaniker), Wilhelm Müller (Baumeister), Albert Nestler (Fabrikant), Gustav Pfisterer (Fabrikant), Friedrich Reiser (Mechaniker), Adolf Rost (Ratschreiber), Wilhelm Schaller (Bierbrauer), Moritz Schauenburg (Buchhändler), Dr. Karl Schmidt (praktischer Arzt), Heinrich Schneevoigt (Büchsenmacher), Georg Schnitzler (Wirt), Friedrich Schopfer (Wirt), Hermann Schweickhardt (Bierbrauer), Wilhelm Sexauer (Wirt), Friedrich Sievert (Kaufmann), Gustav Adolf Sievert (Fabrikant), Karl Spreter (Fabrikant), Hermann Stautz (Fabrikant), August Stolz (Kaufmann), Otto Stoesser (Kaufmann), Robert Unger (Kaufmann), Hermann Vieser (Blechner), Wilhelm Vieser (Weber), Ludwig Vogel (Gärtner), Karl August Wäldin d. J. (Fabrikant), Emil Wagenmann (Kaufmann), Andreas Zahler (Landwirt), Karl Zeller (Bäcker)⁸

teordnung trat Bürgermeister Wilhelm Flüge wegen *eingetretener starker chronischer Heiserkeit* von seinem Amt zurück und übergab den Dienst an den Gemeinderat Karl Morstadt.⁹ Es deutet Einiges darauf hin, dass seine plötzliche Erkrankung auch taktische Gründe hatte. Ganz offensichtlich fühlte sich Flüge gekränkt und sah in der Bewegung für die Städteordnung den persönlich motivierten Versuch, ihn aus dem Amt des Bürgermeisters zu drängen. Eine in der Zeitung publizierte aufschlussreiche Stellungnahme versuchte zu beruhigen, nachdem sich der Gemeinderat am 5. Oktober 1888 einstimmig für die Einführung der Städteordnung ausgesprochen hatte.¹⁰

⁹ LZ, 5. Oktober 1888

¹⁰ Vgl. LA (Anzeiger für Stadt und Land), 6. Oktober 1888



Der Lahrer Gemeinderat beschließt den Beitritt der Stadt Lahr zur Badischen Städteordnung, Glasbild im Alten Rathaus, Foto Endrik Baubles

Der Versuch der Ehrenrettung Flüges dürfte sich aber in das Gegenteil verkehrt haben. In dem Artikel heißt es: *Es wird da und dort angenommen, die Bewegung, welche innerhalb unserer Bürgerschaft zugunsten der Einführung der Städteordnung zutage getreten ist, habe Motive und Ziele persönlicher Natur. Wir glauben, hier dieser Annahme entgegenzutreten zu müssen. Wohl ist vielleicht der eine oder andere der Bewegung beigetreten,*

¹¹ LZ, 6. Oktober
1888

weil er damit die Spitze der Verwaltung unserer Stadt in andere Hände zu bringen glaubte, im großen und ganzen jedoch, das können wir freudig feststellen, lag und liegt der Hauptgrund für die Bewegung in der Sache selber. Es hat sich bei der großen Mehrzahl der Männer, die der neuen Ordnung das Wort reden als dringendes Bedürfnis das Verlangen nach einer neuen, anderen, zweckentsprechenderen Ordnung unserer Gemeindeverwaltung herausgestellt und dieses von fast jedem empfundene Bedürfnis hat den überraschenden Ausschlag herbeigeführt. Persönlichkeiten können den Lauf einer Sache, die sich vollziehen muß, nicht aufhalten, an ihnen sollte sich darum der Unwille derer nicht rächen, die als eifrige Förderer der neuen Ordnung in dem heute noch geltenden Repräsentanten der alten Art ihren hervorragenden Gegner sahen. Herr Bürgermeister Flüge hat dem Vorhaben der Einführung der Städteordnung nicht geschadet, im Gegenteil, genützt. Die alte Gemeindeordnung ist für die Stadt Lahr bei dem heutigen Stande ihrer Einwohnerschaft eine ausgelebte Sache. Wer sie zähe verteidigt, fordert größeren Widerspruch heraus und erhöht damit die Macht des Neuen, das an die Stelle alter Ordnung zu treten beabsichtigt. Wer das Zukünftige, das werdende unterschätzt, der wird leicht überholt und übergangen! – Wir Lahrer stehen vor einer Neuordnung unseres Gemeindelebens, die sich ganz sachlich zu vollziehen beginnt und wir sollten deshalb darauf Bedacht nehmen, jede öffentliche Diskussion über den Gegenstand sachlich zu führen. Der Bürgermeister Flüge hat sicherlich in seiner Person manche Verdienste aufzuweisen, er hat auch eine gute Portion Befähigung zu seinem Amte gehabt, denn sonst hätte ihn die Stadt sicherlich nicht so lange Zeit als ersten Beamten an ihrer Spitze gesehen. Er ist heute ein kranker Mann, hat dadurch doppeltes Anrecht darauf, geschont zu bleiben. Diejenigen, die den energischen Mann noch einmal in die Arena zu locken wußten, haben ihm sicherlich den schlechtesten Dienst erwiesen. Möchte unsere Einwohnerschaft in ruhiger Weise mit versöhnlichem Geiste in die Städteordnung eintreten, damit die Gegner, die sie heute noch hat, nicht durch persönlichen Stachel veranlaßt sind, die großen Vorteile, die aus ihr für unsere Gemeinde erwachsen, geflissentlich unbeachtet und ungeprüft zu lassen.¹¹

Auch der Lahrer Anzeiger nahm Stellung zur Situation des seit 1874 amtierenden Bürgermeister Flüge: Die Zeit des Herrn Flüge sei abgelaufen. Seit einigen Tagen könne er, weil kehlkopfleidend, kein lautes Wort sprechen und werde deshalb wohl kaum in der Lage sein, eine Wiederwahl anzunehmen. Abgesehen davon sei seine Dienstführung schon längere Zeit scharf kritisiert worden. Er widerstrebe zeitgemäßen Neuerungen, was ihn, der Ersparnis wegen, bei der Klasse der Niederstbesteuerten beliebt mache. Auch sei ihm vorgeworfen worden, das Mandat im Landtag zu Lasten seines Bürgermeister-

amtes auszuüben. Die Lahrer Zeitung habe zudem angeregt, keinen hiesigen Bürger mehr zum Bürgermeister zu wählen, sondern einen staatlichen Verwaltungsbeamten.¹²

Am Mittwoch, den 10. Oktober nahm der Lahrer Bürgerausschuss mit überwältigender Mehrheit die Städteordnung an. Das denkwürdige Ereignis erhielt noch dadurch einen besonderen Glanz, dass man zum ersten Mal im neu hergestellten Gemeinderatssaal mit seinen prächtigen Glasfenstern tagte.¹³ Nach der Eröffnung durch den Bürgermeistervertreter Karl Morstadt ergriff Kommerzienrat Ferdinand Sander das Wort und *referierte in einem lichtvollen, glänzenden, von unverkennbarer Begeisterung sprühenden Vortrage über das Wesen des zu beratenden Gegenstandes*. Es gehe darum, so der Redner, das Emporblühen der Stadt vorzubereiten und ihr die Stellung unter den Städten des Landes zu verschaffen, die ihr als Handels- und Fabrikstadt zustehe. Die Einwohnergemeinde einzuführen sei ein Akt der Gerechtigkeit, denn zur Umlage würden viermal mehr Einwohner beigezogen, als Ortsbürger vorhanden seien. Die Abstimmung erfolgte durch Namensaufruf. Von den anwesenden 62 Mitgliedern stimmten 59 für und 3 gegen die Vorlage.¹⁴ An diesem Tag feierte der Hauptbetreiber des Reformwerks, Ferdinand Sander, seinen 48. Geburtstag. Am Abend wurde ihm eine Ovation in Form eines Ständchens durch die Stadtkapelle und dem Liederkranz überbracht. Die Lobesrede übernahm der Fabrikant Gustav Pfisterer. Viele Personen aus der Einwohnerschaft wohnten dem Ereignis bei.¹⁵

¹² LA, 9. Oktober 1888

¹³ Vgl. Walter Caroli, Die Glasbilder im Alten Rathaus in Lahr. Ein Querschnitt durch die Lahrer Geschichte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, Lahr 2019, S. 7-9

¹⁴ Vgl. LZ, 11. Oktober 1888

¹⁵ Vgl. LZ, 12. Oktober 1888

Einladung.

Am nächsten

Samstag den 13. d. Mts. abends 8 Uhr

wird Herr Oberbürgermeister Winterer von Freiburg im

Rappensaale

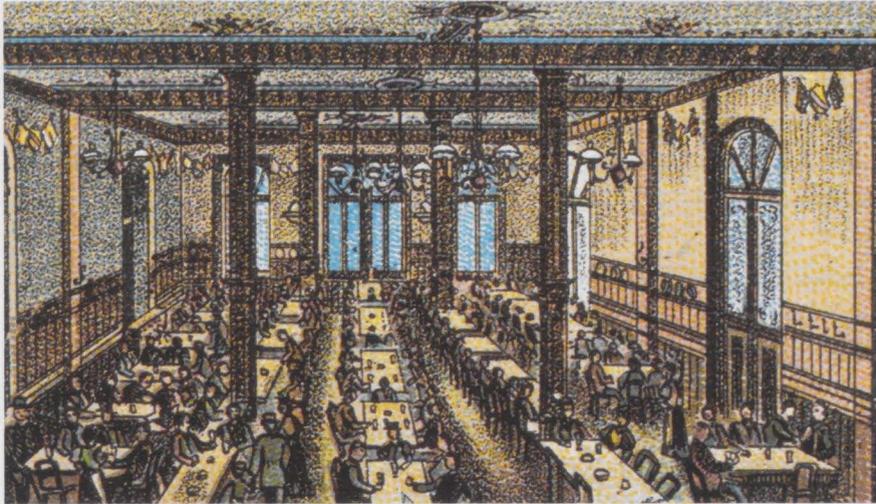
einen Vortrag über Städteordnung halten.

Zu diesem Vortrage laden wir die hiesigen Einwohner ergebenst ein.
Lahr, den 11. Oktober 1888.

Einladung zum
Vortragsabend im
Rappensaal, LZ,
13. Oktober 1888

Mit großem diplomatischem Geschick ging der Freiburger Oberbürgermeister Otto Winterer in seiner Rede über die Badische Städteordnung am 13. Oktober 1888 im Rappensaal auf die missliche Situation seines Amtskollegen Wilhelm Flüge ein. Es betrübe ihn, so der Oberbürgermeister, dass sein Freund und Kammerkollege durch Krankheit verhindert sei, an der Versammlung teilzunehmen. Er wisse, dass Flüge, obwohl er kein Gegner der Städteordnung an und

für sich sei, den Zeitpunkt der Einführung doch gerne hinausgeschoben gesehen hätte. Er sei überzeugt, dass Flüge bei seiner Liebe zu seiner Stadt und seiner Kenntnis der aktuellen Lebensverhältnisse sicherlich an diesem Abend erklärt hätte, dass er, nachdem die Würfel nun gefallen seien, er nunmehr bereit sei, an der Durchführung der neuen Ordnung nach Kräften mitzuhelfen. Winterer betonte, dass er *mit der stillen Hoffnung geschmeichelt habe*, ihn davon überzeugen zu können, dass der gefasste Beschluss der richtige gewesen sei. In einer gewaltigen Rede, die in der Lahrer Zeitung vollständig ab-



Das Innere des Rappensaals, Postkarte, Stadtarchiv Lahr

gedruckt wurde, begründete Winterer die Notwendigkeit der neuen Städteordnung. Staatsverfassung und Gemeindeordnung seien Gesetze, an denen man nicht rütteln dürfe, weil sie *die Rechte, Befugnisse und Gewalten der Organe des Staates und der Gemeinde regelten*. Sie seien aber als *Nützlichkeits- und Zweckmäßigkeitsgesetze*, nicht wie die Evangelien, für die Ewigkeit verkündet, sondern müssten Ausfluss der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sein, das heißt, ihre Ausformulierung müsse mit den realen Verhältnissen in Einklang stehen. Treffe diese Voraussetzung nicht mehr zu, sei es höchste Zeit, die überholte Ordnung zu beseitigen.

Auch die Ortsbürgergemeinde habe nicht von jeher bestanden. Durch sie sei beispielsweise die sogenannte Realgemeinde verdrängt worden, nach welcher nur der Bürger wurde, der Liegenschaften besaß. Dagegen habe die Bürgergemeinde ihr Bürgerrecht an Erbfolge und Einkauf geknüpft. Nur durch Abstammung oder Annahme

und Einkauf habe das Bürgerrecht bisher erworben werden können. 1.200 Nichtbürger stünden in Lahr 600 Bürgern gegenüber. Diese 1.200 würden sagen: *So gut das große Deutsche Reich mich für befugt erklärt, an seiner Leitung teilzunehmen und damit an der Gestaltung der Geschichte Deutschlands und vielleicht Europas mitzuwirken, so gut werde ich auch noch ein Recht haben, mitzusprechen, wer im Rate sitzen, wo das Schulhaus hingebaut werden soll und dergleichen.*¹⁶

¹⁶ LZ, 17. Oktober 1888

¹⁷ Ebd

¹⁸ LZ, 18.10.1888

¹⁹ LZ, 23.10.1888

Eingewanderte Geschäftsleute, Fabrik- und Gewerbearbeiter seien äußerst nützliche Glieder der Gemeinschaft, weil sie mit ihrer Leistung zur Größe und Wohlhabenheit der Gemeinde beitragen. Den Arbeitern müsse man zurufen: *Auch du sollst deine Rechte haben, damit du auch freiwillig deine Pflichten übernehmest, auch du sollst, wenn du deine Schuldigkeit thust, unser Mitbürger sein, sollst neben uns sitzen, sollst mithelfen, entscheiden, was dem Orte wohlthut, in welchem auch du den Schwerpunkt deiner ganzen Lebensthätigkeit gefunden hast.*¹⁷

Das Hauptrecht des neuen Stadtbürgers bestehe darin, dass er alle drei Jahre zur Hälfte austretende Stadtverordnete durch Wahl zu ersetzen habe. Bei der Frage des Dreiklassenwahlrechts zeigt sich Winterer als Konservativer, wenn er ausführt, dass bei der Gemeinde das Moment des wirtschaftlichen Interesses nicht übersehen werden dürfe und dies nur dadurch gerecht gewahrt werden könne, wenn der größeren Leistung und dem größeren Besitz ein verhältnismäßig größerer Einfluss gewährt werde. *Gleiche und direkte Wahl sei ungleich, unbillig und gefährlich.* Winterer ging auch auf die neue Rolle des Oberbürgermeisters als Berufsbeamten ein. Bei dem umfangreichen Aufgabenspektrum verbiete es sich, weiterhin in den Städten dieses Amt im Nebenjob erledigen zu wollen. Der Freiburger Oberbürgermeister beendete seine umfangreiche Rede mit einem Zitat Friedrich Schillers: *Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit, und neues Leben blüht aus den Ruinen.*¹⁹

Lahr gehörte mit Wirkung vom 1. Januar 1889 mit acht weiteren Städten der Badischen Städteordnung an und hatte nun schon Ende des Vorjahres Zug um Zug einige Bestimmungen umzusetzen. Im November 1888 befasste sich der Bürgerausschuss mit der Festsetzung der Zahl der Bürgermeister und der Stadträte (Paragraf 10 der Städteordnung). Man genehmigte den schon im Oktober vom Gemeinderat gefasste Beschluss, die Zahl der besoldeten Bürgermeister (Beigeordneten) auf 1 und die Zahl der unbesoldeten Gemeinderäte

auf 14 festzusetzen. Ebenfalls bestätigt wurde das Gehalt des Oberbürgermeisters von jährlich 5.000 Mark nebst freier Dienstwohnung und mit Pensionsberechtigung (nach Paragraph 19d der Städteordnung) sowie des Bürgermeisters mit 2.500 Mark ohne Dienstwohnung und ohne Pensionsberechtigung. Als ein Mitglied des Ausschusses den Vorschlag unterbreitete, auf die Dienstwohnung verzichten zu wollen und dafür das Gehalt zu erhöhen, widersprach Sander, der offenbar alle Zügel in der Hand hielt. Dieser Punkt sei von besonderer Wichtigkeit, weil die Bewerber darauf großen Wert legten und es in Lahr an passenden Wohnungen ermangelte.²⁰ Zu diesem Zeitpunkt hatte Sander schon längst die Weichen für den Kandidaten Dr. Schlusser gestellt und dessen Wünsche im Vorhinein eruiert. In der gleichen Sitzung wurde noch festgelegt, dass bei Tod oder sonstigem Ausscheiden des Oberbürgermeisters oder Bürgermeisters innerhalb von sechs Wochen die Neuwahl durchzuführen sei (Paragraph 17 Abs. 2 der Städteordnung).

²⁰ Vgl. LZ, 2011.1888

²¹ Vgl. LZ, 15. Januar

²² Vgl. LZ, 26.2.1889
1889

²³ LZ, 9. Februar
1889

Im Januar 1889 wurde das Stadtverordnetengremium gewählt. Es spiegelt das damalige hohe Ansehen Ferdinand Sanders, dass er sogar in den Wahlvorschlag der Niederstbesteuerten aufgenommen wurde.²¹

Die Stadtverordneten wählten am 8. Februar 1889 die Stadträte und am 25. Februar ihren Vorstand entsprechend Paragraph 43 der Städteordnung. Gewählt wurden Ferdinand Sander, Carl August Kramer, Carl August Meyer, Adolf Sievert und Karl Bilger. Das Gremium bestimmte Sander zum Vorsitzenden und Kramer zu seinem Stellvertreter.²²

Der am 8. Februar gewählte Lahrer Gemeinderat²³

Wilhelm Erb (Bierbrauer), Johann Fortwängler (Maler), Emil Frank (Fabrikant), Otto Maurer (Fabrikant), Karl Morstadt (Müller), Gustav Pfisterer (Fabrikant), Heinrich Schneevoigt (Büchsenmacher), August Schneider (Rentner), Hermann Siefertle (Schlosser), Karl Sommerlatt (Kaufmann), Otto Stösser (Kaufmann), Christian Wagenmann (Stabhalter von Burgheim), Hermann Weiß (Zimmermann), Emil Wittich (Fabrikant)

Bekanntmachung.

Nr. 467. Bei den am 17., 22. und 24. Januar d. J. stattgehabten Wahlen in den städtischen Bürgerausschuss wurden als Stadtverordnete gewählt und zwar:

A. Für die Klasse der Niederstbesteuerten.

Benz Jakob, Landwirt.
 Bliz Andreas, Heizer.
 Bucherer Karl, Christian Sohn, Aufseher.
 Dorner Christian, Sattler.
 Eisen August, Buchbinder.
 Erb Wilhelm, Bierbrauer.
 Fläze Wilhelm, Bürgermeister.
 Hochenjos Adolf, Lithograph.
 Huber Heinrich, Rammacher.
 Kaufmann Theodor, Sohn, Prokurist.
 Köbele Karl, Gärtner in Burgheim.
 Kopf Adolf, Kartonnager.

Kreß Karl, Schauhweber.
 Maurer Jakob, Schreiner.
 Murer Adolf, Schreiner.
 Morstadt Friedrich, Glaser.
 Müllerleile Friedrich, Buchdrucker.
 Sander Ferdinand, Kommerzienrat.
 Schmitt Christoph, Reallehrer.
 Schwarzwälder Karl, Kartonnager.
 Vieler Gerhard Wilhelm, Landwirt.
 Zaher Andreas, Landwirt.
 Zahner Friedrich, Kaufmann.
 Zeh Heinrich, Kaufmann.

B. Für die Klasse der Mittelbesteuerten.

Braun Gustav, Fabrikant.
 Diebold Karl, Bäcker.
 Dreusler Otto, Schuhmacher.
 Gähler Wilhelm, jung, Landwirt.
 Göhrig Wilhelm, Schlosser.
 Guth Albert, Buchhändler.
 Herbst C. Robert, Kaufmann.
 Kaufmann Julius, Fabrikant.
 Koch Karl, Kübler.
 Kopf Hermann, Gärtner.
 Kränkel Franz, Gymnasialdirektor.
 Kröll Karl, Medizinalrat.

Lichtenberg Ludwig, Konditor.
 Viermann Karl, Metzger.
 Pöhr Karl, Weinbändler.
 Meurer Karl, Architekt.
 Morstadt Karl, Gemeindevater.
 Schnevoigt Heinrich, Büchsenmacher.
 Sieseler Hermann, Schlosser.
 Stevert Friedrich, Prokurist.
 Vieler Hermann, Blechner.
 Wagenmann Chr., Stabhalter in Burgheim.
 Weiß Hermann, Zimmermeister.
 Zeller Karl, Bäcker, Burgheim.

C. Für die Klasse der Höchstbesteuerten:

Bilger Karl, Fabrikant.
 Brauer Ferdinand, Fabrikant.
 Bucherer Jakob, Bäcker.
 Fortwängler Johann, Maler.
 Frank Emil, Fabrikant.
 Geßler Friedrich, Bankier.
 Heiblauff Max, Fabrikant.
 Jungmann Gustav, Fabrikant.
 Kramer Karl August, Fabrikant.
 Leser Karl, jung, Kaufmann.
 Maurer Otto, Fabrikant.
 Meister Kamill, Weinbändler.

Meyer Karl August, Mechaniker.
 Nestler Albert, Fabrikant.
 Pfisterer Gustav, Fabrikant.
 Schauenburg Moritz, Buchhändler.
 Schmidt, Dr., Karl, prakt. Arzt.
 Schneider August, Rentner.
 Sommerlati Karl, Kaufmann.
 Spreiter Karl, Fabrikant.
 Stauch Hermann, Fabrikant.
 Stöffer Otto, Kaufmann.
 Unger Robert, Kaufmann.
 Wäldin Emil, Fabrikant.

Die Lehrer Stadtverordneten nach Einführung der Städteordnung, LZ, 26. Januar 1889

Am 9. März 1889, um 10.00 Uhr, versammelten sich die Mitglieder des Bürgerausschusses im Lahrer Rathaus, um den Oberbürgermeister zu wählen. Von 86 Wahlberechtigten erschienen 82. Nach der Verkündung des Ergebnisses krachten Böllerschüsse. Der erste Lahrer Oberbürgermeister hieß Dr. Gustav Schlusser. Der 29-jährige war als Amtmann ein Verwaltungsfachmann und kam von Bruchsal.²⁴

²⁴ Vgl. LA, 9. März 1889

²⁵ LZ, 22. März 1889

²⁶ LZ, 23. März 1889

²⁷ Vgl. LA, 4. Mai 1889

²⁸ Vgl. LZ, 3. Mai 1889

Auch die Wahl des Bürgermeisters konnte ohne Komplikationen abgewickelt werden. Stadtrat Wilhelm Erb unterbreitete in einer Versammlung des Bürgerausschusses am 20. März den – wen wundert es noch – von Kommerzienrat Sander aufs Wärmste befürworteten Vorschlag, den seitherigen Verweser des Bürgermeisteramts, Karl Morstadt, für diese Position vorzusehen. Sander berichtete, dass sich der künftige Oberbürgermeister in einem Schreiben äußerst befriedigt über einen Lahrbesuch geäußert habe und verlas einen Satz Schlussers: *Wenn ich während der wenigen schönen Stunden, die ich in Ihrer Stadt zubrachte, den Lehrern auch nur halb so gut gefallen habe, als es mir bei Ihnen gefallen hat, dann bin ich überzeugt, daß es für mich dort gut wohnen sein wird.*²⁵

Die Wahl des Bürgermeisters fand am 22. März statt. Auf Karl Morstadt entfielen 77 der abgegebenen 82 Stimmen, eine auf den Maler Johann Fortwängler. Anlässlich des Ereignisses traf sich der Bürgerausschuss am Abend zu einem Bankett im Kasino-Saal.²⁶

Oberbürgermeister Dr. Gustav Schlusser traf mit Familie am 2. Mai zur Übernahme der Amtstätigkeit, die zwei Tage später offiziell begann, in Lahr ein.²⁷ Eine Delegation von Stadträten und Stadtverordneten hatte sich zu seiner Begrüßung am Bahnhof eingefunden. Stadtrat Karl Sommerlatt sprach einige Begrüßungsworte.²⁸ Das Amt des Oberbürgermeisters nahm Schlusser sofort in vollem Maße in Anspruch: Den Voranschlag für den städtischen Haushalt beließ er vorsichtshalber im Rahmen des bisher Üblichen. Bei der öffentlichen Bautätigkeit stand die Rathausfrage im Vordergrund. 17.000 Mark waren für Umbaumaßnahmen im Alten Rathaus eingestellt worden. Für die aufstrebende Stadt war aber in dem Gebäude keine zeitgemäße Verwaltung mehr unterzubringen. Deswegen erwog man, das historische Haus weitgehend unverändert stehen zu lassen und darin Nebenämter unterzubringen. Für die Verwaltung der aufstrebenden Stadt sollte aber ein Neubau errichtet werden. Als geeig-

Einladung

zur Wahl des Bürgermeisters der Stadt Lahr.

Nr. 1522. Gemäß Verfügung des Groß. Bezirksamtes dahier vom 15. d. M.
Nr. 5384 findet infolge Annahme der Städteordnung die Wahl des Bürgermeisters
(Beigeordneten) der Stadt Lahr am

Freitag den 22. März d. Js.
von 11 bis 11¹/₂ Uhr vormittags

im Rathhause da hier statt.

Wahlberechtigt sind die Mitglieder des Bürgerausschusses, bestehend aus
den Stadträten und Stadtorordneten.

Wählbar zum Amte des Bürgermeisters ist jeder Stadtbürger, ausgenommen
aus hievon:

- a. die Entmündigten, Minderjährigen und Verbeiratheten;
- b. diejenigen, welchen die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind während
der Dauer dieses Verlustes;
- c. diejenigen, gegen welche das Contumaxverfahren eröffnet ist und zwar
während der Dauer desselben und solange die Gläubiger nicht be-
friedigt sind;
- d. jene, welche in den aktiven Militärdienst eintreten auf die Dauer
dieses Verhältnisses;

Es können aber:

1. diejenigen Beamten und die Mitglieder derjenigen Behörden, durch
welche die Aufsicht des Staats über die Stadt ausgeübt wird;
2. die besoldeten Gemeinbeamteten;
3. Geistliche und Volksschullehrer;
4. die besoldeten Richter, die Beamten der Staatsanwaltschaft und die
Polizeibeamten, die auf sie gefallene Wahl nur annehmen, wenn sie
ihr Amt niederlegen.

Die Wählbarkeit zum Amte des Bürgermeisters ist nicht durch das Stadt-
bürgerrecht bedingt. Vielmehr ist zu einem solchen Amte jeder im Vollbesitze der
Rechtsfähigkeit und der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche, männliche, nicht im
aktiven Militärdienste stehende Angehörige des deutschen Reichs wählbar, welcher
das 26. Lebensjahr zurückgelegt hat. Die Wahl kann jedoch nur derjenige annehmen,
welcher die bairische Staatsangehörigkeit besitzt oder erwirbt.

Mit der Annahme der Wahl erlangt der Erwählte das Stadtbürgerrecht.

Bei der Wahl gilt als gewählt derjenige, für welchen die absolute Mehrheit
aller Wahlberechtigten gestimmt haben.

Das Wahlrecht wird in Person durch verdeckte Stimmzettel ohne Unterschrift
ausgeübt.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem äußern
Kennzeichen versehen sein.

In den Stimmzettel sind die Namen desjenigen, welchem der Wähler seine
Stimme geben will, handschriftlich oder durch beliebige Mittel der Vervielfältigung
einzutragen. Der Vorgeschlagene muß mit seinem Familien- und mit seinem Vor-
namen, sowie mit der Benennung, durch welche er von andern gleichen Namens
unterschieden wird, so bezeichnet sein, daß kein Mißverständnis entsteht.

Die Wahlberechtigten werden zur Ausübung ihres Wahlrechts hiermit eingeladen.
L a h r, den 15. März 1889.

Der Stadtrat.

W o r s t a d t.

Rehbach.

Die Lahrer Oberbürgermeister seit dem Beitritt der Stadt Lahr zur Badischen Städteordnung

Dr. Gustav Schlusser (1889-1899), Dr. Gustav Altfelix (1899-1928), Rudolf Binz (1928-1929), Heinrich Wolters (1929-1933), Dr. Karl Winter (1933-1945), Dr. Paul Waeldin (1945-1952), Dr. Heinrich Friedrich (1952-1961), Dr. Philipp Brucker (1961-1981), Werner Dietz (1981-1997), Dr. Wolfgang G. Müller (1997-2019), Markus Ibert (seit 2019)

Abbildung links:
Einladung zur Wahl
des Bürgermeisters
LZ, 26. Januar 1889

netes Terrain sah man damals den Bereich des Sonnenplatzes vor, wo das alte Schulhaus stand. Bei den privaten Bauten entstand seinerzeit – Parallele zur heutigen Bebauung „Am Altenberg“ – am Fuße des Altvaters ein neuer Stadtteil: Im Rohbau stand schon die Villa des Wilhelm Erb (Bürklinstraße), und Kommerzienrat Ferdinand Sander hatte Grundstücke am Amselbrunnle erworben, um dort eine Villa zu errichten. Die Anlage dieser Villenvorstadt, kommentierte eine Zeitung, *gerade an diesem von der Natur so schön ausgestatteten Fleck Erde wird der Entwicklung unserer Stadt einen ganz besonderen Reiz verleihen.*²⁹

²⁹ LA, 25. Mai 1889

Oberbürgermeister Dr. Schlusser vertrat Lahr auch in der Zweiten Kammer des badischen Landtags. Wichtige Projekte wie der Bau der Friedrichschule, des Schlachthofs und der Beginn des Kasernenbaus fielen in seine Amtszeit. Wegen der vorherrschenden allgemeinen Zufriedenheit wurde er 1898 einstimmig wiedergewählt und wäre wohl unangefochten weiter im Amt geblieben, wenn er nicht 1899 als Ministerialrat in das badische Innenministerium berufen worden wäre. Jedoch fand sein politischer Aufstieg schon drei Jahre später ein jähes Ende: Schlusser starb in jungen Jahren an einer Bauchfellentzündung und wurde in Karlsruhe beigesetzt. Weitere neun Oberbürgermeister standen danach an der Spitze der Stadt Lahr, von denen Dr. Gustav Altfelix mit 27 und Dr. Wolfgang G. Müller mit 22 Jahren die längste Amtszeit verbuchten. Am 6. Oktober 2019 wurde Markus Ibert als zehnter Oberbürgermeister der Stadt Lahr gewählt.

Das Fachwerkhaus im Ried ✓

Von Martin Frenk

Obwohl die als erhaltenswerte Kleinode eingestuften Fachwerkhäuser seit eh und je zu den sichtbarsten und messbarsten Objekten der volkskundlichen Forschung gehören, blieben sie von all den Schätzen, die uns unsere Vorfahren hinterlassen haben, am längsten unbeachtet. Lange, da und dort sicherlich auch viel zu lange wurde nicht erkannt, dass die vielfach überaus kunstvoll gestalteten Fachwerkbauten nicht nur dazu da sind, ihrem jeweiligen Besitzer Unterkunft zum Arbeiten, Schlafen, Essen und Trinken zu bieten, sondern durch die teilweise kunstvollen Schnitzereien oder durch die verschiedenen Giebel, Lauben oder Erker den Betrachter erfreuen sollen. Später galt es als schicklich, Häuser mit denselben Schmuckformen, denselben Gesimsen oder denselben Tür- und Fensterumrahmungen zu errichten. Stein und Eisen trat an die Stelle von Holz, und der warme Farbton des Holzes musste den kälteren, leblosen Steinfarben weichen. Die Häuser mussten möglichst einfach, zweckmäßig, vor allem billig errichtet werden. Und so wurde lange Zeit fast ausnahmslos nur sachlich, nüchtern und, was am Schlimmsten war, fast durchweg nur stereotyp gebaut. Dadurch kam es, dass die Eigenarten der früheren Zeiten vielfach verschwunden sind und eine Straße fast völlig der anderen gleicht.



Fachwerkhaus mit
Welschkorndächle
Foto: M. Frenk

Erst heute, nachdem sich die Menschen wieder stärker mit den alten überlieferten Werten befassen, sehen sie mit Staunen, welche herrliche Kleinode in den verbliebenen reizvollen, teilweise auch imposanten Fachwerkbauten vielfach nur durch Zufall in die Gegenwart gerettet werden konnten. Sicher sind sie oft in einer Verfassung, die nicht gerade viel Pietät und Achtung vor der alten Kunst erkennen lässt. Leicht nachzuvollziehen ist, dass sich immer mehr Menschen zu diesen schönen Häusern mit der traditionsgebundenen Fachwerkstruktur hingezogen fühlen.

Die Holzbauweise hat ein hohes Alter und eine weite geographische Verbreitung. Deshalb reichen die Ursprünge der ältesten Holzbauten auch bis in vor- und frühgeschichtliche Zeiten zurück. Fachwerkbau ist seiner Struktur nach ein Skelettbau. Zu jeder Wand gehört ein auf dem Boden liegender starker Eichenbalken als Schwelle, in der senkrecht die tragenden Pfosten, die Stiele oder Ständer stehen, die oben durch den Rahmen miteinander verbunden sind. Später wurde der eichene Balken auf eine zuvor errichtete Sockelmauer als Fundament gelegt, damit er nicht mehr der aufsteigenden Feuchtigkeit direkt ausgesetzt ist. Um die Wand gegen seitliche Verschiebung zu sichern, werden an den Pfosten schräge Hölzer, Streben, eingesetzt. Die Wände werden weiter durch Querriegel aufgeteilt, von denen der untere in der Höhe der Fensterbank horizontal verläuft (Brustriegel) und der obere parallel dazu die Ständer verspannen hilft. Mehrgeschossig durchgehende oder auch nur geschoßhohe Pfosten stützen die Querbalken der Böden und Decken. Dieses Außenfachwerk ist fast durchweg aus Eichenholz errichtet, was die Langlebigkeit dieser Häuser ausmacht. Innenwände, Decken und Dachkonstruktion sind dagegen aus Tannenholz gefertigt.

Da das Balkenwerk nur das Gerippe lieferte, war die Ausfachung der Wände erforderlich. Deshalb wurde in die entstandenen „Gefache“ ein Geflecht aus eichenen „Bachbengeln“ eingespannt, das innen und außen mit einem Gemisch aus Lehm, kleingehäckseltem Stroh und manchmal auch aus Kälberhaaren bestrichen wurde. Auch hier griff man im Ried auf reichlich vorhandenes Material zurück. Zum Schluss wurde mit Kalkmörtel verputzt und geweißt. Diese scheinbar primitive Maurertechnik hat gegenüber dem Backstein den Vorzug, dass sie dauerhaft widerstandsfähiger gegen Temperaturwechsel ist.



Fachwerkhaus mit
gut zu erkennen-
dem Kniestock
Foto: M. Frenk

Die großen Wälder der Rheinebene lieferten für diese Bautechnik bestes Eichenholz in Fülle, und die Ablagerungen der Flüsse in den Niederungen boten Lehm in guter Qualität. So ist es kein Wunder, dass gerade die Häuser in den Dörfern am Oberrhein von diesen Materialien geprägt waren und die Geschichte des Fachwerkbaus auch im Ried weit in frühere Jahrhunderte zurückreicht. Dabei haben sich - bedingt durch soziale, ökonomische und technologische Vorgaben - verschiedene Hausformen entwickelt. Im Ried hat neben dem einstöckigen Haus, das der wirtschaftlichen Dürftigkeit seines Erbauers entsprach, oder das unter dem Zwang von Notzeiten entstand, in denen es einzig darum ging, ein Dach über dem Kopf zu haben, vor allem das sogenannte „Kniestockhaus“, das Haus des einstigen bäuerlichen Mittelstandes, die weiteste Verbreitung gefunden.

Den Giebel der Straße zugewendet, mit dem an der Längsseite sich hinziehenden Hof und den nach rückwärts im rechten Winkel angeordneten Wirtschaftsgebäuden bestimmen sie teilweise bis heute nicht nur das Ortsbild der Dörfer, sondern erfreuen mit ihrem aus Holzriegeln und Lehmwickelwand gebildeten Fachwerk das Auge des Betrachters. Wo die Besitzer es sich leisten konnten, hatten sie im Hof einen Ziehbrunnen angelegt, der den früheren Weg zum dörflichen Gemeinschaftsbrunnen ersparte. War der Hof breit genug, wurde auch noch ein Gemüse- und Kräutergarten angelegt. Sofern hinter den Wirtschaftsgebäuden noch ein freier Platz war, fehlte

auch ein Grasgarten nicht. Diese ganz mit einem Lattenzaun eingefriedigte Gehöfteanlage ist in der Rheinebene auch diejenige mit der stärksten Traditionsverbundenheit.

Seinen Namen hat das „Kniestockhaus“ von der Überhöhung der Eckbalken über die Erdgeschossfläche hinaus, meist „kniehoch“, aber auch bis zur Höhe von 1,30 Meter. Dadurch wurde auf dem Speicher - im Volksmund Bühne genannt - ein größerer Raum für die Lagerung von Getreide und anderem geschaffen. Denn bis nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Kniestöcke der bäuerlichen Bauten nie ausgebaut, sondern dienten zum Aufbewahren von Vorräten und altem Hausrat. Große Familien nutzten den Speicher, der in aller Regel nur kleine Lüftungsfenster besaß, auch noch als Schlafstätten. Heute sind die meisten Speicherräume fast ausnahmslos zu Wohnzwecken ausgebaut, was durch den „Kniestock“ problemlos möglich war. Größere, nachträglich eingebaute Fenster sorgen für mehr Licht in den Räumen. Vielfach wurde dafür das an der Wetterseite des Hauses angebrachte „Wetter- oder Welschkorndächle“ vom Kniestockansatz nach unten versetzt.

Im Grundriss sind die Fachwerkhäuser fast überall gleich. Lediglich in Größe und Ausmaß der Raumaufteilung gibt es teils beträchtliche Unterschiede. Vom an der Traufseite gelegenen Eingangsbereich gelangt man über eine Freitreppe in den sogenannten Hausgang. An der Straßenseite liegt die „vordere Stub“, die mit dem heutigen Wohnzimmer vergleichbar ist. Dahinter liegt teils durch eine Tür, teils nur durch einen Vorhang abgetrennt das als „Kammer“ bezeichnete eheliche Schlafgemach. Im Hausgang geradeaus führt eine Tür in die Küche, mit der zur Hofseite gerichteten Futterkammer. Rechts vom Hauseingang, vor oder hinter der Treppe, die ins Obergeschoss führt, liegt „die hintere Stube“, wo besonders im Winter ein Teil der allgemeinen Hausarbeit erledigt wird.

Einen besonderen Reiz verleihen die sogenannten „Wetterdächle“, auch „Welschkorn- oder Tabakdächle“ genannt, die je nach der Stellung des Hauses sowohl an den Längsfronten als auch am Giebel, dort sogar manchmal an drei Etagen, angebracht sind. Sie schützen die waagrecht liegenden Hölzer vor Schlagregen und dienen zur Sicherung der einstigen Giebelluken.

Teilweise findet sich in den Fachwerkhäusern der Dörfer entlang des Rheins auch noch eine elsässische Eigenart: das Durchbrechen der Giebelfassade zu einer „Laube“. Diese Bereicherung der Häuser trat allerdings fast nur in der Nähe der alten Rheinübergänge auf. Wenn die meisten auch in den letzten Jahrzehnten aus Witterungsgründen zugemauert wurden, ist die ursprüngliche Laube noch erkennbar. Besonders charakteristisch sind auch die an der Längsseite hervortretenden Balkenköpfe. Dadurch ist nicht nur die Konstruktion sondern auch das Material überschaubar.



Fachwerkhaus mit
Laubengang
Foto: M. Frenk

Am dem Hauseingang zugekehrten hölzernen Eckpfosten der zur Straße hinweisenden Giebelseite ist vielfach ein verziertes Hauszeichen erkennbar. Diese eingeschnittene Hausinschrift ist bei älteren Häusern ziemlich roh, wobei meistens nur Anfangsbuchstaben und Jahreszahl erkennbar sind. Um 1750 werden die Inschriften kunstvoller und geben mancherlei Aufschlüsse. Leider fielen solch schöne Inschriften oder andere schöne Einzelheiten wie geschnitztes Balkenwerk oder die ursprünglich reizvollen geschwungenen Fensterstürze oftmals den vorgenommenen Renovierungsmaßnahmen zum Opfer. Sofern an den Anwesen nicht die Jahreszahl der Erbauung oder der Name des Erbauers eingeschnitzt ist, ist es (auch durch die im Laufe der Jahrzehnte immer wieder vorgenommenen baulichen Veränderungen) sehr schwierig das Alter eines Hauses zu bestimmen. Deshalb ist die Form der Fenster vielfach der einzige Bestim-

mungshinweis für sein Alter. Ursprünglich waren die Fenster breiter als hoch, also ein liegendes Rechteck. Etwa ab 1750 bekam das Fenster einen leichten Rundbogen. Heute werden Fenster nur als stehende Rechtecke ohne Rundbogen gebaut.

Allerdings finden sich in der Rheinebene nur sehr selten Fachwerkhäuser, die vor der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert errichtet wurden. Das ist bei den fortwährenden Verwüstungen, die sowohl der Dreißigjährige Krieg wie auch die sich anschließenden Erbfolge- und Koalitionskriege mit sich brachten, auch nicht weiter verwunderlich. Während vieler Kriegsjahre war damals die Gegend entlang des Rheins das Aufmarschgebiet verschiedener Heere und somit der Tummelplatz roher Soldatenhorden, die in den Dörfern immer wieder hemmungslos plünderten, brandschatzten und eine blutige Spur des Todes, des Leides und der Zerstörung hinter sich herzogen. Infolge dieser kriegerischen Auseinandersetzungen wurden die meisten Häuser von Grund auf zerstört.

Da von den mittelalterlichen Häusern nichts mehr geblieben ist, sind auch Ursprung und Ausgangsform des Fachwerkhauses im Ried nicht mehr zu bestimmen. In den meisten Rieddörfern sind nur wenige Häuser vorhanden, die sofort nach den damaligen Zerstörungen gebaut wurden. Zu arm waren die Bewohner des Rieds wegen der kriegerischen Auseinandersetzungen geworden. Ab der Rheinüberquerung bei Ottenheim durch den französischen Marschall Turenne am 5. Juni 1675 und dessen Hauptquartier im „Adler“ in Altenheim verging mehr als ein Vierteljahrhundert, bis um 1704 erste Daten eines Wiederaufbaus nachweisbar sind.

Obwohl die Häuser im Allgemeinen nicht über das Jahr 1700 zurückreichen, ist mit großer Sicherheit anzunehmen, dass schon viele Jahrhunderte lang Häuser in ähnlicher Form gebaut wurden, wie wir sie heute sehen. Allerdings ist weder über die vorherige Gestalt noch über den seinerzeitigen Wiederaufbau der Häuser aus den spärlich vorhandenen Urkunden und Akten ein Aufschluss zu erhalten. Dennoch muss angenommen werden, dass der Wiederaufbau sich an die handwerklich überlieferte Tradition, Technik und Form gehalten hat.

In allen Dörfern des Rieds war das Dorfbild früher durch große und kleine Fachwerkhäuser geprägt. Diese waren in der Regel jedoch keine anspruchsvollen Bauten, sondern aus der Armut der Zeit

hervorgegangene schlichte und auf Zweckmäßigkeit ausgerichtete Fachwerkhäuser. Im Laufe der Jahrzehnte wurde deren Bestand aus vielfältigen Gründen stark zurückgedrängt und ist heute, teilweise sogar in der Substanz, gefährdet. Dies mag auch daran liegen, dass, wie in zahlreichen anderen Rhein- und Fischerdörfern, die überwiegende Zahl einstöckige- oder sehr kleine Kniestockhäuser waren, teilweise auch noch ohne Kellergeschoss oder nur zum Teil unterkellert, was die Haltbarkeit sicherlich stark beeinträchtigte. Auch entsprach das Fachwerkhaus, vor allen Dingen in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, nicht mehr den aufkommenden Vorstellungen einer räumlich großzügig ausgestalteten Wohnung.

Deshalb ist es umso erfreulicher, dass es in den meisten Rieddörfern gelungen ist, eine große Zahl der schmucken Fachwerkhäuser zu erhalten, herzurichten und zu modernisieren. Wer sich in den Orten umsieht, kann erkennen, dass deren Eigentümer eine enge Vertrautheit mit dieser Bauweise bekunden. Denn der größte Teil dieser Häuser wurde mit viel Liebe zur überlieferten Baukunst in den alten ursprünglichen Zustand zurückversetzt, so dass sie den Vorbeikommenden heute als schöne Baudenkmale grüßen. Obwohl alle Fachwerkhäuser von gleichem Gepräge sind, hat doch jedes seinen eigenen Ausdruck und eigene Charakteristik.

Dass mit den Fachwerkhäusern auch Erinnerungen an frühere Zeiten, an eine scheinbar noch heile Welt, an Pferde- oder Kuhfuhrwerke, an dörfliches Handwerk, an Geborgenheit aufkommen und dadurch der Begriff „Heimat“ urplötzlich gegenständlich wird, ist mehr als verständlich. Denn in den Fachwerkhäusern eines Dorfes, die ihren Charakter über viele Jahrzehnte erhalten und deren Bewohner in Brauch und Lebensform an der Überlieferung festhalten, liegt ein unschätzbares Kulturgut. Deshalb ist die Erhaltung dieses Fachwerkbestandes eine wichtige Forderung an unsere moderne Zeit.

Für die Unterstützung sei recht herzlich gedankt:

Herrn Hans Reitter, Ortsvorsteher a. D. in Ottenheim und
Herrn Johann Schmider in Friesenheim

Literatur

- FIEDLER, WILHELM, „Das Fachwerkhaus in Deutschland, Frankreich und England“ Berlin 1903
- SCHMIEDER, LUDWIG, „Gedanken über die Förderung der heimischen Bauweise nach dem Krieg“ in „Badische Heimat“ Nr. 4/1917, Seite 51-70
- GOTTWALD, ERNST, „Das Fachwerkhaus auf dem Lande“ in „Mein Heimatland“ Nr. 11/1924, Seite 7-9
- SCHÜTTERLE, ERICH PAUL, „Bauernhäuser des Hanauerlandes“ in „Badische Heimat“ Nr. 18/1931, Seite 62-69.
- SCHILLI, HERMANN, „Bauernhäuser der Ortenau“ in „Aus der Heimat“ - Schriften zur Heimatkunde, herausgegeben vom Nationalsozialistischen Lehrerbund Kreis Offenburg
- SCHILLI, HERMANN, „Das oberrheinische Kniestockhaus“ in „Badische Heimat“ Nr. 1/1957, Seite 63-84
- SCHILLI, HERMANN, „Das Bauernhaus in Ried und Tal“ in Jahrbuch „Geroldsecker Land“ Nr. 1/1958, Seite 97-100
- SCHOPFERER, ERWIN, „Haus- und Hofzeichen im Ried“ in Jahrbuch „Geroldsecker Land“ Nr. 3/1961, Seite 46-50
- KOHLER, OSKAR, „Das kulturgeschichtliche Bild unserer Heimat in der vorindustriellen Zeit“, Lahr 1973
- LANGENBACH, CARL, „Der Fachwerkbau“ - Geschichtsbild in unserem Lebensraum - in Jahrbuch „Geroldsecker Land“ Nr. 18/1976; Seite 171-181
- SCHILLI, HERMANN, „Fachwerkhäuser in Baden“, Freiburg 1981
- DOERNACH, RUDOLF (Texte) und Zielske, Horst (Fotos), „Süddeutsche Bauernhäuser“, Frankfurt a.M. 1986

Das ehemalige Ottenheimer Forst-Jägerhaus ✓

Das älteste Fachwerkhaus im Dorf

Von Martin Frenk

Nach dem derzeitigen Kenntnisstand sind in Ottenheim mit dem in der Rockelstraße stehenden ehemaligen „Forst-Jägerhaus“ und der evangelischen Michaelskirche¹ vermutlich nur noch zwei Gebäude vorhanden, die vor 1700 erbaut wurden. Während das Gotteshaus bereits 1326 erstmals urkundlich erwähnt wurde, lässt sich das Baujahr des „Jägerhauses“ durch die auf dem südöstlichen Eckpfosten deutlich eingekerbte Jahreszahl auf 1688 festlegen. Diese Einkerbung beweist, dass das Haus, obwohl es nach seinem heutigen Aussehen zu schließen sicherlich mehrmals eine bauliche Veränderung erfahren hat, nicht nur ein bemerkenswertes Alter besitzt, sondern noch vor 1700, also in der sogenannten Franzosenzeit errichtet worden ist. Dass das derzeit als das älteste Fachwerkhaus des Dorfes geltende Gebäude die furchtbaren Kriegsjahre nach 1688 überstehen konnte, ist sicherlich nur dem Umstand zu verdanken, dass es als markgräflicher Besitz den damals in Ottenheim eingesetzten herrschaftlichen Forstjägern als Dienstwohnung diente und insofern immer wieder instand gesetzt wurde.

Es ist sicherlich kein aufwändiger Fachwerkbau, sondern ein aus der Zeit des 17. Jahrhunderts hervorgegangenes schlichtes, nur auf Zweckmäßigkeit ausgerichtetes Bauwerk. Deshalb unterscheidet sich dieses hochgieblige sogenannte Kniestockhaus nur unwesentlich von anderen Fachwerkbauten des Dorfes. Die geputzten Fache wurden weiß, das Holzwerk durchweg braun gehalten, so dass das Anwesen heute einen überaus gut gepflegten Eindruck macht. Die Giebelseite ist wie üblich der Straße zugewandt, während sich der Hof an der Längsseite hinzieht. Im rückwärtigen Bereich schließen sich rechtwinklig die Wirtschaftsgebäude an, so dass man insgesamt von einer sogenannten reduzierten fränkischen Gehöftanlage sprechen kann. Aber entgegen den meisten anderen Ottenheimer Fachwerkhäusern liegt der Eingangs- und Hofbereich auf der nördlichen Seite. Auch die Anordnung der einzelnen Zimmer innerhalb des Gebäudes hebt sich von den anderen Fachwerkhäusern ab. So ist

der Hausgang gegenüber anderen Fachwerkbauten sehr schmal und geht bis an die gegenüberliegende Hauswand durch. Wie die derzeitige Hauseigentümerin Martha Heimbürger geb. Marx aus Erzählungen ihrer Großeltern berichten kann, habe sich dort nochmals ein zweiter Hauseingang befunden. Dieser wurde jedoch zugemauert und das Fachwerk durch sogenannte „blinde“ Balken ergänzt, so dass heute nichts mehr auf diese Türöffnung hinweist. Dieser ehemalige Hauseingang dürfte auch die Erklärung dafür sein, dass sich die Einkerbung mit der Jahreszahl der Hauserbauung nicht an dem nordöstlichen sondern am südöstlichen Eckbalken befindet. Jedenfalls gelangt man deshalb auch nicht geradeaus in die Küche. Diese liegt gleich rechts hinter der Haustür. Links befinden sich das Schlafzimmer und dahinter das Wohnzimmer. Hinter der Küche in der ehemaligen „hinteren Stube“ ist heute ein kleines Arbeitszimmer eingerichtet.

Erstmals erhalten wir detaillierte Auskünfte über dieses Anwesen und dessen baulichen Zustand durch eine im Karlsruher Generallandesarchiv verwahrten Akte.² Darin ist in den Jahren zwischen 1786 und 1789 das „Bauwesen an dem Jägerhaus zu Ottenheim“ beschrieben. Diesen Aufzeichnungen haben wir es zu verdanken, dass wir heute noch etwas über den damaligen baulichen Zustand des gesamten Anwesens und auch etwas über die Bauweise und die seinerzeit verwendeten Baumaterialien erfahren.

Der Grund, weshalb die Akten überhaupt angelegt wurden, war wie so oft eine damals als „Unterthänigste Bitte“ formulierte Beschwerde. Nachdem der in Ottenheim eingesetzte herrschaftliche Förster Franz August Jacobi, wie in der „Bittschrift“ ausgeführt, schon mehrfach bei den zuständigen Behörden vorgesprochen hatte, wendet er sich am 2. Februar 1786 an den damaligen Markgrafen Carl-Friedrich³, den späteren ersten Großherzog von Baden und bittet darum, dass das Ottenheimer „Forst-Jägerhaus“ als seine „Wohnstätte“ wieder in einen „höchstbedürftigen bewohnbaren Zustand“ versetzt wird. Zu dieser Beschwerde hatte Franz August Jacobi auch allen Grund. Denn nach einer damaligen fürstlichen Verfügung waren alle Bewohner von herrschaftlichen Gebäuden verpflichtet, diese selbst zu unterhalten. Hierzu gehörte auch, dass „die Kosten für das Ausbessern der Fenster, der Stube, der Backöfen, der Zäune und der Häge, des Weisselns und Bestreichens des Fachwerks“ von den jeweiligen Bewohnern auf eigene Kosten übernommen werden mussten.

Recht deutlich schildert Jacobi in seiner Bittschrift, in welchem schlechtem baulichem Zustand sich das Ottenheimer „Jägerhaus“ damals befand. Unter anderem schreibt er:

Das ganze Haus war bei meinem Antritt, so wie jetzt noch, in dem unbewohnbarsten Zustand: Die aus bloßem Riegelholz bestehenden Wände sind äußerst baufällig; die Fenster alt und ruiniert, die Thüren ebenso und unschließbar; die Fußböden ganz zu Grund gerichtet: Der Stallung drohet der Einsturz; auch die Einhägung des Hofes bedarf einer Reparatur ...

Da das Anwesen bereits bei seinem Einzug in diesem baufälligen Zustand war und dies somit auch nicht durch seine Schuld verursacht wurde, könne, so Jacobi weiter, die Renovierung des Anwesens nicht auf seine Kosten erfolgen. Der Hintergrund dieser „unterthänigsten Bitte“ liegt auf der Hand. Natürlich wollte Jacobi die Renovierung des Anwesens erreichen, er wollte aber auch verhindern, dass er für Beschädigungen am gesamten Gebäudekomplex, die bereits vor seinem Einzug bestanden haben, in Regress genommen wird.

Das Forst-Jägerhaus
mit Blick auf den
Eingang.
Foto: M. Frenk



Dass der sogenannte Bürokratismus keine Erfindung unserer heutigen Zeit ist, wird anhand dieser „Bitte“ deutlich. Denn mit seinem Brief löste der herrschaftliche Forstjäger Franz August Jacobi vor über 200 Jahren einen solch umfangreichen Schriftwechsel, verbunden mit in Auftrag gegebenen Gutachten, Gegendarstellungen, Meinungen und Hinweisen aus, die deutschen Amtsstuben auch heute noch zur Ehre gereichen würden. Zunächst einmal bezweifelte Landschreiber⁴ Bub als damaliger Amtsverweser der in Mahlberg residierenden Landschreiberei die Richtigkeit der vorgetragenen Bitte. Wie er in einer umfangreichen Stellungnahme ausführte, sei am Ottenheimer „Jägerhaus“ nach dem Auszug des Försters Kaa und noch vor dem Einzug Jacobis als dessen Amtsnachfolger „das gesamte Dach frisch eingedeckt“, ein neuer „Stuben Boden“ gelegt sowie alle anderen „Fuss-Böden“ im Haus ausgebessert, sämtliche Fenster neu „verbleyet“, die Öfen nebst dem „Hof-Thor“ repariert, das ganze Haus innen frisch verputzt worden und „überhaupt alles in einen wohnbaren Stand hergestellt“. Darüber hinaus wurden, wie in den Bau-Relationen vermerkt, alljährlich Reparaturarbeiten durchgeführt. Deshalb zeigte sich der Verweser der Landschreiberei wegen der eingereichten Bittschrift nicht nur überaus verwundert, sondern nennt sie eine „offenbare Missklage“ und „ein wahres Rätsel“. Denn nach seiner Meinung hätte Jacobi über nichts anderes klagen können, als über die Tatsache, dass die Wohnung nicht in „Stock-Mauern“ steht, sondern wie alle Häuser in Ottenheim und in der ganzen Gegend nur Riegel-Wände hat und mithin die Zimmer deshalb nicht so warm werden.

Zu einem ganz anderen Ergebnis als der Landschreiber kommt das herrschaftliche, ebenfalls in Mahlberg angesiedelte Oberforstamt. Da diesem Amt die „würcklichen“ Verhältnisse und Beschaffenheit des Ottenheimer „Forstjäger-Wohnhauses“ und die bis dahin gemachten Renovierungen nicht bekannt waren und deshalb auch nicht klar war, ob der Jäger Jacobi die in der Bittschrift aufgeführten Mängel richtig geschildert hatte, wollte man sich ein eigenes Bild über den baulichen Zustand des Anwesens machen. Deshalb wurde dem herrschaftlichen „Ober-Förster“ Carl Friedrich Wagner aus Kippenheim der Auftrag erteilt, zusammen mit dem Ottenheimer Schultheiß⁵ Friedrich Reitter⁶, dem „Mour-Meister“ (Maurermeister) Karl Oberlofer und dem Zimmermeister Johann Christian Bach das herrschaftliche „Jägerhaus“ in Ottenheim zu visitieren und einen entsprechenden Bericht über den baulichen Zustand zu verfassen.

Die eingesetzte Kommission kam in ihrem Bericht zu dem Ergebnis, dass man ein mit „Flick-Arbeit“ und lediglich ein „zur Noth“ ausgebessertes Haus vorgefunden habe, dessen Riegel-Wände sehr dünn und nicht „gehäb“ (= dicht) seien. Denn das herrschaftliche „Jägerhaus“ sei „im Anfang ganz gering und schlecht aufgebaut und seit der Zeit daran nicht viel verwendet worden“. Jedenfalls werden die in der Bittschrift des Försters Jacobi genannten Mängeln nicht nur bestätigt, sondern der herrschaftliche Förster wird darüber hinaus von jeglicher Schuld, weshalb sich das Anwesen in solch schlechtem baulichem Zustand befindet, freigesprochen.

Wohl aufgrund dieser gegensätzlichen Stellungnahmen beauftragte die Rentkdicht (heute würde man Finanzministerium dazu sagen) in Karlsruhe den Werckmeister Roth aus Kehl, dass er das Ottenheimer Forstdiensthaus „beaugenscheinigt“ und einen gutachterlichen Bericht über den baulichen Zustand vorlegt. Gleichzeitig soll er unter Beifügung einer detaillierten Kostenaufstellung mitteilen, welche „Reparationen“ nötig seien.

In seiner Stellungnahme bestätigt Roth zwar, dass in der Amtszeit des Försters Kaa die in der jährlichen „Bau-Relation“ vermerkten notwendigen Reparaturen tatsächlich auch vorgenommen wurden. Darüber hinaus wurde kurz vor dem Einzug des Försters Jacobi das Dach ausgebessert und das Haus außen „ein wenig verbuzt“, die Fenster zum Teil „verbleyet“, der „Stubenboden“ neu belegt, die Einfassung am Hof zur Not ausgebessert, der „Stubenofen“ brauchbar gemacht und die Beschläge an einigen „Thüren“ ausgebessert. Das Nötigste jedoch, die Verblendung an den Hauptwänden in der „Stub und der Cammer“ und die Instandsetzung des Hofgebäudes sind unterblieben. Um das Ottenheimer Forstdiensthaus wieder in einen ordentlichen und sicheren Zustand zu versetzen, schlug Roth in seinem Gutachten unter anderem vor, die steinerne Treppe („Keller Steg“) aus der „Stuben Cammer“ in den Hausgang zu versetzen. Die „Stub und Cammer“ an den Balken sowie die „Stub“ unter dem Dach ganz zu verblenden und durch „Wickel“ wohnbar zu machen. Die Hofeinfassung, die aus „Eichener Zaun Stecken“ bestehe, sollte, da „das eichen Holz zum bauen rahr ist“, mit einer Mauer umgeben werden. Die noch guten „Zaun Stecken“ könnten zur Ausbesserung des Gras- und Küchengartens verwendet werden.

Wie beauftragt hat Roth diesem Gutachten gleich auch noch eine als „Überschlag“ bezeichnete vorläufige Kostenschätzung beigelegt. Hierin sind nicht nur die einzelnen Arbeitsabläufe und die benötigten Materialien aufgelistet, sondern auch die voraussichtlichen Baukosten vorberechnet. Dadurch, dass Roth die einzelnen Arbeitsvorgänge exakt beschreibt, erhält man in diesem „Überschlag“ auch einen kleinen Einblick wie damals gearbeitet wurde. Ein Beispiel:

Die Keller Steg welche von Stein aus der Stuben Cammer in den Haus Gang zu versetzen, 7 Schuh lang und 7 Schuh tief ausgraben, die Scheidemauer zu einer Thür durch brechen, die Erde in den Hof zu schaffen, 3 Fach in einer Cammer unter dem Dach zu wickeln mind. 9 ¼ Schuh, 8 Riegel an der Dachwand zu kleiben und verbutzen nebst weiseln. Stein und Kalk sind vorhanden.

Insgesamt werden die Kosten für die Renovierung mit 234 Gulden und 31 Kreuzern berechnet wobei die Fuhrlohn- und die Frohnkosten regelmäßig als das Gros der Aufwendungen zu erkennen sind.

Der Großteil der von Roth bezeichneten Arbeiten wurde im Laufe der nächsten beiden Jahre erledigt. Denn 1788 teilt der „Werckmeister“ in einem erneut in Auftrag gegebene Gutachten zunächst mit, dass:

... das Dach über Stigen, das Haus aus Wändig mit verbuz aus gebessert, das Riegelholz mit Wasserfarb angestrichen, die Fenster zum Theil verbleit, die Fenster Ramen mit Öhl farb samt den Läden angestrichen. Der Stuben boden neu belegt, samt einem Stuckboden in der Cammer an der Steg ein Stuckbrust gedäfer in der Wohn Stub die Riegel wand in der Stub und Cammer verblendet den Stuben Ofen aus gebessert die Keller Steg welche von Stein aus der Cammer in den Haus gang versetzt einige Thüren ausgebessert die Zimmer ausgebessert und geweist...

Nun macht der Gutachter in seiner Stellungnahme jedoch zusätzlich darauf aufmerksam, dass außer den fertiggestellten Renovierungen und Reparaturarbeiten noch einige weitere Verbesserungen an dem Anwesen vorzunehmen sind. Auch die bereits 1786 vom Förster Jacobi genannten baulichen Mängel an dem als Hofgebäude bestehend aus zwei Stallungen Futtergang und Schweinestall bezeichneten Ökonomiegebäude, die seinerzeit auch vom „Ober-Förster“ Wagner bestätigt wurden (die Stallungen sind faul und vom Einsturz bedroht), werden jetzt als so gravierend bezeichnet, dass es erforderlich ist, sie ganz abzubauen und völlig neu wieder aufzubauen. Da seinerzeit jedoch keine Scheune vorhanden war, in der der Jäger seine Früchte

lagern konnte, sollte anstelle von zwei Ställen nur ein Stall, dafür jedoch auch noch eine Scheune, die „zwerch in den Hof gegen die Einfahrt zu stellen sey“, errichtet werden. Dem Gutachten beigelegt ist deshalb auch eine detaillierte Aufstellung der vorzunehmenden Arbeiten und der dafür benötigten Baumaterialien. Dabei hat „Werkmeister“ Roth auch die Kosten, die für die einzelnen Gewerke entstehen, aufgelistet. Insgesamt gesehen handelte es sich hierbei um eine überaus große bauliche Maßnahme, die nach dem errechneten Gesamtkostenüberschlag eine Summe von über 600 Gulden betrug.

In der Zwischenzeit wurde in der Mahlberger Landschreiberei der bisherige Amtsverweser Bub durch den neuen Landschreiber Herbst⁷ abgelöst. Dieser wollte sich, nachdem er mit der Angelegenheit befasst worden war, selbst ein Bild über den baulichen Zustand des Ottenheimer „Forst-Jägerhauses“ machen und besichtigte zu Beginn des Jahres 1789 Wohnung und auch das Stallgebäude. Im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger, für den drei Jahre zuvor die gemeldeten Mängel noch eine „offenbare Missklage“ und „ein wahres Rätzel“ darstellten, kommt der neue Landschreiber zu einem völlig anderen Ergebnis. Nicht ganz überraschend schreibt Herbst am 9. Januar 1789 an das Karlsruher Bauamt, dass der Förster Jacobi guten Grund hat, sich über die elende Beschaffenheit seiner Wohnung und des Stalles zu beklagen, obwohl bereits ein Großteil der 1786 beanstandeten Mängel inzwischen behoben wurden. Denn die vom Gutachter Roth noch festgestellten Mängel, insbesondere das Verblenden der Decke im Wohnzimmer und die Riegelwand in einer Stube unter dem Dach, die Anschaffung eines Rundofens darin und die „Zurichtung“ einer Kammer unter dem Dach für einen „Jäger-Pursch“ sind lauter Arbeiten, die notwendig durchgeführt werden müssen, wenn für die Gesundheit der Bewohner auch nur ein wenig gesorgt werden soll. Von Bequemlichkeit ist hier keine Rede, denn diese muss jeder entbehren, der dieses Haus mit Familie bewohnt. Vor allem wegen des schlechten baulichen Zustandes der Stallgebäudes, aber auch der immer wieder neu vorgetragenen aber nie realisierten Forderung, das Anwesen mittels einer Hofmauer einzufriedigen, fand der neue Landschreiber überraschend deutliche Worte:

... Auch das Stall Gebäude verdient keine Reparation mehr, außer man müßte sehr beträchtliche Kosten darauf verwenden und am Ende wärs Flickerei, mit der die Klagen der Jäger doch nicht behoben würden. Der Umfang dieses Gebäudes ist meist faul und das Eingebäude nicht minder. Die Riegelwände sind

theils eingefallen, theils von dem Holz los. Böden sind gar keine da, deren Stelle ersetzte der Jäger mit Heu und Stroh. Die Thüren Gestellen und die Schwellen sind von keiner besseren Beschaffenheit, einige von letztern hat der Jäger im Notfall selbst untermauert und er müsste einen Theil seines Futtermittels nur zum verstopfen derer vielen Öffnungen verwenden, um sein Vieh vor dem Erfrieren zu verwahren. Das Haupt Gebälk des Dach Stuhles allein scheint noch gutes Holz zu sein, die Leisten aber sind meist faul und erfordern neue. Bei einer etwa vorzunehmenden Reparation ist noch überdies zu besorgen, dass sich noch mehrere Gebrechen vorfinden werden, die jetzo nicht sichtbar sind und dann tritt eben noch der Hauptumstand ein, dass der Förster zur Aufbewahrung deren Früchten und sonstiger Crescenzen nicht der geringste Platz hat, und so sehe ich einmal nicht ein, wie es rathsam wäre, an das ermelte Gebäude noch einige Reparations-Kösten zu verwenden, da hierdurch in keinem Fall etwas solides mehr erzielt werden kann, ich muss vielmehr dem Vorschlag des Werkmeisters Roth beitreten, nach welchem das alte Gebäude ganz abzubrechen, und davor ein neues mit angebrachten Scheuren Tenn der Hof Einfahrt gegenüber, zu erbauen wäre.

Die Hof Einfassung wurde zwar anno 1787 hier und da mit alten und neuen Zaun Stecken ausgebessert, aber eben dies gibt den Beweis, wie wenig diese Art Einfassung taugt, denn der größte Theil derselben ist schon wieder ruiniert und erfordert neue Herstellung. Der beste Theil dieser Einfassung würden diesen Winter über von Windstößen und dem häufig darauf liegenden Schnee eingedrückt und beim Abgang dieser letzteren könnte man das noch wenig gut scheinende faul finden. Auch hier kann ich also dem Rothischen Vorschlag wegen Ausführung einer neuen Hof Mauer meinen Beifall nicht verzagen. Es ist das einzige Mittel, wodurch die immer während kostbare Reparation vermieden werden kann und hier ist ohne dies der Platz nicht wo ein Zaunstecken Haag von einiger Dauer sein kann, weil 2 Seiten desselben an einer Straße stehen wo jede vorübergehenden Fuhr anstossen und den Haag später eindrücken oder mit fortreißen kann. ...

Diese überaus deutlichen Worte des Landschreibers Herbst verfehlten bei den zuständigen Karlsruher Behörden ganz offensichtlich ihre Wirkung nicht. Denn bereits am 30. Mai 1789 wurden die noch erforderlichen Renovierungsarbeiten an dem „Forst-Jägerhaus“ ebenso genehmigt wie auch der Neubau einer Scheuer nebst Stall sowie die Einfassung des Hofes mit einer Mauer. Gleichzeitig wurde das Oberforstamt in Mahlberg angewiesen, zu diesem Bauvorhaben fünf Eichen, sieben Tannen und fünf Führen weiches Holz für „Stück-Stecken“ aus den nahegelegenen herrschaftlichen Waldungen für dieses Bauvorhaben abzugeben.

Entweder war es die wirtschaftliche Lage, die sich kurzfristig geändert hatte oder der Gutachter Roth war bei seiner Kostenvorausberechnung von falschen oder zu niedrigen Preisen ausgegangen. Jedenfalls teilt der Landschreiber Herbst am 11. Juli 1789 dem Hauptmann Vierordt⁸ in Karlsruhe mit, dass bei jedem ausgeschriebenen Artikel der Kostenvoranschlag überschritten wurde. Als Beispiel nannte Herbst unter anderem, dass für einen Wagen voll Sand anstelle der vorausgerechneten 12 Gulden es 18 Gulden waren, die von den Fuhrunternehmern als Angebot abgegeben wurden. Auch beim Dach hatte Werkmeister Roth sich verkalkuliert. Er hatte vorausgerechnet, dass 25 Latten zur Dachsanierung ausreichen würden. Wie sich jedoch herausstellte, waren fast alle Latten faul. Da das Dach entsprechend der Planunterlagen auch noch länger werden sollte, waren wenigstens 70 Latten zusätzlich erforderlich. Außer diesen beiden Beispielen finden sich in dem Bericht noch einige andere aufgelistete Posten,

die das Bauvorhaben erheblich verteuerten und die den Landschreiber Herbst hinderten, mit den Handwerkern entsprechende „Accorde“ (Verträge) abzuschließen. Da es aus Kostengründen nicht möglich war, die Arbeiten an verschiedene Handwerker zu vergeben, versuchte Herbst einen Unternehmer zu finden, der ähnlich wie ein heutiges modernes Wohnungsbauunternehmen die ge-



Blick auf die Jahreszahl am süd-östlichen Eckpfosten.
Foto: M. Frenk

samten Arbeiten ausführt. Nach längeren Verhandlungen erklärte sich der bereits erwähnte damalige Ottenheimer Schultheiß Friedrich Reitter bereit, den gesamten Stall-Neubau inklusive der Reparaturen am Jägerhaus und der gesamten Hof-Einfassung für insgesamt 530 Gulden und 5 Ohm⁹ Wein zu übernehmen. Der ausgehandelte Vertrag beinhaltete darüber hinaus auch noch die erforderlichen Fuhren, die Anschaffung sämtlicher Baumaterialien außer dem erforderlichen Eichen- und Tannenholz sowie des „weichen“ Holzes, das ja bekanntlich aus den herrschaftlichen Waldungen zur Verfügung gestellt wurde, sowie den Abbruch des alten Gebäudes und letztlich auch noch die Räumung und Auffüllung des Platzes.

Der Landschreiber bezeichnete in seinem Bericht den Schultheiß Friedrich Reitter als einen sehr „vermöghen“ und braven Mann, dem diese Arbeiten ohne weiteres anvertraut werden können. Er könne die Bauausführung zu diesem günstigen Preis auch nur deshalb übernehmen, weil er die Handwerker selbst verköstige, die notwendigen Baumaterialien mit seinen eigenen Zügen herbeiführe und die kostenintensiven Fronen durch sein eigenes Gesinde übernehme. Weiterhin sei es ihm möglich, durch seine stetige Aufsicht an Materialien und Taglohn einiges zu „menagieren“ (einzusparen). Darüber hinaus wurde ihm zur Bedingung gemacht, dass nicht er entscheide, welches Holz von der alten abzubrechenden Scheune bei der neu zu errichtenden Verwendung finde.

Abschließend betonte Herbst, dass er überzeugt sei, dass die gesamten Baumaßnahmen gar nicht anders verwirklicht werden können. Da der Schultheiß Friedrich Reitter ein Mann sei, auf den man sich verlassen könne, hielt es der Landschreiber für vertretbar, dass dieser „Accord“ bedenkenlos geschlossen werden könne.

Die Antwort ließ nicht lange auf sich warten. Bereits vier Tage später, am 15. Juli 1789, genehmigt man in Karlsruhe diesen „Accord“. Damit schließen die Akten. Ob der Bau nach den vom „Werckmeister“ Roth ausgearbeiteten Plänen letztlich auch tatsächlich ausgeführt wurde, ist heute aus den Akten nicht mehr ersichtlich. Auch sonst sind keine weiteren Aufzeichnungen über das Ottenheimer „Forst-Jägerhaus“ vorhanden. Dennoch darf es als sicher angesehen werden, dass die Ökonomiegebäude errichtet oder zumindest grundlegend renoviert wurden. Denn im Archiv des Schwanauer Grundbuchamtes ist vermerkt, dass der heute noch bestehende Pfer-

de- und Schweinestall, Tabakschopf und auch die Scheune 1897, also etwas mehr als 100 Jahre später, nach einem Brand, der sich durch einen Blitzschlag ereignet hat, wieder aufgebaut wurden.

So präsentiert sich das 1688 errichtete Wohnhaus mit den im rechten Winkel angebauten Ökonomiegebäuden, das heute im Besitz von Martha Heimbürger geb. Marx, steht, als ein überaus schmuckes landwirtschaftliches Gehöft, das sicherlich auch als ein Kleinod der landwirtschaftlichen Anwesen des Rieds zählen darf.

Für die Unterstützung sei recht herzlich gedankt:

Herrn Hans Reitter, Ortsvorsteher a. D. in Ottenheim und Herrn
Johann Schmider in Friesenheim

¹ Bzgl. der Ottenheimer Michaelskirche vgl. Martin Frenk, Die Ottenheimer Michaelskirche. Ein Streifzug durch die wechselvolle Geschichte des ältesten Bauwerks der Gemeinde, herausgegeben vom der Evangelischen Kirchengemeinde Ottenheim, Lahr 1999

² GLA Karlsruhe Nr. Abt. 229/81672, aus der Archivalie wird jeweils zitiert.

³ Carl-Friedrich von Baden wurde 1803 zum Kurfürsten erhoben und erwarb 1806 durch seinen Beitritt zum Rheinbund die Würde eines Großherzogs. Durch Erbschaft und geschicktes politisches Handeln konnte Carl-Friedrich in seiner langen Regierungszeit (1746-1811) sein Herrschaftsgebiet um ein Vielfaches vergrößern. Unterstützt durch seine Gemahlin, Prinzessin Caroline Louise von Hessen, gilt er darüber hinaus als ein Musterregent des aufgeklärten Absolutismus. Er ließ bspw. Folter und Leibeigenschaft abschaffen und führte die Volksschulpflicht ein.

⁴ Der „Landschreiber“ war im späten Mittelalter der Beamte, der die Finanzen verwaltete. Ab dem 15. Jahrhundert war er auch für sämtliche Schreibgeschäfte zuständig.

⁵ Der „Schultheiß“ war ursprünglich ein Vollstreckungsbeamter. In Deutschland erscheint er Ende des 8. Jahrhunderts und war zunächst ein Unterbeamter des Grafen. Nach dem Verfall der Grafenschaftsverfassung war der Schultheiß einer der häufigsten eingesetzten herrschaftlichen Beamten mit administrativen und exekutiven Befugnissen. 1812 wurde der Titel „Schultheiß“ in die Amtsbezeichnung „Vogt“ abgeändert. Mit Inkrafttreten der Badischen Gemeindeordnung von 1831 erhielt der Gemeindevorsteher die Amtsbezeichnung „Bürgermeister“. Die meisten herrschaftlichen (=staatlichen) Funktionen des Schultheißen/Vogtes gingen nun auf den Amtmann/Landrat über.

⁶ Die Familie Reitter, deren Stammhof (der sogenannte „Reitterhof“) an nördlichen Dorfausgang an der Straße nach Meißenheim liegt, war in Ottenheim vermutlich schon vor dem Dreißigjährigen Krieg ansässig. Der am 18. Januar 1748 geborene und am 18. Juli 1811 verstorbene Friedrich Reitter ist der erste Spross dieser Familiensippe, der urkundlich erwähnt ist.

⁷ Dr. Joh. B. Ferdinand erwähnt Johann Christian Herbst in seinem Aufsatz „Die Bezirksverwaltung für Ettenheim-Mahlberg-Lahr vor 150 Jahren“ als „Landrentmeister“. In diesem Aufsatz befasst sich der Ettenheimer Heimatforscher mit den personellen Aufgaben der Bediensteten des ehemaligen Oberamts Mahlberg, die er aus dem Kurbadischen Hof- und Staatskalender für das Jahr 1805 entnommen hat. Vgl. Jahrbuch „Geroldsecker Land“ Nr.: 10/1967 Seite 161-163

⁸ Karl Christian Vierordt (1744-1812), 1792 Hauptmann, 1800 Major, 1803 Oberstleutnant, 1806 Oberst, 1808 Generalmajor und Chef des Ingenieur-Departements, Direktor des Wasser- und Straßenbaus (GLA 76/8053). – vgl. R. Eilers: Die Familie Vierordt. In: Badische Familienkunde 13 (1970).

⁹ Ohm ist ein altes deutsches Flüssigkeits- in Baden besonders ein Weinmaß. Während ein großes Ohm 159,52 Liter betrug waren ein kleines Ohm 95,71 Liter. 1810 wurde das neue badische Ohm zu 150 Liter eingeführt.

Hat Joseph von Haubert auch ein Bild von Ettenheim gemalt? ✓

von Dieter Weis

Das hier gezeigte Bild von Ettenheim wurde schon mehrfach in Büchern abgedruckt, ohne dass der Maler genannt wurde. Auch über die Datierung gibt es verschiedene Meinungen. Als ich ein altes Bild von unserem Nachbarort Schweighausen sah, fiel mir eine große Ähnlichkeit mit dem Ettenheimer Bild auf.¹ Das in Temperafarben gemalte Bild von Schweighausen stammt nachweisbar vom Überlinger Maler Joseph von Haubert. Vom Ettenheimer Bild gibt es leider nur noch ein altes schwarz/weiß-Foto, das die verstorbene Frau Maria Harden-Rauch geb. Henninger besaß und schon früher zu Kopierzwecken zur Verfügung stellte. Sie konnte sich noch an das Originalbild, eine Gouache (Maltechnik mit Wasserfarben) erinnern, das sie bei Verwandten in Stuttgart-Bad Cannstatt gesehen hatte, bevor es dort im 2. Weltkrieg vernichtet wurde. Es sei überwiegend grau (dunkelgrün?) und braun koloriert gewesen (Größe ca. 30 x 40

¹ Finkbeiner, Gerhart, 750 Jahre Dörlinbach, Seelbach 1975, Bild von Schweighausen enthalten

Schwarz-Weiß-Foto des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Gemäldes von Ettenheim. Foto: D. Weis



cm). Sie vermutete, dass es aus dem Besitz der mütterlichen Vorfahren Märcklin ihres Stuttgarter Onkels Eugen Henninger stammt. Ein heute noch bekannter Vorfahre dieses Onkels ist der frühere Apotheker und Gründer des hiesigen Gesangvereins MGV 1843, Eduard Märcklin (1813-1883) gewesen.

Nachforschungen beim Stadtarchiv Überlingen ergaben, dass im dortigen Archiv viele Bilder und Gegenstände aus dem Nachlass des Malers Joseph von Haubert vorhanden sind. Von besonderem Interesse für uns sind seine sogenannten Landschaftsskizzen (lt. Titelblatt vom Jahr 1835). Da die einzelnen Blätter dieser Sammelmappe nicht datiert sind, kommen im Einzelfall auch andere Entstehungsjahre in Frage.

Über den Überlinger Maler Joseph von Haubert und seine Familie schrieb Wilhelm Fladt einen ausführlichen Bericht, der als grundlegende Bestandsaufnahme bezeichnet werden kann.² Aus ihm wurden die nachfolgenden Angaben entnommen:

Mit den „Landschaftsskizzen“ von 1835 und weiteren Blättern ergeben sich insgesamt 72 Blätter (alles Originale). Darunter befinden sich Bilder der Ettenheimer Umgebung: neben Schweighausen sind dies Seelbach, Lahr, Hohengeroldseck sowie neues Schloss Dautenstein und aus dem weiteren Umfeld: z.B. Landegg, Hochburg, St. Peter und St. Märgen.³ W. Fladt betont besonders die Pedanterie, mit der viele Bilder der „Skizzenmappen“ ausgeführt wurden: „Mit einer liebevollen Genauigkeit der Darstellung, so dass man auf manchen Bildern nicht nur die Häuser und die Kreuzstöcke, sondern mitunter auch die Fensterscheiben zählen kann.“ Er erwähnt auch das peinlich genaue Malen und Zeichnen von Tieren auf anderen Blättern. Viele Bilder seien auf einer Sommerreise im Jahr 1835 entstanden. Diese Datierung beruhe nur auf der Angabe auf dem Titelblatt der einen Sammelmappe. Im Übrigen sind aber zwei Sammelmappen mit Landschaften vorhanden.

Joseph von Haubert wurde am 20.12.1814 als einziger Sohn einer wohlhabenden und angesehenen Überlinger Patrizierfamilie geboren, die schon lange Zeit dort ansässig war. Er starb ledig als schrulliger, weltfremder Sonderling am 6.12.1870 und als letzter seines Geschlechts. Auf dem Friedhof zeugt kein Grabstein von ihm, und er wurde fast ganz vergessen. Seine künstlerische Hinterlassenschaft kam nur teilweise in den Besitz seiner Heimatstadt Überlingen.

² Fladt, Wilhelm, Der Überlinger Maler Joseph von Haubert und seine Familie, In: Mein Heimatland, 27. Jahrg., Heft 3/1940, S. 339-356

³ Die Bilder von Seelbach und dem neuen Schloss Dautenstein zeigt das Buch „Seelbach im Schuttertal“, Hrsg. Gemeinde Seelbach 1979, S. 95 (Dautenstein) und S. 130 (Seelbach)

Für von Hauberts Autorschaft am Ettenheimer Bild sprechen die Ähnlichkeit der Farben und manche Einzelheiten wie die Kreuze der Kirchen und die Bäume sowie die Staffagen (vor allem die Hunde) auf den Bildern von Schweighausen, St. Märgen und der Ruine Hochberg. Für die Datierung des Ettenheimer Bildes muss berücksichtigt werden, dass das Frucht- und Kornhaus (späteres Gefängnis) in Ettenheim 1813/14 erbaut wurde und die Stadttürme am Oberen Tor und dem Thomas-Tor im Jahr 1834 abgebrochen wurden. Diese Gebäude sind auf dem Ettenheimer Bild zu sehen. Demnach ist das Bild innerhalb dieses Zeitraums gemalt worden, also frühestens 1814 und spätestens 1834. Die frühere Datierung auf das Jahr 1790 ist jedenfalls unrichtig. Joseph von Haubert müsste sich wohl um das Jahr 1834 in Ettenheim aufgehalten haben. Aus den Überlinger Archivalien lässt sich heute leider nichts Genaueres mehr darüber feststellen, und es kann auch nicht mehr erwartet werden, dass sich daran etwas ändert.

Unzweifelhaft ein
Bild von Joseph von
Haubert: Schweighausen
um 1834



Es bleibt also nur noch möglich, das Ettenheimer Bild aufgrund der erwähnten Vergleiche mit den anderen erhaltenen Originalen dem Maler von Haubert zuzuschreiben. Andere Maler in unserer Gegend, die dafür in Frage kämen, sind nicht bekannt.

⁴ Bühler, Wolfgang, Ein Meister des Kleinen, In: Bodensee Hefte, 1970/71, S. 32/33

Die Staatl. Kunsthalle Karlsruhe (Dr. Dorit Schäfer) schrieb am 30.4.2015 zur Frage einer Zuschreibung u.a., dass dies besonders heikel sei, weil nur eine Schwarzweißkopie des Originals überliefert ist. Die Ähnlichkeit mit den anderen vorgelegten Arbeiten (Farbkopien) sei „zwar durchaus da, sowohl in der landschaftlichen Komposition, der Wiedergabe der Architektur und Figuren, jedoch entsprechen diese Ansichten auch einem bestimmten Landschaftstopos, der weit hin gepflegt wurde“. Eine Zuschreibung des verlorenen Werkes an von Haubert sei zwar möglich, könne jedoch nicht belegt werden.

Anlässlich des 100. Todestages fand in Überlingen eine Jubiläumsausstellung mit Werken von Joseph von Haubert statt, bei der ein Teil des Nachlasses gezeigt wurde (eine Auswahl aus etwa 1000 Kunstblättern des im Stadtarchiv verwahrten Nachlasses). Aus diesem Anlass wurde ein kurzer Bericht von Wolfgang Bühler veröffentlicht.⁴ Der Verfasser rühmt eine für von Haubert typische minutiöse Genauigkeit. Ihr historischer Wert überträfe gleichwohl den künstlerischen. Zum Schluss schreibt Bühler: „Der sachliche Realist Joseph von Haubert steht uns näher als der Romantiker und der amüsante Karrikaturist des Biedermeier, und gerade in dieser Hinsicht kommt die Überlinger Ausstellung der Neuentdeckung eines bisher fast unbekanntes Künstlers des Bodenseegebiets gleich.“

Die Geschichte der Kunstmühle in Seelbach – Teil 1

Von Carola Joos und Werner Weber

Dautenstein im 17. und 18. Jahrhundert

Im 17. und 18. Jahrhundert beherrschte südlich von Seelbach das Schloss Dautenstein das Bild des Schuttertals. Der letzte Geroldsecker Graf Jakob kaufte 1584 das Anwesen für 4.000 Gulden. Er ließ das alte Wasserhaus abbrechen, welches während der Bauernkriege im 16. Jahrhundert zerstört wurde, und errichtete Ende des 16. Jahrhunderts einen stattlichen Neubau im Geschmack der Zeit. Nach den Worten seiner Tochter Anna-Maria war es ein „ansehlich Vnd cöstlich gebeuw, so Zue einer fürstlichen residenz genugsam gewesen“.¹

Ein heute im GLA² befindlicher Lageplan von 1777 zeigt den Grundriss des Renaissance-Schlusses, welches der letzte Geroldsecker für seine Frau Barbara von Rappoltstein als Wittumssitz³ erbauen ließ. Die Anlage bestand aus dem eigentlichen Schloss-Quadrat und dem



Dautenstein auf dem Lageplan von 1777. Repro: GLA Karlsruhe

davorliegenden Meierhofbezirk. Zum Schloss ging es auf einer Brücke über den leeren Graben und ein Porthäuslein (E) in den Hof. Am Mühlbach lagen nach Seelbach hin die Reib- und Ölmühle (J), heute die Töpferei Georg Hach. Südwestlich von Schloss Dautenstein war die große herrschaftliche Mühle (G) mit dazugehörigem Backofenhäusle (H).

Im September 1636, zwei Jahre nach dem Tod von Graf Jakob, wurde das Schloss von kroatischen Soldaten unter General Graf von Galas geplündert und „ellendiglich eingeäschert“.⁴ Die neuen Herren der Grafschaft, die Herren von Cronberg, ließen das Schloss zwar wieder aufbauen, aber nicht mehr in derselben Pracht. Nach dem Tod des Herrn von Cronberg kam Dautenstein von 1692 bis 1697 in den Besitz von Baden-Durlach. In Wien war jedoch schon lange zuvor beschlossen worden, den Besitz den Fürsten von der Leyen zu übertragen. Da aber der Markgraf im Guten nicht weichen wollte, entschloss man sich in Wien, die Angelegenheit mit Gewalt durch einen Handstreich zu erledigen. Diese Aufgabe übertrug man dem Freiherrn von Neveu. Ihm wurden 250 Mann eines eidgenössischen Regiments zugewiesen, um die Herrschaft Geroldseck gewaltsam in Besitz zu nehmen. Von 1697 bis 1815 war Dautenstein somit im Besitz der Fürsten von der Leyen. Durch einen Brand, der vermutlich um 1755 in der Schreinerei ausbrach, wurde das Schloss abermals zerstört und nicht mehr in der ursprünglichen Form aufgebaut.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts und in der napoleonischen Zeit zerfiel es immer mehr, alles verkam. Fürst Philipp von der Leyen lebte überwiegend in Paris, er suchte die Nähe von Napoleon Bonaparte und investierte nichts in seinen Besitz in Seelbach. Die Verwaltung überließ er dem sagemumwobenen Geheimrat Schmidt. Dr. Philipp Carl Schmidt, Fürstlich Leyenscher Rat, Regierungsdirektor der Herrschaft Hohen Geroldseck, wurde 1754 in Blieskastel, dem Stammsitz der Fürsten von der Leyen, geboren. Er war seinem fürstlichen Herrn treu ergeben. Auf Geheiß des Fürsten verkaufte er einen großen Teil der Domänen der Fürsten von der Leyen, 1812 auch das Schloss Dautenstein, wobei die Besitztümer – einschließlich Schloss Dautenstein – letztendlich an den Geheimrat Dr. Schmidt übergingen. Nach dem Kauf der Liegenschaften ließ Schmidt das heutige – nun schlichtere – Wohnhaus erbauen. Erst sein Sohn, der Kammersekretär Rudolph Schmidt, baute in den Jahren 1822 bis 1827 gegenüber dem Wohnhaus eine Remise mit Stallungen und Holzschopf.



Die Müller der Bannmühlen zu Dautenstein – eine wechselvolle Geschichte

Seit der Mensch Ackerbau betreibt, gebraucht er den Mahlstein, den er relativ früh in eine technische Konzeption einfügte. Mühlen gehören zu den ältesten Produktionsmaschinen der Menschheit, gleichwohl ob sie zunächst nur von Hand, durch die Kraft von Tieren, durch strömendes Wasser oder durch strömende Luft angetrieben wurden. Ohne die Mühlen wäre die kulturelle Entwicklung der Menschheit nicht so verlaufen, wie wir sie heute kennen.

Das Recht eine Mühle zu betreiben war ursprünglich Königsrecht, welches später an die Grundherren übertragen wurde. Die Mühlen waren für die Grundherren wichtige Einnahmequellen, weshalb sie oft mit einem Bann – dem Mühlenbann – belegt wurden, d.h. die Bauern durften ihr Getreide nur in ihnen zugewiesenen Mühlen mahlen.

Bereits Ende des 18. Jahrhunderts wurden die im Besitz der Fürsten von der Leyen vorhandenen Bannmühlen an private Interessenten verkauft:

Die große herrschaftliche Mühle zu Dautenstein, am linken Bildrand die Reib- und Ölmühle, heute Töpferei Georg Hach um 1835. Temperabild von Josef von Haubert, Stadtarchiv Überlingen

- Der Verkauf der Unteren Mühle zum Preis von 1.450 Gulden erfolgte zum 1. April 1780 an Anton Schwörer von Schönberg-Hamersbächle.
- Die Obere Mühle zu Schuttertal (Laulisgraben) wurde am 18. Juni 1782 an Lorenz Weißbach für 2.400 Gulden verkauft.
- Mit Vertrag vom 25. November 1783 ging die Obere Mühle bei Dautenstein in den Besitz von Johann Beck, Bauer auf dem Galshof, Schuttertal (Michelbronn) für 10.300 Gulden über.

Johann Beck (*1736), verheiratet mit Anna-Maria Herr (1719 – 1789) aus Reichenbach, starb kinderlos am 1. August 1798, übergab aber die Obermühle bereits um 1790 an seinen Halbbruder Laurentius Beck. Am 19. Januar 1789 heiratete Laurentius Beck (*5. Juni 1769) die Tochter des Hinterhofbauern im Litschental, Margaretha Barbara Kempf (*4. Juli 1767, † 7. Mai 1837).

Sowohl Johann als auch Laurentius Beck stammen vom Beckelukas-hof aus dem Hinteren Gereut in Reichenbach. Laurentius Beck starb aber bereits am 1. Mai 1793 im Alter von 24 Jahren. Seine Witwe Barbara Kempf erbte mit drei Kindern die Obermühle (Maria Catharina *13.11.1789 – März 1795, Franz Joseph *18.10.1791 – † Febr. 1792, Maria Theresia *28.05.1793 – 4.8.1795).

Drei Monate nach dem Tode von Laurentius Beck heiratete Barbara Kempf, 26jährig, am 19. August 1793 den 30jährigen Sohn des Klostermüllers von St. Peter im Schwarzwald, Joseph Kleiser (*30.10.1762). In dieser Ehwurden 6 Kinder geboren, wobei keines dieser Kinder das 20. Lebensjahr erreichte.⁵

Anna-Maria	* 27. März 1795	† 9. Mai 1813
Margaretha Barbara	* 20. Januar 1797	† 19. August 1816
Franz Joseph	* 8. Juli 1799	† 9. Februar 1800
Theresia	* 1801	† 23. März 1807
Maria Elisabetha	* 1803	† 3. Juli 1807
Franz Anton	* 10. Juni 1806	† 20. März 1807

Am 30. November 1813 verstarb Joseph Kleiser im Alter von 51 Jahren. Drei Jahre später, nach dem Tode Ihres letzten Kindes Margaretha Barbara, heiratete sie am 26. November 1816 zum dritten Male,

den ledigen Müller Benedict Moser aus Unterkürnach bei Villingen, welcher bereits seit einiger Zeit als Müller auf der Oberen Mühle tätig war.⁶ Barbara Kempf starb im Alter von 70 Jahren am 7. Mai 1837, das Sterbedatum von Benedict Moser ist bislang noch nicht geklärt.

Ein Neffe von Barbara Kempf, Franz Anton Kempf (*16. Februar 1802) übernahm als Müllermeister die Obere Mühle zu Dautenstein – nachweislich bis zum Jahre 1839.⁷ Am 29. März 1830 verkaufte der Fürstlich Leyensche Rentmeister Victor von Schmidt (Sohn des Geheimrats) im Auftrag seiner Brüder Louis und Theodor dem Müllermeister Franz Anton Kempf aus Seelbach unter Bürgschaft seines Vaters, Franz Anton Kempf (Bauer vom Hinteren Bauernhof im Litschental) den sogenannten Mühlgarten.^{8,9}

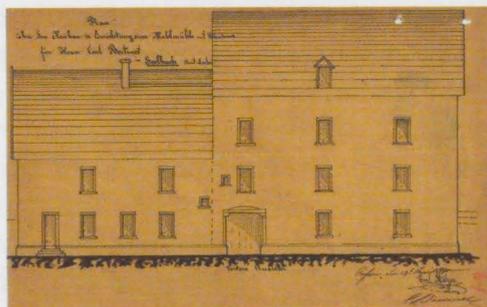
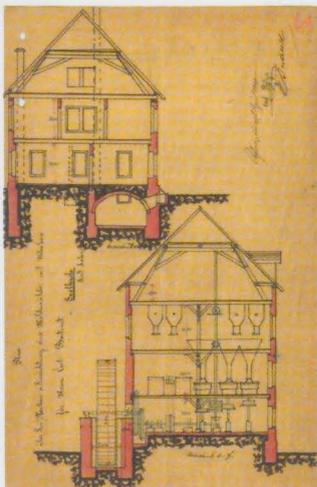
Nach einer Abschrift vom 9. Dezember 1841 müssen wohl Eustach Durst, Andreas Bruch und Michael Müller die Obere Mühle zu Dautenstein – zumindest zeitweise – von Franz Anton Kempf übernommen und gemeinsam betrieben haben. Die genauen Hintergründe der Übernahme sind uns leider nicht bekannt. Zu diesem Zeitpunkt war die Obere Mühle bereits wieder an Jakob Brucker, Müllermeister aus Welschensteinach, verkauft worden. Laut Vertrag hatte der Käufer (Jakob Brucker) gemeinschaftlich mit Michael Müller, dem Müller der unteren Mühle, die Reparaturen am Wehr gemeinschaftlich vorzunehmen. Michael Müller war ein talentierter Mühlenarzt¹⁰, Eustach Durst war Schuster und Andreas Bruch Zieglermeister.

1856 ging die Obere Mühle an den ledigen Müller Xaver Brucker im Wege der Zwangsvollstreckung über.¹¹ Er heiratete Theresia Gießler, verstarb aber bereits im Jahre 1870. Infolge seines Ablebens erfolgte der Eigentumsübergang an seine Witwe Theresia, geb. Gießler.¹² Im Jahre 1871 heiratete die Witwe Theresia Brucker, geb. Gießler, den Müller Karl Gießler aus Fußbach.¹³ Am 22. Oktober 1879 wurde die Obere Mühle mit den dazugehörigen Liegenschaften im Zuge der Zwangsversteigerung von Josef Jörger, Müller in Wittelbach, erworben.¹⁴ Josef Jörger und dessen Ehefrau Luise geb. Klaus verkaufen am 1. Juni 1887 die Obere Mühle an den Güterbestätter in Karlsruhe, Carl Franz Bertinet.¹⁵

Carl Franz Bertinet – Erbauer der Kunstmühle in Seelbach

Durch den Kauf der Oberen Mühle erwarb Carl Bertinet ein Mühlengebäude mit vier Mahlgängen, die über ein überschlächtiges Wasserrad angetrieben wurden. Der Durchmesser des Wasserrades dürfte aufgrund der nutzbaren Fallhöhe maximal 3,50 m gewesen sein. Darüber hinaus erwarb er auch ein zweistöckiges Wohnhaus, ein Dreschmaschinengebäude, eine Hanfreibe mit Trotte- und Ölmühlgebäude, eine Scheune, einen Stall, einen Schopf sowie ein Wasch- und Backhaus. Neben der Hofraite kaufte Carl Bertinet auch den dazugehörigen Hausgarten sowie die umliegenden Wiesen von insgesamt 107,19 ar zum Preis von 22.618 Mark. Unmittelbar nach dem Kauf stellte er den Antrag auf Abbruch der ehemals herrschaftlichen oberen Mühle, um ein neues Wohn- und Mühlgebäude sowie ein Ökonomiegebäude mit Wasch- und Backhaus zu errichten.

Die neue Mahlmühleneinrichtung bestand nun aus einem mittelschlächtigen Wasserrad mit 8,40 m äußerem Durchmesser und 1,50 m lichter Breite. Die Kraft- und Energieübertragung erfolgte über ein zweites Vorgelege auf die horizontale Haupttransmission. Auf dieser befand sich eine doppelte Riemenscheibe zum Betrieb der Auflöswalzenstuhlung. Am Ende der Haupttransmission wurde über ein Kegelgetriebe, eine vertikale Welle, die sogenannte Königswelle angetrieben, welche bis in das dritte Stockwerk reichte. Auf dieser Königswelle befanden sich im unteren Stockwerk drei Riemenscheiben zum Betrieb der Mahlgänge. Im dritten Stockwerk wurde über ein weiteres Kegelradpaar eine zweite horizontale Transmissionswelle angetrieben. Damit konnten über Riemenscheiben weitere Hilfsmaschinen, wie z.B. die Fruchtputzmaschine, in Gang gesetzt werden.



Querschnitt und Ansicht des Neubaus von 1890.
Repro: GLA Karlsruhe

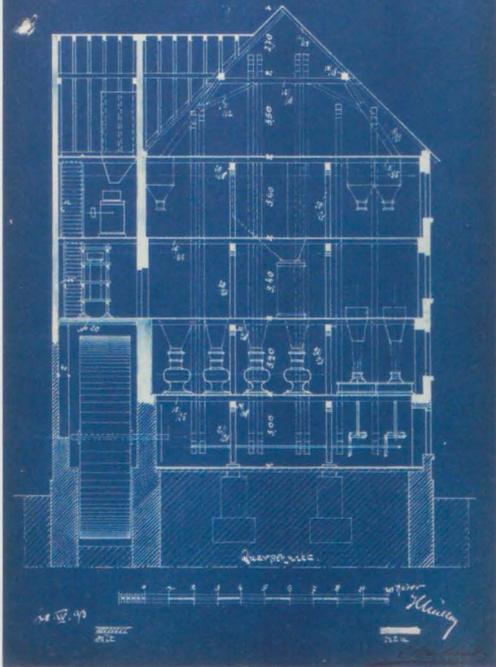
Im Jahre 1891 wurde das Ökonomiegebäude erbaut. Darin befanden sich 4 Pferde-, sechs Kuh- und vier Schweineboxen. An der westlichen Giebelseite war das Kutscherhaus mit Remise im Erdgeschoß. Auf der dem Ökonomiegebäude gegenüberliegenden Seite wurde noch im gleichen Jahr ein neues Wasch- und Backhaus errichtet.

Brand der Mühle am 24. Januar 1893

Am Antoniustag, 17. Januar 1893, herrschten Außentemperaturen von minus 19 Grad Celsius. Am 23. Januar setzte Tauwetter ein und der Wasserstand der Schutter begann sich wieder zu heben. Die gerade ein Jahr in Betrieb befindliche Kunstmühle des Herrn Bertinet brannte in der Nacht zum 24. Januar 1893 vollständig nieder. Durch das rasche Eingreifen der Seelbacher Feuerwehr konnte das Wohnhaus gerettet werden, aber der Tagelöhner Karl Christ, der auch an den Löscharbeiten teilnahm, wurde von einem herabstürzenden Mauerwerk erschlagen. Als Ursache des Brandes wurde naheliegender Weise die raschere Bewegung der Fruchtputzmaschine vermutet, da durch intensive Reibung bei zu geringer Ölung das Mahlgut leicht Feuer fing. Aufgrund des hohen Wasserstandes lief die Fruchtputzmaschine auch in dieser Nacht, was nicht üblich war. Eine andere Entstehungsursache könnte auch die Selbstentzündung durch die verwendeten Mahlsteine aus der Champagne sein. Laut einem Gutachten an das Großherzogliche Bezirksamt Lahr vom 30. Mai 1893 "neigen diese Champagner-Gänge erwiesenermaßen bei Leerlauf zum Feuer geben."¹⁶

Bereits im März 1893 stellte Carl Bertinet ein Gesuch zum Wiederaufbau der Mühle. Wie aus den Planunterlagen ersichtlich, erhielt das neue Mühlengebäude ein weiteres Vollgeschoß. Der Wasserbau wurde überdacht und das Dachgeschoß erhielt eine sogenannte Wiederkehr. Aus dem Schnittbild des Mühlengebäudes ist erkennbar, dass nun vier moderne Mahlgänge (Walzenstühle) zum Einsatz kamen, daneben wurden zwei herkömmliche Mahlgänge eingebaut. Der Transport des Mahlguts, über die Stockwerke hinweg, erfolgte über mehrere Elevatoren (kleine Paternoster). Durch die Verbesserung der Mühleneinrichtung konnte das Getreide feiner ausgemahlen werden, um der Konkurrenz in der Region und auch aus Frankreich zu begegnen. Aus der ehemaligen herrschaftlichen Mühle zu Dautenstein ist nun eine sogenannte Kunstmühle geworden, Die privilegierte Bezeichnung „Kunstmühle“ weist auf den hohen Tech-

Plan und Querschnitt
des Herrn C. Bertinet Mühlenbesitzer
Siedlung



nisierungsgrad der Mühlenanlage hin. Es oblag dem Geschick des Müllers, die moderne Technik zur Steigerung der Produktivität zu nutzen.

Plan mit Querschnitt zu dem 1893 erstellten Neubau der Mühle. Repro: GLA Karlsruhe

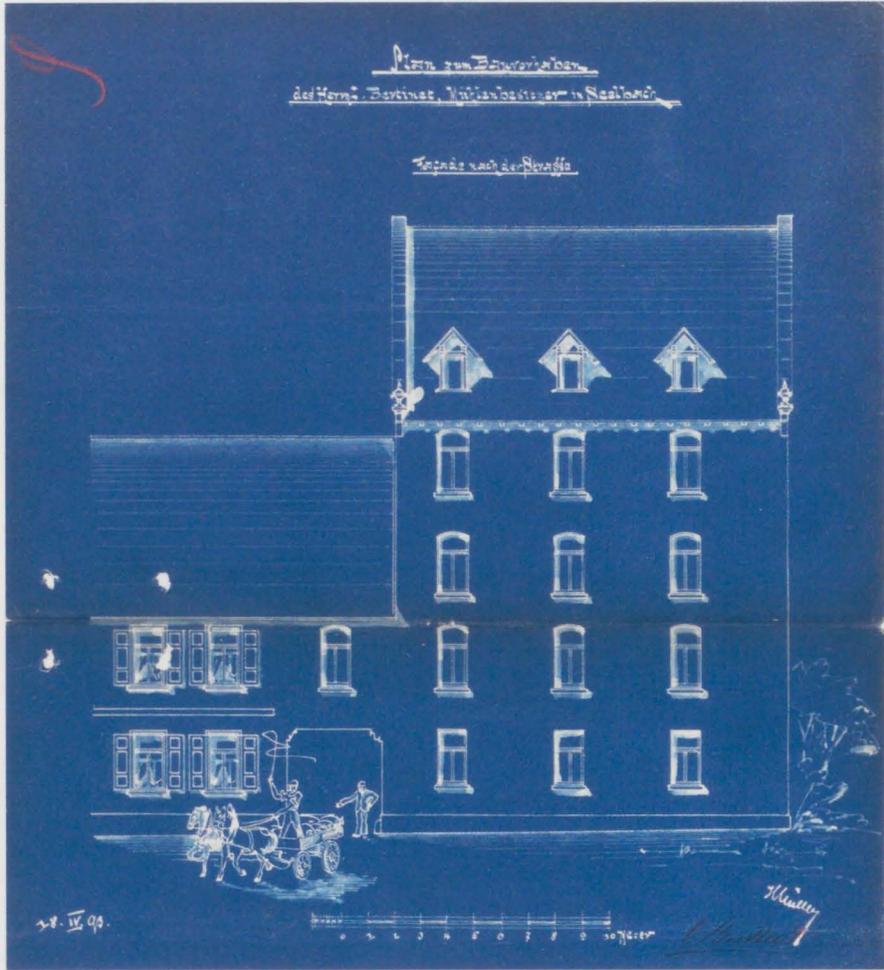
Anbau eines Lokomobilgebäudes

Noch im gleichen Jahr, im Oktober 1893, stellte Carl Bertinet auch ein Gesuch zum Anbau eines Lokomobilgebäudes. Das Wasserangebot der Schutter war auch in früheren Zeiten stark schwankend. Zur Unterstützung der Mahlwerke installierte er eine transportable Dampfmaschine von 12 PS der Firma Hein-

rich Lanz, Mannheim. Zur Dampferzeugung wurde ein stehender Röhrendampfkessel mit einem Durchmesser von 1,10 m und einer Höhe von 2,24 m eingebaut. Die gesamte Heizfläche des Röhrenkessels betrug $10,5 \text{ m}^2$, die Rostfläche $0,49 \text{ m}^2$.

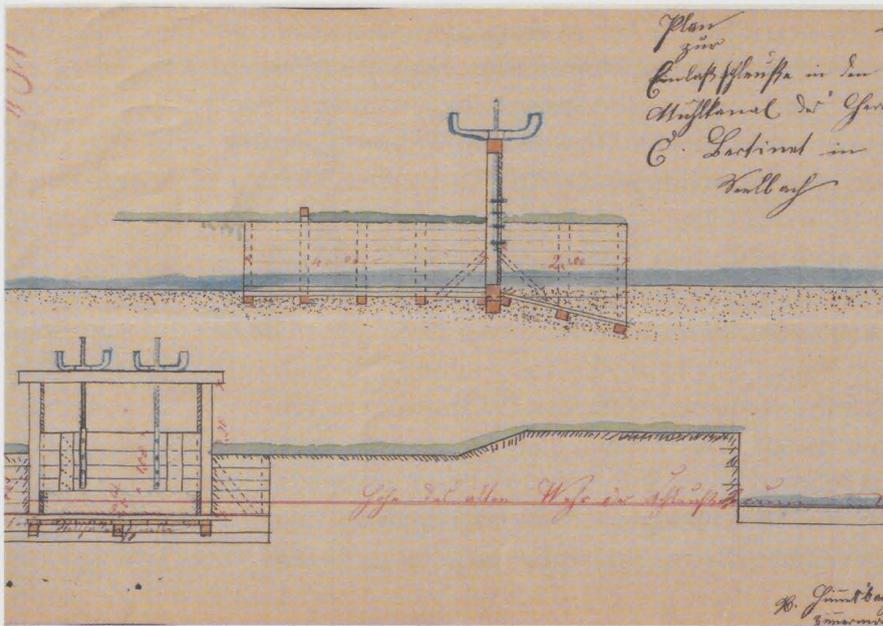
Streitigkeiten mit den angrenzenden Grundstücksbesitzern

Der 1200 m lange Mühlkanal war beim Erwerb der Obermühle an einigen Stellen nur noch 80 cm breit, obwohl im Katasterwerk eine durchschnittliche Breite von 3 m eingezeichnet war. Diesen Zustand beabsichtigte Carl Bertinet wieder herzustellen. Darüber hinaus wurde das Stauwehr in der Schutter um 30 cm erhöht. Das Wasser der Schutter wurde auf der Gemarkung Wittelbach aufgestaut und durch eine solide Einlaßschleuse von 2,5 m lichter Weite in den bestehenden 1,2 km langen Mühlkanal eingeleitet. Das Wasser im Mühlkanal wurde sowohl zum Betreiben der beiden Mühlen (Obere und Untere Mühle) als auch zur Wiesenbewässerung im Gewinn Herrenmatt benutzt. Die stärkere Wassernutzung zum Betrieb der Kunstmühle barg jedoch ein erhebliches Konfliktpotential. Das Wässerungsrecht



Ansicht des Neubaus 1893 mit dekorativem Detail: einer Kutsche. Repro: GLA Karlsruhe

der am Mühlkanal angrenzenden Wiesenbesitzer war im Prinzip mit dem Wassernutzungsrecht der Mühlenbesitzer schlecht vereinbar. Bereits am 13. August 1890 wurde eine Vereinbarung zwischen den Mühlen- und Wiesenbesitzern getroffen, wonach die Wiesenbesitzer zu den vereinbarten Zeiten das Recht erhielten, ihre Wiesen zu bewässern.¹⁷ Das Wässerungsrecht beinhaltet auch Pflichten, z.B. mussten sich die Wiesenbesitzer an den entstehenden Kosten beteiligen. Kosten, welche für Einrichtungen, die allen Wiesenbesitzern zugutekommen entstehen, anfielen, sollen nach dem Verhältnis des angegebenen Flächenmasses bestritten werden. Einer der Hauptakteure und zugleich Kontrahent war der Hofbauer des Hubhofes, Josef Heitzmann (ab 1910-1919 Bürgermeister in Seelbach). Etwa 40 m oberhalb des Schutterstauwehrs wurde dem Hubhofbauer um 1890 eine weitere Einlaßschleuse, rechts von der Schutter, genehmigt, um



Konstruktionszeichnung der Einlaßschleuse in den Mühlkanal.
Repro: GLA Karlsruhe

einen Teil des Schutterwassers über einen kleinen Kanal zur Wiesenbewässerung und zum Antrieb einer Hofmühle beim Hubhof zu führen. Das Wasserrad befand sich unterhalb der heutigen Landesstraße L102. Mit einem Seilantrieb durfte eine Dreschmaschine – nur zur privaten Nutzung – angetrieben werden. Die Genehmigung war nur nach Zustimmung von Carl Bertinet möglich.¹⁸ Aber Trotz der schriftlichen Vereinbarung kam es weiterhin zu Streitigkeiten, da sich im Allgemeinen die Wiesenbesitzer nicht immer an die vereinbarten Wässerungszeiten hielten und somit den Mühlen sehr oft das notwendige Wasser zum Antrieb der Maschinen fehlte.

Der Tod von Carl Franz Bertinet

In der Nacht zum 5. Dezember 1900 kam Carl Bertinet tragisch ums Leben. In einem Zeitungsartikel vom 5. Dezember der Lahrer Zeitung wurde berichtet, dass "um ½ 6 Uhr im Dinglinger Bahnhofe außerhalb des für die Reisenden bestimmten Bahnsteiges auf dem Geleise Herr Müller B. von Seelbach tot aufgefunden wurde."

Ende Dezember 1900 wurde Leopold Schulz aus Lahr beauftragt, das Kunstmühlenanwesen des verstorbenen Carl Bertinet in Seelbach zum Verkauf anzubieten.¹⁹ Am Montag, den 25. Februar 1901, kam es im Rathaus in Seelbach zur „Freiwilligen Grundstücksversteigerung“. Angeboten wurde neben den Grundstücken wie Hofraite,

Hausgarten, Wiese, Bach und Gräben "ein zweistöckiges Wohnhaus mit zur Hälfte auf Eisenschienen gewölbtem Keller, ein vierstöckiges Mühlgebäude mit Wasserbau, ein einstöckiges Stallgebäude mit Scheuer und Remise, eine zweistöckige Remise mit Wohnung, ein Wasch- und Backhaus, ein Maschinenhaus mit Dampfmaschine, ein Wagenschopf mit Heuboden. Die Gebäulichkeiten sind neu, haben eine Einrichtung nach neuestem System, Wasserkraft von 25, Dampfmaschine mit 10 Pferdestärken, liegen 10 Minuten von der Station Seelbach der Lahrer Straßenbahn."

In der Anzeige des Großherzoglichen Notariats II Lahr vom 5. Februar 1901²⁰ wurde auch darauf hingewiesen, dass einem strebsamen Mann die Gelegenheit geboten wird, "durch die Müllerei, Anlage eines Electrizitätswerks zu Beleuchtungszwecken oder anderen maschinellen Betrieb sich eine sichere Einnahmequelle zu verschaffen."²¹

Am 16. April 1901 wurde das Konkursverfahren eröffnet. Der Kaufmann Karl Schnitzler aus Lahr wurde zum Konkursverwalter ernannt. Am 30. und 31. Mai 1901 wurden bei der Bertinetschen Kunstmühle in Seelbach gegen Barzahlung die mobilen Gegenstände aus der Konkursmasse öffentlich versteigert.



Die Familie Bertinet
Weihnachten 1908
in Freiburg

Ende Juni kam es zu weiteren Versteigerungen: Am 24. Juni wurden im Rathaus zu Seelbach die Gebäude und Grundstücke angeboten, am 26. Juni die noch nicht ersteigerten mobilen Gegenstände. Da auch eine Kiste mit elektrischen Elementen angeboten wurde, ist davon auszugehen, dass Carl Bertinet bereits über einen Dynamo zur Erzeugung von elektrischem Licht verfügte.

Laut Grundbucheintrag vom 11. Juli 1901 fiel die Konkurs-/Nachlaßmasse der Erbgemeinschaft (Witwe und Kinder) lt. Protokoll vom 24. Juni 1901 an die Filiale der Rheinischen Kreditbank in Lahr.²²

Wer war Carl Franz Joseph Bertinet?

Carl Franz Joseph Bertinet wurde am 6. Oktober 1852 in Willstätt geboren und am 3. November 1852 in Griesheim getauft. Sein Vater Johann Nikolaus Karl Bertinet heiratete am 29. September 1851 die aus Willstätt stammende ledige Bauerstochter Theresia Bürkle. Laut Heiratsurkunde wurde Johann Nikolaus Karl Bertinet am 30. Januar 1814 in Liepvre (Leberau, Val d'Argent bei Marie aux Mines, etwa 15 km östlich von Séléstat) geboren. Gemeinsam mit seinem Bruder Franz Eugen kauften sie am 14. Oktober 1843 zum Preis von 32.750 Gulden die große Willstätter Mühle und betrieben diese bis zum Jahre 1869. Die beiden Handelsleute und Probitaires Francois und Charles Bertinet, in Chalons sur Marne wohnhaft, ließen sich im Jahr 1842 in Willstätt nieder. Frau Ingrid Hahn aus Willstätt hat im Jahrbuch 2005 des Historischen Vereins Mittelbaden einen ausführlichen Artikel zum Mühlenwesen in Willstätt geschrieben.²³

Nach dem Kauf der Mühle verlangte das Groß. Bezirksamt in Kork von der Gemeinde Willstätt den Nachweis, dass die Gebrüder Bertinet das Bürgerrecht beantragt und die Erlaubnis zum Aufenthalt in Willstätt erhalten hatten, da es Ausländern nicht zustehe, im Inland ohne Genehmigung ein Gewerbe zu betreiben. Am 28. Juli 1844 bescheinigte die Gemeinde den Gebrüdern feine Bildung, edles und würdiges Benehmen, und dass sie das Gewerbe zur allgemeinen Zufriedenheit des Publikums ausüben würden. Carl Franz Joseph Bertinet wurde Güterbestätter²⁴ in Karlsruhe und heiratete am 28. November 1885 in der Kirche St. Stephan in Karlsruhe die ledige Telegraphengehilfin Karolina Ehrensberger, geb. am 26. Januar 1845 in Engen. Alle drei Kinder wurden in Karlsruhe geboren:

Maria Theresia Karolina *13. Dezember 1885

Maria Anna *4. März 1887

Karl *20. Juli 1889 † 3. Oktober in Giessen.

Nach dem Tode von Carl Bertinet im Jahre 1900 übernahm Bürgermeister Christian Himmelsbach die Vormundschaft für die noch nicht mündigen Kinder. Ende 1901 zog Karolina Bertinet mit ihren Kindern nach Freiburg. Dort lebte sie bis zum 31.3.1909. Im Anschluss zog sie in ihre Heimatstadt Engen und verstarb dort am 30. Januar 1927.²⁵ Nachweislich lebten auch die Eltern von Karl Franz Joseph Bertinet einige Zeit in der Geroldsecker Vorstadt in Lahr. Am 27. März 1894 zeigte der Wirt Paul Josef Geiselhardt, wohnhaft zu Lahr, Geroldsecker Vorstadt Nr. 89 den Tod von Johann Nikolaus Karl Bertinet, Privatmann, Ehemann der Theresia Bertinet, geb. Bürkle an. Theresia Bertinet, geb. Bürkle verstarb am 15. November 1894, wohnhaft zu Dautenstein Gemeinde Seelbach im Haus Nr. 109, im Wohnhaus der Kunstmühle.



Karolina Bertinet,
geb. Ehrensberger

Die Kunstmühle in Seelbach ist auch heute noch für viele Schuttertälener ein Begriff, obwohl die Mühle als Kunstmühle nicht einmal 10 Jahre in Betrieb war. Was mit dem Gebäude danach geschah, wird in Teil 2 im Jahrbuch 2021 dargestellt. Soviel sei schon heute verraten, als Kunstmühle wurde das Anwesen nie mehr betrieben.

- ¹ Gerhard Finkbeiner(Hrsg.),Seelbach im Schuttertal. 1179-1979. Marktflecken und Luftkurort im Geroldseckerland, Seelbach 1979, S. 97
- ² GLA (General-Landesarchiv Karlsruhe) III P K21
- ³ Wittumssitz: Die Einnahmen aus den Ländereien von Schloß Dautenstein sollten zur Versorgung der Witwe des letzten Geroldseckers dienen.
- ⁴ Seelbach im Schuttertal, Hubert Kewitz, Seite 97, Graf Gallas war ein General unter Wallenstein.
- ⁵ Ein beidseitig gemeißelter Grabstein der beiden Kleisertöchter Anna-Maria und Barbara Margaretha befindet sich an der südlichen Mauer hinter der kath. Kirche in Seelbach.
- ⁶ StAF (Staatsarchiv Freiburg) B 748/1 Nr. 181, Akte Staatsangehörigkeit- Auswanderung, hier Bewilligung Wegzug innerhalb Badens
- ⁷ StAF B 717/2 Nr. 342, 1839 – Akte: Das Bannrecht der Seelbacher Müller
- ⁸ Grundbucheintrag (Kauf-, Tausch- und Kontrakten Protokoll, Band A) Band I, Nr. 44, Seite 97 ff. vom 29.03.1830
- ⁹ Rudolph von Schmidt, Kammersekretär, ersteigerte 1827 von der Erbengemeinschaft (er selbst und 7 Geschwister) das Haus, die Rondelles, die englischen Anlagen, dazu weiteres Land für insgesamt 9.575 Gulden. Bereits im Jahre 1827 verstarb er, worauf seine Brüder Louis und Theodor, bei Wien im Ruhestand lebende Hauptleute in österreichischen Diensten, das Gut kauften und die übrigen 5 Miterben mit je 600 Gulden abfanden. Vgl. Seelbach im Schuttertal, Hubert Kewitz, Seite 99
- ¹⁰ Mühlenarzt: Michael Müller war wohl handwerklich sehr begabt, nachweislich hat Michael Müller die Untere Mühle in einem schlechten Zustand gekauft und sie wieder in einen funktionstüchtigen Zustand versetzt (vgl. Gerhard Finkbeiner, Die Revolution von 1848/49 in der Fürstlich von der Leyenschen Standesherrschaft Hohengeroldseck, Seelbach 2000)
- ¹¹ Grundbucheintrag Band 6, Nr. 99 Seite 228 ff vom 19.05.1856
- ¹² Auszug aus Verlassenschaftsverhandlung vom 15./16.9.1870
- ¹³ Ehevertrag zwischen Karl Gießler und Theresia geb. Gießler, Witwe des Müllers Xaver Brucker, vom 10.3.1871
- ¹⁴ Grundbucheintrag Band 11 Nr. 17, Seite 107 ff vom 14.4.1880
- ¹⁵ Grundbucheintrag Band 13 Nr. 7 Seite 70 ff vom 5.6.1887
- ¹⁶ Gutachten vom 30.5.1893 von Fr. Strauß aus Strasbourg, Broglie 20, in: StAF Nr. 5610 Seite 318-320
- ¹⁷ StAF B 717/2 Nr.9190, Seite 591 ff.
- ¹⁸ StAF B 717/2 Nr. 5692, Seite 541 ff
- ¹⁹ Lahrer Zeitung vom 30.12.1900 und 14.1.1901 Seite 49
- ²⁰ Anzeige Großh.Notariat II in der Lahrer Zeitung vom 8.2.1901
- ²¹ Anzeige Großh.Notariat II in der Lahrer Zeitung vom 8.2.1901
- ²² Grundbucheintrag Band 15, Nr. 133 Seite 623 ff vom 11. Juli 1901
- ²³ Vgl. Ingrid Hahn, Die Mühlen in Willstätt, in: Die Ortenau 85/2005, S. 530 ff.
- ²⁴ Güterbestätter – Carl Bertinet war Eisenbahnbeamter in Karlsruhe, für die Beförderung von Gütern zuständig (hoheitliche Aufgabe).
- ²⁵ Theresia Bertinet lebt bis 1913 in Freiburg und heiratete in Engen Karl Stocker. Anna-Maria lebte bis zum 6.7.1911 in Freiburg und heiratete in Hannover-Linden den Arzt Prof. Dr. Gustav Stümpke. Karl Bertinet lebte bis zum 31.7.1914 in Freiburg und nahm als Freiwilliger am 1. Weltkrieg teil. Am 3. Oktober 1949 verstarb er in Giessen.

Mühlenradweg, Skulpturenradweg und Bure-Radweg ✓

Die drei thematischen Radwege der Gemeinde Neuried

Von Hagen Späth

Die Gemeinde Neuried dürfte weit und breit die einzige Kommune sein, die auf ihrer Gemarkung mit gleich drei thematischen Radwegen aufwartet: Dem Mühlenradweg, dem Skulpturenradweg und dem Bure-Radweg. Zu allen drei Radwegen gibt es einen Flyer mit einer Karte und weiteren Informationen zu den Haltepunkten. Die Flyer sind im Bürgerbüro in Altenheim und in allen Ortsverwaltungen kostenlos erhältlich oder können von der Homepage der Gemeinde heruntergeladen oder ausgedruckt werden (www.neuried.net). Es ist zu empfehlen, den Flyer bei der Radtour dabei zu haben, weil es immer mal wieder sein kann, dass es zu Lücken in der Beschilderung kommt. Oder die Beschilderung ist nicht ganz eindeutig. Auch dann hilft ein Blick in die Karte, um auf dem richtigen Weg zu bleiben.

Die Wege haben zwar unterschiedliche thematische Ausrichtungen und warten an den Haltepunkten mit Infotafeln auf. Sie alle aber führen durch die sehr abwechslungsreiche Landschaft des Rieds über Felder, Wiesen und Wälder, an Bächen und Seen entlang. Und alle drei führen durch die fünf Ortsteile Neurieds oder streifen sie zumindest, so dass auch die für die Region typischen Fachwerkhäuser und Dorfkern von Altenheim, Dundenheim, Müllen, Ichenheim und Schutterzell angeschaut werden können und die Radler sich in einem der Gasthäuser stärken können. Die Wege kreuzen sich zuweilen, so dass auch ein Umstieg von einem thematischen Radweg auf einen anderen denkbar ist. Alle drei Wege können auch in umgekehrter Richtung gefahren werden.

Fünf Mühlen auf einen Streich: Der Mühlenradweg

Der Mühlenradweg war der erste thematische Radweg auf der Gemarkung. Die Idee dazu und die Vorarbeiten kamen vom Arbeitskreis Tourismus, der sich in Neuried über einige Jahre dem Thema Fremdenverkehr widmete und einige Vorschläge erarbeitete, um den Fremdenverkehr zu stärken. Der Mühlenradweg wurde im Ap-

ril 2012 eröffnet. Er ist 34 Kilometer lang und führt an fünf Mühlen vorbei. Drei der fünf Mühlen sind heute noch Gaststätten. Der Flyer zum Mühlenradweg ist zweisprachig in Deutsch und Französisch formuliert, er kam mit der Unterstützung der Organisation „Lebendiger Rhein – Rhin vivant“ zustande. Im Flyer wird auf eine ganze Reihe von Gaststätten, Einkaufs- und Übernachtungsmöglichkeiten hingewiesen. An allen Mühlen stehen Tafeln, die über die Geschichte der Anwesen informieren. Die Texte haben Mitglieder des Historischen Vereins Neuried zusammengetragen.

Die Anfänge der Mühle sind nicht bekannt. Ein Steinbild neben zwei Engelsköpfen mit der Jahreszahl 1639 sowie die Jahreszahl 1826 über der Eingangstür weisen auf Wiederaufbauten nach Zerstörungen hin. In den Grundbüchern findet sich eine Beschreibung aus dem Jahre 1812: *Ein zweistöckiges Wohnhaus mit drei Mahlgängen, eine Sägemühle und zwei Hanfreiben, alles unter einem Dach.* Die Gastronomie hat in der Schutterzeller Mühle eine über 100-jährige Tradition. 1906 wurde das außerhalb des Dorfes romantisch an einem Bach gelegene Anwesen von Theobald Zibold gekauft und ist seither in Familienbesitz. Es wurden eine Kundenmühle, ein Sägewerk, Landwirtschaft und eine kleine Schankwirtschaft betrieben. Im Jahre 1942 übernahm der Sohn, Müllermeister Otto Zibold, den väterlichen Betrieb und ließ 1951 eine neue Turbine für Mühle und Säge einbauen. Die Nachfolge trat 1973 sein Sohn Kurt Zibold an. Die Getreidemühle wurde abgemeldet und 1980 baute die Familie den alten Schankraum und den Mühlraum zur Gaststätte um. Seit dem Jahr 2000 führt Sohn Bernd mit seiner Frau Susanne bereits in der vierten Generation den elterlichen Familienbetrieb weiter. Wo jahrzehntelang Getreide gemahlen wurde, bietet jetzt ein rustikal eingerichteter Gastraum mit einer Galerie viel Platz für Gäste aus nah und fern.

1762 baute der Lahrer Müller Friedrich Zandel auf dem Dundenheimer Hanfrötzendeich an der Schutter eine *Mehlmühle mit zwey Gängen nebst einer Öl- und Riebmühl und Ausschrank.* Nach der Zerstörung der Mühle am 11. April 1907 durch Brandstiftung erstellte der damalige Müller Uhl die heute vorhandenen Gebäude – Wohnhaus mit Gaststube, Scheune und Stall – neu. Links von der Schutter führt ein Sandsteintrog über die tief liegende Unditz. Hier wurde in den Zeiten des Hanfanbaus Wasser aus der hoch liegenden Schutter in die Hanfrötzen geleitet zum Einweichen der Hanfstängel.



Die Rohrburger
Mühle bei Müllen.
Foto: H. Späth

Um das Jahr 1300 gehörte die Mühle zur Siedlung „Wilre“, die wie die Mühle nach einer 1317 errichteten Burg „Rohrburg“ benannt wurde. Bis 1478 blieb die Mühle in Betrieb, dann musste sie wegen eines Streits um das Wasserrecht mit angrenzenden Herrschaften stillgelegt werden. Erst Phillip Ludwig Röder von Diersburg erneuerte sie 1743 und nahm sie wieder in Betrieb. Nachfolger wurde der Ichenheimer Mühlenarzt David Hürster. Letzter tätiger Müller war Hans Ludwig Wurth, der die Mühle bis 1988 betrieb und nebenbei die Kundschaft während der Wartezeit bewirtete. Heute wird das Gebäude als reines Wohnhaus genutzt.

Um nicht den verhältnismäßig weiten Weg zur Rohrburger Mühle oder nach Altenheim auf sich nehmen zu müssen, erstellte der vermögende Bürger Joseph Hügel im Jahr 1767 hier eine Mahlmühle mit zwei Mahlgängen und einem Kerbgang sowie eine Reibemühle. Bis 1827 blieb die Mühle im Besitz der Familie Hügel, danach wechselten die Eigentümer. Nach einem Brand 1928 wurde ein größerer Neubau errichtet. 1938 übernahm der Fürst von Fürstenberg das Gebäude als Jagdsitz. Heute ist die Kitterburger Mühle als Gaststätte mit ihrer idyllischen Lage ein beliebtes Ziel für Wanderer und Radfahrer.

1695 von Benedikt Rubin gegründet, kaufte die Gemeinde Altenheim 1737 die Mühle für 5000 Gulden und verlehnte sie an einen Pächter. 1765 wurde sie von der Gemeinde mit „96 Wagen Holz“ und „29 Wa-

gen Steinen“ grundlegend erneuert. 1807 nahm der damalige Müller Ludwig Reuter eine Erweiterung um eine Sägerei, eine Dreschmaschine und eine Fischzucht vor. Vor dem Zweiten Weltkrieg wurden noch Turbinen zur Stromerzeugung installiert. Nach der Zerstörung im Zweiten Weltkrieg baute Ludwig Wurth das Elektrizitätswerk wieder auf, die zerstörte Mühle nicht. Der spätere Besitzer erstellte neben dem E-Werk ein Wohnhaus und gestaltete das heutige Anwesen.

Kunst, die Dörfer verbindet: Der Skulpturenradweg

Der Skulpturenradweg geht auf eine Initiative des Ichenheimer Künstlers Walter Henninger zurück, der selbst 15 der bislang 17 aufgestellten Skulpturen geschaffen hat. Einige der Skulpturen standen schon länger an verschiedenen Plätzen Neurieds – zum Beispiel der Himmel-und-Erde-Brunnen in Altenheim oder das Kriegerdenkmal am Friedhof in Ichenheim –, als Henninger die Idee hatte, die verschiedenen Werke mit einem Radweg zu verbinden. Dafür war er bereit, eine ganze Reihe neuer Arbeiten zu schaffen oder aus seiner Werkstatt und seinem Garten in die Öffentlichkeit zu bringen.

Der Skulpturenradweg wurde im Juli 2013 am Brunnen vor der Lindendfeldhalle eröffnet. Bei der Eröffnung war Henninger anwesend und freute sich über das „Gesamtkunstwerk“ als etwas, das die fünf Ortsteile Neurieds wirklich verbinde. Der Platz war bewusst gewählt, stand dort mit Lene doch das „Mädchen am Brunnen“, die allererste Skulptur, die der Künstler für die Gemeinde angefertigt hatte und die 1989 aufgestellt worden war anlässlich der 700-Jahr-Feier Dundenheims. *Die stolze Lene steht am Brunnen, holt dort Wasser wie jeden Tag. Sie merkt nicht, dass der Krug schon voll ist, denn sie hat anderes im Sinn. In der Hand trägt sie die Wurzel der Alraune, denn sie will den Hans verführen.* Dieser Text stand auf einer kleinen Tafel neben der Skulptur, die im Oktober 2015 von unbekanntem Tätern gestohlen wurde. Groß war die Aufregung darüber im Dorf und weit darüber hinaus, aber das Mädchen blieb verschwunden.

Henninger bekam von der Gemeinde den Auftrag zur Schaffung einer neuen Skulptur, die an die Lene erinnern, aber doch zeitgemäßer sein sollte. Mit der „Nele am Brunnen“ schuf er eine Figur mit einem Handy in der Hand – ein Hinweis darauf, wie sich die Kommunikationsstrukturen über die Jahre verändert haben: War früher

der Brunnen der zentrale Ort des Informationsaustauschs, so ist es heute das Handy. Im August 2017 wurde die neue Nele montiert. Zur Aufnahme in den Flyer hat es allerdings noch nicht gereicht.



Die „Winharfe“ bei der Schutterzeller Mühle.
Foto: H. Späth

Der Künstler, der 1982 zusammen mit seiner Frau nach Ichenheim gezogen war und seitdem im Keramik-Hof seine Werkstatt hat, ist heute 83 Jahre alt und immer noch fleißig dabei, Neues zu schaffen. Der Skulpturenweg ist für ihn allerdings abgeschlossen, eine Erweiterung mit neuen Figuren ist nicht geplant. Zu einer kleinen Erweiterung zu den ursprünglich 15 Skulpturen ist es indes schon gekommen. In Dundenheim ist mit der Drachenkuppel eine Plastik hinzugefügt worden, die insbesondere die Kinder erfreut, wenn sie einen Blick in das Innere werfen. Was aber nur klappt, wenn man das richtige Fenster erwischt. Und an der Südtangente von Altenheim ist mit „Licht und Schatten“ die Nummer 17 neu aufgestellt worden. Alle anderen Skulpturen sind geblieben und zeigen das breite Spektrum des Schaffens von Walter Henninger mit seinen vielen verschiedenen Materialien, Formen und Ausdrucksmöglichkeiten über 30 Jahre.

Nur zwei der 17 Objekte stammen nicht von Henninger. Das sind zum einen die Kriegerdenkmale bei der evangelischen Friedenskirche in Altenheim, die an die Gefallenen und Vermissten der drei Kriege 1870/71, 1914-1918 und 1933-1945 erinnern und die im Zuge des Neubaus des evangelischen Gemeindehauses ein Stück versetzt worden sind. Das andere Objekt ist der Brunnen vor dem Rathaus in Altenheim, der von der Firma Nuvolin 1999 gestaltet worden ist. Seine eigenen Skulpturen hat Henninger alle mit einer Tafel versehen, auf der er neben dem Titel und dem Entstehungsjahr auch ein wenig zu ihrer inhaltlichen Aussagekraft formuliert hat. So hat er zum Beispiel über die Figur Mutter Erde des Himmel- und Erde-Brunnens im Altenheimer Bürgerpark geschrieben: *Mutter Erde ist gelassen, Probleme sind ihr unbekannt, immer hat sie eine Lösung, die Natur hat freie Hand. Sie hat reichlich Zeit für alles, was sie so zu ändern hat. Ob es dann den Menschen gut tut, steht auf einem anderen Blatt.*

Landwirtschaft per Rad er-fahren: Der Bure-Radweg

„Neuried ist im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinden immer noch stark landwirtschaftlich geprägt mit einer vielfältigen Anbaustruktur. Das wollen wir mit dem Themenradweg zeigen“, sagte der Landwirt und Vorsitzende des Ortsverbandes Neuried des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes (BLHV), David Mild, anlässlich der Eröffnung des Bure-Radwegs im März 2017. Mit ihm besitzt die Gemeinde den dritten und bislang letzten thematischen Rund-



Informationstafel
zum Obsthof von
David Milde in
Dundenheim.
Foto: H. Späth

weg. Der Bure-Radweg ist 37 Kilometer lang und weist 13 Stationen auf, auf denen auf großen Tafeln über die Wirtschaftsweise der beteiligten Betriebe informiert wird. Der Rundweg, der wie die anderen auch in umgekehrter Reihenfolge gefahren werden kann, zeigt ein breites Spektrum des Berufsstandes, von verschiedenen Formen der Tierhaltung über den Anbau von Ackerfrüchten bis hin zum Obstbau und Sonderkulturen wie Tabak, Beeren oder Trauben.

Zwei Jahre haben die Neurieder Landwirte Vorarbeiten geleistet, bis das Projekt mit Hilfe von Sponsoren und der Gemeinde umgesetzt werden konnte. Die Strecke führt durch alle fünf Neurieder Gemarkungen, ist aber vorwiegend so gewählt, dass sie durch Feld und Flur führt und weniger durch die Dörfer. Der nördlichste Punkt ist der Geflügelhof Adam (Station 4), der südlichste Punkt ist ein Tabakschopf des Tabakbauvereins bei Schutterzell (Station 11). Direkt an der Strecke liegen mit der Schutterzeller Mühle und dem Anglerheim in Altenheim zwei Einkehrmöglichkeiten – oder man verlässt kurz den Rundweg und fährt ins Dorf hinein und besucht eine der Gaststätten. Es gibt mehrere Kreuzungspunkte mit dem Mühlen- und dem Skulpturenradweg, so dass Kombinationen möglich sind. Der Weg führt zeitweise über rustikale Feldwege.

Die großen Schautafeln sind aufwendig gestaltet und jeweils mit einer Reihe von Bildern versehen, die die Standbeine der Betriebe ver-

anschaulichen und teilweise die Betriebsinhaber mit ihren Familien vorstellen. Es wird erklärt, was und wie angebaut wird, welche Tiere wie gehalten werden und welche Arbeiten im Jahresverlauf anfallen. Wo es möglich ist, wird angegeben, wo die erzeugten Produkte erworben werden können und für alle Betriebe ist die geschichtliche Entwicklung erläutert und eine Kontaktmöglichkeit genannt.

Lahr als Atomwaffenstandort?

Gerüchte und Wahrheit über einen alten Verdacht

Von Werner Schönleber

Die Enthüllungsgeschichte „Lahrs atomares Geheimnis“⁴¹ ließ eines der bestgehüteten Geheimnisse der Lahrer Militärgeschichte platzen. Von 1963 bis 1966 lagerten 15 Atombomben auf dem Flugplatz. Eine kleine, in Lahr stationierte US-Amerikanische Einheit (*Detachment der US Air Force Europe (USAFE)*) bewachte, pflegte und inspizierte die Bomben permanent. Im Kriegsfall sollte die französische Luftwaffe ihre Flugzeuge mit diesen Bomben bestücken und über festgelegten Zielen abwerfen.

Der Rückzug Frankreichs aus der militärischen Integration sorgte für die Stationierung der *Royal Canadian Air Force (RCAF)*. 1969 verlegte sie für ein Jahr US-Atomwaffen von Zweibrücken nach Lahr. Erst der Abzug der *RCAF* nach Söllingen sorgte für den Abzug der Nuklearwaffen. Die kanadische NATO-Brigade brachte aus ihrem vorherigen Standort keine Nuklearwaffen nach Lahr mit. Der Verdacht auf Nuklearwaffen auf dem Flugplatz keimte in der verschärfen Situation des Kalten Krieges zu Beginn der 80er Jahre auf, war aber unbegründet.

Wie konnte Lahr unbemerkt zu einem Atomwaffenstützpunkt werden? Welche Maßnahmen wurden vor Ort getroffen? Wie passt die Skepsis der Friedensbewegung gegenüber einer nuklearfreien Zone in das Bild, als die Atombomben schon abgezogen waren? Der vorliegende Aufsatz möchte diese Fragen klären.

Um sich die Zeitumstände klar zu machen, beginnt der Aufsatz mit der NATO-Atomwaffenpolitik und der Nuklearen Teilhabe. Das ist bedeutsam, da der Flugplatz Lahr seit seinem Ausbau 1953 ein NATO-Standort war, der zehn Jahre später auch zum Atomwaffenlager wurde. Die NATO-Krise 1965/66 führte zum Abzug der Atomwaffen aus Lahr und zum Truppenaustausch mit den Kanadiern. Der erste Teil schließt mit der Atomwaffenpolitik Kanadas unter Pierre Elliott Trudeau und dem kanadischen Ausstieg aus der Nuklearen Teilhabe. Der zweite Teil befasst sich mit der Situation auf dem Flugplatz. Welche Bomben gelagert wurden, welche Infrastruktur notwendig war

und wie man sich die Lagerung vorstellen kann wird hier geklärt. Im dritten Teil wird auf die Zeit nach Abzug der Atombomben eingegangen und kurz die Rüstungsstudie von Erich Schmidt-Eenboom behandelt.²

Die Quellenlage für die Untersuchung war günstig. Archivalien aus dem Bundesarchiv (Militärarchiv Freiburg, BArch), stützen die Untersuchungen von französischen und kanadischen Quellen.³ Auf die Spur der Atomwaffen in Lahr kam man durch wenige Aufzeichnungen aus dem Stadtarchiv Lahr (StadtAL). Hilfreich waren zudem Quellen aus dem NATO Archiv Brüssel, welchen den Großteil seines Bestandes online zu Verfügung stellt. Zuletzt brauchte es Quellen aus dem *Library and Archives Canada (LAC)*, dem nationalen Archiv Kanadas.

Der Aufsatz kann sich zudem auf verschiedene Editionen stützen. Die Sammlung zu deutschen Außenpolitik, die *„Akten zur Auswärtigen Politik Deutschlands“* (AAPD) zeigten sich für das Thema als relevant. Die *„Foreign Relations of the United States“* (FRUS) tragen zum Verständnis der Nuklearen Teilhabe bei.

Sputnikschock und Nukleare Teilhabe

Die Zeit drängte. Im Oktober 1957 gelang es der Sowjetunion, den Satelliten „Sputnik“ in eine Erdumlaufbahn zu schießen. Damit demonstrierte sie, dass sie technisch aufgeholt hatte; eine Trägerrakete kann sowohl einen Satelliten ins All schießen als auch Atomsprenköpfe über Kontinente transportieren.⁴ Die NATO-Partner zeigten sich geschockt, denn bisher sahen sie ihr Atomwaffenarsenal als einzigen militärischen Vorteil gegenüber der Sowjetunion an. Die in Westdeutschland stationierten NATO-Truppen erwiesen sich als nicht so schlagkräftig wie die sowjetischen Panzerverbände hinter dem Eisernen Vorhang. Mit der Demonstration der Sowjetunion war klar: der Vorsprung in der nuklearen Rüstung schwand.

Auch die neue Strategie, die die NATO 1954 beschloss, zeichnete den Staatschefs der NATO-Staaten noch nach drei Jahren Sorgenfalten ins Gesicht. Das Strategiedokument MC/48 sah vor, dass NATO-Truppen in Europa zunächst einen Überraschungsangriff überstehen mussten. Danach sollten mittels nuklear bewaffneter Flugzeuge eine Luftüberlegenheit hergestellt werden. Sowjetische Flugplätze

und militärische Anlagen sollten durch Atomschläge zerstört werden (massive Vergeltung).⁵ Doch wie sollten alle Basen in Osteuropa und der Sowjetunion per Flugzeug erreicht und nuklear attackiert werden? Keine der in Europa stationierten Truppen außer die USA-FE hatte Zugriff auf Atomwaffen. Die Mehrzahl der Atomwaffen behielten die USA auf ihrem Kontinent zu ihrer Verteidigung, was gleichzeitig bedeutete, dass die Anzahl der notwendigen Waffen und Waffensysteme nicht ausreichte. Um dieses Problem zu lösen, schlug auf dem NATO-Ratstreffen in Paris am 16. bis 19. Dezember 1957 der US-Außenminister John Foster Dulles das „*Stockpiling*“-Konzept⁶ vor. Das Konzept drückte die Absicht aus, Atomwaffen auf Basen von NATO-Verbündeten zu lagern, damit sie jederzeit auch den europäischen Partnern zur Verfügung stehen.⁷ Damit würde die Schlagkraft steigen, da die USA nicht mehr nur von ihren eigenen Streitkräften abhängig wäre. Die Stationierung auf europäischen Basen sollte dabei auf die NATO-Verteidigungspläne abgestimmt werden. Da die Kontrolle über die Waffen in amerikanischer Obhut bleiben sollte, mussten die NATO-Staaten mit der USA entsprechende Abkommen mit weiteren Einzelheiten schließen.

Frankreich und Kanada treten bei

Frankreich meldete gegenüber dem Programm Zweifel an. Für Charles de Gaulle stand fest, dass die Sicherheitspolitik seines Landes nicht allein vom guten Willen der USA abhängig bleiben soll. Aus diesem Grund ließ er die Arbeit an einer französischen Atombombe⁸ fortsetzen, die schon 1945 begonnen wurde. Im Februar 1960 detonierte die erste französische Atombombe. Die USA beobachteten diesen Vorgang argwöhnisch und drängten die Franzosen, ihre Verpflichtungen gegenüber dem Bündnis einzuhalten. Dazu gehörte auch die Lagerung von US-Atomwaffen in Frankreich oder wenigstens bei französischen Truppen. Jedoch weigerte sich Frankreich, amerikanische Atomwaffen auf seinem Territorium zu akzeptieren, wenn es nicht selbst darüber verfügen durfte.⁹ Als Kompromiss beschloss man, die Waffen nur auf französischen NATO-Basen in der Bundesrepublik zu lagern.¹⁰

Die Bundesrepublik war jedoch seit 1955 bis auf Westberlin souverän und somit konnten die ehemaligen französischen Besatzungszonen nicht mehr als französisches Territorium angesehen werden. Der nötige deutsch-französische Vertragsschluss erfolgte am 6. Septem-

ber 1960. Die Details des Vertrages sind nicht bekannt, momentan besteht noch keine Möglichkeit ihn einzusehen. Ein weiteres Abkommen schlossen die Franzosen und Amerikaner mit der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1962.¹¹ Es regelte nicht nur den rechtlichen Rahmen, sondern auch die Verfahrensweisen.

Im Gegensatz zu Frankreich hatte Kanada keine nuklearen Ambitionen. Dennoch übernahmen die kanadischen Streitkräfte 1958 die *Strike-Reconnaissance-Role*, die den Angriff mit nuklearen Waffen bedeutet.¹² Glücklicherweise waren die Kanadier mit der Rolle nicht, legt man die Zeit zu Grunde, bis es zur Übereinkunft mit den USA kam. Priorität hatten andere Projekte auf dem eigenen Kontinent. Hinzu kam eine gegenseitige Abneigung zwischen dem kanadischen Ministerpräsidenten John Diefenbaker und US-Präsidenten John F. Kennedy, die das Verhältnis der beiden Länder abkühlen ließ.¹³ Die ständigen Krisen zwischen den USA und der Sowjetunion um Berlin sowie die Kubakrise legten den politischen Alltag zusätzlich lahm und verzögerten die Verhandlungen.

Die Wahl von Lester B. Pearson zum kanadischen Ministerpräsidenten im April 1963 stabilisierte die Kontakte zu den USA. Pearson, der bei der Gründung der NATO 1949 eine Schlüsselrolle spielte, war gewillt, die Bündnisverpflichtungen einzuhalten. Am 16. August 1963 schloss Kanada einen entsprechenden Vertrag mit den USA ab.¹⁴ Der Grundriss des Vertrages ist in einem NATO-Memorandum enthalten.¹⁵ Er legt fest, dass die Atomwaffen im Besitz der USA bleiben sollen. Eine kleine Einheit der *USAFE* soll zu den Atomstandorten entsendet werden. Den Einsatzbefehl müssen der US-Präsident sowie der kanadische Ministerpräsident jeweils an den ranghöchsten Offizier der Basis erteilen (*Double-Key Arrangement*). Wie viele Personen die *USAFE* entsendet, bestimmen beide Länder von Fall zu Fall. Auch welche Art und Menge der Waffen ausgeliefert werden, wurde nicht vertraglich festgeschrieben, sondern konnte jederzeit angepasst und neu abgesprochen werden.

Die Nukleare Teilhabe erreicht Lahr

Frankreich erhielt zunächst Bodenraketen des Typs „*Honest John*“, die allerdings für Bodentruppen gedacht waren und somit nicht auf dem Luftwaffenstützpunkt Lahr stationiert wurden.¹⁶ Auch die Boden- zu-Luft-Raketen des Typs *Nike* aus der Vereinbarung 1960 gehörten



Spuren der Amerikanischen Luftwaffe lassen sich noch heute auf dem Flugplatz finden, wie am Eingang dieses Gebäudes. (Foto: Gerrit Padberg)

nicht zu den Atomwaffen, die nach Lahr kamen. Ab 1961 verhandelte die französische Regierung über taktische Atomwaffen für ihre Luftwaffe. Diese waren für die Standorte Bremgarten (Gemeinde Hartheim) und Lahr gedacht. Anfang März 1963 konnten sich die USA und Frankreich einigen. Je 15 Atomwaffen sollten nach Bremgarten und Lahr geliefert werden.¹⁷ Erste Gerüchte davon machten im April 1963 die Runde. Der Tageszeitung „Die Welt“ war das einen kleinen Artikel wert.¹⁸ Französische Jagdbomber in Deutschland würden mit US-Amerikanischen Atomwaffen ausgestattet werden, meldete sie. Im Laufe der Woche (Erscheinungstag 4. April 1963, ein Donnerstag), sollten sie auf den französischen Basen eintreffen. Wie aus den Quellen des in Lahr stationierten französischen Luftwaffenoberkommando *1 Commandement Aérien Tactique (1 CATAC)* hervorgeht, lag der Liefertermin zwischen Montag, 22. und Freitag, 26. April.¹⁹

NATO-Krise und Truppenaustausch

Dass die Stationierung der Atombombe in Lahr 1966 ihr Ende fand, lag an der veränderten weltpolitischen Lage Mitte der 60er Jahre. Die USA und die Sowjetunion gingen aufeinander zu, denn angesichts der nunmehr herrschenden Pattsituation wäre ein Atomkrieg dem Weltuntergang gleichgekommen. Die Ära der Entspannungspolitik

setzte ein und die Kriegsgefahr in Europa verlagerte sich in den ferneren Osten, wie die Eskalation des Vietnamkriegs zeigte. Der französische Präsident Charles de Gaulle sah sich veranlasst, seine Politik anzupassen. Da sich 1965 abzeichnete, dass Frankreich seine Atomstreitmacht in absehbarer Zeit aufgestellt haben würde, propagierte er „das Ende der Ordnung von Jalta“.²⁰ Da es nun drei Atommächte gebe, sei der Kalte Krieg beendet. Denn dieser gründete aus Sicht de Gaulles auf der bipolaren Welt, wie sie die Konferenz auf Jalta im Februar 1945 geschaffen hatte. Der Schutz Europas könne nun unabhängig vom nuklearen Schirm der USA von Frankreich ausgehen. In diesem Sinne entzog de Gaulle im März 1966 alle Streitkräfte dem NATO-Oberbefehl.²¹ Die Drohungen der USA, im Falle eines Austritts aus der NATO-Kommandostruktur die Atomwaffen aus Bremgarten und Lahr abzuziehen, blieb ohne Wirkung.²² Am 01. Juli 1966 versagte die USAFE ihre Atomwaffen dem französischen Zugang.²³

Wie sollte es nun weiter gehen? Die Franzosen hatten ihre atomare Aufgabe aufgeben. Andererseits forderten die Franzosen alle NATO-Truppen auf ihrem Territorium auf, das Land bis April 1967 zu verlassen. Das betraf unter anderem die kanadische Luftwaffe in Marville. Sie trat nach der Nachricht in Verhandlungen mit dem Bundesverteidigungsministerium.²⁴ Dieses bot für ihre *CF-104 Starfighter* Staffeln die Flugplätze Celle und Geilenkirchen an, doch dies hatte sich nicht als durchführbar erwiesen. So schlugen die Kanadier vor, die Flugplätze Lahr und Bremgarten mit den Franzosen zu tauschen. Dabei spielte die Nähe zum Flugplatz Söllingen eine Rolle, den die kanadische Luftwaffe seit 1953 belegte. Frankreich erklärte sich bereit, sein Quartier in Lahr zu räumen und den Kanadiern zur Verfügung zu stellen. Am 13. Januar 1967 einigten sich die jeweiligen Vertreter, dass sich Franzosen und Kanadier den Standort Lahr für ein Jahr teilen würden.²⁵ Bis zum Ende 1967 würde Frankreich noch der Hausherr auf dem NATO-Flugplatz sein.²⁶

Bereits einen Monat zuvor legte die kanadische Regierung den Grundstein für eine weitere Stationierung von Atomwaffen in Lahr. Sie beschloss, vorausgesetzt Lahr würde ihr neuer Standort werden, ihre Luftwaffenbasis Zweibrücken zu schließen.²⁷ Als die Staffel im Februar 1969 von Zweibrücken in Lahr eintraf, begann sie ihre nukleare Rolle vorzubereiten. Am 01. Juli des Jahres trafen Atombomben von Zweibrücken in Lahr ein und das amerikanische Detachement wurde wiedereröffnet.²⁸

Der letzte Akt – Trudeaus Atomwaffenpolitik

Die atomare Bewaffnung der Kanadier in Lahr währte nicht lange. Ministerpräsident Pearson zog sich Anfang April 1968 aus der Politik zurück. Sein Nachfolger wurde Pierre Elliott Trudeau. Seine Wahl hatte innenpolitische Gründe, vornehmlich wurde Trudeau gewählt um als *Québécois* und bilingual aufgewachsener Kanadier zwischen den beiden größten Bevölkerungsgruppen in Kanada zu vermitteln. Auch wenn ihm anfangs keine große politische Karriere vorhergesagt wurde, schaffte der Globetrotter und Juraprofessor ohne festen Wohnsitz, sich im In- und Ausland Respekt zu verschaffen.²⁹ Besonders aufhorchen ließen seine Ankündigungen, den NATO-Beitrag einer Revision zu unterziehen. Von einer Reduktion seiner Gesamtstreitkräfte über Verkleinerung der Truppen in der Bundesrepublik bis hin, die nukleare Rolle aufzugeben, war die Rede. Zwischenzeitlich stand die Befürchtung im Raum, Kanada würde alle Truppen aus der Bundesrepublik zurückziehen. Erinnerungen an die Krise mit Frankreich drei Jahre zuvor wurden wach.

Für die Stadt Lahr war dies ebenfalls eine schwierige Zeit. Würden die Kanadier, für die man nun so viel investiert hatte, wieder abziehen? Wenig Hoffnung machte Oberbürgermeister Philipp Brucker ein Brief aus Kanada.³⁰ Ein kanadischer Luftwaffenoffizier schickte Brucker eine Kolumne aus dem *Ottawa Journal* zu, mit der Bitte, seine Kenntnis darüber vor den Soldaten zu leugnen. Der Kolumnist argumentierte, dass Kanada seine nukleare Rolle zu Land und in der Luft mit hoher Wahrscheinlichkeit aus Geldgründen aufgeben werde. Der Briefschreiber gab dem Kommentator recht, und dachte wohl, dass dies das Ende der kanadischen Garnison in Lahr sei. Weil er den Zusammenhang zwischen atomarer Bewaffnung und Lahrer Garnison herstellte, musste Brucker die atomare Rolle der Kanadier in Lahr wenigstens geahnt haben.

1969 befand sich die NATO also wieder in einer Krise. Fast das gesamte Jahr rangen die europäischen NATO-Partner mit Kanada, keine Lücke im europäischen Verteidigungssystem zu hinterlassen. Das Ergebnis war ein Kompromiss, den die NATO-Staaten, wenn auch zähneknirschend, hinnahmen. Der kanadische Verteidigungsbeitrag wurde in Europa von rund 10.000 Mann auf 5.000 Mann gesenkt.³¹

Die Absicht, aus der nuklearen Teilhabe aussteigen zu wollen, ging in der hitzigen Debatte um die Truppenstärke fast unter. So brauchte Trudeau kaum Überzeugungsarbeit zu leisten. Seine Argumentation nannte er das „*Canadian Dilemma*.“³² Den Besitz von Atombomben sah er als gefährlich an. Immerhin konnte der Feind nicht erkennen ob ein Angriffsflugzeug oder ein Luftaufklärer auf sein Territorium zuflog.³³ Wenn nun bekannt wäre, dass sich Kanada nur auf Luftaufklärung beschränkte, dann würde man solch einen Vorstoß nicht als Aggression wahrnehmen. Im August 1969 stand für das kanadische Kabinett fest, dass die nukleare Rolle bis 1972 aufgegeben werden soll.³⁴

Zu diesem Zeitpunkt waren keine Atombomben mehr in Lahr. Schon Mitte Juli 1970 wurden sie abgezogen. Um die Neustrukturierung der kanadischen Armee vorzubereiten, wurden die *Starfighter* nach Söllingen verlegt, um Platz für die Panzerverbände der kanadischen NATO-Brigade zu schaffen. Trudeaus Politik sorgte dafür, dass die Atomwaffen nie mehr nach Lahr zurückkehrten.

Vorbereitungen auf „die Bombe“

Die militärischen Voraussetzungen für den NATO-Standort Lahr-Hugsweier waren für Atomwaffen nicht günstig. Nachdem die französische Besatzungsmacht den Flugplatz 1953 fertig gestellt hat, kämpfte sie mit vielen Widerständen. Vor allem das Dorf Langenwinkel war den Fliegern ein Dorn im Auge. Die Langenwinkler protestierten gegen den Fluglärm, die Abgase und die Beeinträchtigung der Flugsicherheit. Dass nun geplant war, den Flugplatz für US-amerikanische Flugzeuge auszubauen und die Landebahn zu verlängern, stieß zum Ende der 50er Jahre nicht auf Gegenliebe der Dorfbewohner. Doch die NATO war unerbittlich. Sie forderte, bis zum 1. Mai 1962 die Landebahn nach Norden und Süden um je 275 Meter zu verlängern.³⁵

Raum für Atomwaffen, die „*Sondermunitionsniederlage*“, und der Alarmbereich, „*Quick Reaction Alert*“ (QRA), musste ebenfalls geschaffen werden. Den Bauantrag stellte das Staatliche Hochbauamt Freiburg im Auftrag des französischen Oberkommandos am 03.10.1961.³⁶ Für etwa 3 Millionen Deutsche Mark aus NATO-Mitteln wurde ein Wachgebäude, ein Wirtschaftsgebäude, ein Hundeverorgungsgebäude, ein Hundezwinger, ein Inspektions- und Wartungsgebäude



Teil der Atombunkeranlage: Ein igluförmiger Eingang zur unterirdischen Atomwaffenniederlage. Foto: Werner Schönleber

sowie ein Unterkunftsgebäude für Wachmannschaften gebaut. Der Antrag sah ein Sondermunitionslager des NATO-Typs „C“ vor. Typ C ist ein unterirdisches Bunkersystem, es setzt sich aus drei zusammenhängenden igluförmigen Hallen zusammen.

Das Personal musste zum Empfang der Bombe ebenfalls umstrukturiert werden. Den NATO-Flugplatz belegte bis März 1960 das *33e escadre de reconnaissance de Strasbourg*.³⁷ Ihre Flugzeuge waren nicht in der Lage, amerikanische Atomwaffen zu tragen, zudem handelte es sich um ein Aufklärungsgeschwader. Von April bis Juni 1961 zog das *3e escadre de chasse de Nancy* in Lahr ein.³⁸ Deren Jagdbomber des Typs *F-100 Super Sabre* waren nordamerikanische Flugzeuge, die mit einem Atomwaffenträgersystem ausgestattet waren. 1965 rüstete Frankreich diese Truppe mit dem Flugzeug *Mirage IIIE* aus, die zugleich amerikanische und französische Atomwaffen tragen konnte. Zusammen mit dem Stab der *1 CATAC* war die Mannschaft etwa 5000 Mann stark.

Eine weitere Maßnahme war die Stationierung der amerikanischen Luftwaffe, des Kustodialpersonals.³⁹ Eine kleine Gruppe von US-Luftwaffenmitgliedern richtete sich im Oktober 1962 in Lahr ein.⁴⁰ Es handelte sich um das *306th Munitions Maintenance Squadron*, eine für kustodiale Aufgaben abgesplitterte Spezialgruppe, deren *Detachements* ein Netz durch Belgien und Deutschland zogen. Welche Stärke das „*Detachment 0900 Lahr*“ hatte, ist unklar. Eine Einladung Oberbürgermeisters Brucker an das Detachment enthält eine Verteilerliste an 9 Offiziere.⁴¹ Es darf bezweifelt werden, dass lediglich 9 Soldaten der US-Luftwaffe in Lahr stationiert waren; immerhin bot

die Unterkunft auf dem Flugplatz 238 m² für Unteroffiziere und für den Rest der Mannschaft 212 m².⁴² Im Oktober 1964 wurde das *Detachment* von einer anderen Einheit abgelöst. Welcher Teil der USAFE das *Detachment* übernommen hat, muss in Zukunft noch geklärt werden.⁴³

Als klar wurde, dass die USA den Franzosen die Bombe entziehen werden, bereiteten sich auch die Kustodialkräfte auf den Abzug vor. Am 01. Juli standen die Atombomben den französischen Streitkräften nicht mehr zur Verfügung, jedoch verliert sich die Spur des *Lahr Detachements* erst am 20. Juli 1966, als es in einem Schreiben um Rechnungen für Medikamente bittet.⁴⁴

Bevor 1969 für ein Jahr Atomwaffen auf dem Flugplatz lagerten, lagen zwei Flugstaffeln dort: das *439 Sabre-Toothed Tiger Squadron* und das *441 Tactical Fighter Squadron Silver Fox*. Die Bomben brachte das *430 Falcon Squadron* aus Zweibrücken mit. Zusammen bildeten sie das 1. Geschwader (*1 Wing*) der 1. Luftwaffendivision. Sie teilten sich die Aufgabe der Angriffsrolle sowie die Luftaufklärung. Das *Lahr Detachment* wurde für Kustodialzwecke wiedereröffnet. Diesmal verbarg sich *Detachment 4* dahinter, eine Gruppierung des *26th Tactical Reconnaissance Wing*.⁴⁵ Es wurde im Juni 1970, mit dem Abzug der *Starfighter* nach Söllingen, geschlossen.

Die Bombe auf dem NATO-Flugplatz

Was nahmen die französischen Soldaten auf dem Flugplatz Lahr nun genau im April 1963 in Empfang? Im Grundsatz handelte es sich um taktische Atomwaffen. Im Gegensatz zu Atomraketen sind taktische Atomwaffen nicht zur Abschreckung gedacht, sondern zum Kriegseinsatz bestimmt. Sie haben in der Regel eine durchschnittliche Sprengkraft zwischen 60 und 80 Kilotonnen (Kt), das entspricht etwa dem Dreifachen der Atombomben, die im August 1945 auf Hiroshima und Nagasaki geworfen wurden.⁴⁶

Die Mark (Mk) 28-Bombe war eine Standardausrüstung US-amerikanischer Jagdbomber.⁴⁷ Etwa 4.500 Bomben in fünf Varianten wurden zwischen 1958 und 1966 in Dienst gestellt. Die Quellenlage lässt bisher keine Rückschlüsse auf Varianten und Modifikationen zu, so kann die genaue Sprengkraft nicht ermittelt werden. Die leichteste Mk 28 hatte eine Sprengkraft von 70 Kt, die stärkste etwa 1450 Kt.⁴⁸

Es ist vorstellbar, dass Mk 28-Y3, jene mit der geringsten Sprengkraft, in Lahr gelagert waren. Diese Annahme basiert darauf, dass im dicht besiedelten Gebiet in Mitteleuropa nicht die stärksten Waffen gebraucht wurden. Um Truppenbewegungen oder Versorgungslinien über Kilometer zu stören, wären die MK 28-Y3 ausreichend.

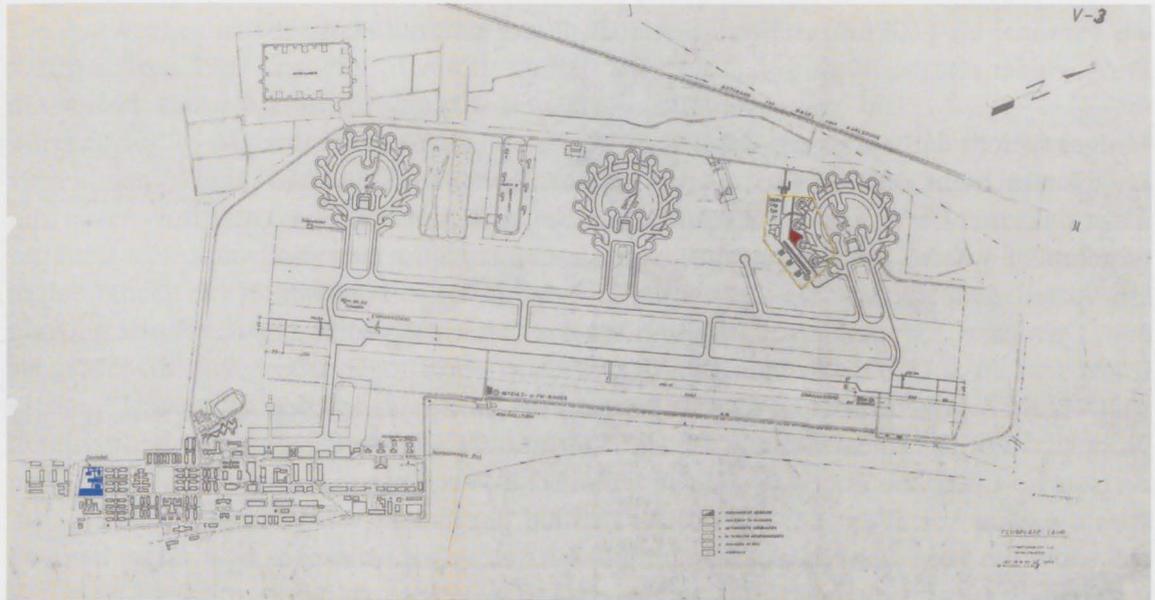
Die gefährlichste in Lahr gelagerte Waffe war die Mk 43 Bombe. Sie konnte von Flugzeugen und Schiffen gleichermaßen genutzt werden.⁴⁹ Ihre Zerstörungskraft ist unvorstellbar: Eine Megatonne Energie kann sie bei ihrer Detonation freisetzen. Somit eignete sie sich beim Einsatz gegen geschützte Militäreinrichtungen, die beispielsweise tief unter der Erde liegen. Je nach Modifikation konnte sie im Tief- sowie im Höhenflug abgeworfen werden.

Die Kanadier hatten von Mitte Juli 1969 bis Mitte Juli 1970 wie die Franzosen zwei Arten von Atomwaffen in Lahr gelagert. Zum einem handelte es sich um die bereits vorgestellte Standardausrüstung Mk 28. Zum anderen wurden ihnen der Typ der Mk 57-Bombe bereitgestellt. Bei ihr handelt es sich ebenfalls um eine taktische Nuklearwaffe, die ebenfalls von den *Starfightern* getragen werden konnte. Ihre Sprengkraft lag bei höchstens 20 kt.⁵⁰

Tagesablauf mit Atomwaffen

Bisher gibt es keine Quellen, die eine Rekonstruktion eines Tagesablaufs mit den Atomwaffen in Lahr ermöglichen. Durch Erfahrungen mit anderen Standorten, Sicherheitsvorschriften aus den technischen Vereinbarungen sowie den Baumaßnahmen lassen sich Rückschlüsse ziehen. Es handelt sich hierbei um Hypothesen, die unter Vorbehalt kommender Quellenuntersuchungen und/oder Zeitzeugenberichte aufgestellt werden.

Der Alarmbereich und das Atomwaffenlager lagen nordwestlich der Landebahn (siehe Plan). Dort standen zwei bis vier Flugzeuge bereit, die gewartet und vollgetankt waren, die sogenannte Alarmrotte. Diese Flugzeuge wurden nicht in Übungen eingesetzt. Wurde der Alarmzustand ausgerufen – das dürfte selten der Fall gewesen sein – mussten die Flugzeuge je nach Alarmstufe in 15 oder 30 Minuten mit einer Atomwaffen bestückt und einsatzbereit sein. Den Einsatzbefehl haben die Ranghöchsten beider Nationen auf dem Flugplatz übermittelt bekommen. Danach musste das Flugzeug sofort starten.



Dazu ist es nur bei den großen NATO-Manövern gekommen, bei denen Übungsgefechtssköpfe, also Bomben ohne Sprengköpfe, eingesetzt wurden.⁵¹

Der Alarmbereich war ein streng überwachtes Gebiet. Für die Überwachung war der Betreuerstaat, in Lahr also die Franzosen und später die Kanadier zuständig. Der Vertrag legt fest, dass 150 Leute für die Bewachung notwendig sind, um die Bomben vor Terroristen, subversiven Gruppen oder halb-militärische Gruppen schützen zu können. Dass der Bauauftrag des QRA-Bereichs auch einen Hundezwinger sowie ein Versorgungsgebäude für Hunde ausweist, lässt den Schluss zu, dass Militärhunde zur Bewachung eingesetzt wurden.⁵²

Die Wartung und Inspektion der Bomben ist nicht nachvollziehbar. Entsprechende Unterlagen liegen, soweit sie überliefert sind, unter Verschluss. Anfangs, als nur die Stationierung des *306th Munitions Maintenance Squadron* bis 1964 bekannt war, wurde vermutet, dass das Kustodialpersonal zwischen 1965 und 1966 nicht mehr permanent vor Ort war. Folglich lag es nahe, Wartungsflüge in USAFE Basen wie Sembach mit den Bomben anzunehmen, jedoch erwies sich die Annahme als unbegründet. Die technische Vereinbarung besagt, dass die Bomben von ihrer Lieferung bis zum Abzug den Standort nur unter bestimmten Bedingungen verlassen. Wie oben gezeigt, blieb

Der Flugplatz 1961. Die US-Soldaten waren im blauen Bereich untergebracht, die Atomwaffen im gelben. Der QRA-Bereich liegt in der roten Markierung. Foto: BArch, BW 101516c fol 33. Hervorhebungen vom Autor

das Personal bis 1966 und richtete sich auch in der zweiten Phase ab 1969 wieder ein.

Einiges spricht dafür, dass das US-Kostudialpersonal die Grenzen des Flugplatzes nicht oft verlassen hatte. Bis auf den Commander ist nicht dokumentiert, dass die US-Soldaten außerhalb der Zäune untergebracht waren. Für die soziale Kontrolle der Soldaten war dies ein Vorteil: Sabotage und Desertation konnte damit vorgebeugt werden. Dies passt zur weiteren Überwachung des Umfeldes. Auch die französischen Soldaten mussten ständig Sicherheitsprüfungen über sich ergehen lassen. Selbst die Bevölkerung im Umkreis um den Flugplatz wurde ohne es zu wissen auf kommunistische und terroristische Umtriebe überwacht.⁵³ Die technische Vereinbarung bestimmte, dass vor allem der öffentliche Bereich überwacht werden soll, dort wo zum Beispiel Soldaten mit Zivilisten Alkohol konsumieren.

Für den Strahlenschutz war das *USAFE*-Personal verantwortlich. Es brauchte hier speziell geschulte Kräfte, um Strahlenverseuchung oder Unfälle mit radioaktivem Material zu verhindern. Wie heute noch an einigen Gebäude am Flugplatz erkennbar ist, wurde vor radioaktiven Material gewarnt. Nur autorisierte Personen hatten Zutritt zu diesen besonders gekennzeichneten Gebäuden.

Nach Abzug der Bombe 1970

Mit dem Abzug der *RCAF* war das nukleare Zeitalter für Lahr zu Ende. Die kanadische NATO-Brigade hielt in Lahr Einzug. Von nun an bestimmten nicht mehr Düsenflugzeuge das Bild des Lahrer Westens, sondern Panzer. Dennoch blieben Gerüchte und vermeintlich dunkle Ahnungen über geheime Atomwaffen auf dem Lahrer Flugplatz.

Die Kanadier waren bis zu ihrem Umzug nach Lahr an ihrem alten Standort Soest mit einer nuklearen Gefechtsrakete ausgerüstet: der *Honest John*. Im Juni 1970, bevor sich die Brigade gen Lahr aufmachte, lösten sie die atomare Einheit auf. Die Gefechtsraketen gaben sie der *US-Army* zurück.⁵⁴ Doch konnte Kanada unter Kernwaffengegner Trudeau sich auch aus der nuklearen Rolle heraushalten, wenn der Kalte Krieg sich verschärfte?

Die Antwort erhielt die Bevölkerung in den frühen 80er Jahren. An Weihnachten 1979 erreichte der Kalte Krieg eine Eskalationsstufe, die vorher kaum vorstellbar war. Die Sowjetunion intervenierte im Bürgerkrieg in Afghanistan, um die kommunistische Regierung zu verteidigen. Wie 1957 war dies ein Schock, wieder reagierte die NATO mit einer Aufrüstung des Atomwaffenarsenals in Europa. Diesmal weigerte sich Kanada, den Beschluss mitzutragen. Trudeau besuchte in den Jahren der Nachrüstung alle Länder der NATO, um die Stationierung von *Pershing II* Atomraketen in Europa zu verhindern. Diese als „Peace-Mission“ in die Geschichte eingegangene Aktion bewirkte nichts.⁵⁵ Immerhin gelang es Trudeau, Kanada aus der Nachrüstung herauszuhalten, somit wurden für die kanadischen Streitkräfte keine *Pershing II* in Lahr stationiert.

Beunruhigend war dennoch, dass unter Beteiligung der USAFE der Flugplatz 1980 ausgebaut wurde.⁵⁶ Ein Lehrer war es, der über den F.D.P.-Bundestagsabgeordneten Jürgen W. Möllemann eine Anfrage an das Bundesministerium für Verteidigung richtete. Welche Bedeutung hat der Flugplatz in Lahr? In einer geheimen Antwort legte der damalige Parlamentarische Staatssekretär Andreas von Bülow den NATO-Plan für Möllemann offen. 3700 Mann waren in Lahr stationiert. Falls ein Kriegsfall eintreten würde, würden sie mit 5600 Mann aus Kanada (5. Bri-gade) und einer Flugzeugstaffel aus Söllingen verstärkt werden. Zusätzlich sollte im Kriegsfall eine Flugzeugstaffel aus den USA Lahr als Drehkreuz benutzen. Schon in Friedenszeiten sollte dies geprobt werden. Und tatsächlich: alle zwei Jahre, während der großen NATO-Übungen landeten US-Amerikanische Jagdbomber des *33th Tactical Fighter Wing* in Lahr.⁵⁷

Nur, wie waren diese Flugzeuge ausgestattet und welche Waffen trugen sie? Das sollte im Auftrag der Grünen im Lahrer Gemeinderat Erich-Schmidt Eenboom im Jahre 1987 herausfinden. Jedoch konnte Schmidt-Eenboom in seiner Studie „Rüstung unterm Ahornblatt“ nur auf begrenzte Quellen stützen. Abgesehen von seiner Erfahrung als Bundeswehroffizier griff er auf die Lah-

Nur mit einer Attrappe unterwegs: Ein US-Jagdbomber während einer NATO Übung 1987. Foto: National Archives, Washington, Photo Nr. 330-CFD-DF-ST-88-05642



rer Zeitung und auf sich widersprechende Militarisierungsatlantent zurück. Seine Ergebnisse waren aber dennoch präzise und entsprechen dem Sachstand: In Lahr werden keine Atomwaffen gelagert.⁵⁸ Seine Anhaltspunkte auf eine Atomwaffenlagerung werden heute als „Verdachtsmomente“⁵⁹ gedeutet, sie sind jedoch unbegründet. Im Kriegsfall wäre Lahr eine Ausweichbasis für die US-Luftwaffe gewesen. Atomwaffen wären, wenn dies überhaupt im Krieg praktisch möglich gewesen wäre, erst dann in Lahr eingelagert worden.

Fazit: Wahrheit und Gerüchte

Lahr als Atomwaffenstandort? Um diese Frage zu klären wurde das Programm der Nuklearen Teilhabe für Frankreich und Kanada, Infrastrukturelle Veränderungen am Flugplatz Lahr, der Umzug der 1. kanadischen Luftwaffendivision sowie die Politik Pierre Trudeaus untersucht.

Es ließ sich feststellen, dass Frankreich und Kanada am NATO-Konzept der nuklearen Teilhabe teilnahmen. Für Lahr hatte dies die Konsequenz, dass von April 1963 bis Juli 1966 an 15 US-Atomwaffen der Typen MK 28 und MK 43 lagerten. Dies ging mit einer Reorganisation der französischen Luftwaffe und der Stationierung eines US-amerikanischen *Detachment* einher.

Die Krise der NATO 1965/66 sorgte für den militärischen Rückzug Frankreichs aus der Kommandostruktur. Die Luftwaffenbasen in Frankreich, die von der *USAFE* und den *RCAF* belegt waren, mussten geräumt werden. Lahr wurde der neue Standort der *RCAF*.

Die kanadischen Fliegerstaffeln wurden in Lahr zunächst nicht nuklear ausgerüstet, sondern beschränkten sich auf die Luftaufklärung. Erst als der Standort Zweibrücken, ebenfalls eine *RCAF* Basis, seine Tore schloss, verlegte die *USAFE* ihre Atomwaffen (Mk 28 und Mk 57) im Juni 1969 nach Lahr. Die Aufklärungsgeschwader, die bereits in Lahr stationiert waren, wurden mit atomaren Aufgaben betraut.

Pierre Trudeau unterzog 1968 der kanadischen NATO-Politik einer Revision. Dabei sollte der Verteidigungsbeitrag Kanadas in Europa verkleinert und die Armee atomwaffenfrei werden. Trudeau rang gegen den starken Widerstand der anderen NATO-Partner, setzte dann aber den Ausstieg aus der Nuklearen Teilhabe durch. Damit beendete er auch die Zeit Lahrs als Atomwaffenstandort. Die *RCAF* räumte den Flugplatz ab Mitte Juli 1970 um Platz für NATO-Brigade zu schaffen.

Seit den 1970er Jahren ist Lahr ein Militärstandort ohne Atomwaffen. Im Kriegsfall hätte er einer werden können, die US-Luftwaffe hätte Lahr als Standort benutzen dürfen. In Friedenszeiten wurde der Anflug auf Lahr alle zwei Jahre geübt. Aus diesem Umstand heraus konnte Erich Schmidt-Eenboom keine Atomwaffen auf dem Flugplatz Lahr nachweisen. Es blieb bei Manövern mit Attrappen.

Die Nachforschungen zu den Atomwaffen in Lahr stehen erst noch am Anfang. In verschiedenen Archiven, wie dem *Service Defence Historique* in Paris, im LAC Ottawa, des Auswärtigen Amtes in Berlin oder dem Archiv der USAF auf der Maxwell Airbase bei Montgomery, Alabama, schlummern noch Dokumente, die auf ihre Sichtung und Auswertung warten. Ein Teil der Dokumente liegt derzeit unter Verschluss. In Verbindung mit einem größeren Projekt wäre eine tiefere und quellengestützte Untersuchung möglich, um auch letzte Fragen zu klären.

¹ Siebold, Heinz: Lahrs atomares Geheimnis, in: Badische Zeitung vom 05.07.2019

² Schmidt-Eenboom, Erich: Rüstung unterm Ahornblatt. Die Kanadischen Streitkräfte in Baden-Württemberg. Starnberg, 1988

³ Für Frankreich Poilbout, Auriélien: Quelle stratégie nucléaire pour la France ? L'armée de l'Air et le nucléaire tactique intégré à l'OTAN (1962-1966), in: *Revue historique des armées* (2011), H. 262, S. 46–53. Für Kanada Clearwater, John: *Canadian Nuclear Weapons. The Untold Story of Canada's Cold War Arsenal*. Toronto, 1998

⁴ Vgl. Dülffer, Jost: *Europa im Ost-West-Konflikt. 1945-1991*. München, 2010, S. 31.

⁵ Military Committee: MC/48. *The Most Effective Pattern of NATO Military Strength for the Next Few Years*, in: Pedlow, Gregory W. (Hrsg.), *NATO Strategy Documents. 1949 - 1969*, Brüssel, 1997, S. 241

⁶ To stockpile (engl.) = bevorraten. In Deutschland wird das Konzept „Nukleare Teilhabe“ genannt, es ist im englischen Sprachraum auch als „nuclear sharing“ bekannt.

⁷ Final Communiqué. Meeting of Heads of State and Government 16 Dec. 1957 - 19 Dec. 1957. https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_17551.htm (7. August 2019)

⁸ Vgl. Requate, Jörg: *Frankreich seit 1945*. Göttingen, 2011, S. 66

⁹ Ausführlich mit weiteren Hintergründen vgl. Schmitt, Burkard: *Frankreich und die Nukleardebatte der Atlantischen Allianz 1956 - 1966*. München, 1998

¹⁰ Memorandum From Secretary of State Herter to President Eisenhower (Dokument 198), in: FRUS, 1958–1960, *Western Europe*, Volume VII, Part 2, Washington, 1993, S. 418

¹¹ Mehrstaatliche technische Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika bezüglich der Instandhaltung und Unterstützung französischer und deutscher Streitkräfte im Bereich CENTAG/4 ATAF vom 28.02.1962. BArch, BW 1/103529

¹² Verteidigungsattaché aus Ottawa an den Bundesminister für Verteidigung. Betrifft: Verlegung der kanadischen Einheiten aus Frankreich vom 20.06.1966. BArch, BW 1/54500

¹³ Vgl. Maloney, Sean M.: *Learning to Love the Bomb. Canada's Nuclear Weapons During the Cold War*. Washington, 2007, S. 232

¹⁴ Abgedruckt in: *Clearwater, Canadian Nuclear Weapons*, S. 242–309

¹⁵ Standing Group Liaison Office; Office of the Standing Group Representative. *Canadian und US Stockpiling Agreement*. LOM 244/63, Standing Group Liaison Office Paris, Memoranda. NATO Archives, Online

¹⁶ Vgl. Bozo, Frédéric: *La France et l'Otan. De la guerre froide au nouvel ordre européen*. Paris, 1991, S. 73

¹⁷ Vgl. Poilbout, *Quelle stratégie?*, S. 49

¹⁸ US-Atomwaffen für französische Bomber, in: *Die Welt* vom 04.04.1963

¹⁹ Vgl. Poilbout, *Quelle stratégie?*, S. 49

²⁰ Requate, Frankreich seit 1945

²¹ Military Committee. French Note to SACEUR. LOSTAN 6962, Standing Group Liaison Office. NATO Archives, Online

²² USA warnen Frankreich: Kernwaffenentzug möglich. Ausgang der Verhandlungen Bonn-Paris entscheidend, in: *Die Welt* vom 28.05.1966

²³ Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Ruete. Betrifft: Frankreich und die NATO hier: Verlegung kanadischer Luftwaffeneinheiten nach Lahr (Dokument 252), in: *Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), AAPD. Bd.: 1966/2 01. Juli-31. Dezember*, München, 1997, S. 1052. Den genauen Abzugstermin nennt Ruete nicht, er war aber informiert, dass die Atomwaffen ab 01. Juli 1966 den Franzosen nicht mehr zur Verfügung stehen

²⁴ Ebenda, S. 1051

²⁵ Aufzeichnung des Ministerialdirektor Ruete. Betrifft: Verlegung der französischen Luftstreitkräfte in Deutschland nach Frankreich und Übernahme des Flugplatzes Lahr durch die kanadische Luftwaffe (Dokument 29), in: *Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), AAPD. Bd: 1967 1. Januar - 31. März*, München, 1998, S. 172

²⁶ Military Committee. Availability of Lahr Air Base to receive RCAF. LOCOM 7755, Liaison Office Communication. NATO Archives, Online

²⁷ Redeployment of 1 Air Division vom 06.12.1966. LAC, RG2, Privy Council Office, Series A-5-a, Volume 6321

²⁸ Vgl. *Clearwater, Canadian Nuclear Weapons*, S. 309

²⁹ Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete. Betrifft: Außenpolitische Tendenzen in Ottawa; hier: Möglichkeit von Änderungen in der kanadischen Deutschlandpolitik (Dokument 286), in: *Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), AAPD. Bd: 1969*, München, 2000, S. 996

³⁰ Luftwaffenoffizier an Oberbürgermeister Brucker. Betrifft: Zeitungsausschnitt aus dem *Ottawa Journal* vom 02.07.1969. StadtAL, Altregistratur Hauptamt 192.33 Bd II.

³¹ Vgl. Halloran, Mary: „A Planned and Phased Reduction“. *The Trudeau Government and the NATO Compromise, 1968-1969*, in: *Nuenlist, Christian/Locher, Anna (Hrsg.), Transatlantic Relations at Stake. Aspects of NATO, 1956-1972*, Zürich, 2006, S. 140

³² Head, Ivan L./Trudeau, Pierre Elliott: *The Canadian Way. Shaping Canada's Foreign Policy 1968 - 1984*. Toronto, 1995, S. 65

³³ Vgl. ebenda, S. 91

³⁴ Canadian NATO Force Proposals vom 13.08.1969. LAC, RG2, Privy Council Office, Series A-5-a, Volume 6340

³⁵ Bundesminister für Verteidigung an den Bundesminister für wirtschaftlichen

Besitz des Bundes. Betrifft: NATO-Flugplatz Lahr. Hier: Startbahnverlängerung.

BArch, BW 1/24626. Fol. 22

³⁶ Staatliches Sonderbauamt Freiburg: Antrag auf Arbeitsgenehmigung vom 03.10.1961. BArch, BW 1/120605

³⁷ Vgl. Guyot, Henri: *L' Armée de l'Air, des avions et des hommes*. Paris, 1992, S. 97

³⁸ Vgl. ebenda, S. 25

³⁹ Custody (engl) = Aufsicht, Aufbewahrung

⁴⁰ Persönliche Mitteilung Michael Haulmann, Air Force Historical Research Agency, Montgomery, Alabama

⁴¹ Oberbürgermeister Brucker an Major Hays. Betrifft: Stadtrundfahrt für US-Offiziere vom 14.05.1963. StadtAL, Altregistratur Hauptamt 192/31

⁴² Niederschrift der NATO-Besprechung in der Oberfinanzdirektion Freiburg am 27. Februar 1962. BArch, BW1/120605

⁴³ Persönliche Mitteilung Michael Haulmann, Air Force Historical Research Agency, Montgomery, Alabama

⁴⁴ US-Detachment French Air Force Flugplatz an Prof. Maurath. Betrifft: Payment of Medical Bills vom 20.07.1966. StadtAL, Altregistratur Hauptamt 192/31

⁴⁵ Vgl. Clearwater, Canadian Nuclear Weapons, S. 128

⁴⁶ Verteidigungsattaché aus Ottawa an den Bundesminister für Verteidigung. Betrifft: Verlegung der kanadischen Einheiten aus Frankreich vom 20.06.1966. BArch, BW 1/54500

⁴⁷ Vgl. Hansen, Chuck: *US Nuclear Weapons. The Secret History*. Arlington, 1988, S. 151

⁴⁸ Vgl. ebenda

⁴⁹ Vgl. ebenda, S. 158

Vgl. Clearwater, Canadian Nuclear Weapons, S. 128

⁵¹ Mehrstaatliche technische Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika bezüglich der Instandhaltung und Unterstützung französischer und deutscher Streitkräfte im Bereich CENTAG/4 ATAF vom 28.02.1962. BArch, BW 1/103529.

⁵² Staatliches Sonderbauamt Freiburg: Antrag auf Arbeitsgenehmigung vom 03.10.1961. BArch, BW1/120605

⁵³ Mehrstaatliche technische Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland, der Republik Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika bezüglich der Instandhaltung und Unterstützung französischer und deutscher Streitkräfte im Bereich CENTAG/4 ATAF vom 28.02.1962. BArch, BW 1/103529

⁵⁴ Vgl. Blume, Peter: *Das Ahornblatt in Germany. Kanadische Heeresstreitkräfte in Deutschland 1951-1993*. Emmelshausen, 2000, S. 33

⁵⁵ Zu Trudeaus Peace-Mission siehe: Burnet, Luc-André: *Unhelpful Fixer? Canada, the Euromissile Crisis, and Pierre Trudeau's Peace Initiative, 1983-1984*, in: *The International History Review* (2018), S. 1-23

⁵⁶ Parlamentarischer Staatssekretär des Bundesministers für Verteidigung an Möllemann MdB. Betrifft: Künftige Bedeutung des von den kanadischen Streitkräften genutzten Flugplatzes Lahr vom 03.09.1980. BArch, BW 1/175227

⁵⁷ Nicks, Don: *Lahr/Schwarzwald. Base des forces Canadiennes Lahr/Canadian Forces Base Lahr 1967-1992*. Ottawa, 1992, S. 71

⁵⁸ Vgl. Schmidt-Eenboom, *Rüstung unterm Ahornblatt*, S. 41

⁵⁹ Siebold, *Lahrs atomares Geheimnis*

Das Lahrer Ramsch und Jugendclubs heute

Von Ines Schwendemann

Discotheken, Kneipen, Bars und Clubs – wo verbringen Jugendliche und junge Erwachsene ihre Abende und Nächte? Während die meisten dieser Einrichtungen den Zugang für unter 18-Jährige verwehren oder den Eintritt frühestens mit 16 Jahren gestatten, bietet und bot der Jugendclub schon früher die Gelegenheit, Grenzen zu testen und Freunde zu treffen. Den Drang, nach draußen zu gehen, etwas zu erleben und die Nächte durchzutanzen, gibt es nicht erst seit heute. Junge Erwachsene erwarten viel vom Leben, insbesondere vom Nachtleben. Die Jugendclubs gibt es noch, besonders in den Lahrer Ortsteilen, doch ironischer Weise sprechen junge Erwachsene heute nicht mehr vom „Club“, wenn sie diese ortsgebundenen Aufenthaltsorte nennen, sondern wenn sie in die Diskothek gehen. Die folgende Betrachtung befasst sich mit dem Lahrer Jugendclub „Ramsch“, der von 1969 bis 2003 in Lahr existierte. Die Faszination des „Ramsch“ hält bis heute an – zahlreiche ehemalige Mitglieder waren am 14. Oktober 2017 zur Ramsch-Revival-Party „Ramsch first! – Wise but not old“ in den Schlachthof gekommen. Doch auch die heutigen Jugendclubs in Lahr und Seelbach sollen unter die Lupe genommen werden. Braucht es Jugendclubs heute noch?

Das „Ramschloch“

1969 war der ursprünglich als „Ramschloch“ bezeichnete Jugendclub der Pfarrgemeinde St. Maria gegründet worden. „Begonnen hatte die Clubarbeit in den alten Räumen unseres Gemeindehauses, wo Jugendliche sich in Eigenarbeit einen Clubraum einrichteten“, heißt es in der Übersicht zur Jugendarbeit der Kirchengemeinde St. Maria aus dem Jahr 1975, die sich auch mit dem später nur noch „Ramsch“ genannten Jugend-Raum befasst. Der Kreis der Mitglieder habe sich erweitert, bald seien auch weitere Räume dazugekommen. Der Jugendclub wurde in Eigenarbeit von den Jugendlichen eingerichtet und geleitet. Dazu gehörte auch der Getränkekauf, Bardienste, Putzdienste, die Clubkartenausgabe, Filme, Disco und besondere Veranstaltungen. All das wurde von den Mitgliedern selbst organisiert. Anfangs, so heißt es in der Übersicht, hätte Peter Obergföll, später

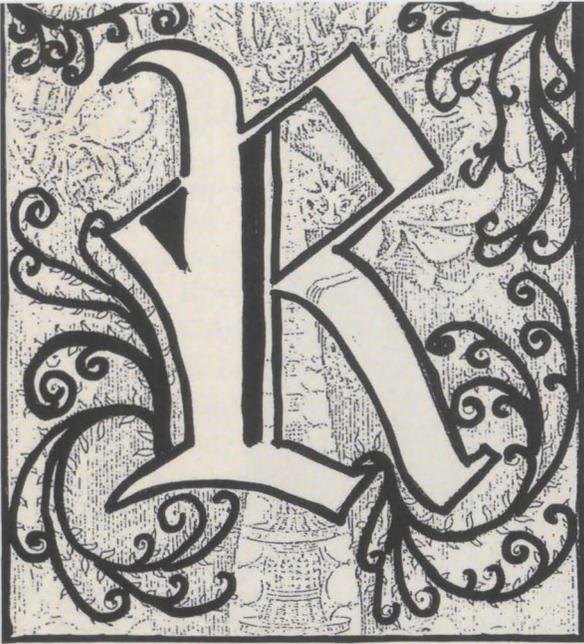
Bild links:

Der Clubausweis für das „Ramschloch“ von Reinhard Kattinger aus dem Jahr 1982. Foto: I. Schwendemann

Name: KATTINGER		Verl: F069	
Vorname: REINHARD		L 068	
Ort/Straße: LAHR KANTSTRASSE			
Geburtsdatum		Tag	Monat
		19	01
		Jahr 67	
GRUPPENLEITER			
			
Sancta Maria Ramschloch			
Die Angaben des Clubmitglieds wurden am Hand des Personalausweises geprüft am:			
Tag	Monat	Jahr	Unterschrift des Gremiumsmitglieds
			<i>[Signature]</i>
Ausweis ausgegeben am:		Gebühr bezahlt: ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	
Tag	Monat	Jahr	Unterschrift des Gremiumsmitglieds
5	0	82	<i>[Signature]</i>

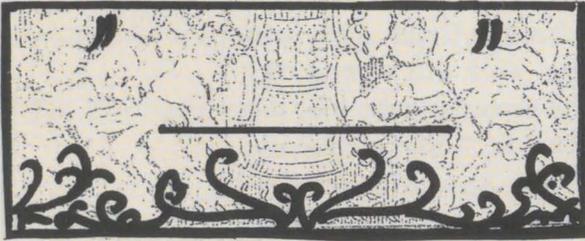


Norbert König den Jugendlichen mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Mit dem Umbau des Gemeindehauses musste der Jugendclub in den Keller des Kindergartens in der Klostermattengasse ausweichen. Auch Reinhard Kattinger, der seit 1982 Clubmitglied und von 1986 bis 1988 im Gremium des Clubs war, erinnert sich an seine Zeit im „Ramsch“. „In den 70er Jahren gab es so gut wie keine Discotheken in Lahr.“ Das „Ramschloch“ habe zunächst innerhalb der Gemeinde an Bedeutung gewonnen, später auch darüber hinaus. „Es hatte über die Stadtgrenzen hinaus einen Namen.“ Man habe kein Mitglied der Kirchengemeinde sein müssen, aber: „Es war immer eine Verbindung zur Pfarrgemeinde da.“ Die ursprüngliche Idee des Clubs sei es gewesen, einen Raum für zwanglose Zusammenkünfte für Jugendliche zu schaffen, erklärt Kattinger. Aus dieser Idee sei irgendwann der Club-Betrieb entstanden, den habe es zu Beginn des „Ramschlochs“ aber nicht gegeben. „Das war so nicht geplant.“ Ab Anfang der 70er-Jahre habe es dann die Clubkarte gegeben, ohne die der Zutritt zum „Ramschloch“ nicht möglich gewesen sei. Mit der Clubkarte habe sich auch der Name geändert. Ab Anfang der 70er-Jahre wurde aus dem „Ramschloch“ das „Ramsch“. Clubmitglieder mussten sich von Beginn an beteiligen, zum Beispiel über den Bar- oder Putzdienst. Auch Ausflüge wurden organisiert. „Aber wir waren kein Verein, sondern es war ein Angebot der Pfarrgemeinde“, macht Kattinger deutlich.



AMSCH

ZEITUNG No 1



→ DOCH UNS
FEHLT NOCH
DER NAME!
VORSCHLÄGE AN
DER THEKE AB-
GEBEN!

ÖFFNUNGSZEITEN:
MI 20 - 22:30
SA 20 - 24:30
SO AB 19:30



UND NOCH WAS:

- GRENZSETZUNGEN (SO) SIND ÖFFENTLICH, UND VORHER WIRD GETUTET (AB 17:30) Wozu JEDER HERZLICH EINGELADEN IST

Der Umbau

Bild links:

„... und vorher wird geputzt.“ Titelblatt der Ramsch-Zeitung aus dem Jahr 1992
Foto: I. Schwendemann

„Das alte Ramsch ist tot, es lebe das neue“, schrieb der damalige Lahrer Anzeiger, heute Badische Zeitung, am 2. Juli 1987 zur Wiedereröffnung des „Ramschs“. Der Artikel berichtet vom Empfang anlässlich der Renovierung und Neueröffnung des Jugendclubs „Ramschloch.“ Mithilfe vieler junger Menschen habe das Kellergewölbe des Jugendclubs einen neuen, moderneren und attraktiveren Anstrich bekommen. 1987 sei das „Ramsch“ nun wieder an der Stelle, an der es zwischen 1969 und 1984 seine Räume hatte, heißt es im Zeitungsartikel. Bei der Eröffnung waren laut Bericht Vertreter des Pfarrgemeinde St. Maria, Vertreter der das „Ramsch“ leitenden KJG-Gremien und der Stadtjugendpfleger Günter Evermann dabei. Pfarrer Herbert Schmider erkannte im Namen der Pfarrgemeinde St. Maria die beim Umbau geleistete Arbeit an und dankte dem Leitungsteam des Jugendclubs. Die Stadt Lahr hatte den Umbau bezuschusst. „Entsprechend den Zielen und Aufgaben kirchlicher Jugendarbeit sollen Jugendliche dort miteinander Freizeit gestalten und miteinander ein Zuhause finden können“, wird Schmider im Artikel zitiert. „Für viele war das Ramsch ein Stück Heimat“, sagt auch Gela Haller, die von 1990 bis 1994 im „Ramsch“-Gremium war, heute. „Wir haben viel Zeit dort verbracht, aber die Eltern wussten eben immer, wo wir waren und haben uns Vertrauen entgegengebracht“, ergänzt Kattinger.

Neben dem Clubbetrieb habe es auch andere Aktivitäten gegeben: Von Video-, Themen- und Diskussionsabenden über Freizeiten, meist in Form von Zeltlagern. „Und die Gemeinde hat das immer begleitet“, betont Haller. Während der Umbaupause waren die Mitgliederzahlen gefallen, wie der Zeitungsartikel beweist. Stadtjugendpfleger Evermann beglückwünschte die Beteiligten bei der Neueröffnung 1987, er sprach den Verantwortlichen der Leitung angesichts der „in den letzten Jahren gefallenen Mitgliederzahlen Trost“ zu. Es komme bei der Jugendarbeit nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität an, wird Evermann zitiert. Merkmal einer erfolgreichen Arbeit sei eine erreichte „Intensität im Zusammenleben“ innerhalb einer Gemeinschaft, erklärte der Stadtjugendpfleger. Auch Reinhard Kattinger zeigte sich schon damals erleichtert darüber, dass das „Ramsch“ nach Jahren der Umstellung wieder in die alten Räume eingezogen sei. Nach dem Umzug begann eine neue Generation, das „Ramsch“ wieder mit Leben zu füllen. „Wir haben plakatiert, samstags in der Stadt Handzettel verteilt“, heißt es in einem Zeitungsartikel der Ba-

TERMINE

- am 07.02. (Freitag) findet im Ramsch ein Konzert der Gruppe "IMBRUE HUZZA" statt. Einlaß ab 19.00 Uhr, Beginn 21.00 Uhr.
- am Samstag, den 22.02. bleibt das Ramsch geschlossen (Gemeindetag!). Dafür ist aber am Freitag, den 21.02. Discotime !
- auch am Samstag, den 27.03. bleibt das Ramsch zu. Dafür ist aber im Gemeindefestsaal eine Theateraufführung:
"STAN UND OLLIE IN DEUTSCHLAND"
- und am "schmutzigen Donnerstag" ist im Ramsch die obligatorische Fastnachtsveranstaltung - das wäre der 27.02.
- und in der 5. Sommerferienwoche ist ein Zeltlager in Geradmer/Elsaß geplant. Die Kosten würden sich auf ca. DM 100,- belaufen. Wer daran interessiert ist, kann sich in die ausgehängte Liste eintragen.



Sonstiges...

- Ab März '92 kann man nur noch mit einem gültigen Clubausweis ins Ramsch kommen.
- Die Mitgliederzahl ist leider auf 250 Leute begrenzt, da zur Zeit das Gremium nicht mehr packt. (Streß, Panik, Frust)
- Mitglied kann werden, wer das 15. Lebensjahr vollendet hat.
- Mit 17½ Jahren kann man in das Gremium eintreten, wenn:
 - man gute Nerven hat.
 - man viel Idealismus zeigen will
z. B. Putzdienst, Disco, Bar.
 - man als Nichtraucher die ignoranten Qualmer ertragen kann.
 - man von Montag bis Sonntag Zeit hat
 - man eigene Vorstellungen über die Clubgestaltung in die Tat umsetzen will.
 - man einen vollen Bierkasten bei eingeschalteten Strobo über die Tanzfläche bringt, wenn Andreas Warten gerade seinen Pogo tanzt.

nach 6 Monaten Probezeit und vollendeten 18 Jahren ist man ein stimmberechtigtes Gremiumsmitglied - wenn man sich bewährt hat. Profilierungssüchtige Angeber haben schlechte Karten.

- Neuerdings wird auch --,50 DM Flaschenpfand verlangt. In letzter Zeit gab es einfach zuviel Bruch.
- Philipp Langenbach wurde zum Chefputzer ernannt. Er hat schon mehrmals geholfen - freiwillig ! Und er lebt noch ?



dischen Zeitung vom 30. September 2017. Mit den neuen Räumen sei man der Gemeinde wieder ein Stück nähergekommen, denn der Club werde als Teil der Pfarrgemeinde verstanden, sagt Kattinger im Zeitungsartikel des Lahrer Anzeigers von 1987. Norbert König, der selbst in den Jahren 1976 bis 1980 als Verbindungsmann zwischen Gremien und Pfarrgemeinde fungierte, sprach beim Empfang ebenfalls einige Worte: Die Hauptverantwortung habe anfangs bei Peter Obergföll gelegen. Die „Männer der ersten Stunde“ hätten aus einer ehemaligen Küche und alten Kellerräumen einen Raum für zwanglose Zusammenkünfte Jugendlicher geschaffen.“

Bild links:

Termine im
„Ramsch“ An-
fang 1992. Foto: I.
Schwendemann

Die Räume

Das Gemeindehaus im Osten der Kernstadt, in dem das „Ramsch“ viele Jahre zuhause war, war einst das Gebäude der C.A. Kramer'schen Hutfabrik, das von 1939 an als Notkirche für die damalige Kuratie Sancta Maria und im Obergeschoss auch schon als Altenheim diente. Das geht aus dem Grußwort „Zum Geleit“ des damaligen Oberbürgermeisters Werner Dietz hervor, das in einer Festschrift aus dem Jahr 1985 abgedruckt wurde. Nach dem Bau der Pfarrkirche St. Maria und des modernen Caritas-Altenheims verlor das Gebäude vorübergehend die Bedeutung für die Pfarrgemeinde.

Nach jahrelangen kostspieligen und mühevollen Umbau- und Modernisierungsarbeiten stelle sich das Gebäude nun, im Jahr 1985, als „Heimstätte für vielseitige Aktivitäten und für die Arbeit zahlreicher Gruppen und Kreise dar“, schreibt Dietz in seinem Grußwort. Das „Ramsch“ war im Keller des Gebäudes untergebracht, erinnert sich Reinhard Kattinger heute. Die Innenräume hätten die Jugendlichen selbst ausgestattet. „Vor dem Umbau gab es alte Sauerkrautfässer und alte Clubessel als Sitzgelegenheit“, erinnert sich Gela Haller. Um die Bar saßen die Jugendlichen auf Schaukeln. Die Wände waren mit Holz verkleidet. Nach dem Umbau gab es auch Sofas und die Wände waren angemalt und mit Plakaten behangen. An der Wand habe sein ZZ-Top-Auto gehangen. „Oft haben im Ramsch auch kleine Bands gespielt“, erinnert sich Haller.

Noch heute ist auf dem Internet-Portal „Youtube“ ein Auftritt der Band „Schluckauf“ vom 20. September 1991 im „Ramsch“ zu finden. Und in der „Ramsch-Zeitung“, die Haller immer noch Zuhause hat, steht, dass am 7. Februar 1992, einem Freitag, die Band „Imbrue

Huzza“ um 21 Uhr im „Ramsch“ spielte. 100 Quadratmeter habe der Jugendclub etwa gemessen. „Vorne war die Theke und die Bar und hinter einem Raumteiler war die Tanzfläche“, erinnert sich Haller. Heute ist die „Young Caritas“ im Gebäude.

Die Organisation

Auf der Grundlage einer gemeinsam mit dem Jugendausschuss erarbeiteten Konzeption wurde das „Ramsch“ von einem Leitungsteam von rund zehn Verantwortlichen über 18 Jahre geleitet, heißt es in der Festschrift aus dem Jahr 1975. Ziel der Clubarbeit sei es, den Mitgliedern einen Freiraum zu selbstverantwortlichem Handeln zu schaffen, ihnen Freizeitgestaltung in Gemeinschaft zu ermöglichen und dabei auch religiöse Inhalte nahezubringen. „Dies sind hohe Ziele, die nicht immer erreicht werden können - Jugendarbeit bietet eben gerade durch ihre Vielfalt und Lebendigkeit unzählige Spannungsfelder, die es gemeinsam zu bewältigen gibt“, heißt es in der Festschrift.

Der Eintritt ins „Ramsch“ sei ab 16 Jahren möglich gewesen, sagt Reinhard Kattinger. „Mitglied kann jeder ab 16 Jahren werden, der bereit ist, die Grundlagen unserer Gemeinschaft zu akzeptieren und sich aktiv am Clubleben zu beteiligen“, heißt es in der Übersicht von 1975. Viele seien vorher in der Katholischen jungen Gemeinde, kurz KJG, gewesen. „Da durfte man schon nach der Kommunion rein“, sagt Kattinger. Und: Als KJG-Mitglied habe man schon mit 15 ins „Ramsch“ gedurft. Das „Ramsch“ sei eben auch ein Angebot in der KJG gewesen.

Anfangs habe es ein „Gremium“ gegeben, dessen Mitglieder auch im Jugendausschuss der Kirchengemeinde vertreten waren. Eintreten durfte laut „Ramsch-Zeitung“ jeder ab 17 Jahren, wenn man „gute Nerven hat, viel Idealismus zeigen will, als Nichtraucher die ignoranten Qualmer ertragen kann, von Montag bis Sonntag Zeit hat und eigene Vorstellungen über die Clubgestaltung in die Tat umsetzen will“. Nach sechs Monaten Probezeit und vollendeten 18 Jahren sei man stimmberechtigtes Gremiumsmitglied, wenn man sich bewährt hat, heißt es in der „Ramsch“-Zeitung. Später wurde aus dem Gremium dann das Leitungsteam. Zweimal in der Woche habe es Sitzungen gegeben. Der Club hatte immer samstags geöffnet. Dazu mittwochs und sonntags. „Man hat das dann halb-offene Jugendarbeit genannt“, erklärt Kattinger. Die laufenden Kosten habe

stets die Kirchengemeinde übernommen, zum Beispiel Strom und Wasser. „Aber Musik und Getränke haben wir aus unserer Kasse gezahlt“, sagt Haller. „Der Clubausweis war sehr begehrt“, erinnert sich Haller. Clubmitglieder hätten zehn D-Mark gezahlt. Irgendwann habe es jedoch auch einen Aufnahmestopp gegeben. „Bei 250 aktiven Mitgliedern war Schluss“, erinnert sich Haller. „1993 und 1994 war es knalle voll.“ Die Mitglieder seien sehr unterschiedlich gewesen. „Es gab die Verantwortlichen, die sich im Club engagiert haben“, sagt Kattinger. „Wir waren Freunde, wollten was machen, gestalten, etwas tun“, ergänzt Haller. Es seien engagierte Persönlichkeiten gewesen. Es habe auch viel mit der Tradition zu tun gehabt: „Meine Brüder waren schon im Ramsch“, sagt Kattinger. Vereine habe es auch damals schon gegeben. „Aber wir wollten abends etwas machen, uns treffen, tanzen, Party machen“, sagt Haller. Beide hätten einige Jahre ihre ganze Freizeit in den Jugendclub gesteckt, sagen sie. Und dann habe es noch die Besucher gegeben, die jede Woche oder hin und wieder im „Ramsch“ vorbeikamen. „Und manchmal gab es für die Jugendlichen ab 13 eine Teenie-Disko“, sagt Haller. Und: Die Gemeindefasnacht ist den Beiden in Erinnerung geblieben. „Da wurde immer oben und unten gefeiert“, erinnert sich Haller.

Natürlich sei nicht immer alles gut gelaufen: „Es gab auch hin und wieder Reibereien und Konflikte“, sagt Kattinger. Dazu zählte auch die Lärmbelästigung der Altenheimbewohner in der direkten Nachbarschaft oder die unzureichenden sanitären Anlagen, die für Konflikte zwischen den Vertretern der Jugendlichen und dem Pfarrgemeinderat führten, heißt es im Zeitungsartikel zur Wiedereröffnung. „Es war eine Zeit, in der man sich üben konnte“, sagt Kattinger heute. Man habe hin und wieder Rede und Antwort stehen müssen. „Wir waren immer bemüht, klar zu machen: Da bietet uns jemand Räume an, und ihr müsst eben was dafür tun“, sagt Kattinger. Der Pfarrer oder die Pfarrgemeinde seien eben die Hausherren gewesen, mit denen man sich arrangieren musste. „Aber wir waren sicher nicht immer einfach“, sagt Haller. Oft seien die Themen dann in der Sitzung besprochen worden oder der Pfarrer sei vorbeigekommen, um zu fragen, wie es läuft. Aber auch die Jugendlichen hatten sich Regeln aufgestellt, wie aus der „Ramsch-Zeitung“ hervorgeht: „Bitte seid vor dem Haus still und leise. [...] Pfarrer Schmider wird es euch danken. Rücksichtnahme geht vor der persönlichen Freiheit“, heißt es beispielsweise oder „Illegale Drogen sind out“. Aber auch „Schlägereien gibt es im Ramsch nicht!“

Zeigefinger !

Und zum Schluß noch ganz spießiges Gesülze - aber bitte trotzdem lesen. Dadurch macht Ihr es dem Gremium ein wenig leichter. Danke!

- Bitte seid vor dem Haus still und leise. Und zwar wenn Ihr kommt, wenn Ihr geht und natürlich auch während dem Frischluftschnappen. Pfarrer Schmieder wird es Euch danken, daß er dann in Ruhe arbeiten kann und die Leute im Altersheim freuen sich auch. Rücksichtnahme geht vor der persönlichen Freiheit.
- Wenn Einige von Euch schon den Abfall auf den Boden schmeißen müssen, dann tut es doch bitte im Ramsch und nicht auf der Kirchentreppe oder auf dem Hof. Wenn sich jetzt einer/eine in seiner Coolness beeinträchtigt fühlen sollte, kann man auch woanders hingehen.
- Illegale Drogen sind out
- Schlägereien gibt es im Ramsch NICHT! Ausprobieren lohnt sich wirklich nicht. Solltet Ihr irgendwie belästigt werden, behaltet einen klaren Kopf und wendet Euch an ein Gremiumsmitglied. Das hat nichts mit Feigheit zu tun, sondern mit Verstand.
- Die Anweisungen der Gremiumsmitglieder sind zu befolgen. Das soll keine Schikane oder Willkür, Machtdemonstration oder Angeberei sein, sondern hat immer einen konkreten Grund. Fragen sind erlaubt, dumme Bemerkungen werden toleriert aber blödes Rumgemache ist gar nicht gut.
- Ihr seid Gäste der Gemeinde Sancta Maria, verhaltet Euch auch wie Gäste.
- Flaschen und Gläser bleiben im Ramsch.
- Getränke werden KEINE mitgebracht.
- Nach Verlassen des Kirchengeländes (z. B. in Richtung BP) besteht keine Aufsichtspflicht mehr.
- Haltet das Klo möglichst sauber. Und wenn schon jemand kotzen muß, dann bitte zielgenau über der Schüssel.
- Sollte mal jemand Scherben produzieren, sollte ihm das nicht peinlich sein. Einfach an der Theke Schaufel und Besen verlangen und das Größte auffegen - wegen der Verletzungsgefahr!
- Vorsätzliche Sachbeschädigungen mögen wir ganz und gar nicht.
- Seid sozial. Es gelten die Menschenrechte.



Bei Beachtung dieser Punkte dürfte es keine Probleme geben. Sollte jemand nicht damit einverstanden sein, hat es nicht viel Wert, mit seinem prolomäßigen Stammtischgelabere anzukommen - ein konkreter Verbesserungsvorschlag ist besser.

N.H.



Das Ende

2003 schloss das „Ramsch“ seine Türen. Der Clubbetrieb sei aber schon vorher eingestellt worden. „Die Besucherzahlen sind zurückgegangen“, erklärt Kattinger, der zu diesem Zeitpunkt schon nicht mehr im „Ramsch“ ein und ausging. „Die Zeit waren eben vorbei“, resümiert er. Es habe auch immer mehr Konkurrenz in der Öffentlichkeit gegeben, ergänzt Haller. Vermutlich habe es auch am „Zeitgeist“ gelegen. Doch auch in dieser Abschlusszeit sei viel Produktives entstanden, so fand zum Beispiel das Lahrer Ermittlerduo „Kreidlinger und Bäuerle“ seinen Beginn im „Ramsch“. Ab 1989 habe es im Jugendclub bereits Ehemaligen-Treffen gegeben, so zum 20., 25. und 30. Jubiläum. Doch was bleibt? Am 14. Oktober 2017 starteten die ehemaligen Ramsch-Mitglieder eine Revival-Party im Schlachthof. In der Lahrer Zeitung vom 16. Oktober heißt es dazu: „Der Schlachthof platzte aus allen Nähten. Ein Ende des Andrangs war da aber nicht abzusehen.“ Eine Besucherin der Feier wird zitiert: „Damals war es genauso voll.“ Die Faszination „Ramsch“ ist also geblieben, zusammen mit vielen Erinnerungen.

Jugendclubs heute

Die Trotte in Sulz war schon immer ein beliebter Treffpunkt für die Jugend. „Beschwerden von Anwohnern über nächtliche Ruhestörungen und Beschädigung der Trotte führten immer häufiger zu Polizeikontrollen“, heißt es in der Festschrift des Jugendclubs zum 25-jährigen Bestehen im Jahr 2010. Nachdem es fast ein Jahr lang mehrere Gespräche und Besichtigungen mit dem Ortschaftsrat und Ortsvorsteher Otto Kalt gegeben hatte, einigte man sich im September 1984 auf das Nebengebäude des Rathauses als Clubraum. Am 25. Februar 1985 wurde der Jugendclub gegründet. Noch im selben Jahr wurde vonseiten der Jugendlichen der Maibaum vor dem Sulzer Rathaus aufgestellt. Eine Tradition, die bis heute lebt. Auch die Fahrrad-Rallye, die der Jugendclub jahrelang organisiert hatte, wurde bereits im Gründungsjahr ausgetragen. Am 13. September 1985 wurde der Jugendclub „Trotte“ Sulz ins Vereinsregister eingetragen. Ziel des Vereins war laut einem Zeitungsartikel aus dem Jahr 1985, der in der Festschrift zum 25-jährigen Bestehen abgedruckt ist, den laufenden Betrieb des Jugendclubraums zu ermöglichen sowie sportliche und kulturelle Jugendarbeit in Sulz zu betreiben. Bei der ersten Mitgliederversammlung am 22. Mai 1985 wurde der seit Februar im Amt

Bild links:

Der „erhobene Zeigefinger“. Regeln im „Ramsch“ aus der Club-Zeitung 1992. Foto: I. Schwendemann

befindliche kommissarische Vorstand bestätigt. Im Frühjahr 1986 begannen die Ausbauarbeiten des Clubraums. Am 14. Dezember wurden diese eingeweiht. In den folgenden Jahren wechselte der Vorstand immer wieder. Die Jugendlichen unternahmen Ausflüge und nahmen an Angeboten in der näheren Umgebung teil. Im Jahr 1992 waren 118 aktive Mitglieder im Jugendclub, wie in einem Zeitungsartikel über die Hauptversammlung des Clubs aus der Festschrift zu entnehmen ist. Beim zehnjährigen Bestehen 1995 titelte eine Lahrer Tageszeitung: „Zehn Jahre Trotte und ein Ende ist nicht in Sicht.“ In die Club-Geschichte eingegangen ist auch der Brand des Clubheims 1996. „Der Jugendclub brennt völlig aus. Verletzt wurde niemand“, heißt es in der Festschrift. Besagter Brand war am Donnerstag, 25. Januar, gegen 20 Uhr. Die Lahrer Feuerwehr rückte an. Ein größerer Brand konnte verhindert werden. 2003 waren die Bauarbeiten am neuen Anbau weitestgehend beendet, heißt es in der Festschrift. 2008 waren noch 100 Mitglieder im Club gemeldet. In einem Interview der Badischen Zeitung am 22. Februar 2010 wird der erste Vorsitzende Florian Buck zum Jugendclub zitiert: „Die Jugend vernetzt sich hier, trifft sich, organisiert gemeinsam. Wir haben 100 aktive Clubmitglieder. Der Zusammenhalt ist groß.“ Mittlerweile, im Jahr 2019, ist im Jugendclub „Trotte“ Sulz jedoch Ruhe eingekehrt. Von 110 passiven Mitgliedern ist zwar die Rede, Vorstand Michael Gänshirt beziffert die aktiven Mitglieder jedoch auf unter zehn.

Der Jugendclub „Bänklehocker“ Reichenbach wurde am 14. September 1981 gegründet. „Seitdem galt er als Treffpunkt der Jugendlichen in und um Reichenbach“, sagt der Vorstand des Clubs, Markus Dold. Leider haben sich laut Dold in den vergangenen zehn Jahren die Interessen der Jugendlichen und Mitglieder stark verändert. „Das Angebot des Jugendclubs wurde nicht mehr so angenommen und immer weniger Jugendliche treffen sich am Wochenende bei uns.“ Mittlerweile wird der Clubraum bei der Grundschule in Reichenbach für Geburtstage vermietet, wodurch der Bekanntheitsgrad wieder stark gestiegen sei, da der Raum fast wöchentlich reserviert sei und private Veranstaltungen abgehalten werden. Die Bänklehocker e.V. führen selbst Veranstaltungen durch, wie das beliebte „Rock am Raum“, außerdem ist der Verein bei der Fasent im Dorf vertreten. „Beides wird sehr gut angenommen“, sagt Dold. Mitglieder seien es um die 100, die Zahl bleibe weiterhin sehr konstant, auch wenn mehr Abgänge als Zugänge verbucht würden. „Jugendliche gehen bei uns in den Club, um sich mit Freunden zu treffen und um einen

Ort zu haben, um kleinere Feste feiern zu können“, erklärt Dold die Motivation der Club-Mitglieder. Die Vorstandschaft suche dringend nach Nachfolgern, damit der Verein noch ein bisschen weiterleben kann. „Da fehlt leider noch etwas das Interesse“, sagt Dold.

Auch im Stadtteil Kuhbach gab es einen Jugendraum. „Da wir aber nie ein Verein waren, ging der Club irgendwann unter“, sagt Adrian Bühler, der sich lange Zeit im Jugendclub in Kuhbach engagiert hat. Er denkt, dass es am Desinteresse der Jugend liege. Es gebe zwar noch eine Räumlichkeit, die aufgrund von versicherungstechnischen Gründen aber nicht öffentlich genutzt werden könne. „Sobald es diesen Jugendclub so nicht mehr“, sagt Bühler. In Langenwinkel gibt es noch einen Club-Raum, der wird allerdings vom Projekt „Tandem“ und dem Sozialarbeiter Jochen Brucker betreut. In einer Feierstunde Mitte Juni dieses Jahres wurden die Räume des Jugendclubraums wieder ihrer Bestimmung übergeben, schreibt der Lahrer Anzeiger am 12. Juni 2019. Der Ortschaftsrat Langenwinkel hatte dieses Projekt schon länger auf der Agenda. Eine Überdachung des Eingangsbereichs hatte sich in den vergangenen Jahren immer wieder als Achillesferse für die im Kellergeschoss der Grundschule Langenwinkel liegenden Räumlichkeiten erwiesen. Immer wieder sei Wasser ins Gebäude gedrungen. Ein Umstand, den Sozialarbeiter Jochen Brucker, Leiter der gemeinsamen Jugendarbeit der Stadtteile Langenwinkel, Kippenheimweiler und Hugsweiler (Projekt LaKiHu), Ortsverwaltung und Ortschaftsrat schon seit längerer Zeit immer wieder hinterbrachte. Jochen Brucker hatte für die Renovierung des Clubsraum zusammen mit Jugendlichen über 500 Stunden Eigenleistung erbracht, heißt es im Artikel des Lahrer Anzeigers.

Der Jugendclub „Holzwurm“ in Seelbach wurde 1973 gegründet. Erster Vorstand ist heute Timon Willmann. Ein 15-köpfiges Leitungsteam kümmert sich um den Jugendclub. Die Team-Mitglieder sind zwischen 16 und 22 Jahren. Etwa 20 bis 40 Besucher kommen in der Woche in den Jugendclub, Einlass ist ab 14 Jahren. Der Club hat regulär freitags von 19 bis 2 Uhr auf. Dann können Jugendliche Tischkicker spielen, Karaoke singen, Karten- und Brettspiele nutzen oder an Kino-Abenden teilnehmen. Außerdem ist der Jugendclub jedes Jahr mit einer Hütte auf dem Katharinen-Markt in Seelbach zu finden. „Jugendliche suchen einfach einen Raum, in dem sie sich ungestört mit ihren Freunden unterhalten können, feiern oder auch neue Freundschaften schließen können“, erklärt der erste Vorstand,



Timon Willmann. Da der Jugendclub sehr zentral liegt, könne man auch einfach nach Hause laufen, ohne dass die Eltern den Spross irgendwo hinfahren oder abholen müssten. Derzeit ist der Jugendclub „Holzwurm“ allerdings geschlossen. „Wegen Unstimmigkeiten mit der Nachbarschaft“, erklärt Willmann. Die Entscheidung, den Jugendclub zu schließen, sei jedoch nicht endgültig, heißt es in einem Zeitungsartikel der Badischen Zeitung vom 3. September 2019. Es könne auch sein, dass der Jugendclub neue Räume bekomme oder einen neuen Eingang, wird Willmann im BZ-Artikel zitiert. Der Badischen Zeitung lag zum Zeitpunkt des Artikels ein Schreiben an die Verantwortlichen des Jugendclubs vor, wonach das Gelände in den vergangenen Tagen stark vermüllt gewesen sei. Zudem habe es Beschwerden von Anwohnern gegeben, da der Lärm vom Club bis spät in die Nacht zu hören gewesen ist. In einem weiterführenden BZ-Artikel vom 25. September 2019 wird auf Gespräche mit der katholischen Kirchengemeinde hingewiesen, die Träger der Einrichtung ist. In diesen Gesprächen sollen Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Der Jugendclub der KJG Seelbach sei seit mehr als 45 Jahren eine Institution für die Jugendlichen im Ort, heißt es im Artikel. Die Räume sind im Kellergeschoss des Pfarrheims im Eisweiherweg, wo der Treffpunkt in Selbstverwaltung vom Leitungsteam autonom geführt werde. Träger ist die katholische Kirche an der Schutter. Anwohner hatten laut BZ-Informationen mit einer Unterschriften-Liste den Unmut über den Lärm verdeutlicht, wonach das Gemeindeteam vor Ort sich für eine vorübergehende Schließung bis zur Klärung der Vorfälle entschieden habe. Private Feiern, nicht der Club-Betrieb an sich, hätten zu den Beschwerden geführt, wird Dekan Johannes Mette im Artikel zitiert. Die Situation, dass die Jugendlichen seit einigen Monaten den Haupteingang in Richtung Anwohner benutzen müssten, käme erschwerend hinzu. „Wir wollen keine Sozialarbeit in den bisher selbständig geführten Jugendclub einführen“, heißt es von Seiten des Dekans. Wichtig sei den Verantwortlichen aber die Einhaltung der Hausregeln und das Vertrauen.

Fazit

Der Jugendclub „Ramsch“ hat vor mehr als 15 Jahren seine Türen geschlossen. In seinen Hochzeiten sind mehr als 250 ständige Mitglieder im Club ein- und ausgegangen. In dieser Zeit, den 70er und 80er-Jahren entstanden auch die Jugendclubs in den umliegenden Gemeinden. Jugendliche waren entweder Teil einer Kirchengemein-

Bild links:

Eine Tür als Erinnerungsträger: Besucher im „Ramsch“ haben sich verewigt. Foto: I. Schwendemann

de, zum Beispiel in der Form der KJG, oder sie verbrachten bereits vorher Zeit an einem Ort im Dorf. Die Jugendclubs waren in einer Zeit, in der Diskotheken rar oder nur für älteres Publikum waren, ein Ort, an dem die jungen Menschen sich mit Freunden treffen konnten. Es gibt auch heute noch Jugendclubs, aber die Mitglieder werden weniger. Die Interessen der Jugendlichen haben sich verändert, heißt es vom Verantwortlichen des Reichenbacher Jugendclubs. Braucht es Jugendclubs überhaupt noch? In der Form, wie sie bisher existieren, sprechen die Schließungen und Mitgliederzahlen eine deutliche Sprache: Nein. Engagierte Jugendliche sind rar geworden oder bringen sich lieber in Kultur- und Sportvereinen ein. Dort werden sie schon in jungen Jahren aufgenommen und sozusagen „abgeworben“. In einer mobilen Zeit, in der wir uns heute befinden, ist die Diskothek in Lahr nicht mehr so weit. Weit mehr junge Leute können Auto fahren, Diskotheken öffnen schon für 16-Jährige. Auch der Freundeskreis hat sich verändert. Immer mehr Jugendliche besuchen Schulen in Lahr oder der Umgebung und sind nicht mehr an ihren Heimatort gebunden. Die Verantwortlichen der heutigen Jugendclubs finden kaum Nachwuchs. Neue Strukturen müssen her. Wer heute feiern gehen will, braucht nicht erst einen Putzdienst zu leisten oder in kirchlichen Gremien zu sitzen. Die heutige Jugend möchte frei sein und die weltweiten Möglichkeiten ausschöpfen. Erschwerend kommen Internetportale hinzu, die den Jugendlichen ermöglichen, sich in der virtuellen Welt Freunde zu suchen, ohne das eigene Haus zu verlassen. Auch Anwohnerbeschwerden werden zum Problem, wie das Seelbacher Beispiel zeigt. Jedoch scheint es die, wenn man auf das „Ramsch“ blickt, auch schon früher gegeben zu haben. Einige Jugendclubs, die bisher selbständig geführt wurden, werden heute von Seiten der Stadt oder der Gemeinde von Sozialarbeitern unterstützt. Doch geht dadurch nicht gerade das verloren, was die Jugendclubs ausmacht? Das selbständige Arbeiten, kreative Ideen ausleben und Freunde im gleichen Alter zu treffen. „Rücksichtnahme geht vor der persönlichen Freiheit“, hieß es einst in der „Ramsch-Zeitung“. Heute scheint das nicht mehr zu gelten.

Quellen:

Übersicht zur Jugendarbeit des Kirchengemeinde St. Maria aus dem Jahr 1975 (Privatarchiv Kattinger)

Art. „Jugendclub „Ramschloch“ wurde nach Renovierung neu eröffnet“, in: Lahrer Anzeiger v. 2. Juli 1987

Art. „Von Punkrock und Putzdienst“, in: Badische Zeitung v. 30. September 2017

Festschrift zur Wiedereröffnung des „Ramsch“ 1985

Art. „Musik, Tanz und viele Erinnerungen“, in: Lahrer Zeitung v. 16. Oktober 2017

Festschrift 25 Jahre Jugendclub „Trotte“ Sulz, 2010

Gespräch mit Angelika (Gela) Haller und Reinhard Kattinger am Mittwoch, 25. September 2019

Mail-Austausch mit Markus Dold, Timon Willmann, Adrian Bühler.
Art. „Jugendclub Holzwurm bleibt geschlossen“, in: Badische Zeitung v. 3. September 2019

Art. „Dekan: Jugendliche müssen Hausordnung einhalten“, in: Badische Zeitung v. 25. September 2019

Art. „Clubraum Langenwinkel ist offiziell eingeweiht“, in: Lahrer Anzeiger v. 12. Juni 2019

Luftveränderung

Fahre mit der Eisenbahn,
fahre, Junge, fahre!
Auf dem Deck vom Wasserkahn
wehen deine Haare.

Tauch in fremde Städte ein,
lauf in fremden Gassen;
höre fremde Menschen schreien,
trink aus fremden Tassen.

Flieh Betrieb und Telefon,
grab in alten Schmökern,
sieh am Seinekai, mein Sohn,
Weisheit still verhökern.

Lauf in Afrika umher,
reite durch Oasen;
lausche auf ein blaues Meer,
hör den Mistral blasen!

Wie du auch die Welt durchflitzt
ohne Rast und Ruh –:
Hinten auf dem Puffer sitzt
du.

Kurt Tucholsky

Die Entscheidung ✓

Zur Lahrer Flugplatzgeschichte der Jahre 1990 bis 1993

Von Thorsten Mietzner

Über keinen Aspekt der neueren Lahrer Geschichte existieren mehr Legenden als über die „Flugplatzfrage“. Noch im April 2010 schrieb der Journalist Nicolas Scherger über die Lahrer Flugplatzpolitik, dass sich Lahr in den 1990er Jahren „selbst kastriert“ habe, da damals das „Potenzial für einen Verkehrsflughafen“ da gewesen sei, die Lahrer sich aber mit einem „Verkehrslandeplatz zufrieden gegeben“ hätten.¹ Bereits mehr als zehn Jahre zuvor hatte IHK-Geschäftsführer und Flugplatz-Chef Wilhelm Peters in einem Brief an den neuen Lahrer Oberbürgermeister Dr. Wolfgang G. Müller geklagt, die Lahrer hätten die fliegerische Nutzung des Flugplatzes „total negiert“.²

Zitate wie diese ließen sich fast beliebig vermehren. Es ist in und um Lahr beinahe unumstößlicher Konsens, dass die Lahrer in den 90er Jahren entweder unfähig gewesen seien, eine kostendeckende und umfassende fliegerische Nutzung auf dem ehemaligen kanadischen Militärflugplatz zu installieren oder – dies die Alternativthese – von der „bösen“ Regierung, neiderfüllten Nachbarstädten und uneinsichtigen Fluggegnern daran gehindert worden wäre. An Mythen also ist in Lahr, wenn es um die Fragen des Flugplatzes geht, kein Mangel. Angesichts des Scheiterns des Verkehrslandeplatzes um 1995 herum wurden schnell Schuld- und auch Verschwörungstheorien geboren.

Demgegenüber sind gesicherte Fakten – etwa über die Entstehung und den Stellenwert des „Masterplans“ von 1993 – Mangelware. Dieser Aufsatz will zunächst einmal diese Fakten liefern. Er beruht zum einen auf den Akten des Oberbürgermeisterbüros bzw. seines damaligen Referenten, die inzwischen vom Stadtarchiv Lahr übernommen wurden.³ Zum anderen konnte die detaillierte Zeitungsschnittsammlung des Hauptamtes – alleine zu Konversionsfragen ein Dutzend Aktenordner! – genutzt werden.

In dem Aufsatz geht es ausschließlich um die Frage der fliegerischen Nutzung des NATO-Flugplatzes. Dass darüber hinaus der Konversionsprozess zahlreiche weitere ökonomische, stadtplanerische und

soziale Aspekte hatte, ist dem Autor durchaus bekannt. Doch abgesehen davon, dass eine historische Untersuchung eine präzise Fragestellung braucht, stand die Frage der fliegerischen Nutzung in jenen Jahren eindeutig im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Wenn vom „Pfund, mit dem zu wuchern ist“ oder vom „Juwel vor der Stadt“ gesprochen wurde, konnte zeitweise der Eindruck entstehen, als beschränken sich Wohl und Wehe, Erfolg oder Misserfolg der Konversion einzig auf diese Frage. Dieser Eindruck soll hier nicht erweckt werden. Besonders aus dem Rückblick kann man sich des Eindrucks nicht immer erwehren, als fielen zahlreiche der damaligen Akteure der überwältigenden metaphorischen Kraft ihrer eigenen Argumentation und der symbolischen Ausstrahlung einer drei Kilometer langen Landebahn zum Opfer. Das jedoch wäre Thema einer eigenen Untersuchung. In diesem Aufsatz geht es (noch) nicht um die Frage nach dem „Warum“, sondern zunächst in einem ersten Schritt um die Frage nach dem „Was“.

Und ein Aspekt ist noch von Bedeutung. Niemand der damaligen Akteure konnte in die Zukunft schauen. Das scheint selbstverständlich, hat aber hier eine besondere Bedeutung. Der europäische Liberalisierungsprozess des Luftverkehrs war in den Jahren 1991 bis 1993 noch mitten in der Entwicklung. Noch gab es weder Billigflieger noch eine Freigabe der europäischen und innerdeutschen Strecken für private Luftfahrtgesellschaften. Erst im Zuge des sog. Dritten Liberalisierungspakets wurden zwischen 1993 bis 1997 zahlreiche neue Gesellschaften genehmigt, die Preisgestaltung freigegeben und so ein völlig neuer Bedarf für kleinere Regionalflugplätze geschaffen. Das spielte in den Lahrer Diskussionen aber noch keine Rolle.⁴

Im Vorfeld bis zur Bekanntgabe des kanadischen Abzugs

Die Geschichte der Lahrer Auseinandersetzung um die künftige Nutzung des kanadischen Militärflughafens begann bereits mehr als ein Jahr vor der offiziellen Ankündigung des Abzugs der Truppen.⁵ Diese Zeit war im Wesentlichen von drei Akteuren geprägt: Der sog. „Strukturkommission“ des Gemeinderats, der Basler Beratungsfirma „Syntropie“ und der „Öffentlichkeit“. Noch bevor die Kanadier überhaupt angekündigt hatten, dass sie ihre Soldaten aus Europa abziehen wollten, wurde im Zusammenspiel dieser drei Faktoren bereits ein Gutteil der Argumente und Positionen entwickelt, die fortan über viele Jahre den Konversionsprozess dominieren sollten.

Die Beauftragung der Basler Firma „Syntropie“ mit ersten Gutachten und Studien zum Konversionsprozess, besonders aber zur Zukunft des Flughafens, erfolgte in einem Klima, das mit großer Intensität einen Wandel der internationalen Militärstrukturen debattierte und ankündigte. Bereits im Februar 1990 hatte die SPD-Landtagsfraktion die Regierung um Informationen zum „Abbau militärischer Einrichtungen der Nato-Streitkräfte, einschließlich der Bundeswehr, in Baden-Württemberg“ ersucht.⁶ Allen Beobachtern der internationalen Lage war klar, dass mit dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes das kostspielige System der europäischen Stationierungen ebenfalls sein Ende gefunden hatte.

In dieser Situation legte „Syntropie“, ein Basler Unternehmen des Stadtplaners und Unternehmensberaters Hartmut Arras, auf Bitten der Stadtverwaltung im Juni 1990 ein erstes Arbeitspapier vor: „Lahr auf der Suche nach Zukunft“, lautete der Titel. Arras erarbeitete hier einen Entwicklungsweg, der wesentlich auf Kommunikation unterschiedlichster Akteure setzte, um in einem offenen Prozess verschiedene Szenarien der möglichen Zukunft Lahrs aufzuzeigen.⁷ Bereits hier stellte er das „Einstiegsthema Flughafen“ in den Mittelpunkt, „weil es in sich bereits Alternativen im Hinblick auf die Nutzung des Militärflughafens aufweist, die die Entwicklung von Lahr auf sehr unterschiedliche Weise beeinflussen können. Je nach Art der späteren Nutzung – etwa Brache, Militärflughafen der deutschen Luftwaffe oder Ausbau zu einem zivilen Frachtflughafen für Südwestdeutschland, Elsass und Nordwestschweiz, ausgestattet mit Verkehrsanschluss an Bahn und Autobahn – kann man sich unterschiedliche ‚Lahrs‘ vorstellen.“⁸

Oberbürgermeister Werner Dietz war überzeugt von der Vorstellung des Basler Unternehmens und erteilte ihm nach einem persönlichen Treffen einen Arbeitsauftrag: „Syntropie“ sollte drei Vorstudien erarbeiten, die der Frage nach einer möglichen zivilen fliegerischen Nutzung des Flugplatzes nachgehen sollten. Im Prinzip aber zeichnete sich hier bereits ein Missverständnis ab. Arras hatte ursprünglich einen zu moderierenden offenen Prozess vorgeschlagen, bekam aber einen präzisen gutachterlichen Arbeitsauftrag. Dietz wollte sich die Initiative nicht aus der Hand nehmen lassen und hatte durchaus seine Vorstellungen. Bereits im Mai 1990 hatte er sich, nachdem mit dem Bundestagsabgeordneten Rainer Haungs Einzelheiten abgesprochen waren, an den baden-württembergischen Verkehrsminister

Hermann Schaufler gewandt „und um Prüfung gebeten, inwieweit aus der Sicht des Landes Baden-Württemberg Möglichkeiten einer Verbesserung der Luftverkehrsinfrastruktur, insbesondere im Gebiet der Region ‚Südlicher Oberrhein‘ gesehen werden.“ Ende Juli 1990 wandte er sich dann an den baden-württembergischen Innenminister Dietmar Schlee mit der Bitte, „Überlegungen für eine zivile Mitnutzung des NATO-Flugplatzes Lahr/Schwarzwald, die sowohl von der Wirtschaft als auch den Städten in der Region ‚Südlicher Oberrhein‘ nachhaltig unterstützt werden, sich zu eigen (zu) machen und nach Wegen (zu) suchen (...), in welcher Form die strukturpolitisch bedeutsame Mitnutzung des Flugplatzes denkbar wäre“.⁹

Die Vorstellungen der Verwaltungsspitze zielten zu diesem Zeitpunkt ausschließlich auf eine fliegerische Nutzung, die es zu prüfen galt. „Syntropie“ erledigte seine Aufgabe, indem es sogenannte „Expertengespräche“ auf drei Ebenen durchführte, die als drei Teilstudien im Februar 1991 in einen Bericht eingingen.¹⁰ Für die erste Teilstudie A wurden Interviews mit Vertretern des Bundesverkehrsministeriums, des Innen- sowie Wirtschaftsministeriums Stuttgart, des Regierungspräsidiums, dem Conseiller Technique après du Maire de Strasbourg sowie dem Mdb Rainer Haungs (CDU) geführt. In die Teilstudie B flossen Gespräche mit der Fluggesellschaft Lufthansa, dem Frachtunternehmen UPS, der internationalen Spedition Danzas, dem Direktor des Flughafens Basel-Mulhouse-Freiburg, dem Direktor des Flughafens Stuttgart, dem Planungsdirektor des Flughafens Frankfurt/Main sowie Vertretern des Aeroport Strasbourg und der Industrie- und Handelskammer Strasbourg ein. Für die Teilstudie C schließlich wurden Gespräche mit Vertretern der regionalen Industrie- und Handelskammer sowie der BASF Willstätt und der Firma Burda, Offenburg geführt.

Die Ergebnisse der Gespräche wurden in elf Punkten zusammengefasst:

1. Die großen Flughäfen seien überlastet und die Militärflughäfen sollten bei guten Standortqualitäten für eine zivile Mitnutzung geöffnet werden.
2. Der Militärflughafen Lahr besitze eine leistungsfähige technische Infrastruktur und die Möglichkeit, ihn mit anderen Verkehrsträgern optimal zu verknüpfen.
3. Chancen beständen nur als Frachtflughafen, nicht dagegen als Passagierflughafen.

4. Die Lufthansa suche bezüglich Frankfurt bereits Entlastungsflughäfen.
5. Für diese Funktion sei Lahr bestens geeignet und die Lufthansa könne sich vorstellen, Teile der German Cargo nach Lahr zu verlegen.
6. Für einen regionalen Frachtflughafen dagegen (im Unterschied zum internationalen) bestehe kein Bedarf.
7. Bedingung für ein solches internationales „Luft-Fracht-Zentrum Lahr“ (LFZ) wäre ein 24-Stunden-Betrieb und niedrige Gebühren.
8. Der Bund und das Land würden die Absicht, ein solches LFZ zu errichten, unterstützen, „wenn Lahr Ja' sagt“.
9. Nötig sei ein regional abgestimmtes Flughafenkonzept der Region Oberrhein.
10. Von einem LFZ würden wichtige Impulse für Stadt und Region ausgehen.
11. „Das mögliche Ausmaß an Lärmemissionen und Luftverschmutzung, die durch die erweiterte Nutzung des Flughafens entstehen können, müssen im Vorfeld der Entscheidung offensiv und öffentlich in der Stadt und mit angrenzenden Gemeinden erörtert werden. Dies schließt Strasbourg ein.“¹¹

Im Rückblick verdient besonders der Punkt 6 Aufmerksamkeit. Die Studie führte hierzu aus, dass sog. regionale Fracht – selbst wenn sie als Luftfracht deklariert ist – von den Flughäfen per LKW transportiert wird. Regionale Luftfracht gebe es kaum, in Basel gingen 60% der regionalen (und das heißt zum Teil sogar europäischen) „Luftfracht“ per LKW raus, in Stuttgart gar 70 bis 80 %. Dieses Argument, das zentral für die ökonomische Überlebensfähigkeit eines Flugplatzes ist, erzwang einerseits einen „internationalen Flughafen“, verbot andererseits einen regionalen Frachtflughafen. Dennoch spielte es in der weiteren Diskussion keinerlei Rolle.

Mit diesem Papier lag erstmals eine konkrete Zusammenfassung des Themas „Fliegerische Nutzung“ vor. Es enthielt zudem bereits in dieser Phase einen Gutteil der Argumente, die von nun an die Diskussion bestimmen würden. Und: Es enthielt eine klare Aussage bezüglich eines internationalen Großflughafens (für Fracht). Alternativen wurden nicht geprüft. Arras empfahl für das weitere Vorgehen als erste Phase eine gemeinsame Erörterung mit Öffentlichkeit, Wirtschaft, Region und Land. „Zeigen die Erörterungen, dass in der Stadt

Lahr (und bei ihren regionalen Partnern) eine politische Mehrheit besteht, die das Projekt unterstützt, so kann zur 2. Phase übergegangen werden. Ansonsten ist die Übung abzubrechen.“ Mit der zweiten Phase war der Aufbau einer Flugplatz-Betreibergesellschaft gemeint.

Alle Überlegungen waren bis dahin „vertraulich“, also unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgelaufen. Lediglich die sogenannte „Strukturkommission“ des Gemeinderats bekam Kenntnis von dem Papier.¹² Die Strukturkommission ging zurück auf einen Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion aus dem August 1990. „Unverzüglich“, hieß es dort, solle eine örtliche Strukturkommission „bestehend u.a. aus Vertretern bzw. Vertreterinnen des Gemeinderats, des Arbeitsamtes, der Industrie, des Handwerks, der Personalvertretungen und der Streitkräfte“ gebildet werden.¹³ Die tatsächliche Kommission bestand dann schließlich ausschließlich aus Gemeinderatsmitgliedern¹⁴ und trat erst am 26.02.1991 erstmals zusammen. Als Diskussionsgrundlage lag ihr die Vorstudie der „Syntropie“ zugrunde. In seiner Einführung betonte Oberbürgermeister Werner Dietz, dass „es (...) gelingen (müsse), den zivilen Fuß in den Flugplatzbereich hineinzubringen, da sonst Entwicklungen eintreten könnten, die man nicht wolle.“ Dahinter steckten besonders Befürchtungen, dass es sonst zu einer militärischen Nachfolgenutzung durch die Bundeswehr kommen könne. Äußerungen in der Presse, in denen von der „Einrichtung eines Großraumflughafens“ die Rede war, bezeichnete Dietz als „Hirngespinnste“.¹⁵ Des Weiteren bat er die Kommissionsmitglieder, öffentlich keine Stellung zu beziehen. „Es müsse möglich sein, intensiv und in Ruhe sich darüber zu unterhalten, welches Ziel die Stadt für ihre Entwicklung verfolge“. Laut Protokoll bestand Übereinstimmung, „öffentlich sich nicht auf die Studie zu beziehen“. In der weiteren Diskussion tauchte dann sehr schnell ein Aspekt auf, der bislang kaum eine Rolle gespielt hatte: Mehrere Kommissionsmitglieder (Schaller, Hirsch, Klausmann) mahnten an, auch andere Nutzungsmöglichkeiten des Flugplatzes prüfen zu lassen.

Mit der ersten Sitzung der Strukturkommission hatten sich – zunächst wohl unbemerkt – wichtige Verschiebungen ergeben. Dies betraf besonders die Erörterung und Untersuchung möglicher Alternativen zur fliegerischen Nutzung. Für die Verwaltungsspitze war dies mehrmals mit der Bemerkung konterkariert worden, dass „der Lahrer Flugplatz aufgrund seiner Größe und seines Zustandes sicherlich auf unabsehbare Zeit als Flugplatz genutzt werde“. Lediglich

„gewisse Teile des Areal“ seien für andere Nutzungen abgrenzbar.

Noch eine weitere Konsequenz – eine unbeabsichtigte – hatte die Strukturkommission. Wohl aus ihrer Mitte wurde die Syntropie-Studie der Badischen Zeitung zugespielt, die sie am 23. März 1991 veröffentlichte. Damit geriet der öffentliche Teil der Auseinandersetzung um den Lahrer Flugplatz in ein neues Fahrwasser.

Öffentliche Diskussion hatte es aber auch zuvor gegeben. Besonders Rainer Haungs hatte immer wieder öffentlich auf die Notwendigkeit einer zivilen Mitnutzung des Flugplatzes hingewiesen, die Lahrer CDU lud einen Flugkapitän ein, der den Flugplatz für die zivile Nutzung für brauchbar hielt (und dabei den Begriff „regionaler Verkehrslandeplatz“ benutzte).¹⁶ Auf der Gegenseite positionierte sich die Lahrer SPD gegen eine fliegerische Nutzung, unterstützt übrigens von allen Parteien in Offenburg. Aber während intern Arras den Oberbürgermeister in einem Schreiben bereits am 16. Januar 1991 darauf aufmerksam machte, dass nur ein Flughafen mit einem 24-Stunden-Betrieb „Voraussetzung für eine ernsthafte Erwägung“¹⁷ sei, blieben die öffentlichen Diskussionen abstrakt und blass. Niemand wusste, wie ein solcher Flugbetrieb aussehen könnte. In diese Situation wirkte die Syntropie-Vorstudie wie ein Katalysator. In seinem Kommentar zu der Veröffentlichung machte der Journa-

Militär zum Anfasen: Der letzte Tag der offenen Tür auf dem Lahrer Flugplatz 1992.
Foto: Badische Zeitung



list Hans-Henning Kiefer deutlich, wie diese Studie in der Öffentlichkeit aufgenommen wurde: „Ein 24-Stunden-Betrieb bedeutet ja nicht nur das Heulen der landenden und startenden Jets, das bedeutet auch riesige Karawanen von Lastwagen, die die Güter zu näher gelegenen oder weiter entfernten Zielen bringen.“ Und: „Von der Offenheit jedenfalls, die die Verfasser der Studie empfehlen, um eine politische Mehrheit für das Projekt zu gewinnen, ist die Stadtverwaltung meilenweit entfernt. Das Rathaus einmal mehr als geschlossene Anstalt. Es wird Zeit, dass Türen aufgehen und die Karten auf den Tisch gelegt werden.“¹⁸

Schlagartig formierte sich der Widerstand neu. Als am 30.03.1991 German Cargo, die noch in der Syntropie-Studie als ernsthafter Interessent vorgestellt wurden, dementierte, Interesse am Lahrer Flugplatz zu haben, war das Desaster perfekt. Bereits hier zeichnete sich ein Problem ab, das fortan die Arbeit der Flugbefürworter begleiten sollte: Es war praktisch nicht möglich, den konkreten Nutzen eines Flughafens im Vorfeld anzugeben. Im Prinzip sollte sich der Flugplatz seine Nachfrage erst schaffen, worauf auch die Basler Gutachter hingewiesen hatten. Das aber war natürlich erst nach der Genehmigung möglich.

In einem Interview versuchte Werner Dietz Anfang April 1990, sich zu rechtfertigen. Er sagte, dass die Überlegungen der Vorstudie viel zu vorläufig seien, um schon eine öffentliche Diskussion zu ermöglichen. Erst einmal müssten die Untersuchungen zu alternativen Nutzungsmöglichkeiten abgewartet werden. Er verwies aber darauf, dass der Flugplatz mit ziviler Mitnutzung (zu diesem Zeitpunkt gingen nur wenige davon aus, dass die Kanadier vollständig abziehen würden) eine wirtschaftliche Chance bedeuten würde und zudem ziviler Luftverkehr weniger Lärm produzieren würde als militärischer.¹⁹

In der Strukturkommission geriet man nun unter Druck. Dietz missbilligte den „Vertrauensbruch“ deutlich und verwies darauf, dass „mit solchen Veröffentlichungen (...) die Gefahr (steige), dass letztendlich Flugstaffeln nach Lahr verlegt werden“. Weiterhin beharrte er auf „ein gewisses Maß an Vertraulichkeit“: „Er müsse auch überprüfen, ob er Informationen weitergebe, wenn er durch Indiskretionen Gefahr laufe, weitere Mitteilungen nicht mehr zu erhalten.“

Die Kommission drängte nun noch stärker auf die Untersuchung alternativer Nutzungskonzepte. Dennoch ergab sich ein überraschendes Ergebnis. Bei nur einer Gegenstimme wurde die „Syntropie“ mit

zwei weiteren Studien beauftragt: 1. Strategisches und methodisches Vorgehen in der prozesshaften Auseinandersetzung um zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt Lahr sowie 2. Beteiligung an einer Betreibergesellschaft für ein Luftfrachtzentrum Lahr und Struktur der Gesellschaft.²⁰ Dass sich sogar die SPD-Fraktion auf diesen recht konkreten und flugfreundlichen Arbeitsauftrag einließ, verdeutlichte bereits zu diesem Zeitpunkt ein zentrales Problem der Fluggegner: Während die Flugbefürworter rasch konkrete Ziele entwickelten (Betreibergesellschaft, Luftfrachtzentrum, Verkehrslandeplatz), blieben die Fluggegner in der Regel in einem abstrakten „Dagegen“ befangen. Was sie stattdessen wollten, blieb meistens unklar oder war offensichtlich (im schlechten Sinne) utopisch. Hier liegt ein zentrales Strukturmerkmal der Auseinandersetzung verborgen, das – wie sich zeigen wird – wesentlich zum Verlauf und Ergebnis der Diskussion beitrug.

Was die weitere Öffentlichkeit anging, bildeten sich nun in schneller Folge die Fronten. Rasch erscheinende Leserbriefe machten das Konfliktpotenzial deutlich. Die zu erwartende Lärmbelastung und grundsätzliche Kritik an der Verkehrspolitik mit ihren gravierenden ökologischen Folgen gaben den Ton an. Anfang April bildeten zwölf Ortenauer Ortsgruppen des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) einen Arbeitskreis, am 12. Juni konstituierte sich auf Initiative des BUND Lahr der „Arbeitskreis Lahrer Flugplatz“ in der Dinglinger „Krone“, Keimzelle der späteren Bürgerinitiative. In den Lahrer Ortsteilen Hugsweier und Langenwinkel – beide vom Flugplatz betroffen – artikulierte sich jetzt ebenfalls der Widerstand vor allem der politischen Gremien. Auch Bürgermeister Eugen Götz von Friesenheim machte in einer Bürgermeisterversammlung der Region seine Ablehnung einer fliegerischen Nutzung deutlich.²¹ Das Konzept des regionalen Konsenses war damit gefährdet.

Ogleich der „Widerstand“ bis dahin mehr auf dem Papier stand, verunsicherte er die Flugbefürworter. In einem Streitgespräch der Lahrer Zeitung zwischen Rainer Haungs und Walter Caroli sprach sich Haungs nun erstmals gegen einen 24-Stunden-Flughafen aus, musste sich dann allerdings von Caroli vorhalten lassen, dass der Flugplatz dann ja wohl keinen ökonomischen Sinn habe.²² Im übrigen verebbte die öffentliche Diskussion im Sommer 1991 wieder. Zu viele Aspekte waren belastet dadurch, dass die kanadische Regierung noch immer nicht bekanntgegeben hatte, ob oder wann sie ihre

Truppen aus Europa zurück ziehen würde. Im April 1991 kritisierte der Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes, die „Vorstellung der SPD, das Flugplatzgelände ausschließlich für zivile Zwecke zu nutzen, sei wirklichkeitsfremd und utopisch, sie ignoriere und übersehe Investitionen und Stellenwert für die Nato, die strategisch und logistisch auf diesen Luftwaffenstützpunkt nicht völlig verzichten werde“.²³ Eine Woche später verkündete auch der SPD-Landtagsabgeordnete Walter Caroli, er wisse „aus gut unterrichteter Quelle“, dass der Lahrer Flugplatz als einziger Nato-Flugplatz in Südbaden erhalten bleiben solle.²⁴ Vor diesem Hintergrund mussten alle Überlegungen zu einer Nutzung des Flugplatzes stark spekulativen Charakter bekommen.²⁵

Doch alles änderte sich am 17. September 1991.

Von der Bekanntgabe des Abzugs bis zur Gründung der Flugplatz GmbH

Am 17. September 1991 verkündete die kanadische Regierung, dass zwar kanadische Streitkräfte aus Europa abgezogen würden und dementsprechend die Stützpunkte Söllingen 1994 und Lahr 1995 geschlossen würden. Doch 1.100 Soldaten sollten als internationale Eingreiftruppe weiterhin (samt zwei CF-18-Staffeln) in Europa stationiert bleiben.²⁶ Dietz freilich ging schon zu diesem Zeitpunkt nicht mehr davon aus, dass diese Resttruppen in Lahr verbleiben würden, vielmehr „die Geschichte unserer Stadt als Garnisonstadt nach über 100 Jahren beendet sein wird“.²⁷

Erstmals am 7. Oktober 1991 setzte sich der Gemeinderat in öffentlicher Sitzung mit der Abzugsankündigung der Kanadier auseinander. In seinem Beschluss stellte er fest, dass „tiefgreifende strukturelle Veränderungen“ auf die Stadt zukämen, „die sich nachhaltig auf die Bevölkerungssituation, die Verkehrsinfrastruktur, die Ver- und Entsorgungseinrichtungen, aber auch die Wirtschaftslage und auf die Finanzlage der Stadt auswirken“.²⁸ Von der NATO und der Bundesrepublik Deutschland forderte der Gemeinderat einen völligen Verzicht auf jegliche weitere militärische Nutzung der militärischen Einrichtungen und die „Zulassung einer zivilen Nutzung des Areals des derzeitigen NATO-Flugplatzes“. Tiefgreifende Meinungsunterschiede zwischen den Fraktionen waren in dieser Sitzung nicht festzustellen. Die Äußerungen der Fraktionssprecher blieben allerdings auch recht allgemein. Im Prinzip wurde von allen Handlungsbedarf



betont, konkrete Vorschläge allerdings wurden nicht gemacht. Mit Ausnahme des Gemeinderats Dolle (Die Grünen) wurde in der Regel darauf verwiesen, dass „nicht vom Schreibtisch aus, sondern vor Ort in Stuttgart, in Bonn und auch in Brüssel versucht werden sollte, Einfluß auf die Zukunft der Stadt Lahr zu nehmen“²⁹ (Gemeinderat Alfred Klausmann, FDP). Die fliegerische Nutzung tauchte – zumindest nach dem offiziellen Proto-

1993 verlassen die ersten Kanadier Lahr.
Foto: Badische Zeitung / M. Bamberger

tokoll – an keiner Stelle der Debatte auf, die übrigens – aufgrund vorheriger Absprache im Ältestenrat – nach den Grundsatzstatements der Fraktionen ohne weitere freie Aussprache beendet wurde.

Auf anderen Ebenen freilich war man da schon weiter. Am 9. Oktober 1991 teilte der Landtagsabgeordnete Karl Theodor Uhrig seinen Abgeordnetenkollegen Rainer Haungs und Helmut Rau sowie dem Oberbürgermeister Werner Dietz mit, dass er sich in der CDU-Landtagsfraktion für die „zivile Mitbenutzung, jetzt zivile Nutzung des Flugplatzes Lahr“³⁰ eingesetzt habe. Und einen Tag darauf bat der Landtagsabgeordnete Walter Caroli (SPD) den Oberbürgermeister um einen Gesprächstermin, um über Konversionsfragen („Freiwerdende Wohnungen und freiwerdende Flächen für gewerbliche Nutzungen zusammen mit der hervorragenden Infrastruktur (Bahn, Straße, Flugplatz)“³¹) zu sprechen. Und in einer Notiz über ein Gespräch von Rainer Haungs mit Regierungsdirektor Sprenger vom

Bundesverkehrsministerium wurde bereits das weitere Procedere festgehalten: „Vorraussetzung für einen Antrag auf eine Luftfahrtgenehmigung ist die Konstituierung einer privaten Flughafen-Betreiber-gesellschaft, die als Antragsteller auftreten muss. Wichtiger Hinweis ist ferner, dass mit dem Abzug der kanadischen Streitkräfte spätestens 1995, die jetzige Flughafengenehmigung erlischt. Das heißt, daß es bis zu diesem Zeitpunkt zu den vorher genannten Aktivitäten kommen muß, um bereits in absehbarer Zeit in irgendeiner Form zivilen Flugbetrieb durchzuführen.“³² Zugleich wurde bereits eine interministerielle Arbeitsgruppe „Folgenutzung Flugplatz Lahr für eventuellen zivilen Luftverkehr“ unter der Federführung des Verkehrsministeriums gegründet.³³ Und schließlich sagte Werner Dietz in einer Besprechung mit Staatssekretär Fleischer sowie weiteren Ministerialbeamten am 21.10.1991 in Lahr darauf hin, dass „der Flugplatz (...) einen besonderen Rang in Bezug auf die künftige Nutzung habe, wobei darauf hingewiesen wurde, dass dieser zivil mit Regionalflug- und Geschäftsreiseverkehr allein nicht wirtschaftlich zu betreiben sei“.³⁴ Diesen Aspekt wiederholte er noch einmal im Dezember in einem Schreiben an den Bundestagsabgeordneten Rainer Haungs: „Ich glaubte mich bisher mit Ihnen einig, dass mit Geschäftsflugverkehr und auch beschränktem Regionalflugverkehr ein Flugplatz nicht zu betreiben ist. Wir versuchen alle nur erdenklichen Kontakte zu knüpfen.“³⁵ Dies entsprach freilich nicht dem Stand der Diskussion, die die Verwaltung öffentlich führte – und das war auch beabsichtigt. Dietz erläuterte: „Durch die vielen kontroversen Äußerungen ist die Öffentlichkeit verunsichert. (...) Deshalb immer wieder mein Appell zur Offenheit, was die Überlegungen zum Flugplatz anbelangt.“ Tatsächlich hatte sich Dietz auch dem Gemeinderat gegenüber immer wieder für „Offenheit“ ausgesprochen, gab dem jedoch eine durchaus eigene Bedeutung: „Ich selbst bin nicht der Auffassung, dass ich über jede Aktivität, jedes Gespräch und jeden Brief die Öffentlichkeit informieren sollte. Wir laufen Gefahr, dass wir uns alle in der Frage einer fliegerischen Nutzung des Flugplatzes mit viel Zeitaufwand und Ärger in der Öffentlichkeit auseinandersetzen, obwohl überhaupt noch nicht feststeht, ob eine fliegerische Nutzung – vor allem aus wirtschaftlichen Gründen – erreichbar ist.“³⁶

Als treibende Kraft in Richtung auf eine zivile fliegerische Nutzung erwies sich in dieser Phase immer wieder der Bundestagsabgeordnete Rainer Haungs. In einem Schreiben an den Oberbürgermeis-

ter vom 28.10.1991 wies er darauf hin, dass es ganz entscheidend sei, „daß wir bereits vor Abzug der kanadischen Streitkräfte die ersten Schritte einer zivilen Nutzung des Flugplatzes einleiten, da die Flugplatzgenehmigung sonst automatisch verfallen würde.“ Er selbst werde sich in nächster Zeit dafür einsetzen, „daß die Gründung einer Flughafenbetreibergesellschaft aus der freien Wirtschaft heraus rasch eingeleitet werden kann“.³⁷ Auch Karl Theodor Uhrig drängte auf eine fliegerische Mitbenutzung des Flugplatzes und hatte dabei vornehmlich den Luftfrachtverkehr im Auge.³⁸

In einem Schreiben vom 5. November an den Ministerpräsidenten Teufel konkretisierte Dietz die sich inzwischen herauskristallisierenden Vorstellungen der Stadt bezüglich des Flugplatzes: „Zivile Nutzung für Geschäftsflug- und Regionalflugverkehr, ggf. verbunden mit einer Einrichtung zur Beförderung von Luftfrachten, wobei die zivile Nutzung eingebettet sein sollte in eine grenzüberschreitende Konzeption, die die Flugplätze Straßburg-Ensheim und Basel-Mulhouse-Freiburg einbezieht. (...) Neben der weiteren Nutzung des Flugplatzes für den Flugbetrieb ist die Ansiedlung von Industrie und Gewerbe möglich.“³⁹

Am 19.11.1991 versuchte der Gemeinderat zurück ins Spiel zu kommen. Die CDU-Fraktion stellte den Antrag, ein „erfahrenes Planungs- und Entwicklungsbüro“ mit der Entwicklung eines Nutzungskonzeptes für den Flugplatz und das Kasernenareal zu beauftragen, kurz darauf folgte die SPD mit einem ähnlichen Antrag. Beide Anträge wurden am 16.12.1991 einstimmig vom Gemeinderat angenommen. Zwischenzeitlich zeichnete sich aber ein neuer Konflikt ab, der den CDU-Antrag erklärt. MdB Haungs mahnte Dietz, dass die Stadt Lahr klare Vorstellungen und Initiativen entwickeln müsse. „Die Region, Land, Bund und letztendlich auch die europäische Gemeinschaft können nur die Begleitmusik zu dem bringen, was an Initiative aus Ihrem Haus kommt.“⁴⁰ Das waren deutliche Worte und sie standen dem bisherigen Vorgehen des Oberbürgermeister diametral entgegen. Haungs ging aber noch weiter: „Wie Sie aus den Erfahrungen der Vergangenheit wissen, wird jede vom Gemeinderat eingesetzte Kommission außer endlosen Diskussionen zu keinem sinnvollen Ergebnis führen.“ Haungs schlug vor, seitens der Stadtverwaltung eine Studie in Auftrag zu geben, die alle zukünftigen Nutzungsmöglichkeiten erörtere. Fehlendes Geld – „in fast allen Punkten als Gegenargument angeführt“ – dürfe kein Hinderungsgrund sein.

Dietz wies alle Vorwürfe von sich. Er verwies auf im Haushalt bereitgestellte Mittel für städtebauliche Planungen, auf die ministeriellen Arbeitsgruppen, neben denen nicht mit erheblichen finanziellem Aufwand hergeplant werden dürfe, und darauf, dass weder NATO noch das Bundesverteidigungsministerium eine definitive Klärung, ob der Flugplatz künftig für eine zivile Nutzung zur Verfügung stehe, abgegeben haben.⁴¹ In einer Erklärung im Gemeinderat vom 02.12.1991 verwies Dietz noch einmal auf seine zahlreichen Aktivitäten und beendete „diese Information mit dem eindringlichen Appell zur Offenheit, da dringend zu vermeiden sei, dass all diejenigen, die sich jetzt in die Pflicht nehmen ließen, sich bei zu großer Unsicherheit wieder zurückziehen würden. Es sei zu vermeiden, dass Lahr und Umgebung auf sich allein gestellt blieben“.

Die Antworten Dietz' befriedigten Haungs nicht. In einem weiteren, deutlich schärferen Schreiben vom 04.12.1991 machte er noch einmal die Unterschiede deutlich. Es ginge, so beginnt er, „um Ihre grundsätzliche Einstellung zu den anstehenden Veränderungen in Lahr“.⁴² Für Haungs sind die zahlreichen „Ausschüsse, Unterausschüsse, Kommissionen oder andere tagende Gremien“ nur von zweitrangiger Bedeutung: „Ich bitte Sie eindringlich, nicht der Illusion zu erliegen, dass stundenlange Beratungen von Gremien irgendwelche Entscheidungen ergeben.“ Stattdessen schlug er vor: „Ich fordere Sie und die IHK auf, die Chance der zivilen Mitbenutzung zu ergreifen. Bei beiden Entscheidungsträgern habe ich für ein weiteres Zögern kein Verständnis.“ Grundsätzliche Probleme sieht Haungs nicht, auch wenn es noch keine juristisch hieb- und stichfesten Entscheidungen gibt. Gerade darauf aber legte der Oberbürgermeister Wert.⁴³

Im Gemeinderat regte sich derweilen Unmut. Den Antrag der CDU auf Einschaltung eines Gutachterbüros interpretierte die SPD als Sorge, dass die Verwaltung „eine Art Geheimdiplomatie“ betreibe.⁴⁴ Dies wies der Oberbürgermeister zwar zurück, aber auch der Grünen-Gemeinderat Claus Vollmer betonte, „das Dilemma sei doch, das sie (die Verwaltung, T.M.) irgendwas tue, sie die Sachen jedoch nach draußen nicht transparent mache“. „Man könne die Informationen auch übertreiben“, entgegnete der Oberbürgermeister, verwies aber zugleich auf „die leider festzustellende Verunsicherung der Bevölkerung durch zu viele öffentliche Erklärungen“. CDU-Stadtrat Josef Rieger dagegen rechtfertigte die Initiative des Rates: „Die Bekanntgabe von der Aufgabe des Militärstandortes Lahr habe in der Bevölkerung eine gewaltige Erschütterung ausgelöst, die auch im Ge-

meinderat ihren Widerhall finde. Obwohl er dem Vorsitzenden die geleistete Arbeit an der Sache nicht streitig machen möchte, so repräsentiert doch der Gemeinderat den Willen der Bevölkerung und trage auch politische Verantwortung.“

Ende 1991 war die Situation noch höchst unsicher, doch zeichneten sich bereits die grundsätzlichen Linien ab. Ein Arbeitspapier der „Syntropie“ vom Oktober 1991 hatte als Ergebnis von Gesprächen mit den Gemeinderatsfraktionen mehrere Alternativmöglichkeiten herausgearbeitet, die letztlich auf A1: „Ohne Luftfrachtzentrum (und fliegerische Nutzung)“ und A2 „Mit Luftfrachtzentrum (und fliegerischer Nutzung)“ hinaus liefen.⁴⁵ Im Dezember 1991 hatte die Badische Zeitung in Lahr einen Ideenwettbewerb mit Vorstellungen zur künftigen Nutzung des Lahrer Flugplatzes veröffentlicht.⁴⁶ Der erste Preis ging an die Vorschläge von Rainer Kuhlen aus Friesenheim, der in den kommenden Jahren als Vorstand der Bürgerinitiative gegen eine fliegerische Nutzung den Prozess begleiten sollte. Seine Vorstellungen liefen im Wesentlichen auf eine kleingewerbliche und touristische Nutzung sowie starke sozial- und ökologiepolitische Schwerpunkte hinaus. Mit seinen Vorschlägen war der entschiedene Gegenpol zu den Vorstellungen von Oberbürgermeister Werner Dietz sowie den Verfechtern einer fliegerischen Nutzung formuliert. In seiner Antwort – Kuhlen hatte ihm seine Vorschläge zugeschickt – schrieb Dietz nicht ohne eine gewisse Überheblichkeit: „Mit Blick auf Ihre sehr umfangreichen Überlegungen, welche Möglichkeiten der Nutzung auf dem Flugplatzareal in Zukunft stattfinden kann, darf ich Ihnen versichern, dass die Verwaltung wie auch andere privaten und öffentlichen (sic!) Institutionen Vorschläge für ein Nutzungskonzept erarbeitet und eingebracht haben. Alle Anregungen haben dabei eines gemeinsam: Die Finanzierung bleibt unangesprochen. Dies auch unter dem Aspekt, dass der Stadt Lahr durch den Abzug der kanadischen Streitkräfte erhebliche finanzielle Verluste entstehen, welche die Erfüllung der Aufgaben – auch im Rahmen der Daseinsfürsorge – zu einem erheblichen Teil in Frage stellen. Es wird daher unumgänglich sein, durch die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen und damit verbunden durch die Bereithaltung von entsprechendem Wohnraum eine zumindest langfristige Kompensation des finanziellen Verlustes zu erreichen.“⁴⁷

Dieser Passus wurde hier nicht nur deshalb zitiert, weil er die grundsätzliche Position des Lahrer Oberbürgermeisters auf den Punkt bringt. Sondern auch deshalb, weil hier das grundsätzliche Dilem-

ma der Dietzschen Strategie erkennbar wird: Alle grundsätzlichen Vorstellungen zur Flughafennutzung mussten ja zwangsläufig unter Finanzvorbehalt stehen, weil erst der – erfolgreiche – Flugplatz jenen wirtschaftlichen Erfolg generieren sollte, der alle Maßnahmen im Nachhinein bezahlt. Eine echte Lösung, die „bezahlbar“ ist, war 1991 schlicht nicht denkbar und an dieser Stelle blockierte sich jede Überlegung der Verwaltungsspitze. Der Politiker Haungs forderte den Sprung ins unbekannte Gewässer, der Verwaltungsfachmann Dietz hielt dies aus juristischen und finanziellen Gründen für viel zu riskant und suchte deshalb ununterbrochen nach dem Schulterchluss mit der Region und der Landesregierung.

Da Haungs sein Schreiben vom 27. November 1991 auch der Presse zugeleitet hatte, war der strategische Konflikt öffentlich geworden. In einem scharfen Kommentar legte der Redaktionsleiter der Badischen Zeitung, Bernd Serger, nach: Er warf dem Oberbürgermeister Geheimdiplomatie und Passivität vor. „Lahr steht mit seinem Schicksal als alte Militärstadt nicht allein, sondern in einem harten politischen Wettbewerb, in dem es darauf ankommt, die Stadt, ihre Ideen und Möglichkeiten selbst zu verkaufen. Sonst wird, sonst ist Lahr verkauft.“⁴⁸ Auch die Grünen teilten diese Sichtweise. „Nichts geht voran“, klagte Grünen-Stadtrat Ernst-Albrecht Dolle in einer Pressemitteilung.⁴⁹

Trotz dieser jetzt heftiger werdenden Kritik – die gleichwohl unspezifisch blieb, denn auch die Kritiker hatten meist keine praktikablen Vorschläge – war es keineswegs so, dass der Lahrer Oberbürgermeister in jenen Monaten nach der Abzugsankündigung der Kanadier passiv blieb. In zahlreichen Briefen und auch Gesprächen mit der Regierung in Stuttgart hatte er immer wieder auf die Lahrer Situation hingewiesen und einen engen Schulterchluss zwischen Stuttgart und Lahr gefordert sowie zahlreiche Kontakte geknüpft. Für Dietz war die Frage der fliegerischen Nutzung des Flugplatzes eben keine, die die Stadt aus eigenen Kräften beantworten könnte, sondern eine von Bund und Land, die nur im Rahmen einer gesamtregionalen Konzeption (also einschließlich des Elsasses) eine Lösung finden könne. Ja, mehr noch: „Daß die Stadt einen solchen Flugplatz nicht betreiben kann, daß ein bisschen Regional- oder Privatflugverkehr keine wirtschaftlich sinnvolle Nutzung bringen kann, machte Dietz deutlich, um derartigen Plänen gleich eine Absage zu erteilen.“⁵⁰ Im Gegensatz zu Haungs bestand Dietz' politische Strategie darin,



Verladene kanadische Panzer am Lahrer Bahnhof. Bild: Badische Zeitung / T. Müller

zu versuchen, auf die politischen Entscheidungsprozesse in Stuttgart einzuwirken, um dort ein „Ja“ für eine fliegerische Nutzung zu bekommen. Als Verwaltungsjurist „alter Schule“ ging er damit den Weg, wie ihn Stadtentwicklungspolitik klassischerweise vorsieht. Ob dies angesichts des epochalen Charakters und der Dimension des Umbruchs in Lahr jetzt auch der richtige Weg war – darum ging der Streit.

In Stuttgart freilich hielt man sich – was die fliegerische Nutzung anging – noch bedeckt. In dem Gespräch mit OB Dietz am 21. Oktober hatte der Stuttgarter Staatssekretär Fleischer ja bereits geäußert, dass, wie es scheine, „der Flugplatz (...) mit Regionalflug- und Geschäftsreiseverkehr nicht wirtschaftlich zu betreiben“ sei.⁵¹ Damit geriet der OB aber zwischen die Stühle. Einen „großen Flugplatz“ wollte nicht einmal Rainer Haungs, jedenfalls nicht öffentlich. Das konzeptionelle Desaster macht sehr schön eine gemeinsame Tagung der CDU-Gemeinderatsfraktionen aus Offenburg und Lahr im Lahrer Hotel Schulz Ende November deutlich. Ziel, so hieß es hier, „sei keineswegs ein 24-Stunden-Takt-Cargo-Betrieb, sondern ein Frachtzentrum für die Region“.⁵² Hierfür aber gab es zu diesem Zeitpunkt keinerlei Unterstützung der Fachleute, die einen solchen regionalen Verkehrsflughafen für völlig unrealistisch hielten. Gerade

dagegen hatten sich sowohl die Syntropiestudie als auch die Ministerialbeamten (und im Grunde auch die Lufthansa) deutlich ausgesprochen.⁵³ Es war deshalb durchaus korrekt, dass Dietz Haungs im Dezember darauf hinwies - wie schon einmal oben zitiert -, dass für eine fliegerische Nutzung erst einmal ein „Magnet“ auf dem Flugplatzareal angesiedelt werden müsse. „Wir laufen Gefahr, dass wir uns alle in der Frage einer fliegerischen Nutzung des Flugplatzes mit viel Zeitaufwand und Ärger in der Öffentlichkeit auseinandersetzen, obwohl überhaupt noch nicht feststeht, ob eine fliegerische Nutzung – vor allem aus wirtschaftlichen Gründen – erreichbar ist.“⁵⁴ Vor diesem Hintergrund mag klarer werden, warum Dietz so am juristisch-pragmatischen Weg fest hielt. Solange nicht alle Hintergründe (etwa der NATO-Folgenutzung) geklärt waren, war ein politisch (und wirtschaftlich) rationaler Weg, auf dem der Jurist Dietz bestand, nicht gangbar. Haungs dagegen war Politiker genug, um zu wissen, dass Rationalität im politischen Geschäft längst nicht alles war und Machtfragen, Geschwindigkeit und Hartnäckigkeit – verbunden mit einer „Vision“ – durchaus normative Kraft entfalten konnten. Zwischen diesen Sichtweisen bestand eine unüberbrückbare Kluft.

In diesen Streit platzte dann für die Öffentlichkeit völlig überraschend die „Bombe“ der Gründung einer Flugplatz-Betreiber-gesellschaft. Die Hintergründe, die im Dezember 1991 zur Gründung einer Flugplatz Lahr GmbH führten, lassen sich aus den städtischen Unterlagen nicht vollständig klären. Rainer Haungs scheint allerdings eine treibende Kraft gewesen zu sein. Er hatte bereits im Oktober 1991 den Oberbürgermeister darauf aufmerksam gemacht, dass bereits vor Abzug der Kanadier eine zivile Nutzung des Flugplatzes einsetzen müsse, da ansonsten die Betriebsgenehmigung automatisch verfalle. Eine erneute Genehmigung sei dann wesentlich schwieriger zu erlangen. Er werde sich, so führte er weiter aus, „in nächster Zeit dafür einsetzen, dass die Gründung einer Flughafens-Betreiber-gesellschaft aus der freien Wirtschaft heraus rasch eingeleitet wird“.⁵⁵

Einen Monat später legte dann die IHK Südlicher Oberrhein ein Positionspapier zum Flughafen Lahr vor.⁵⁶ In diesem Papier ging die Kammer davon aus, dass dem Luftverkehr im Oberrheingebiet zukünftig eine wachsende Bedeutung zukomme. Sechs „regionalpolitische Gründe“ wurden für eine zivile Nutzung des Flugplatzes angegeben:

1. Ein Radius von 50 km (30 Minuten Fahrzeit) rund um Lahr decke „nahezu die gesamte Region Südlicher Oberrhein ab“.
2. Lahr sei im Landesentwicklungsplan für überregionale Industrieansiedlungen vorgesehen.
3. Die große Gesamtfläche des Flughafens von rund 600 ha erlaube sowohl eine fliegerische als auch eine gewerbliche Nutzung.
4. Die Lage des Flugplatzes erlaube eine optimale Kombination mit den Verkehrsträgern Schiene und Straße.
5. Eine zivile Nutzung lasse eine erhöhte Wertschöpfung in der Region durch die Ansiedlung neuer Industrien und Kosten-Nutzen-Vorteile für ansässige Industrien erwarten.
6. Diese Vorteile gelten auch für die Gewerbe der Wirtschaftsregion Offenburg/Mittelbaden.

Neben diesen engeren regionalpolitischen Argumenten verwies die IHK noch auf zahlreiche weitere Aspekte wie die vorhandene großzügige Infrastruktur des Flugplatzes, den zukünftig nötiger werden den Geschäftsflugverkehr, die Möglichkeit zum Instrumentenflug u.a.m. Das Positionspapier sah lediglich „General Aviation“ und einen gewissen Regionalflugverkehr, also durchaus nur eine begrenzte fliegerische Nutzung vor. Zeitgleiche Unterlagen der IHK weisen indes ein weiteres Nutzungsspektrum auf: „Geschäftsreiseverkehr, Linienflugverkehr, Charterverkehr sowie Luftfrachtverkehr.“⁵⁷

Basierend auf dieser Analyse hatte das Präsidium der IHK bereits am 12. November 1991 beschlossen, die Gründung einer Fördergesellschaft „Flughafen Lahr GmbH“ in die Wege zu leiten, was sie der Stadtverwaltung am 28.11.1991 in einer Besprechung mitteilte.⁵⁸

Am 17. Dezember 1991 beschloss die Vollversammlung der IHK die Gründung der Flugplatz Lahr GmbH, die am 10.01.1992 ins Handelsregister eingetragen wurde. Die IHK, deren Lahrer Geschäftsführer Wilhelm Peters GmbH-Geschäftsführer wurde, verstand sich bei der Gründung lediglich als „Treuhand“ für die regionale Wirtschaft und lud im übrigen auch die Kommunen Lahr, Offenburg und Freiburg ein, als Mitgesellschafter einzusteigen. Mit diesem Angebot wurde ein neues Konfliktfeld eröffnet, welches im Resultat dann zu dem Bürgerentscheid von 1995 führte, aber auch zahlreiche (und heftige) Verhandlungen der Kommunen untereinander zur Folge hatte.

Die Entscheidung für ein OSGA

Die Gründung der Flugplatz Lahr GmbH brachte zur Jahreswende 1991/92 einen erneuten Höhepunkt der Diskussion. Die Reaktionen waren heftig. Während Werner Dietz die Entscheidung als „Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnete, sprach Rainer Kuhlen von „Flughafen-Dunkelmännern“, die hinter der Entscheidung stünden. Walter Caroli bezichtigte den Oberbürgermeister der „Geheimdiplomatie“, die dem jüngsten Beschluss des Gemeinderats zur umfangreichen Prüfung aller Optionen zuwiderlaufe. Der Schwanauer Unternehmer Martin Herrenknecht, der noch im August die Idee eines Frachtflughafens als „spinnige Idee“ bezeichnet hatte, forderte nun die zivile fliegerische Nutzung des Flugplatzes.⁵⁹ Die Leserbriefproduktion erreichte einen neuen Höhepunkt, auch die (in der Regel fluggegnerischen) Umlandgemeinden schalteten sich nun vermehrt ein.⁶⁰ Allen war klar, dass die Gründung der GmbH Strukturen schaffen würde, die – noch vor jeder politischen Entscheidung – auf eine fliegerische Nutzung drängen würden. Dennoch nahm die Gründung einer Betreibergesellschaft natürlich die politische Entscheidung nicht vorweg. Wenn diese negativ ausfallen würde, würde auch eine Flugplatz Lahr GmbH wenig ausrichten können. Der weitere Verlauf der Entwicklung zeigte denn auch, wie sehr die Betreiber von den politischen Entscheidungen abhängig blieben.

In den politischen Gremien Lahrs wurde der angestrebte Beitritt der Stadt in die GmbH kontrovers diskutiert. Werner Dietz verwies darauf, dass ein Beitritt der Stadt schon deshalb nötig sei, „um gewisse Entwicklungen steuern zu können“.⁶¹ Betont wurde vor allem der Zusammenhang mit der zukünftigen Gründung eines Zweckverbandes für die Vermarktung der weiten Flugplatzflächen. Gerade hier aber sah Walter Caroli einen Widerspruch, da die angestrebte Offenheit der zukünftigen Nutzungen unglaubhaft werde. Zudem strebe nach seinen Informationen die IHK letztlich eine öffentliche Trägererschaft des Flugplatzes an.⁶² Zweckverband und Flugplatz müssten – wenn man das Land hier mit im Boot haben wolle – streng getrennt werden, da das Land sich an einer fliegerischen Nutzung niemals beteiligen werde. Hier sah aber Werner Dietz ein Problem, da das Interesse der Industrie weg sei, wenn die Stadt jede fliegerische Nutzung ausschließen würde. „Er habe die Auffassung, dass man aufpassen müsse, das Interesse der Industrie insgesamt – mit ihren nicht geringen Beziehungen – wach zu halten.“

Die Flugplatz Lahr GmbH versuchte nun rasch, „die Industrie“ der Region mit ins Boot zu holen. Bei einer Umfrage unter den Unternehmen des Kammerbezirks hatten sich 90% für eine Verbesserung der Geschäftsflugbedingungen ausgesprochen, etwa 80 Unternehmen zeigten sich bereit, sich mit Einlagen an der GmbH zu beteiligen.⁶³ Bis zum Herbst 1992 hatten sich dann 61 Unternehmen an der GmbH beteiligt, ein Jahr später waren es 77.⁶⁴ Die Beteiligung der Stadt Lahr jedoch verzögerte sich aus Gründen, die noch erörtert werden müssen. Für eine Flugplatzgenehmigung wurde jedoch seitens des Regierungspräsidiums Freiburg eine Beteiligung der Stadt Lahr an der Betreibergesellschaft als unabdingbar bezeichnet.⁶⁵

Mit den Anträgen der CDU- und SPD-Gemeinderatsfraktionen vom 16.12.1991, ein auswärtiges Planungsbüro einzuschalten, geriet die Entwicklung aber auch hier langsam in neues Fahrwasser. Am selben Tag hatte sich bereits in der Strukturkommission gezeigt, dass man mit der Beratungstätigkeit von „Syntropie“ zunehmend unzufrieden wurde. Einen Monat darauf trennte man sich von dem Unternehmen.⁶⁶ Um praktischere Ergebnisse zu bekommen, strebten Strukturkommission und Verwaltung nun ein sogenanntes „offenes städtebauliches Gutachterverfahren“ (OSG) an.

Das Verfahren wurde 1991/92 mit Erfolg im Konversionsprozess des ehemaligen amerikanischen Militärflugplatzes Zweibrücken angewandt, wo die Stadt Lahr an mehreren Symposien teilgenommen und das Planungsinstrument kennengelernt hatte. Das Planungskonzept sah besonders „Offenheit“ und „Kooperation“ als zentrale Instrumente vor, mit den Worten der Gemeinderatsvorlage: „Ziel und Methode des offenen, städtebaulichen Gutachterverfahrens bestehen darin, durch Einbeziehung möglichst vieler Meinungen, ein allgemein akzeptables Ergebnis zu erreichen.“⁶⁷ Als Ziel des Verfahrens wurden eine „Nutzungs- und Ideensfindung für das Flugplatzgelände“, Vorgabenfindung für weitere Rahmen- und Bauleitpläne sowie ein Beitrag zur Werbung und Imagefindung angestrebt. Im Rahmen einer nur sechsmonatigen Planung (ohne die Vorarbeiten) sollte ein „städtebaulicher Rahmenplan“ entwickelt werden, der später vieldiskutierte sog. „Masterplan“.⁶⁸ Mit der Entwicklung dieses Masterplans wurde das Kernstück der Konversionspolitik auf den Weg gebracht. Unabhängig von allen Diskussionen, die außerhalb Lahrs geführt wurden, wurde hier der innerstädtische Kompromiss in eine praktische Form gegossen – für geschätzte 1,4 Millionen Mark.

Fünf Firmen waren zur Abgabe eines Angebots aufgefordert worden: Auctor (Lörrach), Dornier (Friedrichshafen), FIRU (Kaiserslautern), KSG (Karlsruhe) und Prognos (Basel). Am 04.05.1992 wurde die Auftragsvergabe in der Strukturkommission vorbesprochen.⁶⁹ Nach einer Diskussion über „Industrienähe“ und „fliegerische Fixierung“ besonders der Firma Dornier⁷⁰ wurden die Firmen Dornier, Prognos und FIRU zur Vorstellung in den Gemeinderat geladen. Da die weitere Entwicklung des Flugplatzes auch von der Haltung der Gemeinde Friesenheim abhing, fand am 18.05. hierzu eine „informelle“ gemeinsame Sitzung⁷¹ des Friesenheimer und Lahrer Gemeinderats statt. Diese erste und nichtöffentliche Sitzung dauerte fast vier Stunden, die Meinungen prallten heftig aufeinander. Ein Beschluss wurde nicht gefasst, in seiner Vorstellung betonte Siegfried Steininger von der Fa. Dornier noch einmal die Offenheit des Verfahrens und dass es keineswegs auf eine fliegerische Nutzung festgelegt sei. Dennoch brachte er bereits sehr weitgehende Vorstellungen mit: Es bestehe „ein tragfähiger Ansatz vor allem im Logistikbereich. Dem zuletzt diskutierten Luftverkehr werde in Lahr nicht die Zukunft gehören. (...) Trotzdem spreche er nicht einer Verteufelung des Flugverkehrs das Wort, sondern plädiere für eine moderate Einbindung des Flugplatzes in die Überlegungen“. Die Vorstellungen von Dornier von einem Logistikzentrum gingen – verglichen mit den Äußerungen ihrer Mitbewerber – am weitesten, gerade dies sowie der geschickt vorgetragene Kompromiss zwischen gewerblicher und fliegerischer Nutzung dürfte die Stadträte von vorne herein überzeugt haben. Aus der Sicht des Ergebnisses des OSG betrachtet, lag das Resultat des „offenen Prozesses“ hier bereits sehr präzise fest, Steininger präsentierte im Kern nicht den Weg, sondern das Ziel! Der Grund dafür war recht einfach: Dornier hatte sich tatsächlich nicht um eine Moderatorenrolle beworben, sondern für einen Planungsprozess. Am 3. Juni reichte die Firma deshalb nach Rücksprache mit der Stadt eine Modifikation ihres Angebots ein, in der sie sich nur noch in der Moderatorenrolle sah, die Planungsaufgaben aber fremd vergeben wollte.⁷²

In der zweiten gemeinsamen Sitzung der Lahrer und Friesenheimer Gemeinderäte wurde nur noch über die Verteilung von Moderatoren- und Planungsrolle auf die Firmen Dornier und Prognos gesprochen (FIRU hatte sein Angebot zwischenzeitlich zurück gezogen). Während Stadtverwaltung und CDU/FWV für Dornier als Moderatoren war, wollte die SPD Prognos in dieser Rolle sehen.⁷³ Schließlich

stimmten 25 Lahrer Stadträte am 29.06.1992 für die Fa. Dornier als Moderator, 16 dagegen, zwei enthielten sich. In grundsätzlichen und umfänglichen Stellungnahmen machten die Stadträte Roland Hirsch (SPD) und Josef Rieger (CDU) die Vorstellungen ihrer Fraktionen deutlich. Hirsch kritisierte vor allem eine Festlegung von Dornier auf fliegerische Nutzung, während sich Rieger besonders mit der Kritik der Öffentlichkeit am politischen Vorgehen von Gemeinderat und Stadtverwaltung befasste. „Ich hab da einen kleinen Ausschnitt von Ausdrücken, die gegenüber der Verwaltung und auch gegenüber der CDU-Fraktion verwandt worden sind. Ich darf zitieren: Da ist die Rede von politischem Skandal, Irreführung der Öffentlichkeit, Opportunismus, Mauscheleien, Ignoranz, Geheimdiplomatie, einer Mauer des Schweigens. Was haben diese Damen und Herren bis jetzt fertig gebracht? Sie haben einen Vorschlag erarbeitet auf diesem Gelände des Flugplatzes. Es könnte eine europäische Universität, eine Fachschule für Konfliktforschung oder ein ökologisches Musterdorf errichtet werden. Meine Damen und Herren, wo die Ignoranz beheimatet ist, das wird sich bald herausstellen.“⁷⁴ Alle Redner aber betonten die Offenheit des Verfahrens besonders bezüglich der fliegerischen Nutzung.

Der Stadtverwaltung war das Problem, dass die Firma Dornier womöglich nicht ergebnisoffen arbeite, spätestens seit dem 15.06. bekannt. Die Landesentwicklungsgesellschaft Baden-Württemberg hatte nämlich auf Bitten von Bürgermeister Axel Lausch die beiden Bewerbungen von Dornier und Prognos geprüft und kam zu einem eindeutigen Ergebnis. „Beim Angebot der Firma Dornier fällt (...) auf, dass sie auf die Nutzung Logistikzentrum in europäischer Dimension zusteuert und Alternativszenarien weitgehend negativ gewichtet.“ Das widerspreche jedoch dem offenen Verfahren, dessen Sinn darin bestehe, „dass am Ende eine kommunalpolitisch breit abgesicherte Lösung steht, die nicht durch dauernde Forderungen nach Untersuchung von alternativen Lösungsmöglichkeiten in diese oder jene Richtung immer wieder in Frage gestellt wird. Bei einer Beauftragung der Firma Dornier ist aus unserer Sicht das Ziel inhaltlich eindeutig vorgegeben.“⁷⁵ Warum aber ignorierte die Stadtverwaltung diese Warnung und setzte kompromisslos auf Dornier? Abgesehen von der grundsätzlich flugfreundlichen Einstellung aller Beteiligten hatte die Entscheidung wohl einiges mit dem Projektleiter von Dornier, Siegfried Steininger⁷⁶, zu tun. In der zweiten gemeinsamen Gemeinderatssitzung vom 16.06.1992 argumentierte Dietz jedenfalls,

dass er für Dornier plädiere, da man Steininger die persönlichen Voraussetzungen eher zutrauen könne als dem Projektleiter von Prognos.

Da sich der Friesenheimer Gemeinderat zeitgleich ebenfalls für die Firma Dornier entschieden hatte, konnte Steininger bereits im Juli 1992 das Arbeitsprogramm vorlegen. Es sah vor, zunächst verschiedene Gutachten erstellen zu lassen und diese in die Planvarianten einfließen zu lassen.⁷⁷ Für die Gutachten waren zwei Planungsbüros zuständig, die drei Rahmenpläne entwickeln sollten: Einen Flugplatzplan mit fliegerischer Nutzung, einen ohne fliegerische Nutzung und einen Plan für das Kasernengelände. Die Planungsbüros hießen kurz Planungsgruppe „Karlsruhe“⁷⁸ und Planungsgruppe „Freiburg“⁷⁹. Jede dieser Gruppen sollte Stadt-, Landschafts-, Verkehrs und Umweltpläne erarbeiten. Getrennt vergeben wurde ein sog. „Vorgutachten“ zu den Marktvoraussetzungen der fliegerischen Nutzung, das von der Prognos AG erarbeitet werden sollte, sowie eine ökologische Bestandsaufnahme des Flugplatzareals. Als Herzstück der Planungs- und Bewertungsarbeit wurde eine sog. Lenkungsgruppe installiert. Sie bestand aus Vertretern der baden-württembergischen Verkehrs-, Wirtschafts-, Finanz-, Umweltministerien und der Landesentwicklungsgesellschaft, der Oberfinanzdirektion, des Regierungspräsidiums, des Regionalverbands Südlicher Oberrhein, des Ortenaukreis', der Fraktionen im Lahrer und Friesenheimer Gemeinderat, der Lahrer Landtagsabgeordneten, des Bundestagsabgeordneten Rainer Haungs, Oberbürgermeister Dietz, Bürgermeister Götz, Bürgermeister Heil, Bürgermeister Lausch, der Wirtschaftsregion Offenburg/Mittelbaden, der IHK, der Handwerkskammer, des DGB, der kanadischen Streitkräfte, dem Projektleitern der Planungsgruppen, der Prognos AG sowie der Fa. Dornier, insgesamt also aus rund 40 Personen.⁸⁰

Bereits am 31.08.1992 konnte dieses Paket dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Die meisten Redner waren erfreut über das Tempo des Prozesses, lediglich die Grünen kritisierten den Zeitdruck, unzulängliche Informationen, mangelnde Öffentlichkeit sowie die einseitige Zusammensetzung der Lenkungsgruppe. Den Antrag der Grünen-Stadträtin Stein, auch einen Vertreter der Jugend und des BUND in die Lenkungsgruppe aufzunehmen, kommentierte der Oberbürgermeister mit der Bemerkung, „die Lenkungsgruppe sei keine Bürgervertretung, sondern habe den Planungsprozess fach-

lich zu begleiten und müsse deshalb auf eine Mindestzahl von Mitgliedern beschränkt bleiben“.⁸¹ Mit dem Beschluss vom 31.08. konnten sich die Planer an die Arbeit machen.

Verwaltungsinterne Verhandlungen

An dieser Stelle müssen wir das OSG-Verfahren verlassen, um einen anderen Schauplatz zu erörtern. Wie bereits erwähnt, bestand ein wesentlicher Teil der Strategie des Oberbürgermeisters darin, möglichst zahlreiche Kontakte vor allem zur Landesregierung und Ministerialbürokratie zu knüpfen. Auch hier war man zwischenzeitlich nicht tatenlos gewesen und hatte diverse Arbeitsgruppen eingerichtet, um die Konversionsangelegenheiten Baden-Württembergs zu begleiten. Für Lahr besonders wichtig waren die interministerielle „Arbeitsgruppe Lahr“ beim Verkehrsministerium und die Aktivitäten des Regierungspräsidiums in Freiburg. Beide Instanzen waren von Bedeutung, weil sie – je nach Größe des anvisierten Flugplatzes – Genehmigungsbehörden waren.⁸² In den zahlreichen Gesprächen und Sitzungen wurden wichtige Entscheidungen getroffen, die aus Regierungssicht den Lahrer Flugplatz in die Landesverhältnisse einordnen und natürlich auch die wichtigen Fragen eventueller Zuschüsse regeln sollten. Die folgende Darstellung konzentriert sich nur auf einen Aspekt der Gespräche, nämlich die Frage nach der Art und Weise der fliegerischen Nutzung.

Bereits die erste Sitzung der „Arbeitsgruppe Lahr“ am 28.11.1991 in Lahr legte wichtige Grundsatzentscheidungen fest.⁸³ Oberbürgermeister Werner Dietz wies gleich eingangs darauf hin, dass zwar noch kein Beschluss des Gemeinderates zur Nutzung des Flugplatzgeländes vorliege, gleichwohl „die Verwaltung und wohl auch die Mehrheit des Gemeinderats (...) aber wohl von einer kombinierten fliegerischen und gewerblichen Nachfolgenutzung des Geländes“ ausgehe. Es oblag vor allem dem Vertreter des Verkehrsministeriums, Ministerialrat Albrecht Kuder, die Anwesenden mit technischen Details vertraut zu machen. Seiner Ansicht nach waren vor allem „Geschäftsreiseverkehr (Bedarfsluftverkehr mit eigenen und gemieteten Luftfahrzeugen) und der Regionalluftverkehr denkbare Themen für eine weitere Untersuchung“. Sowohl beim Geschäftsreiseverkehr als auch bei linienmäßig organisiertem Regionalluftverkehr kamen in der Regel Propellerflugzeuge mit Sitzplatzkapazitäten zwischen 18 und 60 Plätzen zum Einsatz. Als Beispiele für

solche Flugplätze wurden Friedrichshafen und Mannheim genannt. „Demgegenüber stünde der Linienverkehr mit Düsenflugzeugen in Konkurrenz zum Euro-Airport und zu Straßburg. Er dürfte wohl ausscheiden.“⁸⁴

Abgesehen vom Friesenheimer Bürgermeister Eugen Götz, der sich gegen eine fliegerische Nutzung aussprach und darauf hinwies, das sich der Flugverkehr auf einem einmal eingerichteten Flugplatz ausdehnen würde, widersprach keiner der Anwesenden den Einschätzungen Kuders.

Als Reaktion auf die in der Sitzung aufgetauchten Fragen erstellte das Verkehrsministerium in den folgenden Wochen ein Arbeitspapier. Es kam dabei zu dem Ergebnis, dass „alle Anzeichen (...) darauf hin (deuten), dass sich die Luftverkehrsnachfrage auf den Flugplätzen kurz- und mittelfristig noch erheblich verstärken wird“. Das Ministerium hatte hierbei besonders den Regionalluftverkehr im Auge und betonte die Ergänzungsfunktion von Regionalflugplätzen für die Netzstruktur von Bahn und Straße. „Die daraus erwachsenen Wirtschafts- und verkehrspolitischen Chancen können aber nur dort genutzt werden, wo eine ausreichend entwickelte Flugplatzstruktur vorhanden ist (...). Das Land Baden-Württemberg darf auf diesem wichtigen Teilbereich nicht den Anschluß an die allgemeine Entwicklung verlieren.“⁸⁵

Die zweite Sitzung der Arbeitsgruppe fand am 14.01.1992 in deutlich größerer Runde statt. Vor allem die Bürgermeister der betroffenen Umlandgemeinden waren mit eingeladen worden. Im Mittelpunkt der Sitzung stand erneut die Bedarfsfrage. Peters, zu diesem Zeitpunkt bereits Geschäftsführer der Flugplatz Lahr GmbH, bejahte „ein Potential für eine zivile fliegerische Mitnutzung für den Geschäftsreiseverkehr und den Regionalluftverkehr insbesondere in das Beitrittsgebiet (womit die ehem. DDR gemeint war, T.M.)“.⁸⁶ Den konkreten Bedarf wolle er demnächst über die Umfrage der IHK nachweisen. Der Präsident der IHK, Horst Weitzmann (Vorstand der Badischen Stahlwerke Kehl), sprach sich erstmals für eine Einschränkung aus: Luftfracht sei aus Sicht der IHK „kein Thema für Lahr“, er plädierte dafür, „das Thema Fracht nicht mehr weiterzuverfolgen“. Dem schlossen sich Landrat Gamber sowie ein Vertreter des Regierungspräsidiums an. Dietz sprach sich dafür aus, vorerst noch alle Nutzungsmöglichkeiten offen zu lassen.

Nach einer weiteren Sitzung vom 12.03.1992 (dessen Protokoll in den Unterlagen nicht gefunden werden konnte) wurde die Diskussion im April im engeren Kreis zwischen Regierungspräsidium und Stadtverwaltung weiter geführt. Anwesend waren u.a. Vertreter der Stadtverwaltung Lahr, von Friesenheim, der IHK, der betroffenen Ministerien, des Regionalverbandes Südlicher Oberrhein sowie des Regierungspräsidiums Freiburg. In dieser Sitzung stellte die Stadt Lahr noch einmal klar, dass man zwar für alle Konzeptionen und Überlegungen offen sei, aber lediglich einen „Regionalflugplatz bzw. reinen Geschäftsflugverkehr“, jedoch keinen „Großflughafen“ anstrebe.⁸⁷ Deutlicher als zuvor wurde nun die politische Festlegung des Landes eingefordert. Erstmals zeigten sich aber auch regionale Differenzen. Die Stadt Lahr beklagte eine „Vorfestlegung“ des Regionalverbandes ohne „echte Prüfung und ohne objektive Berücksichtigung aller Belange“. Der Vertreter des Verbandes entgegnete, dass „grundsätzlich eine zivile fliegerische Nutzung wünschenswert“ sei: „Ziel ist ein Verkehrslandeplatz mit der Option zum Regionalflugverkehr. Ein großer Flughafen oder ein Frachtflughafen werden nicht befürwortet“. Damit wurde erstmals das Stichwort „Verkehrslandeplatz“ in die Debatte geworfen.

Der Stellungnahme des Regionalverbandes lag ein Gutachten zugrunde, das im Winter 1991/92 auf Antrag der CDU- sowie der FDP-Fraktionen in der Verbandsversammlung für den Planungsausschuss des Verbandes erstellt wurde. Nach der Syntropie-Studie war es der erste Versuch, durch eine regionale Betrachtung die Tragfähigkeit eines fliegerischen Konzeptes für den ehem. Militärflughafen Lahr abzuschätzen. Erstmals wurde hier auch versucht, die Begrifflichkeiten (Regionalflugplatz, Verkehrsflughafen, Verkehrslandeplatz) genauer zu bestimmen. Wegen seiner Grundsätzlichkeit und seiner weitreichenden Bedeutung für die Entwicklung der darauffolgenden Jahre verdient es einen genaueren Blick.⁸⁸

Das Gutachten geht nach einigen allgemeinen Bemerkungen zunächst von einer regionalen Einordnung der drei neuen Flugplätze am Oberrhein (Bremgarten, Lahr, Söllingen) aus. Bezüglich Lahr stellt es fest, dass der Flugplatz geeignet sei, die Verkehrslandeplätze Offenburg und/oder Freiburg zu ersetzen. Die benachbarten Verkehrsflughäfen Straßburg-Entzheim, Basel-Mulhouse-Freiburg, Stuttgart, Frankfurt und Zürich „lassen für Lahr einen wohl nur begrenzten fliegerischen Spielraum offen, der in der Größenordnung

eines Verkehrslandeplatzes mit ggf. einigen wenigen regionalen Linien (Bedarfsflugverkehr) gesehen wird“. Deutlicher als alle anderen bislang betont das Konzept, dass zum einen die Verkehrslandeplätze in Offenburg und Freiburg (zumindest aber Offenburg) nach Lahr gezogen werden müssen und zum andern ein Regional- oder Frachtflughafen „außerhalb einer wirtschaftlichen Tragfähigkeit“ erscheinen. Dabei wird besonders der Ausbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes der Bahn in Nord-Süd- als auch Ost-West-Richtung betont. Der vom Regionalverband deshalb vorgeschlagene „Verkehrslandeplatz“ hat immer noch beträchtliche Entwicklungsmöglichkeiten. Er orientiert sich an der Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung und kann Flugplätze unterhalb der Ebene der (internationalen) Flughäfen mit oder ohne Regionalluftverkehr (d.h. Maschinen mit bis zu 70 Sitzplätzen) umfassen. Das Gutachten legt sich nicht ganz fest, aber im Kern sieht es in Lahr nur Möglichkeiten für einen Landeplatz mit Gelegenheitsverkehr für Geschäftsreisende. Das ist keineswegs die „nicht ganz klare Haltung hinsichtlich der fliegerischen Nutzung“, die die Stadt Lahr dem Zweckverband vorwarf, aber doch ein pessimistisches Szenario, abgesehen von den deutlich kritischen Bemerkungen, die ganz zum Schluss bezüglich der ökologischen Schäden des Flugverkehrs gemacht wurden (Lärm, Treibhauseffekt).

Das Luftverkehrskonzept zwang erstmals alle Beteiligten, grundsätzlich zur Bedarfs- und Planungsfrage Stellung zu beziehen. Der Hauptgeschäftsführer der IHK, Norbert Euba, betonte vor allem den Zeitdruck. Ein Genehmigungsverfahren benötige 14 Monate, das Ergebnis der Bedarfsgutachten könne deshalb nicht abgewartet werden. Söllingen strebe ebenfalls eine fliegerische Nutzung an, doch seien Lage und Ausstattung in Lahr besser. Der Vertreter des Verkehrsministeriums bezweifelte den Wert des Gesamtgutachtens des Regionalverbandes. „Der Sinn eines Gesamt-Gutachtens für die Region unter Einbeziehung von Basel-Mülhausen-Freiburg, Straßburg und Stuttgart erscheine fraglich, da es wesentlich auf den politischen Willen der Region ankommt. Diese müsse sich entscheiden und für jeden Standort die Realisierung prüfen. Das Verkehrsministerium werde sich nicht vorab auf einen Standort festlegen.“

Auch das Innenministerium betonte den Zeitdruck, der entstanden sei, da sich in Söllingen bereits eine Interessengemeinschaft gebildet habe. Realistisch sei wohl ein „Regionalflugplatz mit gewerblicher und sonstiger Nutzung“. Das Regierungspräsidium sprach sich noch einmal deutlich für Lahr aus, da es zentraler liege als Bremgarten

oder Söllingen und die Verkehrsanbindung besser sei. Aber auch hier wurde betont: „Angesichts der Konkurrenzsituation zwischen den drei Konversions-Standorten im Oberrheingebiet wird die Region sagen müssen, was sie will. Der Entscheidung des Regionalverbandes komme daher eine besondere Bedeutung zu.“ Für das weitere Vorgehen wurde u.a. beschlossen, dass die „Industrie- und Handelskammer (...) in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium das Genehmigungsverfahren für einen Bedarfsluftverkehr mit Option auf eine Regionallinie vorantreiben“ wird.

Dies war in etwa der Stand der Gespräche, wie sie hinter verschlossenen Türen zwischen der Stadtverwaltung, IHK und Landesbehörden geführt wurden, bevor der Prozess des OSG auf den Weg gebracht wurden. An dem politischen Willen aller Beteiligten, eine fliegerische Nutzung anzustreben, kann nicht gezweifelt werden und insofern bestanden die Vorwürfe, das Verfahren sei tatsächlich wenig „offen“, in diesem Punkt zu Recht. Zugleich zeichneten sich aber auch zentrale neue Konfliktfelder ab. Sie lagen vor allem auf regionaler Ebene. Hier musste ein Konsens gesucht und gefunden werden, ohne den alle Bemühungen der Stadt vergeblich bleiben würden. Die Hinweise, dass Stuttgart nur bereit wäre, einen Verkehrslandeplatz in Lahr zu unterstützen, wenn Freiburg und Offenburg mit ins Boot genommen würden, wurden unüberhörbar und fortan zu einer festen Konstante der Dietzschens Politik.⁸⁹ Außerdem mehrten sich nun die Stimmen derer, die einen Flugbetrieb in größerem Umfang für ökonomisch unrealistisch hielten. Neben Dornier und einzelnen Ministerialbeamten hatte nun auch der Regionalverband Südlicher Oberrhein deutlich Skepsis gezeigt.

Verlauf und Ergebnis des OSGA – Der Masterplan

Der Planungsprozess, den Steininger für Lahr entworfen hatte, sah ein mehrstufiges Verfahren vor. Auf jeder Stufe waren Bürgerforen, Sitzungen der Lenkungsgruppe, Besprechungen der Gemeinderäte sowie Wirtschaftsforen vorgesehen. Nach einer Auftaktveranstaltung als erster Stufe vom 07. bis zum 09.10.1992 sollten die Grobplanungen der Planungsgruppen (Stufe 2) am 09./10.12.1992 vorgestellt werden und die endgültigen Planungsergebnisse (Stufe 3) vom 28. bis 30.04.1993. Am 17.05.1993 sollten dann die Gemeinderäte von Lahr und Friesenheim über den Masterplan entscheiden, der nach eventueller Überarbeitung dann am 30.06.1993 präsentiert werden sollte.

Die Auftaktveranstaltung im Oktober 1992 verlief wenig spektakulär. In der Lenkungsgruppe wurden noch einmal die Ansichten pro oder contra der fliegerischen Nutzung ausgetauscht, die Planungsgruppen erläuterten ihr Vorgehen,⁹⁰ die Bürgerinitiative gegen den Flugplatz nutzte das Bürgerforum, um detaillierte eigene Vorschläge zu unterbreiten.⁹¹ Steininger sagte eine intensive Prüfung aller Vorschläge zu. Konkreter wurde es dann schon bei der Erörterung der Grobplanungen im Dezember 1992. Im Mittelpunkt stand weiterhin die Frage der fliegerischen Nutzung, nun aber angereichert durch ein Gutachten zu „Marktvoraussetzungen für eine fliegerische Nutzung“ durch die Firma Prognos.⁹² Das Gutachten setzte – mit einer gewissen „pessimistischen Färbung“ – neue Schwerpunkte. Beruhend auf der Marktanalyse eines weiteren (Elsass, Nordschweiz, Baden) und eines näheren (Ortenau) Einzugsbereichs und vor dem Hintergrund zunehmenden Straßenverkehrs in der EU sah es für die Einführung von Frachtflugverkehr in Lahr keine Zukunft. Das Gutachten setzte ausschließlich auf Personenflugverkehr und sah hier einen Entwicklungszeitraum von etwa 15 bis 20 Jahren vor. Erst danach wäre der Flugplatz rentabel.

Das Gutachten bestärkte die Befürworter in ihrer Orientierung auf einen Verkehrslandeplatz. Obgleich es im Detail Kritik an Prognos gab, fühlte man sich bestätigt, dass es eine reale Chance für eine fliegerische Nutzung gab. Voraussetzungen waren aber – laut der Prognos-Studie – der Einstieg von einer oder mehreren leistungsfähigen Fluggesellschaften (die einen Teil ihrer Kundschaft mitbringen sollten) sowie die Schließung der Verkehrslandeplätze in Offenburg und Freiburg. In der Lenkungsgruppe blieben die Gegensätze auch in der 2. Sitzung trotzdem bestehen. Dennoch zeichnete sich ein Wandel ab: Zwar blieb der Friesenheimer Gemeinderat bei seiner ablehnenden Haltung, Bürgermeister Eugen Götz aber deutete nun verstärkt eine Kompromisshaltung an.⁹³

Im Bürgerforum, zu dem rund 250 Interessierte gekommen waren, gab inzwischen die BI gegen eine fliegerische Nutzung den Ton an. Ihre Argumente gegen den Flugverkehr betrafen vornehmlich die ökologischen Schäden durch den Flugbetrieb, ihre konkreten Vorstellungen zielten auf eine Renaturierung eines Teils des Flugplatzgeländes, Blockheizkraftwerke und Solaranlagen auf der Landebahn, Recycling-Zentren, Forschungszentren sowie eine Konzentration der regionalen Gewerbezentren auf den Flugplatz.⁹⁴ Steininger brachte

die Mehrheitsansicht auf den Punkt: „Man müsse sich entscheiden (...): Schaffung von Arbeitsplätzen oder Öko-Nutzung“.⁹⁵

Ende 1992/Anfang 1993 hatten sich die Vorstellungen deutlich geklärt. Intern und zunehmend auch in der Berichterstattung war nun von einem „Verkehrslandeplatz“ die Rede. Dass es zentrale Unterschiede zwischen „(Verkehrs)Flughäfen“ einerseits und „(Verkehrs)Landepätzen“ andererseits gab, wurde von nun an (ziemlich)⁹⁶ fester Bestandteil der internen Diskussionen. Flughäfen benötigen einen umfangreichen Bauschutzbereich nach §12 LuftVG und können auch Flugzeuge über 14 Tonnen Startgewicht abfertigen. Landepätze dagegen sind deutlich einfacher gehalten, aber beschränkt auf Flugzeuge bis 14 Tonnen maximales Startgewicht.

Die Wogen schlugen dennoch hoch, als sich der baden-württembergische Ministerpräsident Erwin Teufel vor diesem Hintergrund im März 1993, also noch mitten im Lahrer OSG-Verfahren, für einen „Regionalflughafen Söllingen“ aussprach.⁹⁷ In Lahr wurde diese „Festlegung“ des Landes regelmäßig als eine Absage an die eigene Stadt und einen Flugplatz Lahr interpretiert, Peters reagierte „überascht und befremdet“, Caroli sprach von einer „kalten Dusche“, Dietz fand die Haltung „ärgerlich“. Tatsächlich aber hatte Teufel

Erst zwei Jahre nach dem Masterplan entschied ein Bürgerentscheid endgültig über die fliegerische Nutzung. Am 15. Oktober 1995 wartete man im Gemeinderatsaal mit Spannung auf das Ergebnis. Bild:Badische Zeitung / W. Bader



kaum etwas Überraschendes geäußert und so konnte Verkehrsminister Hermann Schaufler in einem BZ-Interview kurz darauf denn auch gelassen für einen Verkehrslandeplatz Lahr plädieren – bei Vorlage eines regionalen Konzeptes und ohne Widerspruch zur Haltung der Landesregierung.⁹⁸ Eine Verkehrslandeplatz in Lahr und ein Verkehrsflughafen in Söllingen – das war die Haltung des Landes, aber so richtig scheint der Unterschied im Frühjahr 1993 doch noch nicht allen klar gewesen zu sein.

Die vorletzte Runde des OSGA verlief Anfang Mai 1993 wenig überraschend. Im Bürgerforum hatte das Interesse inzwischen deutlich nachgelassen. Nur noch rund 100 Zuschauer waren gekommen, um sich die verschiedenen Altlasten-, Entwicklungs- und Flugverkehrsgutachten erläutern zu lassen. Etwas überraschend war in den Wochen vor der Versammlung noch ein Gutachten zur technischen Tauglichkeit des Flugplatzes von der Fa. airplan GmbH, einer Frankfurter Ingenieursgesellschaft für Flughafenbau, veröffentlicht worden. Von diesem Unternehmen und seiner Beauftragung finden sich kaum Spuren in den städtischen Akten, in den ersten beiden Runden des OSG tauchte es nicht auf. Seine Stellungnahme war wenig überraschend: Technisch sei die Umwandlung des Flugplatzes von einem Militär- zu einem Verkehrslandeplatz „mit relativ geringen Mitteln“ zu schaffen. Dabei sei auch eine verkürzte Landebahn von 1600 bis 1800 Meter hinreichend.⁹⁹ Die Diskussion im Bürgerforum konzentrierte sich auf die Zuverlässigkeit der Gutachten, die zum Gutteil von den Fluggegnern abgestritten wurde. Insgesamt aber litt die Veranstaltung eher an einem Zuviel als einem Zuwenig an Informationen, die kaum noch Zeit für Rückfragen ließen.¹⁰⁰

Schärfer war die öffentliche Kritik dagegen an der abschließenden Sitzung der Lenkungsgruppe. Die hatte sich schließlich mit 20 Stimmen gegen zehn Gegenstimmen und eine Enthaltung für eine zivile fliegerische Nutzung ausgesprochen und dementsprechend ihre Empfehlung für den Gemeinderat abgegeben. Von „schwieriger Demokratie“ sprach Chefredakteur Bernd Serger in der Badischen Zeitung angesichts der vierstündigen Marathonsitzung, während Achim Lederle in der Lahrer Zeitung scharf die Verfahrenstechnik Steiningers ins Visier nahm: „Als sich gegen 16 Uhr schon allgemeine Schläfrigkeit breitmachte, kam der große Auftritt des Siegfried Steininger. Wie das Kaninchen aus dem Hut zauberte er schriftliche Vorschläge hervor, wie die Lenkungsgruppe bitte zu entscheiden

habe. Weder den 33 „Lenkern“ noch der Presse waren die Unterlagen vorher zugänglich. Nach dieser Überrumpfungstaktik musste unter höchstem Zeitdruck (...) über die wirtschaftliche Weichenstellung Lahrs für die nächsten 50 Jahre entschieden werden. (...) Diskussionen wurden abgewürgt und Ergänzungen und Änderungen von Steiningers Vorschlagliste willkürlich hinzugefügt oder weggelassen.“¹⁰¹

Als das „Kaninchen“, von dem der Kommentator hier spricht, kann vor allem die Prioritätensetzung bei der Beschlussformulierung angesehen werden. Die Lenkungsgruppe stimmte nämlich für ein „qualifiziertes Industrie- und Gewerbezentrum mit einem Schwerpunkt für logistik-intensive Betriebe“ und dann als „Nebennutzung“ für einen Verkehrslandeplatz. In dieser Form und Anordnung findet man die Nutzungsvorschläge für den Flugplatz bis dahin nicht. Sucht man ihre Ursprünge, landet man einerseits bei den Dornier-vorschlägen vom Mai 1992 (Logistikstandort), der sich inzwischen heraus kristallisierenden Größenordnung des Flugplatzes (Verkehrslandeplatz) sowie beim Druck der öffentlichen Kritik am Fliegen überhaupt („Nebennutzung“). Obgleich Steininger für sein Vorgehen heftig kritisiert worden war, hatte er erfüllt, was seine Aufgabe als Moderator und Verfahrensleiter war: Die verschiedenen Diskussionen, Gutachten und Ansichten zu bündeln und in einen pragmatischen Beschluss umzusetzen. Es ist kaum anzunehmen, dass die Entscheidung auch bei umfänglicherer Diskussion wesentlich anders ausgefallen wäre. Der Beschlussvorschlag war so gesehen wohl ein kleiner „Geniestreich“ und brachte den Stand der Diskussion ziemlich exakt auf den Punkt, ein „Demokratiedefizit“ bestand höchstens aus formaler Sicht, nicht aus inhaltlicher.

Im Juni 1993 kam der Masterplan in den Gemeinderäten von Lahr und Friesenheim zur endgültigen Abstimmung. Bevor wir uns jedoch diesen Debatten zuwenden, müssen noch einmal der Schauplatz gewechselt und zwei weitere Themen und Aspekte erörtert werden: die Entwicklung und der Stand der Kritik an der weiteren fliegerischen Nutzung sowie die Debatte um den sog. „NATO-Vorbehalt“.

Die Bürgerinitiative gegen den Flugplatz Lahr hatte sich in den Bürgerforen des OSG inzwischen als die dominante Kraft im Lager der Fluggegner präsentiert. Bereits im Umfeld der ersten Runde des OSG hatte die Initiative dem baden-württembergischen Umweltminister Harald B. Schäfer eine Liste mit rund 10.000 Unterschriften gegen

einen Flugplatz Lahr übergeben.¹⁰² Zunehmend gelang es der Gruppe um die Vorstandsmitglieder Peter Oschwald, Rainer Kuhlen und Lenkungsgruppenmitglied Joseph Hugelmann, alternative Planungs-ideen in der Öffentlichkeit zu platzieren.¹⁰³ Kernpunkt ihrer Vorstellung war die strikte Ablehnung des Flugbetriebs aus ökologischen Gründen, wobei die Belastung durch Treibhausgase im Vordergrund stand und auch die Lärmbelastung eine wesentliche Rolle spielte. Bis zum Ende des OSG im Juni 1993 hatte sich die Kritik deutlich entfaltet und basierte nunmehr auf drei Säulen: Zum einen wurden demokratische Defizite des Planungsverfahrens beklagt. Mangelnde Einbindung der betroffenen Umlandgemeinden, „Alibi-Funktion“ des OSG sowie „Geheimdiplomatie“ der Verwaltungsspitze standen dabei im Mittelpunkt der Vorwürfe. Daneben präzisierte sich die ökonomische Kritik, die darauf verwies, dass ein Verkehrslandeplatz defizitär bliebe, kaum Arbeitsplätze induziere und letztlich keine zukunftsweisende Industriebereiche (im Sinne international gerechter, energiesparender und ressourcenschonender Produktion) anziehe. Und schließlich verwies die ökologische Kritik auf die Luft- und Lärmbelastung sowie die Verminderung der Lebensqualität in der Region.¹⁰⁴

Fachlich hatte sich die BI in rascher Zeit zu einem ernstzunehmenden Kritiker entwickelt, an dem auch Flugbefürworter Wilhelm Peters nicht vorbeikam.¹⁰⁵ Im Gegensatz zu Peters suchte die Verwaltungsspitze in Lahr den Kontakt zur Bürgerinitiative zu keiner Stunde. Für Werner Dietz war sie schlichtweg kein Bestandteil des Verfahrens, soweit dieses nicht die unmittelbare Beteiligung der Öffentlichkeit vorsah. Interventionen seitens der flugkritischen Öffentlichkeit (in Form von Aktionen, Leserbriefen oder in Gemeinderatssitzungen) kamen für ihn entweder immer zur Unzeit (weil der interne Diskussionsprozess z.B. noch in der Entscheidungsfindung war) oder waren nicht legitimiert. Als ihm die BI im Juni 1992 die Unterschriftenliste gegen den Flugplatz überreichen wollte, weigerte er sich mit dem Hinweis, dass der Übergabetermin mit ihm zuvor nicht abgesprochen war und er nicht anwesend sei. Einen weiteren Termin machte er davon abhängig, dass sich die BI „öffentlich vom rechtswidrigen Verhalten von Mitgliedern der Bürgerinitiative am 18.5.1992“ distanzieren. Es war jener Tag, an dem die BI in der ersten gemeinsamen Gemeinderatssitzung von Lahr und Friesenheim demonstriert hatte und hinausgeworfen wurde. Für Provokationen oder gar gezielte Rechtsbrüche als Mittel politischer Auseinanderset-

zung – ein klassisches Verfahren alternativer Politik seit 1968 – hatte Dietz keinerlei Verständnis, sie führten seinerseits zum Abbruch der Beziehungen. Formal hatte dies seine Berechtigung, die Akzeptanz des Gesamtverfahrens aber litt deutlich unter diesem Vorgehen.

Neben der BI waren es besonders die Lahrer SPD und die Grünen, die eine ablehnende Haltung zur weiteren fliegerischen Nutzung formulierten. Die Argumente der Grünen deckten sich mit denen der BI, da sie aber im Gemeinderat saßen, konnte der OB hier einer Auseinandersetzung nicht immer ausweichen. Grünen-Stadtrat Claus Vollmer hatte bereits im Mai 1992 besonders die Nichtöffentlichkeit und Vorgehensweise im Zusammenhang mit dem geplanten OSGA in einem Schreiben an den Oberbürgermeister kritisiert und als „Skandal“ bezeichnet.¹⁰⁶ Dietz reagierte scharf und empört. Für ihn wies das Vorgehen Vollmers auf „blinden Aktionismus“ und „Wichtigtuerei“ hin, es unterdrücke „die Wahrheit bewusst“. Vollmer betreibe „einen satzsam bekannten Stil der Auseinandersetzung, der nicht auf eine sachliche Klärung der Vorgänge ausgerichtet“ sei.¹⁰⁷ Hier konnte der Kontakt zu den Grünen, die Gemeinderatsfraktion waren, nicht abgebrochen werden, aber Dietz bestand immerhin darauf, dass er zukünftig Äußerungen von der Grünen-Fraktion nur von deren Sprecherin Elfriede Stein entgegennehmen würde.

Die SPD war die größte politische Gruppierung, die sich deutlich gegen eine fliegerische Nutzung ausgesprochen hatte. Da sie mit Stadtrat Walter Caroli zugleich über einen Landtagsabgeordneten verfügte, hatte die Stimme der SPD im Planungsverfahren deutlich stärkeres Gewicht. Die Kritik der SPD setzte im Wesentlichen an den finanziellen und wirtschaftlichen Aspekten einer fliegerischen Nutzung an. Ungeklärt war für sie, wer den Flugplatz betreiben sollte und dabei die geschätzten Investitionskosten von rund 20 Mio. Mark aufbringen sollte. In ihre Kritik bezog sie die planerischen Überlegungen zu einem Logistikschwerpunkt mit ein.¹⁰⁸ Immer wieder wies sie darauf hin, dass sich ein Verkehrslandeplatz, zumal in der Nähe der Flughäfen Straßburg und Basel/Mulhouse „nicht rechnen“ und ökologischer, verkehrspolitischer und wirtschaftlicher Unsinn sei.¹⁰⁹

Und eine nicht zu unterschätzende Rolle in den Auseinandersetzungen spielten schließlich die nördlich und westlich gelegenen Umlandgemeinden, die vom Flugbetrieb direkt betroffen waren und sich einhellig gegen einen weiteren Flugbetrieb ausgesprochen hatten. Die Gemeinderäte von Friesenheim, Schutterwald und Schwa-

nau und die Ortschaftsräte von Hugsweier und Kürzell hatten sich frühzeitig und eindeutig gegen eine fliegerische Nutzung gewandt und machten das Konzept einer regionalen Einigkeit vorerst obsolet.

Vor diesem Hintergrund war die Situation im Frühjahr/Frühsummer 1993 trotz der Empfehlung der Lenkungsgruppe höchst unsicher. In dieser Lage entwickelte sich die Diskussion um den sog. „Nato-Vorbehalt“.

Der sog. Nato-Vorbehalt

Die Vermutung, dass die Nato Ansprüche auf den Flugplatz erhebt, war – wie oben bereits erwähnt – von Beginn an Bestandteil der Diskussionen. Diese Unsicherheit zog sich bis in die Ministerialbüros und belastete alle Planungen und Überlegungen.¹¹⁰ Die eventuellen Ansprüche wurden als sog. „Nato-Vorbehalt“ bezeichnet. Was dieser „Vorbehalt“ freilich im Detail bedeutete, war völlig unklar und gab dementsprechend ausreichend Stoff für heftige politische Auseinandersetzungen. Im Kontext der fliegerischen Nutzung ist dabei von Bedeutung, dass aus einem „Nato-Vorbehalt“ unterschiedliche Konsequenzen gezogen werden konnten. Man konnte daraus schließen, dass die Nato auch weiterhin fliegen würde, der Flugplatz also auf jeden Fall erhalten bleiben würde. Umgekehrt konnte man zu dem Ergebnis kommen, dass nun auf keinen Fall zivil geflogen werden dürfe, denn dies wäre das Einfallstor für eine militärische Nutzung. Da es in der Region zumindest diesen einen Konsens gab – nämlich nie wieder militärischen Flugbetrieb ertragen zu müssen –, war die letztere Interpretation für die Flugbefürworter das größte Problem.

Unmittelbaren Kontakt mit der Nato hatte Oberbürgermeister Werner Dietz bereits bei seiner Brüssel-Reise am 10.02.1992 gesucht, um die es im Sommer 1993 dann heftige Diskussionen gab. Hat Dietz hier – im Stile seiner „Geheimdiplomatie“ – bereits angebahnt, dass das Militär den Flughafen weiter nutzen solle? Der Oberbürgermeister wandte sich heftig gegen diese Vorwürfe, die Akten geben ihm weitgehend recht. Dennoch spricht Einiges dafür, dass auch er im Sommer 1993 die Frage des „Nato-Vorbehalts“ durch geschicktes Schwerpunktsetzen und ebenso geschicktes Verschweigen zu seinen Gunsten nutzen konnte.

Am 01.06.1993, wenige Tage vor der entscheidenden Gemeinderatssitzung zur Verabschiedung des Masterplans, lief bei der Stadt Lahr ein Fax des Verkehrsministeriums aus Stuttgart ein. Sein Inhalt: Ein Brief Manfred Wörners an Verkehrsminister Schaufler, in dem dieser mitteilte, dass „SACEUR (das Kommando der NATO-Streitkräfte in Europa, T.M.) daran interessiert (ist), ein Nutzungsrecht (des Flughafens Lahr, T.M) für die NATO zu behalten, auch wenn es im Augenblick keinen militärischen Nutzungsbedarf nach dem Rückzug der kanadischen Streitkräfte Ende August 1994 gibt. SACEUR würde ein Konzept für eine mögliche gemeinsame Nutzung der NATO-Infrastruktur begrüßen“.¹¹¹

Tags darauf setzte Werner Dietz die Fraktionen durch eine Kopie von dem Schreiben in Kenntnis. Es schlug ein wie eine Bombe.

Walter Caroli informierte die SPD-Minister in Stuttgart unverzüglich von der „Entscheidung“ der NATO. Regierungsdirektor Wendt meinte, dem Verkehrsministerium „blase“ nun „ein scharfer Wind ins Gesicht“.¹¹² Am 05.06.1993 erschien eine Stellungnahme der BI in der Presse, in der sie die angekündete Nutzung als Reserveflugplatz als „Ergebnis der Geheimdiplomatie von Haungs und Dietz“ wertete. „Das vorliegende Wörner-Schreiben ist Ergebnis der Lobbyarbeit unserer Flugbefürworter, eine Gefälligkeit im Rahmen bestehender Seilschaften.“¹¹³ Die Grünen zogen am selben Tag in ihrer Stellungnahme die Konsequenz: „Wer eine fliegerische Nutzung anstrebe, nehme eine militärische Nutzung in Kauf.“¹¹⁴ Auch die SPD betonte, dass nun erst recht ein „klares Nein“ zu jeder Art von fliegerischer Nutzung kommen müsse. Sie griff den Oberbürgermeister scharf an und sprach mit Bezug auf die Brüssel-Reise von einem „abgekarteten Spiel einiger CDU-Politiker, die über die militärische Nutzung die fliegerische Nutzung auf dem Flugplatz in Lahr und Friesenheim unter Umgehung der Bürgerbeteiligung durchsetzen wollen“. Ebenso wie die BI warf sie die Frage auf, ob die (finanzielle) Beteiligung der Nato von vorneherein insgeheim bei den Flugbefürwortern mit einberechnet wurde.¹¹⁵ Die Kommentatoren der Zeitungen überschlugen sich, sprachen von „einer Frechheit“, sahen jetzt in der „Nato“ den neuen und gemeinsamen Feind, Lahr als „Spielball der Mächtigen“.

Der Verdacht, dass die „punktgenaue“ Veröffentlichung des Wörner-Briefes wenige Tage vor der entscheidenden Abstimmung Kalkül war, wurde auch in Leserbriefen geäußert. Allerdings wäre das ein sehr subtiles Kalkül gewesen. Denn die Diskursbeteiligten zogen aus

dem Nato-Vorbehalt ja durchaus entgegengesetzte Konsequenzen. Während die einen nun erst recht jede fliegerische Nutzung ablehnten, sahen andere ein weiteres Argument für den Flugplatz, über den offensichtlich „ganz woanders“ entschieden würde. Ja, nicht einmal die 1600-Meter Landebahn, die für einen Verkehrslandeplatz reichen würde, wäre nun noch möglich. Feststellen kann man zunächst nur, dass es in der Woche vor der Abstimmung noch einmal zu einem großen Durcheinander kam. War das Kalkül?

Es gibt in der Tat einen – aber bislang eben auch nur den einen – Hinweis, dass der Wörner-Brief tatsächlich bewusst von der Verwaltungsspitze lanciert wurde. Denn bereits am 11.05.1993, also gut drei Wochen vor dem Fax aus dem Verkehrsministerium, hatte Wörner Wilhelm Peters schriftlich darüber informiert, dass „die NATO (...) Interesse an einer Anschlußnutzung als NATO-Reserveflugplatz (für den Verteidigungs-, Spannungsfall) (hat).“ In diesem Schreiben allerdings mit dem Hinweis: „Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass ein künftiger ziviler Betreiber die Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung des Flugplatzes trägt.“¹¹⁶ Noch am selben Tag lag eine Kopie des Schreibens beim Oberbürgermeister auf dem Schreibtisch.¹¹⁷

Diesen Brief, obgleich er inhaltlich dasselbe aussagte wie Wörners Schreiben an Schaufler drei Wochen später, fand nie den Weg an die Öffentlichkeit. Der Nachsatz, dass ein Nato-Vorbehalt nur dann ausgesprochen werde, wenn es einen zivilen Flugplatzbetreiber gebe, musste den Flugbefürwortern höchst unpassend sein. Und so sehr dieses Schreiben auch ein Indiz dafür sein kann, dass Dietz das kürzere Wörner-Schreiben vom 01.06. dann doch bewusst veröffentlicht hat, so sehr macht es allerdings auch klar, dass wohl kaum ein „diplomatisches Spiel“ mit dem Nato-Vorbehalt dahinter steckte. Zumindest in der Form vom 10.05.1993 war der Nato-Vorbehalt politisch kontraproduktiv, war doch die Ablehnung jeglicher militärischer Folgenutzung Konsens fast aller Akteure. Wenn das Schreiben in dieser Form an die Öffentlichkeit geraten wäre, wäre eine Ablehnung auch der zivilen fliegerischen Nutzung deutlich wahrscheinlicher geworden oder zumindest hätte es die Unentschiedenen der öffentlichen Meinung gegen eine zivile fliegerische Nutzung eingenommen – holt man sich doch damit u.U. die Düsenjäger zurück. Wenn man so will, war das Wörner-Schreiben vom 1. Juni die „Emser Depesche“ des Lahrer Oberbürgermeisters.

Nun hätte dieser Zusammenhang für den aufmerksamen Zeitungsleser durchaus bereits damals klar sein können. Denn schon am 01.04.1993 hatte Rainer Haungs in einem Interview Internes ausgeplaudert: „Wenn Lahr keine Flugnutzung will, wäre meines Wissens die automatische Folge, dass die Nato angesichts der Vielzahl aufgelassener Flugplätze auf den Reserveflugplatz Lahr verzichtet.“¹¹⁸ Doch Genaueres, so Haungs, wusste auch er damals nicht und die allgemeine Unsicherheit wurde denn auch vier Wochen später durch den badischen Innenminister Frieder Birzele bestätigt. Er sagte nämlich in einem Interview, dass eine Nato-Nutzung einen zivilen Flugplatz ausschließe.¹¹⁹

Die Angriffe, die nun in der Woche vor der entscheidenden Gemeinderatssitzung in Form von Leserbriefen und Presseerklärungen auf den Lahrer Oberbürgermeister niederprasselten, veranlassten diesen zu einer öffentlichen Stellungnahme. Deutlich verwahrte er sich gegen Vorwürfe, dass das OSG undemokratisch sei und „realistische Anregungen“ nicht von der Lenkungsgruppe aufgegriffen worden seien. Er warf seinen Gegnern im Gegenzug vor, „durch verfälschte Darstellungen und gezielt lancierte Unwahrheiten die Lahrer und Friesenheimer Bevölkerung und auch die Menschen in den Nachbargemeinden zu verunsichern“.¹²⁰ Zur Beruhigung der Situation konnten diese Äußerungen natürlich nicht beitragen, die heftigen Auseinandersetzungen hielten an.

Im Hintergrund versuchte die Verwaltungsspitze zwischenzeitlich abzuklären, was genau Wörner mit seinen Schreiben eigentlich gemeint hat und was der „Nato-Vorbehalt“ bedeutete. Aus der Sicht der Verwaltung stand die Gefahr, dass durch eine eventuelle militärische Folgenutzung zivile Investoren abgeschreckt und überhaupt die ganzen planerischen Konzepte der Flugplatznutzung Makulatur würden, im Vordergrund ihrer Befürchtungen. Ein intensiver Briefwechsel zwischen Lahr und Stuttgart führte schließlich zu einer ersten Besprechung am 24. Juni 1993 in Lahr. Aus diesem Briefwechsel geht übrigens eindeutig die Verunsicherung der Stadtverwaltung hervor, was einmal mehr zeigt, dass von einem „abgekarteten Spiel“ keine Rede ein kann. In einem siebenseitigen Schreiben an Ministerpräsident Erwin Teufel brachte Werner Dietz seine Befürchtungen zu Papier: „Es gilt, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr schnell zu klären, ob das Interesse der NATO überhaupt ernsthaft besteht, und, falls ja, welche Auswirkungen auf die Zukunft des

NATO-Flugplatzes dieses Interesse hat.“¹²¹ Aber so wenig man auch genau wusste, für „taktische Spielchen“ ließ sich die ganze Sache ja vielleicht doch Nutzen. „Aus taktischen Gründen sollte die NATO-Entscheidung, gegen die der Gemeinderat ja ‚offensichtlich‘ aus Landesverteidigungsgründen keinen Einfluß hat, der SPD als ‚goldene Brücke‘ für einen Rückzug von der dort vorhandenen starren Haltung angeboten werden. Eventuell könnte ein Gespräch mit Dr. Caroli und/oder dem Staatssekretär die Haltung im Sinne einer vernünftigen Entwicklung Lahrs aufweichen“, empfahl OB-Referent Hans Peter Heizmann am 15.06. seinem Oberbürgermeister.¹²² Es blieben wohl „Spielchen“, aus einer spontanen Idee geboren, kaum aber Ergebnisse einer langfristigen Strategie.

Die Besprechung vom 24.06., an der neben Dietz, Wendt (Verkehrsministerium), Steininger, einem Vertreter der kanadischen Streitkräfte auch ein Vertreter des NATO-Hauptquartiers teilnahm, führte dann zu einer ersten Beruhigung der internen Lage. Noch einmal deutlich gemacht wurde, dass „die Aufrechterhaltung des Flugbetriebs (...) eine Voraussetzung für einen Reserveflugplatz“, dass aber damit nicht die Präsenz von Militäreinheiten in Friedenszeiten gemeint sei. Die zivile Nutzung der Flächen westlich und östlich der Landebahn wäre nicht betroffen.¹²³

Weitere Gespräche in Bonn und Lahr, Briefwechsel mit der Nato und dem Bundesverteidigungsministerium klärten die Situation in den folgenden Wochen endgültig. Ende August konnte Dietz vor die Lahrer Presse treten und Entwarnung geben. Das Nutzungsrecht der Nato würde aufrecht erhalten, die zivilen Nutzungsvorstellungen davon aber nicht betroffen sein. Lediglich im Kriegs- oder Krisenfall sei mit Einschränkungen zu rechnen.¹²⁴ An keiner Stelle wurde freilich erwähnt, dass das Nutzungsrecht von der Nato unabdingbar an einen zivilen fliegerischen Betrieb geknüpft war. Die BI hatte zwar von diesem Zusammenhang durch ein direktes Schreiben des Bundesverteidigungsministeriums erfahren, konnte ihn aber nicht (mehr) wirksam in der Öffentlichkeit platzieren. Ihre Forderung, dass der Stadtrat neu abstimmen solle, verhallte wirkungslos.¹²⁵ Weiterhin zogen sowohl Befürworter als auch Gegner einer zivilen fliegerischen Nutzung aus dem Nato-Reserveflugplatz jeweils die ihnen nützlichen Schlussfolgerungen.¹²⁶



Die Entscheidung

In der äußerst aufgeheizten Atmosphäre der Diskussion um den „Nato-Vorbehalt“ fanden am 07.06.1993 die entscheidenden Sitzungen der Gemeinderäte in Lahr und Friesenheim zur zukünftigen Nutzung des Flugplatzes statt. Die Entwicklungen, Planungen und Argumentationen der vergangenen zwei Jahre mussten durch dieses diskursive Nadelöhr. Obgleich die Fraktionen sich natürlich im Vorfeld weitgehend festgelegt hatten, musste sich jetzt zeigen, was die Stadt und aus welchen Gründen wollte. Was hier beschlossen wurde, sollte Grundlage der Politik der zukünftigen Jahre, ja, Jahrzehnte sein.

Die Sitzung in Lahr begann um 17 Uhr, die Zuschauerplätze waren voll besetzt, Protestplakate wurden entrollt. Knapp vier Stunden nahmen sich die Stadträte Zeit, noch einmal ausführlich ihre Standpunkte zu begründen. Am Ende stand eine Mehrheit von 29 Stimmen gegen 20 Stimmen für einer Nebennutzung des Flugplatzareals als Verkehrslandeplatz.¹²⁷

Der vorsitzende Oberbürgermeister eröffnete die Debatte mit einer persönlichen Stellungnahme. Er rekapitulierte noch einmal den (verkürzten) Sachverhalt des „Nato-Vorbehalts“ und drückte sein „Befremden“ bezüglich des Wörner-Schreibens an Schaufler aus, beklagte sich aber besonders über „die ihm gegenüber gemachte Unterstellung, trotz seiner Arbeit nahezu rund um die Uhr, Dinge zu

Die Lenkungsgruppe im Dezember 1992 im Lahrer Gemeinderatssaal. Bild: Badische Zeitung / M.Bamberger

veranlassen, die alles in Frage stellten“ und vermisse ein „Mindestmaß an Kooperation und Menschlichkeit“. Bezüglich der fliegerischen Nutzung stellte er fest, dass diese an diesem Abend nicht konkret beschlossen werden solle, sondern als „Planungsziel“ lediglich eine Offenheit gegenüber zukünftigen Entwicklungen beinhalte. Die Stadt Lahr könne einen solchen sowieso nicht selbst betreiben. „Er halte es jedoch für falsch, vorhandene Infrastrukturen zu zerstören, da damit vielleicht unerwünschten Interessen Vorschub geleistet werde.“ Letzteres zielte auf ein zentrales Axiom der Dietzchen Politik, nämlich die Befürchtung, dass bei einer fehlenden zivilen Nutzung des Flugplatzes die militärische wieder überhand nehmen könnte.

Die Diskussion der Gemeinderäte wurde vom CDU-Fraktionssprecher Josef Rieger eingeleitet. Bei ihrer Zustimmung zur fliegerischen Nutzung ging die CDU davon aus, dass diese einen starken Anreiz für Industrieansiedlung und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen darstelle. Vorstellungen der Fluggegner von einer Renaturalisierung der Fläche und Schaffung von Umweltzentren waren für Rieger „unbezahlbar“. Auch Riegers Fraktionskollege Helmut Schlenker stellte die Chance auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Mittelpunkt der Begründung. CDU-Stadtrat Ernst Kugelstadt betonte, dass auch die CDU „kein Weltfrachtzentrum“ wolle, sondern lediglich ein „Faustpfand (...) für einen möglichen, zusätzlichen Anreiz für Gewerbe und Industrie“ und deshalb einen Verkehrslandeplatz. „Wenn das Ziel, mind. 3000 – 4000 Arbeitsplätze zu schaffen, anders erreicht werden könne, stehe es frei, auf einen Verkehrslandeplatz zu verzichten.“ Kugelstadt und CDU-Stadtrat Peter Ackermann betonten außerdem die günstige Bündelung verschiedener Verkehrsträger in Lahr.

Roland Hirsch begründete als Sprecher der SPD-Fraktion die Ablehnung der fliegerischen Nutzung zunächst mit der drohenden finanziellen Belastung der Stadt als Mitgesellschafter der Betreibergesellschaft. Er verwies auf die Gutachten, die einen Zuschuss zwischen einer halben und zwei Millionen Mark prognostiziert hatten. Eine bedeutende Rolle spielte der „Nato-Vorbehalt“. Nach Hirsch wäre der „Nato-Entscheid“ anders ausgefallen, wenn sich der Gemeinderat schon früher gegen die fliegerische Nutzung ausgesprochen hätte. Walter Caroli verwies auf die seit dem Zweiten Weltkrieg „aufgezwungene Fehlbelastung“ für den Lahrer Raum und die Möglichkeit,

dies nun zu korrigieren. Er vermutete eine Mehrheit nicht nur in den betroffenen Flugplatzgemeinden, sondern auch in Lahr gegen die fliegerische Nutzung und sagte einen Bürgerentscheid spätestens dann voraus, wenn es um die „Bewilligung von Steuergeldern für ein unter Kaufleuten bereits vor Inbetriebnahme konkursreifes Unternehmen gehe“.

Eberhard Roth (Freie Wähler) betonte, dass es nicht möglich sei, zu entscheiden, „ob es mit oder ohne fliegerische Nutzung eine bessere Entwicklung und mehr Arbeitsplätze geben könne“. Gerade deshalb aber plädierte er dafür, die Option dazu offen zu halten für den Fall, dass sie „ökonomisch notwendig“ werde, sich also z.B. entsprechende Investoren zeigten. Er fügte hinzu: „Die Auffassung, der Gemeinderat entscheide heute über die konkrete fliegerische Nutzung, überschätze die Bedeutung der Gemeinde, wie aus dem Wörner-Brief deutlich hervorgehe, ganz wesentlich. Um künftig an Entscheidungen mitwirken zu können und um zu verhindern, dass – wie im Brief angedeutet – die Angelegenheit zwischen Landes- und Bundesbehörden geregelt werde, lasse man die fliegerische Option offen.“

Alfred Klausmann (FDP) schloss sich der CDU-Argumentation an und meinte, dass ein Logistikzentrum – durch die Lage und Ausstattung Lahrs sinnvoll – fliegerische Aktivität benötige. Der Flugplatz sei ein Standortvorteil, müsse aber mit Rücksicht auf die Umlandgemeinden mit „entsprechenden Begrenzungen“ betrieben werden.

Ernst-Albrecht Dolle betonte für die Grünen zunächst die Gefahr der Rückkehr des Militärs bei weiterer fliegerischer Nutzung. Darüber hinaus aber erteilte er einer Politik der Schaffung von „Arbeitsplätzen um jeden Preis – auch den der Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen“ – eine Absage und bezeichnete sie als „ökologisches Harakiri“. Dies bekräftigte Claus Vollmer, der die Schaffung von Arbeitsplätzen durch fliegerische Nutzung bezweifelte und auf die ökologischen Schäden besonders in der Atmosphäre („Ozonschicht“) durch Flugverkehr hinwies.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, schritt der Gemeinderat zur Abstimmung und bestätigte mit 29 Stimmen gegen die 20 Stimmen von SPD und Grünen die Empfehlung der Lenkungsgruppe: Auf dem Flugplatzareal sollten als Hauptnutzung ein qualifiziertes Industrie- und Gewerbezentrum mit einem

Schwerpunkt für logistik-intensive Betriebe und als Nebennutzung ein Verkehrslandeplatz angestrebt werden. Etwa zeitgleich entschied sich der Friesenheimer Gemeinderat denkbar knapp mit 14 gegen zwölf Stimmen gegen eine fliegerische Nutzung – die Gegenstimme des Bürgermeisters war also entscheidend. Damit war ein Etappenziel erreicht. Nun würde es darum gehen müssen, den Entschluss umzusetzen. Die damit verbundenen Probleme und Ereignisse sind nicht mehr Thema dieses Aufsatzes.

Zusammenfassung

Die Rekonstruktion der Diskussionen und Entscheidungen, die in den Jahren 1990 bis 1993 bezüglich der fliegerischen Folgenutzung des kanadischen Militärflugplatzes in Lahr getroffen wurden, hat eindeutige Ergebnisse erbracht:

1. Es kann keine Rede davon sein, dass Lahr eine fliegerische Nutzung abgelehnt hätte. Die entscheidenden Kräfte in der Stadt haben sich von Beginn an für eine Fortführung des Flugbetriebes eingesetzt. Die Gegenkräfte (SPD, Grüne, BI) spielten zwar in den öffentlichen Debatten wichtige Rollen, in allen entscheidenden Abstimmungen aber erlitten sie Niederlagen. Die Entscheidung für die fliegerische Nutzung war eine Entscheidung ihrer Befürworter.

2. Die Stadt Lahr traf hierbei nicht auf Widerstand seitens der Landesbehörden. Eine weitere fliegerische Nutzung des Lahrer Flugplatzes war auch hier unbestritten und wurde von Ministerialbehörden und Regierungspräsidium jederzeit unterstützt.

3. Die Entscheidung für die Größe des Flugplatzes (Verkehrslandeplatz) erfolgte freiwillig. Hierbei spielten insbesondere die Fachgutachten und gutachterlichen Äußerungen von der Syntropie-Studie bis hin zur Prognos-Studie eine wesentliche Rolle. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass die Entscheidung für die Größe des Flugplatzes aus Rücksicht auf die Fluggegner gefällt wurde. Aus diesem Grunde war die Entscheidung auch nicht irrational („Dummheit der Lahrer“). Niemand – weder die IHK, die Gutachter, die Fluggesellschaften oder die Regierung noch Einzelpersonen wie Rainer Haungs – sah in jenen Jahren Möglichkeiten für den Betrieb eines Regionalflughafens, ein überregionaler Frachtflughafen im 24-Stunden-Takt wurde zudem auch politisch von allen Lahrer Vertretern abgelehnt.

4. Das Urteil zum demokratischen Charakter des Gesamtverfahrens muss ambivalent ausfallen. Der von Oberbürgermeister Werner Dietz zu jedem Zeitpunkt gesteuerte Prozess¹²⁸ wurde im Rahmen des gewohnten Verwaltungs- und Planungsrechts abgewickelt. Die Beteiligung der Bürgerschaft erfolgte nur im engen Umfang, die diese Verfahren vorsahen. Das wurde schon von den Zeitgenossen als „undemokratisch“ wahrgenommen. Dem muss aber zunächst einmal entgegengehalten werden, dass die Fluggegner keineswegs einen eingeschränkten Zugang zur Öffentlichkeit etwa via Presse hatten und auch in wichtigen Gremien (Lenkungsgruppe, Gemeinderat) durchaus vertreten waren. Dennoch bleibt es eine bedeutende Schwäche des Gesamtverfahrens, dass Oberbürgermeister Werner Dietz das sensible Verhältnis der Öffentlichkeit zu technologischen Großprojekten nicht erkannt hat. Verstärkt wurde die Sensibilität in diesem Falle dadurch, dass die persönliche Betroffenheit fast aller Bewohner der Region hoch war und die Konversion ja nichts anderes beinhaltete, als die zentralen Grundlagen einer fast hundertjährigen Entwicklung von Stadt und Region entscheiden zu verändern. Jede Form von Nichtöffentlichkeit wurde hier zu einem Akzeptanzproblem. Spätestens seit den Auseinandersetzungen um das Atomkraftwerk Wyhl, zuletzt noch einmal in den Kämpfen um Stuttgart 21, ist Beobachtern klar geworden, dass auch verwaltungsrechtlich einwandfreie Verfahren nicht mehr genügen, um die nötige Akzeptanz zu sichern. Es wird eine der zentralen Fragen der Fortführung dieses Aufsatzes sein, ob die quälend langsame Fortgang des Prozesses, der erst Ende 1995 mit einem Bürgerentscheid die zentrale Grundfrage löste, nicht eine notwendige Folge der bürokratischen Politik der Lahrer Stadtverwaltung war.

¹ Vgl. Nicolas Scherger, Am Boden geblieben, in: Baden Intern, 3.4.2010

² Vgl. Schreiben von Wilhelm Peters an Wolfgang G. Müller v. 26.01.1998, in: StadtA Lahr Heizmann 44

³ Der Bestand hat den Namen: StadtA Lahr Heizmann

⁴ Vgl. Heinrich Mensen, Handbuch der Luftfahrt, 2013, bes. S. 409 - 449; Wolf Rütger Teuscher, Zur Liberalisierung des Luftverkehrs in Europa, Göttingen 1994.

⁵ Dass Oberbürgermeister Werner Dietz zu diesem Zeitpunkt bereits eine mehrjährige Phase der Überlegungen einer zivilen Mitnutzung und ersten Vorsprechens bei Behörden und Militärs hinter sich hatte, kann an dieser Stelle unberücksichtigt bleiben. Diese „Gedankenspiele“ blieben völlig intern und somit außerhalb des Horizontes dieser Untersuchung.

⁶ Landtagsdrucksache 10/3846 v. 15.08.90

⁷ Vgl. Hartmut E. Arras, Arbeitsvorschlag: Lahr auf der Suche nach Zukunft.

Eine prozesshafte Erarbeitung der Perspektiven künftiger Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt Lahr, Basel Juni 1990, in: StadtA Lahr, Heizmann 15.

⁸ Ebd., S.12. Bemerkenswert ist die recht konkrete Fassung der dritten „Alternative“ bereits an dieser Stelle.

⁹ Schreiben des OB Dietz an Innenminister Dietmar Schlee v. 25.07.1990, in: StadtA Lahr, Heil Konversion 01.

¹⁰ Vgl. Hartmut E. Arras, Bericht: Abklärung der zukünftigen Nutzungsmöglichkeiten des Militärflughafens Lahr als Frachtflughafen, Basel Februar 1991, in: StadtA Lahr Heizmann 15

¹¹ Ebd, S. 26 f. (Aufgrund eines Nummerierungsfehlers ist hier nur von „10 Schlussfolgerungen“ die Rede.)

¹² Außerhalb Lahrs ging die Studie an die Abgeordneten, den Landrat, den Regierungspräsidenten, den Staatssekretär Fleischer, den Bundesverteidigungsminister, den Verkehrsminister von Baden-Württemberg sowie den Oberbürgermeister von Offenburg. Dies war denn doch eine beachtliche Verteilerliste, die Zweifel an der von Dietz so oft betonten Vorläufigkeit der Expertise aufkommen lassen. Ganz offensichtlich wollte der Oberbürgermeister die Studie bereits jetzt in der politischen Auseinandersetzung und als Argument für eine fliegerische Nutzung einsetzen. Vgl. zum Verteilerkreis: Niederschrift der Sitzung der Strukturkommission vom 12.02.1991, in: StadtA Lahr Heizmann 15.

¹³ Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion, in: StadtA Lahr Heizmann 15.

¹⁴ Dies waren die Stadträte Josef Rieger (CDU), Ernst Kugelstadt (CDU), Jochen Vattes (CDU), Roland Hirsch (SPD), Hans Kurz (SPD), Karlheinz Schaller (SPD), Eberhard Roth (FWV), Klaus Pfützte (FWV), Alfred Klausmann (FDP) und Ernst-Albrecht Dolle (Grüne). Vgl. Protokoll der Sitzung der Strukturkommission v. 26.02.1991, in: StadtA Lahr Heizmann 15. Die „schmale“ Zusammensetzung der Kommission ging zurück auf Entscheidungen des Oberbürgermeisters, der befürchtete, „dass zuviel Außenstehende mit in die Überlegungen der Stadt hinsichtlich der künftigen Änderungen einbezogen werden. Ich weiß genau, dass letztendlich nicht alle, die gekommen wären, die Interessen unserer Stadt vertreten“. (Brief von OB Dietz an Stadtrat Jochen Vattes v. 04.12.1991, in: StadtA Lahr Heizmann 36).

¹⁵ Ende 1990 machte das Gerücht die Runde, Stuttgart plane im Verbund mit Straßburg einen Großflughafen in Lahr. Vgl. „Gerüchte über ‚Großflughafen Lahr‘ geplatzt“, in: Badische Zeitung/Lahrer Anzeiger v. 05.12.1990

¹⁶ Vgl. „CDU rechnet mit Unterstützung der IHK“, in: Badische Zeitung v. 28.01.1991

¹⁷ Schreiben von Hartmut Arras an Oberbürgermeister Dietz vom 16.01.1991, in: StadtA Lahr Heizmann 15

¹⁸ „Monstrum wächst im Stillen“, in: Badische Zeitung v. 23.03.1991

¹⁹ Vgl. „Was geschieht nach dem Tag X mit dem 580 Hektar großen Flugplatz“, in: Lahrer Zeitung v. 03.04.1991

²⁰ Vgl. Niederschrift der Sitzung der Strukturkommission v. 12.04.1991, in: StadtA Lahr Heizmann 15

²¹ Protokoll vom 22.04.1991, in: StadtA Lahr Heizmann 24

²² „Haungs: Als zivilen Flugplatz nutzen – Caroli: Es gibt bessere Möglichkeiten“, in: Lahrer Zeitung v. 04.05.1991

²³ „Nato wird ‚nicht völlig‘ auf Flugplatz Lahr verzichten, in: Lahrer Zeitung v. 05.04.1991

²⁴ Vgl. „Der Nato-Flugplatz Lahr soll als einziger in der Region Südbaden erhalten bleiben“, in: Badische Zeitung v. 13.04.1991.

²⁵ Hinterher wussten es freilich alle besser. Wenige Tage nach der Abzugsbe-

kanntgabe sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Roland Hirsch, „Oberbürgermeister Werner Dietz habe zu lange gezögert, Pläne für den Tag X zu erarbeiten. Der Abzug sei keineswegs so überraschend gekommen, wie der Oberbürgermeister es behauptete. Man habe schon lange von Abzugsüberlegungen kanadischer Regierungsstellen gewusst. In Lahr aber seien diese Signale übersehen worden.“ („Dringender Handlungsbedarf in Sachen Asylbewerber und Truppenabzug“, in: Lahrer Zeitung v. 23.09.1991). Solche Behauptungen sind einerseits dem politischen Tagesgeschäft geschuldet. Andererseits zeigen sie, wie das Gedächtnis einer Stadt schon nach wenigen Monaten irren kann (oder auch irre geleitet werden kann) und zur Mythenbildung beiträgt, weshalb sie hier zitiert werden.

²⁶ Vgl. Schreiben des Oberbefehlshabers der kanadischen Streitkräfte in Europa B.L.Smith an OB Dietz vom 17.09.1991, in: StadtA Lahr, Heizmann 24

²⁷ Schreiben OB Dietz an den Ministerpräsidenten Erwin Teufel vom 19.09.1991, in: Stadtarchiv Lahr, Heizmann 24.

²⁸ Beschluss des GR der Stadt Lahr vom 07.10.1991

²⁹ GR-Protokoll v. 07.10.1991

³⁰ Schreiben des MdL Karl Theodor Uhrig an MdB Haungs, MdL Rau und OB Werner Dietz vom 09.10.1991, in: StadtA Lahr, Heizmann 24.

³¹ Schreiben des MdL Walter Caroli an OB Werner Dietz vom 10.10.1991, in: StadtA Lahr, Heizmann 24

³² Gesprächsnotiz des pers. Referenten Wenz vom 09.10.1991, in: StadtA Lahr, Heizmann 24

³³ Vgl. Diagramm „Folgenutzung von militärischen Liegenschaften in Lahr“ (undatiert), in: StadtA Lahr Heizmann 24

³⁴ Aktenvermerk über eine Besprechung mit Staatssekretär Fleischer u. and. am 29.10.1991, in: StadtA Lahr, Heizmann 24

³⁵ Schreiben des OB Dietz an MdB Haungs v. 09.12.1991, in: StadtA Lahr, Heizmann 24

³⁶ Schreiben OB Dietz an Rainer Haungs v. 4.12.1991, in: StadtA Lahr Heizmann 24

³⁷ Brief des MdB Rainer Haungs an OB Werner Dietz vom 28.10.1991, in: StadtA Lahr, Heizmann 24

³⁸ Vgl. Aktenvermerk des Stadtkämmerers vom 29.10.1991, in: StadtA Lahr, Heizmann 24

³⁹ Schreiben des OB Werner Dietz an Ministerpräsidenten Erwin Teufel. 05.11.1991, in: StadtA Lahr, Heizmann 24

⁴⁰ Schreiben des MdB Rainer Haungs an Oberbürgermeister Werner Dietz v. 27.11.1991, in: Stadtarchiv Lahr, Heizmann 24

⁴¹ Schreiben des OB Werner Dietz an MdB Rainer Haungs v. 01.12.1991, in: Stadtarchiv Lahr, Heizmann 24

⁴² Schreiben des MdB Haungs an OB Dietz v. 04.12.1991, in: StadtA Lahr, Heizmann 24

⁴³ Vgl. hierzu sein Antwortschreiben vom 06.12.1991, in: StadtA Lahr, Heizmann 24

⁴⁴ Vgl. GR-Protokoll v. 09.12.1991, in: StadtA Lahr, Heizmann 24

⁴⁵ Vgl. „Arbeitsvorschlag. Lahr auf der Suche nach Zukunft“, Syntropie Oktober 1991, in: StadtA Lahr, Heizmann 30

⁴⁶ Kopien der Preisträgerarbeiten befinden sich in StadtA Lahr Heizmann 36 (07.01.1992)

⁴⁷ Schreiben von OB Werner Dietz an Rainer Kuhlen v. 09.01.1992, in: StadtA Lahr, Heizmann 30

⁴⁸ „Was macht Dietz?“, in: Badische Zeitung v. 29.11.1991

⁴⁹ „Auch die Grünen nehmen Dietz jetzt unter Beschuß“, in: Badische Zeitung

vom 30.11.1991

⁵⁰ „Größte Herausforderung für Entwicklung der Stadt“, in: Badische Zeitung v. 18.09.1991

⁵¹ Besprechungsvermerk vom 28.10.1991, in: StadtA Lahr Heizmann 24

⁵² CDU Lahr und Offenburg im Gespräch über den Flugplatz, in: Lahrer Zeitung v. 29.11.1991

⁵³ Auch ein vom Innenministerium in Auftrag gegebenes Gutachten der Fa. Prognos hatte am 13.01.1992 ergeben, dass es im Bereich des Oberrheins keinen „dringenden Bedarf“ für einen Fracht- oder Verkehrsflughafen gebe. Vgl. Gesprächsnotiz von Heizmann v. 13.01.1992, in: StadtA Lahr Heizmann 30. Vgl. aber Protokoll der 2. Sitzung der Arbeitsgruppe Lahr am 14.01.1992, wonach nur ein internationaler Verkehrsflughafen gemein war, in: StadtA Lahr Heizmann 36.

⁵⁴ Schreiben OB Dietz an Rainer Haungs v. 04.12.1991, in: StadtA Lahr Heizmann 24

⁵⁵ Schreiben von Rainer Haungs an Werner Dietz v. 28.10.1991, in: StadtA Lahr Heizmann 24. Vgl. auch Schreiben von Rainer Haungs an Werner Dietz v. 16.03.1992, in: StadtA Lahr Heizmann 18

⁵⁶ In: StadtA Lahr Heizmann 18

⁵⁷ Vgl. Aktennotiz (der IHK) zur Besprechung vom 28.01.1991, in: StadtA Lahr Heizmann 18

⁵⁸ Vgl. Aktennotiz (der IHK) zur Besprechung vom 28.01.1991, in: StadtA Lahr Heizmann 18, mit handschriftlichem Vermerk „Nur interne Verwendung!“ Die Zusammenarbeit von Verwaltungsspitze und IHK in dieser Phase war eng. Am 13.03.1992 teilte OB Werner Dietz IHK-Geschäftsführer Wilhelm Peters mit, „in Zukunft Kopien aller mir wichtig erscheinenden Schreiben an das Präsidium der Industrie- und Handelskammer sowie zu wichtigen Fragen der künftigen Nutzung des Flugplatzes zuleiten“ (StadtA Lahr Heizmann 18). Inwieweit Dietz diese Ankündigung wahr gemacht hat – die der IHK einen deutlichen Informationsvorsprung gegenüber den Flugplatzgegnern und selbst dem Gemeinderat gegeben hätte –, ließe sich nur durch eine Auswertung der IHK-Akten ermitteln.

⁵⁹ Vgl. Leserbriefe von Martin Herrenknecht in Lahrer Zeitung vom 14.08.1991 und 10.01.1992.

⁶⁰ Vgl. die Berichterstattung in den Tagen nach dem 17.12.1991 in den Lahrer Tageszeitungen.

⁶¹ Protokoll der Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses v. 22.06.1992, in: StadtA Lahr Heizmann 18. Hier auch das Folgende.

⁶² In einem Zeitungsbericht vom 02.05.1992 hatte Wilhelm Peters die jährlichen Kosten bei einer „Mini-Nutzung“ des Flugplatzes für die Stadt auf 750.000 Mark beziffert. Vgl. Badische Zeitung vom 02.05.1992. Walter Caroli betonte hingegen ein jährliches Betriebsdefizit von rund 2 Mio. Mark, wie es sich in Zweibrücken abzeichne.

⁶³ Vgl. „Südbadens Wirtschaft zeigt größeres Interesse am Flugplatz als angenommen“, in: Offenburger Tagblatt v. 14.03.1992.

⁶⁴ Vgl. die Liste der Gesellschafter v. 02.11.1992, in: StadtA Lahr Heizmann 18 sowie „Die Wirtschaft allein kann das Projekt Flugplatz nicht stemmen“, in: Lahrer Zeitung v. 21.08.1993

⁶⁵ Vgl. Aktenvermerk Heizmann v. 15.10.1992, in: StadtA Lahr Heizmann 18

⁶⁶ Vgl. Protokoll der Strukturkommission vom 16.12.1991 und 15.01.1992, in: StadtA Lahr Heizmann 15

⁶⁷ Gemeinderatsvorlage v. 27.04.1992.

⁶⁸ Vgl. zum Verfahren des OSG bes. die Vorlage zur Sitzung der Strukturkommission v. 27.04.1992, in: StadtA Lahr Heizmann 15

⁶⁹ Protokoll in: StadtA Lahr Heizmann 15

- ⁷⁰ Die Dornier GmbH Deutsche Aerospace war ein Luft- und Raumfahrtunternehmen und eine Tochter von Daimler Benz.
- ⁷¹ Protokoll in: StadtA Lahr Heizmann 55. Die Nichtöffentlichkeit war Resultat des Dietz'schen Politikverständnisses. Auf eine Anfrage des Stadtrats Dolle vom 11.05., warum die Sitzung nichtöffentlich statt finde, hatte er nicht nur darauf verwiesen, dass über die Qualität der Planungsbüros gesprochen werde, sondern auch, dass „die Bürger von dem Meinungs austausch der Gemeinderatsgremien nicht unmittelbar betroffen“ seien (StadtA Lahr Heizmann 55). Das war formal korrekt, doch angesichts des Charakters des Prozesses eben auch formalistisch. Häufig und oft mit Erfolg versuchte der Oberbürgermeister, öffentliche Diskussionen durch Hinweise auf formaljuristische Verfahrensweisen und Zuständigkeiten einzuengen. Als zum Beispiel der Friesenheimer Gemeinderat Kugelmann bemängelte, dass der Friesenheimer Rat nicht von der Vorauswahl der drei Gutachterfirmen informiert gewesen sei, antwortete ihm der Lahrer Oberbürgermeister, dass „nach den Vorschriften der Gemeindeordnung (...) es in der Zuständigkeit der Verwaltung (läge), Sitzungen und Entscheidungsgrundlagen vorzubereiten“. Auch solches trug erheblich dazu bei, dass sich die Fronten zusehends verhärteten. Auch in der Gemeinderatssitzung vom 18.05. musste er einige ungebetene Besucher kraft Hausrecht aus dem Saal verweisen.
- ⁷² Schreiben der Dornier GmbH an die Stadt Lahr v. 03.06.1992, in: StadtA Lahr Heizmann 55
- ⁷³ Protokoll in: StadtA Lahr Heizmann 55
- ⁷⁴ Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 29.06.1992, Anlage (Stellungnahme Rieger).
- ⁷⁵ Schreiben der LEG Baden-Württemberg an OB Dietz v. 15.06.1992 (per Fax), in: StadtA Lahr Heizmann 55
- ⁷⁶ Steininger, Jahrgang 1954, war Österreicher und nach wissenschaftlicher Tätigkeit in den Fachbereichen Psychologie und Soziologie seit 1987 Projektleiter bei Dornier im Bereich Planungsberatung. Vgl. das Porträt in Lahrer Zeitung v. 07.08.1992.
- ⁷⁷ Vgl. Dornier Planungsberatung, Arbeitprogramm „Masterplan“, in: StadtA Lahr Heizmann 37
- ⁷⁸ Sie bestand aus den Planungsbüros Rossmann und Partner (Karlsruhe), Bauer (Karlsruhe) und Billinger (Stuttgart)
- ⁷⁹ Bestehend aus Prof. Humpert (Stuttgart), Architekturbüro Rosenstiel (Freiburg), Morlock (Schallstadt), Meier (Freiburg) u.a.
- ⁸⁰ Zur Zusammensetzung (die teilweise vom ursprünglichen Konzept abwich) vgl. Aktenvermerk Heizmann v. 08.12.1992, in: StadtA Lahr Heizmann 16
- ⁸¹ Vgl. Gemeinderatsprotokoll der Sitzung vom 31.08.1992.
- ⁸² Im Falle eines Verkehrslandeplatzes war das Regierungspräsidium, im Falle eines (größeren) Regionalflughafens das Verkehrsministerium zuständig. Vgl. Aktenvermerk Heizmann v. 31.07.1992, in: StadtA Lahr Heizmann 37
- ⁸³ Mitglied der AG waren: Vertreter des Verkehrsministeriums, der IHK, der Stadt Lahr des Landratsamts, Bürgermeister Götz, des Regierungspräsidiums sowie des Regionalverbandes. Vgl. Protokoll der 01. Sitzung der „Arbeitsgruppe Lahr“ v. 28.11.1991, in: StadtA Lahr Heizmann 36
- ⁸⁴ Vgl. zu den technischen Details auch die Arbeitsmaterialien „Nachfolgenutzung des NATO-Flugplatzes Lahr“ für diese Sitzung, in: StadtA Lahr Heizmann 16
- ⁸⁵ Arbeitspapier des Verkehrsministerium zur 2. Sitzung der AG Lahr, in: StadtA Lahr Heizmann 25
- ⁸⁶ Protokoll der 2. Sitzung der „Arbeitsgruppe Lahr“ v. 14.01.1992, in: StadtA Lahr Heizmann 36
- ⁸⁷ Vgl. Aktenvermerk zur Besprechung v. 15.04.1992 in Lahr, in: StadtA Lahr

Heizmann 55

⁸⁸ Vgl. Regionalverband Südlicher Oberrhein, Luftverkehrskonzept für die Region Südlicher Oberrhein v. 26.03.1992, in: StadtA Lahr Heizmann 30

⁸⁹ „Für die tatsächliche Realisierung ist nach Ansicht des VM (Verkehrsministerium Stuttgart, T.M.) aber wesentlich, dass die Betreiber umliegender Verkehrslandeplätze (für Lahr: Freiburg und Offenburg) bereit sind, diese auf den neuen Flugplatz zu verlagern.“ Protokoll der 3. Sitzung der interministeriellen AG „Flugplätze im Oberrheingebiet v. 20.05.1992, in: StadtA Lahr Heizmann 25.

⁹⁰ Protokoll der 1. Sitzung der Lenkungsgruppe am 08.10.1992, in: StadtA Lahr Heizmann 16.

⁹¹ Vgl. „Nicht alles in den Vorschlägen ist ‚Grün‘“, in: Badische Zeitung v. 14.10.1992. Protokolle des Wirtschaftsforums bzw. der Treffen der Planungsgruppen liegen nicht vor.

⁹² Zusammenfassung des Gutachtens in StadtA Lahr Heizmann 25; ausführliche Wiedergabe in „Szenario prophezeit 97 Arbeitsplätze“, in: Lahrer Zeitung v. 08.01.1993 sowie „Ein Verkehrslandeplatz ist denkbar“, in: Badische Zeitung v. 11.12.1992

⁹³ Erstmals bereits in einem Interview Mitte Oktober 1992: „Wenn wir gemeinsam – Lahr und Friesenheim – dieses Projekt tragen, dann muß man Vor- und Nachteile gegeneinander abwägen. Das heißt, dass die Stadt Lahr den Nachteil einer Flugnutzung für uns ausgleichen muss. Ich sehe da eine Reihe von Möglichkeiten, ohne jetzt aber ins Detail gehen zu wollen.“ „An Flugnutzung werden sich die Geister scheiden“, in: Lahrer Zeitung v. 17.10.1992.

⁹⁴ Vgl. „BI-Konzepte zum Flugplatz/Lahr“, in: VCD (Hrsg.), Verkehr und Umwelt 4 (Dezember), 1992.

⁹⁵ „Da wird noch manche Idee verschwinden“, in: Lahrer Zeitung v. 12.12.1992

⁹⁶ Im Dezember 1992 bezeichnete es Werner Dietz in einem Pressegespräch noch als „offen (...), wie sich das Land Baden-Württemberg in bezug auf einen Verkehrslandeplatz entscheidet – ob beispielsweise für Söllingen oder für Lahr“. Tatsächlich wurde in Söllingen ein Verkehrsflughafen entwickelt, kein Landeplatz. Dies ist ein Grund, weshalb aus Landessicht sich die „Konkurrenz“ zwischen Lahr und Söllingen durchaus anders und schwächer darstellen konnte als aus Lahrer Sicht.

⁹⁷ Vgl. z.B. „Teufel: Lahr hat beim Flugplatz schlechtere Chancen“, in: Lahrer Zeitung v. 25.03.1992 sowie die Presseberichterstattung im Umfeld dieser Tage..

⁹⁸ Vgl. „Ein Verkehrslandeplatz allein bringt Lahr nicht viel“, in: Badische Zeitung v. 14.05.1993

⁹⁹ Vgl. „Verkehrslandeplatz mit relativ geringen Mitteln möglich“, in: Badische Zeitung v. 30.04.1993

¹⁰⁰ Vgl. „Zweifel an Zahlen zum Verkehrslandeplatz“, in: Badische Zeitung v. 07.05.1993; „Flug-Lenker Steininger gibt zu: ‚Versteh nicht alles‘“, in: Lahrer Zeitung v. 07.05.1993.

¹⁰¹ „Offenheit als Feigenblatt“, in: Lahrer Zeitung v. 08.05.1993.

¹⁰² Die Zahlenangabe basiert auf eigenen Angaben der BI, vgl. Badische Zeitung v. 12.10.1992.

¹⁰³ Vgl. „Solarkraftwerk auf Landebahn soll Industrie Strom liefern“, in: Badische Zeitung v. 30.11.1992.

¹⁰⁴ Vgl. „Vierzig Jahre Lärm und Gestank sind genug“, in: Badische Zeitung v. 05.06.1993

¹⁰⁵ Vgl. etwa die ausführliche Diskussion zwischen Peters und Kuhlen in der Mittelbadischen Presse v. 10.06.1992

¹⁰⁶ Vgl. Schreiben von Claus Vollmer an OB Werner Dietz v. 19.05.1992, Archiv der Partei „Die Grünen“, Lahr. Der Brief ist in den städtischen Akten nicht

überliefert.

¹⁰⁷ Schreiben von OB Werner Dietz an Claus Vollmer, v. 22.05.1992, in: StadtA Lahr Heizmann 55.

¹⁰⁸ Vgl. „SPD-Ortsverein: Flugplatz-Planungen zu sehr an LogistikszENARIO orientiert“, in: Lahrer Zeitung v. 18.12.1992

¹⁰⁹ Vgl. „Bleibt Verkehrslandeplatz – und den muß Lahr zahlen“, in: Badische Zeitung v. 26.03.1992

¹¹⁰ Vgl. „Schäuble weiß nichts von NATO-Verzicht“, in: Offenburger Tagblatt v. 30.10.1991

¹¹¹ Schreiben des NATO-Generalsekretärs Manfred Wörner an Verkehrsminister Hermann Schauffler v. 24.05.1993, in: StadtA Lahr Heizmann 17

¹¹² Vgl. Aktennotiz von Hans Peter Heizmann v. 04.06.1993, in: StadtA Lahr Heizmann 17.

¹¹³ „Ergebnis der Geheimdiplomatie von Haungs und Dietz“, in: Badische Zeitung v. 05.06.1993

¹¹⁴ Vgl. „Grüne gegen Nutzung durch die NATO“, in: Lahrer Zeitung v. 05.06.1993

¹¹⁵ Vgl. „Letztlich entscheidet die Bundesregierung“, in: Badische Zeitung v. 04.06.1993

¹¹⁶ Vgl. Schreiben von Nato-Generalsekretär Manfred Wörner an Wilhelm Peters v. 10.05.1993, in: StadtA Lahr Heizmann 18

¹¹⁷ Das Fax ging an das OB-Büro, es trägt die Kopieranweisung (vmtl. von Peters) „OB Dietz“ sowie die grünen Markierungen des Oberbürgermeisters.

¹¹⁸ „Für Lahr ist der Flugplatz ein ‚unverzichtbarer Standortvorteil‘“, in: Lahrer Zeitung v. 01.04.1993

¹¹⁹ Vgl. „Lahr wird nach Abzug der Kanadier keine Großunterkunft für Asylanten“, in: Lahrer Zeitung v. 26.04.1993

¹²⁰ „Sachliche Diskussion zur Flugplatznutzung angemahnt“, in: Badische Zeitung v. 27.05.1993

¹²¹ Schreiben Oberbürgermeister Werner Dietz an Ministerpräsident Erwin Teufel v. 11.06.1993, in: StadtA Lahr Heizmann 17

¹²² Aktenvermerk von Hans Peter Heizmann v. 15.06.1993, in: StadtA Lahr Heizmann 17

¹²³ Protokoll des Gesprächs vom 24.06.1993 in Lahr, in: StadtA Heizmann 17

¹²⁴ Vgl. „Nur im Kriegsfall will Nato den Flugplatz für Transporte“, in: Badische Zeitung v. 27.08.1993

¹²⁵ Vgl. Leserbrief „Stadtrat soll neu abstimmen“, in: Badische Zeitung v. 02.09.1993

¹²⁶ Vgl. „Caroli: Rühre keinen Finger für's Fliegen – Rau: Glücksfall Nato ist Millionen wert“, in: Lahrer Zeitung v. 11.09.1993

¹²⁷ Vgl. das offizielle Sitzungsprotokoll des Gemeinderats v. 07.06.1993, hier: Abstimmungsergebnis A 2. Das Folgende nach dem Protokoll samt Anlagen sowie der umfangreichen Presseberichterstattung jener Tage.

¹²⁸ Obgleich es sich um einen Stadtentwicklungs- und –planungsprozeß handelte, sind die Spuren der Tätigkeit von Baubürgermeister Axel Lausch in den überlieferten Akten marginal.

De Burgermeischer het e Wurscht spendiert

Von Ulrike Derndinger

An einem Kulturabend zum 750. Ortsjubiläum von Meissenheim im Jahr 2017: Die Programmacherinnen und -macher haben sich im Programm auch einen Blick von außen auf ihr Dorf gewünscht. Die Autorin, aufgewachsen in Kürzell, hat den Part übernommen. Denn was ist mehr außerhalb von Meissenheim als Kürzell, hat sie als Frage scherzhaft ihrer Geschichte vorangestellt. „Nicht viel, ginge es nach manchen Meissenheimern und Kürzellern. Aber Frotzelei beiseite. Ich werde als Kürzellerin jetzt nicht auf Meissenheimer schimpfen. Ich werde einfach meine Geschichte mit Meissenheim vorlesen, in der es um Meissenheimer geht, um Würste, Sternsinger und um eine unsichtbare Hexe.“

Mit minnem Biechersack uf em Schoß hock ich im Bus, näwe un hinter mir anderi Kirzler. Mir sin Erschtklässler im Bus uf Missne am erschte Schueltag. Es isch noch druckig schwiil nooch de Summerferie. De Busfahrer singt, kuum, dass er losgfahre isch, ins Mikrofon: „Pack die Badehose ein, nimm dein kleines Schwesterlein! Un jetzt alli mitsinge!“ D anderi mache brav mit. Ich krieg s Mul nit uf. Ich muess doch jetzt ufbasse un luege, het unseri Nochberi, d Elsa, gsait. Un hinterher muess ich ihre alles ganz genau verzehle. Ob i ebbs gsähne hab.

Mir fahre uf de Landstroß in de Missner Wald. Uf eimol geht allis ganz schnell. Ich lueg, ich lins, ich pfetz d Auge zämme, druck de Kopf an d Fensterschiib, drill de Kopf, als witer un als witer... un rum isch. Un nix hab i gsähn. Nit ei Fizzeli. Nit emol e Rockzipfel oder e Bese hab i erlickert in dem Hisli, wu im Wald zwische Kirzel un Missne an de Stroß steht. In dem Hisli, zue dem alli „s Hexehisli“ sage.

Wu ich des de Elsa z Mittag verzehl, winkt si ab. „Des isch normal. Die Hex verschteckelt sich vor de Kirzler. Jetzt luegsch morn nomol. Glaubs mer, Maidli. S git si gwiss.“ Awer kann des sin? So e beesi Hex mit Hokenas, wie an de Fasent? De Elsa het de Zeigefinger in d Luft gschtreckt un schuelmeisterhaft expliziert: „Un wie des sin kann. Will d Missner anderscht sin wie d Kirzler!“

Awer wie ich au gluegt hab: Kei Bese, kei Hokenas, kei Flickerock wit un breit. Awer Moris hab i trotzdem ghet. Wenn d Missner anderscht sin wie d Kirzler, isch doch au de Burgermeischter anderscht. Un der het sich fir e Bsuech in de Schuel ankindigt. Vielleicht isch er e Zauberer mit eme schwarze Spitzhuet? D Muetter het mer bim Morgeesse de Vogel zeigt. Der Burgermeischter sey eifach e Missner. Nit meh un nit weniger. Was die Kirzler immer hän, het si noch gläschtert un het später mol gsait, dass si als Uswärtigi immer mit dem gegesittige Stupfe gfremdelt het. Un no het si mich an beide Ärm ghebt un fescht angluegt: „Derfsch awer jo nit lache wenn de Burgermeischter näj, näj oder Rääjeboje sait. Un sag au nit der Spruch vum Vater: Mir gehn uf Mejseheim in de Gejßverejn!“

Awer ich hab trotzdem glacht. Nit weggem Rääjeboje, ehnder, will de Burgermeischter uns Burscht e Wurscht spendiert het. Gfalle het mer am meischte, dass der schwächtige Missner Bue neue mir kei Bisse nabrocht het un mir sin Esse geschänkt het. Deheim het d Muetter gscholte: „Du kannsch doch eme arme Missner Mickerli nit d Wurscht wegesse!“ Nooch dere doppelt Portion hab ich de Elsa ihr Missne un min normals Missne gar nimmi zämmebrocht. D Gedanke sin nur so in minnem Schädel umenanderkeyt. Sin si jetzt wirklich bees un anderscht?

Un drno, ich bin schun älter gsin, sin mir als Kirzler zum Sternsinige als uf Missne. Des isch e Traum gsin. Im Gegesatz zum Singe in Kirzel. Dert dappsch um Dreikeenig rum im Jänner mitem Leiterwägeli vun eim Hus zum andere, durch Rege un Schnee un muesch de wunderfitzige Kirzler sage, wem de gheersch un wie s de Muetter geht, un was de Vater bi dem Sauwetter triibt. Eimol sait e Frau, wu mich als klei Kind ghietet un schiints ihri Not mit mir ghet het, bim Ufmache vun de Hustiir: „Ah lueg, s Monschter isch jo debil!“ In Missne degege, mit nur re Handvoll Katholische, kutschiert uns einer im warme Auto vun eim Hus zum ander. Nieme frogt, ob mer im Deredinger Hans sini Jingscht wär. Uns were d Tiere nit eifach ufgmacht. Mir were empfangen wie wirkligi Majeschttäte. Mir derfe z mitts in dem tausendprozentig evangelische Dorf uf d Kanepes hocke, Kaba trinke un unseri in Kirzel matschverschmierti Koschtimer were bewundert. E alti Frau im Pflegebett lacht zahnlos un hiilt ihr Kopfkissig nass.

Wenn i hit mitem Rad durch Missne kurv, denkt mer sell Sternsinge un selli Wurscht un selli Ufregung im Bus wege de Hex. Do, wu s Hexehiesli gstande isch, muess i lache. „Will d Missner anderscht sin wie d Kirzler!“ Ja, Elsa, si sin anderscht. Si hän e Pferderennbahn, wu so scheen an de Fueßsohle kitzelt, wenn d Resser driwergaloppiere. Sie hän Wasser – de Mühlbach, de Baggersee, de Rhin. Si hän e Curt-Liebich-Denkmal, wu so guet zeigt, was de Krieg mit Mensche macht. Si hän e Sproch, wu ich gern heer. Si hän e Ufo-Rothus, e Entekepfer, Kies und e Kirch mit ere bsundere Orgel un eme bsundere Grab dehinter.

Si hän au Sache, wu mer nit gfalle. Ja un? Was solls. Ich hab nie verstande, worum manchi so uf dem „selli un mir“ oder „hiwwe un driwwe“ oder „do un dert“ rumritte. Weggem duschtere Wald dezwische? Weggem andere Dialekt? Wegge de Religion? Weggem Zämmelege vun de Derfer in de 1970er-Johr? Weggem Geld? Will s halt immer so gsin isch? Oder gar, will im Wald am End doch e Hex wohnt? Ich hab nomol gnau gluegt bim letschte Durchfahre. Vielleicht verwisch ich si jo endlig mol bim Veschpere an sellem Tisch

Sagenumwoben –
das Hexenhiesli in
Meißenheim. Foto:
Yvonne Berndt



unterm Dach, wu statts em Hisli jetzt dert steht. Ich hab gluegt, ich hab glinst, ich hab d Auge zämmepfetzt, de Kopf drillt, als witer un als witer.

Sorry, Nochberi Elsa. D Hex bisch in dem Fall du selber gsin. Dass Missne anderscht isch wie Kirzel, stimmt awer wohl. Un des isch recht eso.

Gebet

Ich suche allerlanden eine Stadt,
Die einen Engel vor der Pforte hat.
Ich trage seinen großen Flügel
Gebrochen schwer am Schulterblatt
Und in der Stirne seinen Stern als Siegel.

Und wandle immer in die Nacht ...
Ich habe Liebe in die Welt gebracht –
Daß blau zu blühen jedes Herz vermag,
Und hab ein Leben müde mich gewacht,
In Gott gehüllt den dunklen Atemschlag.

O Gott, schließ um mich deinen Mantel fest;
Ich weiß, ich bin im Kugelglas der Rest,
Und wenn der letzte Mensch die Welt vergießt.
Du mich nicht wieder aus der Allmacht läßt
Und sich ein neuer Erdball um mich schließt.

Elsa Lasker-Schüler

Ankündigungen und Besprechungen

Walter Caroli, Die Glasbilder im Alten Rathaus in Lahr. Ein Querschnitt durch die Lahrer Geschichte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, Lahr 2019, ISBN 978-3-00-062248-9, 67 S., 9 Euro

Neun mit Glasmalereien versehene Fenster schmücken als eine Art „Geschichts- und Bilderbuch“ den Ratssaal im Alten Rathaus in Lahr. Wer einmal bei einem festlichen Anlass vor diesen Bildern gestanden und sich gefragt hat, was genau da eigentlich gezeigt wird, kann nun rasch im jüngsten Werk des profilierten Lahrer Heimathistorikers Walter Caroli nachschlagen. Für alle, die noch nicht die Gelegenheit hatten, die Fenster selbst zu sehen, bietet das Büchlein einen Einblick in die Stadtgeschichte Lahrs anhand einiger Meilensteine, die im ausgehenden 19. Jahrhundert als besonders erinnerungswert betrachtet wurden.

Caroli hat zahl- und umfangreiche Publikationen zur Geschichte des Lahrer Raumes verfasst. Das vorliegende Bändchen hingegen

hat beinahe Hosentaschenformat. Zunächst schildert der Autor sehr knapp den historischen Kontext der Glasbilder und die biografischen Eckdaten von deren Stifter Ferdinand Sander. Im Mittelpunkt stehen dann aber die historischen Ereignisse (oder Mythen), die in den Glasmalereien im Ratssaal

Walter Caroli

Die Glasbilder im Alten Rathaus in Lahr



Ein Querschnitt durch die Lahrer Geschichte
bis zum Ende des 19. Jahrhunderts

des Alten Rathauses in Lahr dargestellt sind. Von der römischen Besiedelung der Gegend über den Bau der Tiefburg und die Verleihung verschiedener Privilegien an die Stadt Lahr bis zum großen Brand von 1677 und schließlich der Annahme der Badischen Ständeordnung, in deren Kontext der Ratssaal neu gestaltet wurde.

Manche der dargestellten Ereignisse erscheinen heute vielleicht wenig relevant (etwa der Besuch des Großherzogs 1884). Andere Ereignisse haben nur am Rande mit Lahr selbst zu tun (Austausch zweier Generäle während des 30jährigen Krieges) oder sind für die Stadt eigentlich wenig erfreulich gewesen (Vergleich zwischen Stadt und Herrschaft Lahr-Mahlberg und zwei im Bauernkrieg geschädigten Klöstern). Das wirft nicht nur Fragen nach der Motivation der Motivwahl im 19. Jahrhundert auf, sondern ebenso die Frage, mit welchen Motiven die Reihe aus heutiger Sicht ergänzt werden müsste. Eine Frage, die ganz konkret wird, wenn die Stadtverwaltung Lahr sich den Wunsch des Autors zu eigen machen sollte, die Serie der Glasbilder um Ereignisse aus den letzten 130 Jahren zu ergänzen.

Elise Voerkel

Thorsten Mietzner, Kleine Geschichte der Stadt Lahr, Karlsruhe 2018, ISBN 978-3-7650-1431-4, 271 S., 23 Euro

Für sein Vorhaben, eine „Kleine Geschichte der Stadt Lahr“ herauszubringen, hätte der Lauinger Verlag kaum einen berufeneren Autor finden können als den langjährigen Lahrer Stadthistoriker Thorsten Mietzner. Kenntnisreich und anschaulich gibt er einen Einblick in die Geschichte von Stadt und Herrschaft Lahr, von der ersten jungsteinzeitlichen Besiedelung bis ins frühe 21. Jahrhundert. Ganz beiläufig kann man aus dieser Darstellung auch einiges über die lokalhistorischen Diskussionen lernen, vor allem aber bietet das Buch einen guten Einstieg in die Stadtgeschichte und ermöglicht dadurch letztlich auch ein besseres Verständnis der heutigen Herausforderungen der Stadtpolitik.

Die 17 chronologisch aufeinander folgenden Kapitel sind durch Unterkapitel in kurze Abschnitte unterteilt, was die schnelle Orientierung im Buch und gezieltes Nachschlagen erleichtert. In 16 aus dem übrigen Text herausgehobenen thematischen Informationskästen

finden Leserinnen und Leser die wichtigsten Stichpunkte zur Geschichte der eingemeindeten Ortsteile, Quellenbeispiele oder Hintergrundinformationen – beispielsweise zum Namen „Lahr“, zur Eisenbahn oder zum Judentum in Lahr. Der Text wird außerdem hier und da mit Abbildungen aufgelockert. Zeitgenössische Stadtdarstellungen, Porträts, Fotos und Pläne veranschaulichen die Geschichte und eine dem Vorwort beigefügte Karte von Lahr und Umgebung erleichtert Ortsfremden die Orientierung.

Die chronologische Erzählweise geht im Kapitel über die Zeit des Vormärz etwas verloren, ein eigener thematischer Textblock zum Thema Auswanderung hätte sicherlich geholfen, dieses Kapitel übersichtlicher zu gestalten. Überhaupt hätte man dem Buch ein gründlicheres Lektorat gewünscht. Denn der Lesefluss des ansonsten sehr klar geschriebenen Textes, dem man über weite Teile bestens folgen kann, gerät immer mal wieder durch Druckfehler, grammatisch unpassende Anschlüsse und (seltene!) Namensverwechslungen ins Stocken.

Kleine Geschichte der Stadt

Lahr

Thorsten Mietzner



Wer sich auskennt und weiß, dass die Verleihung der ersten städtischen Privilegien an die Ortschaft Lahr noch nicht einmal 750 Jahre zurück liegt, ist vielleicht überrascht, dass die „Kleine Geschichte“ mit der Jungsteinzeit beginnt. Aber so wichtig urkundlich beglaubigte und datierbare Ereignisse für das städtische Selbstverständnis und seine Festigung durch Jubiläumsfeierlichkeiten sind, so wenig sind sie geeignet, den Beginn einer Geschichte der Bewohnerinnen und Bewohner Lahrs zu markieren. Denn um

eine Stadt zu werden, muss ein Ort ja (von Planstädten einmal abgesehen) zuvor bereits existiert haben.

Die Stadt ist aber nicht nur in der Zeit, sondern auch im Raum nicht aus den Zusammenhängen zu lösen, in die sie eingebunden ist. Zur Stadt Lahr gehören heute Ortsteile wie Hugsweier, Dinglingen oder Kuhbach, deren urkundliche Ersterwähnung deutlich weiter zurückreicht als die der Stadt selbst. Manche dieser Dörfer gehörten seit dem 13. Jahrhundert zur Herrschaft Lahr, andere heutige Ortsteile waren aus Lahrer Perspektive jahrhundertlang Ausland. Die komplexe Geschichte Badens spiegelt sich in der Geschichte der Stadt Lahr, die seit dem Spätmittelalter durch Herrschaftswechsel und territoriale Teilungen geprägt wurde. Hier die Übersicht zu behalten, welcher Ortsteil gerade welchem Territorium zugeteilt war, ist eine Herausforderung. Wenn die Beschreibung der Gebietsteilungen durch historische Karten hätte ergänzt werden können, wäre es einfacher, dem Autor durch den Dschungel europäischer Herrschaftshäuser zu folgen.

Als erste monographische Gesamtdarstellung der Stadtgeschichte Lahrs setzt die „Kleine Geschichte“ neue Akzente in der Erzählung und bringt neue Perspektiven ein. Es geht Thorsten Mietzner darum, eine Geschichte aller Lahrerinnen und Lahrer zu erzählen, die sich nicht auf die einflussreichen berühmten Söhne der Stadt beschränkt. Dennoch sind die im Buch namentlich genannte Lahrer Persönlichkeiten fast ausschließlich Männer. Einmal mehr zeigt sich hier, wie schwierig es ist, gesellschaftlich oder politisch marginalisierte Gruppen wieder in die Geschichte hinein zu schreiben.

Von dieser Schwierigkeit abgesehen (die gerade im Rahmen einer knappen Stadtgeschichte kaum zu bewältigen ist), macht die „Kleine Geschichte der Stadt Lahr“ die Entwicklung der Stadt und damit ihre aktuelle Situation auch für Leserinnen und Leser mit gewissen „Vorkenntnissen“ besser verständlich. In älteren Darstellungen der Stadtgeschichte stand die „Meistererzählung“ des bürgerlichen Freiheitsstrebens im Vordergrund, welches im „Lahrer Liberalismus“ seine Vollendung gefunden habe. Die vorliegende Stadtgeschichte betont dagegen wichtige wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen, die bereits im 18. Jahrhundert einsetzten und verweist auf die Bedeutung des Handels für die Stadt. Indem Konfliktlinien innerhalb des Liberalismus im Lahr des 19. Jahrhundert ebenso dargestellt werden wie die von Beginn an dominante Stellung des Staates und der Obrigkeit und der schnelle Übergang zum Nationalsozialismus,

ist die „Kleine Geschichte“ ganz bewusst keine „heroische“. Brüche und Krisen lassen sich so jedoch besser nachvollziehen und das Ende des Industriezeitalters oder der Abzug der kanadischen Streitkräfte müssen so nicht in eine Niedergangserzählung münden. Das Land Baden-Württemberg, so hat es Hermann Bausinger formuliert, sei „offen nach allen Seiten“. Auch Thorsten Mietzner verweist in seinem Schlusswort auf die durchlässig gewordene nahe Staatsgrenze und die Chancen und Risiken, die der große europäische Begegnungsraum „Oberrhein“ für die Stadt bedeutet. Denn auch im 21. Jahrhundert bleibt die Stadt mit dem Umland eng verwoben.

Elise Voerkel

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Dr. Wolfgang Achnitz

(Jg. 1962), Redakteur in Offenburg. 1981-1993 Studium der Germanistik, Publizistik und Politikwissenschaft in Münster, 1993-2016 Hochschuldozent für Germanistische Mediävistik, seit 2015 als Journalist in der Ortenau.

Dr. Walter Caroli

Albert-Schweitzer-Straße 8
77933 Lahr

Veröffentlichungen: Geschichte der Lahrer SPD, Lahrer Familiengeschichte Caroli 1500 – 2008, Ortsgeschichte Dinglingen, Ortsgeschichte Hugsweier, Ortsgeschichte Kuhbach, Geschichte der Volksbank Lahr, Führer Wickertsheimer Weg, Beiträge zum Geroldsecker Land, Landespreis für Heimatforschung 2011, 2.Preis.

Ulrike Derndinger

Jahrgang 1977, ist auf einem Bauernhof in Kürzell aufgewachsen. Sie ist Redakteurin der Badischen Zeitung in Lahr, hat mehrere Mundartpreise erhalten und wohnt in Lahr.

Carola Joos

Jahrgang 1949, lebt in Seelbach auf dem Gelände der ehemaligen Kunstmühle. Nach Lehre zur Industriekauffrau Besuch der Sekretarienschule Baden-Baden. Beruflich tätig in Albstadt-Ebingen und Frankfurt sowie in der elterlichen Kistenfabrik. Von 1981 bis zur Rente als Kundenberaterin im Innendienst bei Nestler-Wellpappe in Lahr. carola.joos@t-online.de

Martin Frenk

Rheinstraße 6

77963 Schwanau-Ottenheim

Jahrgang 1956, bis 2017 als Justizbeamter beim Staatlichen Grund-

buchamt in Lahr tätig. Seit 1983 freier Mitarbeiter erst bei der Lahrer Zeitung, dann bei der Badischen Zeitung. Zahlreiche regionalgeschichtliche Veröffentlichungen sowie die Bücher „Geschichte der Ottenheimer Michaelskirche“, „Riedprofile“ und „Kanzdriewili“. Begeisterter und engagierter Pferdesportler in verschiedenen Vereinen und Fachverbänden.

Ekkehard Klem
Jasminstraße 28
77948 Friesenheim

Jahrgang 1943, pensionierter Hauptamtsleiter der Gemeinde Friesenheim. und langjähriges Vorstandsmitglied im Historischen Verein Mittelbaden, Regionalgruppe Geroldsecker Land, ist der Friesenheimer Bürgerschaft durch zahlreiche Veröffentlichungen zur Lokalgeschichte bestens bekannt. Seit 1987 ist er Mitarbeiter des Geroldsecker Landes.

Reinhard Krauß

Jahrgang 1948. Studienabschluss: Dipl. Soz. Päd. Bis zur Pensionierung 30 Jahre Lehrauftrag an der Evang. Fachschule für Sozialpädagogik Nonnenweier. Langjähriges Mitglied des Historischen Vereins. Mitglied des Förderkreises der Oberweierer Heimatgeschichte, fast 20 Jahre als 2. Vorsitzender (bis 2011); Mitarbeiter im Museum der Gemeinde Friesenheim in Oberweier. Verschiedene Veröffentlichungen im „Geroldsecker Land“, in Büchern, Fachaufsätze, Festschriften zu historischen Themen sowie pädagogische Fachaufsätze und Fachbuchbeiträge.

Thorsten Mietzner

Jahrgang 1963, Studium der Geschichte, Philosophie und Politikwissenschaft in Marburg und Freiburg. Seit 2019 Stadtarchivar von Lahr, zuvor Stadthistoriker.

Werner Schönleber

Geboren 1989 in Lahr. Studierte Geschichte, Kath. Theologie, Vgl. Religionswissenschaft, Prähistorische Archäologie in Freiburg Br. und Frankfurt/Main. Arbeitet seit Oktober 2018 als Aufsichtskraft im

Stadtmuseum Lahr und plant eine wissenschaftliche Arbeit über die deutsch-kanadische NATO-Partnerschaft in den 70er und 80er Jahren.

Ines Schwendemann

Geboren 1996, kommt aus und lebt in Lahr-Sulz. Sie studierte an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (Geschichte und deutsche Literatur) und absolviert zur Zeit ein Volontariat bei der Mittelbadischen Presse in Offenburg.

Hagen Späth

Mühlenstraße 22

77963 Schwanau-Nonnenweier

Jahrgang 1955. Studium der Geografie, Völkerkunde, Soziologie in München, Münster, Osnabrück. Seit vielen Jahren als Mitarbeiter der Badischen Zeitung tätig.

Elise Voerkel

elise.voerkel@lahr.de

Stadtmuseum und Stadtarchiv Lahr

Geboren 1985 in Leipzig. Studierte in Leipzig und Lyon Sozial- und Kulturwissenschaften. Anschließend wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Frühe Neuzeit des Departement Geschichte an der Universität Basel, Mitarbeit im Forschungsnetzwerk „Doing House and Family“ mit Förderung durch den Schweizer Nationalfonds. Ist seit Oktober 2019 Stadthistorikerin der Stadt Lahr und arbeitet an einer Dissertation über das Familienleben der Basler Oberschichten um 1800.

Werner Weber

1949 in Lahr geboren und in Seelbach aufgewachsen. Nach 8 Jahren Volksschule, zunächst Ausbildung beim Fernmeldeamt Freiburg. Über den zweiten Bildungsweg erwarb er das Abitur und studierte im Anschluss an der Universität Freiburg Physik und Mathematik, mit dem Abschluss als Diplom Physiker. Nach dem Studium Eintritt in den höheren beruflichen Schuldienst des Landes Baden-Württemberg, zunächst im Raum Rastatt, Ettlingen und Karlsruhe. 1986 erfolgte die Rückkehr in die Heimat nach Seelbach. 18 Jahre lang

war er an der Gewerbeschule Lahr als Fachlehrer für Mathematik und Physik tätig, davon 11 Jahre als stellvertretender Schulleiter. Von 2004 bis zu seinem Ruhestand übernahm er als Oberstudiendirektor das Amt des Schulleiters an der Gewerbeschule Villingen-Schwenningen.

Dieter Weis
Meierbergweg 2
77955 Ettenheim

Geboren 1942 in Ettenheim, zuletzt tätig als Verwaltungsbeamter bei der Bereitschaftspolizei Lahr, seit 2006 pensioniert. Heimatkundliche Veröffentlichungen seit 1978, insbesondere über kirchen- und kunstgeschichtliche Themen. 2003 erhielt er die Verdienstmedaille der Stadt Ettenheim

)) **Meine Bank** ((
Für die Menschen in der Region



Jeder Mensch hat etwas, das ihn antreibt.

Wir machen den Weg frei.



Volksbank Lahr eG

Schillerstraße 22 · 77933 Lahr · Telefon 07821 272-0

Geroldsecker Land · Jahrbuch einer Landschaft · 62/2020